G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Harold Rasch
Von Erfurt nach Kassel

Conrad Schuhler
Nixons „Neue Friedensstrategie"

Joachim Streisand
Über Faschismus und Neofaschismus

Egon Becker
Zur Politik der organisierten Assistentenschaft

Eike Hennig
Zur Kritik der Konzertierten Aktion

5'70

Mai 1970 Einzelheft 3,50 DM (im Abonnement 2,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,00 DM)

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1970

CHRONIK DES MONATS APRIL 1970 439

KOMMENTARE UND BERICHTE

Von Erfurt nach Kassel . . . . . *Harold Rasch* 442

Die Stunde der Anerkennungspartei . . . . . *Hans A. Barth* 446

25 Jahre 8. Mai . . . . . *Klaus Ehrler* 450

Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? *Martin Hall, Los Angeles* 452

HAUPTAUFSÄTZE

Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre . . . . . *Conrad Schuhler* 456

Über Faschismus und Neofaschismus . . . . . *Joachim Streisand* 470

Die Initiativen des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriege seitens der BRD . . . . *Ralf Syring* 481

Zur Politik der organisierten Assistentenschaft . . . . . *Egon Becker* 487

Zur Kritik der Konzertierten Aktion . . . . . *Eike Hennig* 508

F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe . . . . . *Michael Geismaier* 518

Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD . . . . . *Diethelm Damm* 527

Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage . . *Albert Jan Rasker, Leyden* 534

BÜCHER

Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich . . . . . *Reinhard Kühnl* 541

Klaus v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit . . . . . *Jörg Goldberg* 542

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 546

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Unfälle mit Atomwaffen von 1950 bis 1969 547

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 5/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats April 1970

1. 4. — Frankreich. Regierungssprecher Hamon äußert nach einem Ministerrat Besorgnis über die Verschlechterung der Lage auf der indochinesischen Halbinsel. In einer autorisierten Stellungnahme heißt es, Voraussetzung einer friedlichen Lösung sei die Beendigung jeder fremden Intervention und die Respektierung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Staaten dieses Gebietes.

4.—11. 4. — USA/Bundesrepublik. In Begleitung von Verteidigungsminister Schmidt sowie der Staatssekretäre Bahr, Duckwitz und Ahlers hält sich Bundeskanzler Brandt in den Vereinigten Staaten auf. Zeitweise schließt sich auch Bundesfinanzminister Möller der Delegation an. Der Kanzler benutzt seine Anwesenheit in den USA, um ebenso wie Verteidigungsminister Schmidt öffentlich vor einer Verminderung der amerikanischen Truppen in Europa zu warnen. Brandt trifft in Washington mehrfach mit Präsident Nixon zusammen und hat am 9. 4. auf dem Flughafen der Bundeshauptstadt eine Unterredung mit Außenminister Scheel, der sich anläßlich der Ermordung des Botschafters Graf v. Spreti auf dem Fluge nach Guatemala befindet.

6. 4. — Naher Osten. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, teilt in Jerusalem mit, er sei durch Mittelsmänner von Präsident Nasser nach Kairo eingeladen worden; das israelische Kabinett habe es jedoch auf einer Sitzung am 5. 4. abgelehnt, die Zustimmung

zu diesem Treffen zu geben. Am gleichen Tag dementiert die ägyptische Regierung alle Berichte über eine Einladung an Goldmann. — Am 12. 4. empfängt Staatspräsident Nasser in Kairo den amerikanischen Unterstaatssekretär Sisco, der eine Reise durch den Nahen Osten unternimmt. Sisco hält sich später einige Tage in Israel auf und trifft dort u. a. mit Ministerpräsident Frau Golda Meir zusammen. Der vorgesehene Besuch des Unterstaatssekretärs in Jordanien wird abgesagt, nachdem es in Amman zu heftigen Demonstrationen gegen die Politik der Vereinigten Staaten gekommen war. — Am 16. 4. verlangt die jordanische Regierung die Abberufung des US-Botschafters Harrison Symmes und wirft dem Diplomaten einen „antiarabischen Standpunkt" vor.

6.—9. 4. — *DDR/Afrika.* Im Rahmen einer Afrikareise besucht DDR-Außenminister Otto Winzer die Demokratische Republik Somalia. In einem Kommuniqué über die Gespräche mit Außenminister Omer Arteh Ghalib wird mitgeteilt: „Beide Seiten sind übereingekommen, im Interesse der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern und Staaten diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und der DR Somalia aufzunehmen, Botschaften in den Hauptstädten beider Staaten zu errichten und Botschafter auszutauschen . . . Sie betonten, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein Ausdruck der Wahrnehmung der souveränen Rechte eines jeden Staates ist, seine Beziehungen zu anderen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und ohne fremde Einmischung zu gestalten." — Am 18. 4. unterzeichnen der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Jean Bedel Bokassa, und der Botschafter der DDR im Sudan, Eberhard Feister, eine Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern zwischen beiden Ländern; Präsident Bokassa weilt zu einem Staatsbesuch im Sudan.

7. 4. — *DGB/FDGB.* Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnt einen Vorschlag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ab, ein Spitzengespräch der beiden Organisationen in dem Ostseeort Boltenhagen (DDR) abzuhalten. Einigung über Ostberlin als Ort der Zusammenkunft war nicht zustande gekommen; der FDGB hatte einer Anreise der DGB-Delegation über Westberlin nicht zugestimmt.

12. 4. — *Griechenland.* Ein Sondergericht verhängt in einem Massenprozeß gegen 34 Angeklagte, die der Mitgliedschaft in der Widerstandsorganisation „Demokratische Verteidigung" beschuldigt werden, drastische Urteile. Prof. Dionysios Karagiorgas, der Hauptangeklagte, erhält lebenslängliches Zuchthaus. Die weiteren Urteile liegen zwischen 18 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Gefängnis.

14. 4. — *Hallstein-Doktrin.* Bundesaußenminister Scheel modifiziert in einer Ansprache vor Botschaftern aus Asien und Afrika die „Hallstein-Doktrin" zur Nichtanerkennung der DDR. Scheel fordert die Diplomaten und ihre Regierungen auf, der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung „nicht durch eine Änderung ihrer Haltung in der Deutschlandfrage" vorzugreifen.

15. 4. — *UNO.* Die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) stimmt über einen polnischen Antrag ab, die DDR gleichberechtigt zur Teilnahme an der in Genf tagenden 25. Session der Kommission zuzulassen. Die Vorlage erhält mit 11 gegen 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Österreich und Schweden) und in Abwesenheit der Delegierten Zyperns und Islands nicht die notwendige Mehrheit. Der anwesende DDR-Vertreter hatte es zuvor abgelehnt, einen Status auf „De-facto-Basis" und ohne Stimmrecht zu akzeptieren.

16. 4. — *Abrüstung.* Mit einer Ansprache des amtierenden österreichischen Außenministers Dr. Waldheim und einem Empfang in Schloß Belvedere werden in Wien die „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wieder aufgenommen; eine erste Gesprächsrunde hatte vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki stattgefunden. An der Spitze der beiden Abordnungen diplomatischer und militärischer Experten stehen wiederum der stellvertretende Außenminister Wladimir Semjonow (UdSSR) und Botschafter Gerard Smith (USA). Über den Fortgang der Verhandlungen wird strengste Vertraulichkeit vereinbart. — Am 23. 4. unterbreiten die Delegierten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der Genfer Abrüstungskonferenz den revidierten Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen

Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden.

17. 4. — Neutralität. Das Vorbereitungskomitee für eine neue Konferenz der blockfreien Länder beendet eine Tagung in Dar es Salam (Tansania), an der Vertreter von 60 Staaten und Beobachter von 6 afrikanischen Befreiungsbewegungen und der Palästinensischen Befreiungsorganisation teilgenommen hatten. Es wird beschlossen, das noch in diesem Jahr geplante „Gipfeltreffen" in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, abzuhalten.

20. 4. — Laos. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Senats der USA publiziert einen Bericht, in dem die Kosten des bisherigen Engagements der Vereinigten Staaten in Laos auf mehrere Milliarden Dollar geschätzt werden. Die Bombardierung laotischen Territoriums durch amerikanische Kampfflugzeuge habe bereits im Juni 1964 begonnen, sieben Monate bevor die Angriffe auf den „Ho-Chi-Minh-Pfad" offiziell zugegeben worden seien. Der bisher geheimgehaltene Bericht, der auf Aussagen des ehemaligen US-Botschafters William Sullivan und des ehemaligen CIA-Chefs Richard Helms beruht, enthält bei der Veröffentlichung zahlreiche von der militärischen Zensur veranlaßte weiße Stellen.

21. 4. — Österreich. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Wiederherstellung der „Großen Koalition" von Sozialistischer Partei (SPÖ) und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) bildet der SPÖ-Vorsitzende Dr. Bruno Kreisky eine Minderheitsregierung. Die SPÖ war aus den Wahlen vom 1. März zwar als stärkste Partei (81 Mandate) vor der ÖVP (79 Mandate) hervorgegangen, verfügt aber im Parlament nicht über die Mehrheit. Das Außenministerium im neuen Kabinett übernimmt der bisherige Gesandte in Prag, Dr. Rudolf Kirchschläger (parteilos).

— Sowjetunion. Auf einer Festveranstaltung am Vorabend des 100. Geburtstages von Lenin hält Parteisekretär Breschnew eine längere Rede, in der er die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion erläutert und sich ausführlich mit wirtschaftlichen Problemen beschäftigt. Breschnew kündigt den 24. Parteitag der KPdSU für die nahe Zukunft an. Der Veranstaltung wohnen Abordnungen von 66 Parteien, darunter die Parteisekretäre aller Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes bei.

— Niedersachsen. Zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik faßt ein Landesparlament den Beschluß über seine Auflösung. Neuwahlen zum Landtag werden auf den 14. Juni (gleichzeitig mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland) angesetzt. Die Regierungskrise in Niedersachsen war durch die Aufnahme eines früheren NPD-Abgeordneten in die CDU-Fraktion ausgelöst worden.

22.—23. 4. — Spanien / Bundesrepublik. Auf Einladung des spanischen Außenministers Lopez Bravo führt Bundesaußenminister Scheel Gespräche in Madrid. Zur Debatte stehen u. a. ein 200-Mill.-DM-Kredit der Bundesrepublik. Vor der Presse erklärt Scheel, über einen möglichen Verkauf von 200 Leopard-Panzern an Spanien im Gesamtwert von ebenfalls 200 Mill. DM sei bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen worden.

2.—24. 4. — Polen/Bundesrepublik. Staatssekretär Duckwitz vom Auswärtigen Amt und der stellvertretende Außenminister Winiewicz treffen sich im Warschauer Außenministerium zu einer dritten Gesprächsrunde. In Korrespondentenmeldungen heißt es, Duckwitz habe eine neue Formel für einen möglichen deutsch-polnischen Vertrag vorgelegt. Der Staatssekretär überreicht während seines Aufenthalts einen von Bundeskanzler Brandt in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender abgefaßten Brief an den polnischen Parteisekretär Gomulka. Es wird vereinbart, die Gespräche Anfang Juni in Bonn fortzusetzen.

24. 4. — Weltraum. Der erste Weltraumsatellit der Volksrepublik China, 173 kg schwer, wird gestartet.

29. 4. — Bundesrepublik / DDR. Beauftragte der Postverwaltungen beider Staaten einigen sich in Bonn über die Einrichtung zusätzlicher Telefon- und Fernschreibleitungen. Die Bundesrepublik verpflichtet sich zur Zahlung eines jährlichen Kostenausgleichs von 30 Mill. DM an die DDR für den Zeitraum von 1967 bis 1973.

30. 4. — Kambodscha. Präsident Nixon bestätigt in einer Fernsehrede Pressemeldungen der vergangenen Tage über eine direkte amerikanische Intervention in Kambodscha. Nixon teilt mit, er habe den Befehl zum Einmarsch von US-Truppen persönlich erteilt.

Kommentare und Berichte

Von Erfurt nach Kassel

Mit noch gespannterer Aufmerksamkeit als am 19. März nach Erfurt werden wir nach Kassel blicken, wenn Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph am 21. Mai zu ihrem zweiten Treffen zusammenkommen wollen. Konnte sich die erste Begegnung führender Politiker der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch auf kaum mehr als die Darlegung längst bekannter entgegengesetzter Standpunkte beschränken, so heißt es diesmal, deutlicher Farbe zu bekennen. Das muß nicht unter allen Umständen in Kassel selbst geschehen. Aber unmittelbar nach der Begegnung wird die Bundesregierung sich entscheiden müssen. Will sie ernstlich Friedenspolitik treiben, dann muß sie die Forderung der DDR nach vorbehaltloser völkerrechtlicher Anerkennung des anderen deutschen Staates ohne weiteres Zögern erfüllen. Tut sie das nicht, dann läuft sie Gefahr, im Osten nicht mehr als glaubwürdig angesehen zu werden und auch alle bisherigen Gespräche in Moskau und Warschau vergeblich geführt zu haben. Freundliche Worte aus Washington, London und Paris würden dann nichts mehr nützen, auch die „neueste Ostpolitik" wäre — wie die der Großen Koalition — für unabsehbare Zeit gescheitert. Innenpolitisch säße die Regierung zwischen allen Stühlen. Im Hintergrund stünde Franz Josef Strauß, von Axel Springer kräftig unterstützt, bereit — keine Hitler und Goebbels zwar, aber Wegbereiter einer neuen „nationalen Rechten", die unser Land seit Wilhelm II. noch stets ins Unglück geführt haben.

I

Aber die Regierung darf nicht scheitern, und sie weiß, worum es geht. Botschafter Duckwitz hat seine neueste Reise nach Warschau, die von erfreulich kurzer Dauer war, mit Instruktionen für Verhandlungen auf folgender Grundlage angetreten [1]):

1) Bonn und Warschau stellen fest, daß die Oder-Neiße die Westgrenze Polens ist;

2) die Bundesrepublik wird die Grenze achten und die territoriale Integrität Polens nicht in Frage stellen;

3) die bestehenden Verträge, insbesondere das Potsdamer Abkommen und der Deutschlandvertrag, werden von diesem Vertrag nicht berührt.

Auf solcher Basis sollte eine Verständigung möglich sein. Ist die polnische Regierung einverstanden, gut; sie würde der Bundesregierung eine kleine Formulierungsbrücke bauen, ihre innenpolitische Lage erleichtern. Verlangt sie weiterhin, daß die Grenze nicht nur „nicht in Frage gestellt", sondern ausdrücklich „anerkannt" wird, dann sollten wir das akzeptieren und es späteren Doktoranden verschiedener Fakultäten überlassen, die Bedeutung der unterschiedlichen Formulierungen herauszuarbeiten. Ein Streit mit Polen hierüber lohnte keine weiteren Reisekosten mehr.

Doch was hat es mit den „bestehenden Verträgen" auf sich? Auf das „Potsdamer Abkommen" legt man vermutlich weniger im Hinblick auf den dort erwähnten „allgemeinen Friedensvertrag" als wegen der „Viermächte-Verantwortung" für Berlin Wert; diese ist freilich, soweit Ost-Berlin in Betracht

[1]) Siehe Marion Gräfin Dönhoff, Wende in Warschau?, „Die Zeit", Nr. 17, 24. 4. 1970.

kommt, längst obsolet geworden, und daß über West-Berlin nicht ohne Beteiligung aller vier früheren Besatzungsmächte verhandelt werden kann, weiß ohnehin jedermann. Was aber den Deutschland-Vertrag betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß die drei Westmächte einer förmlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung keinerlei Schwierigkeiten bereiten würden. Auch insoweit braucht eine materielle Befriedung unserer Beziehungen zu Polen nicht an juristischen Zwirnsfäden zu scheitern.

Gelänge es unseren Unterhändlern, gleichzeitig mit der Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen sachliche Vereinbarungen über die Zusammenführung von Familien, Zusammenarbeit auf geistig-kulturellem Gebiet und andere Fragen zu treffen, dann wäre das gewiß höchst erfreulich. Nur um ein Verhältnis von Leistung und Gegenleistung handelte es sich dabei nicht. Friede mit Polen ist unser Interesse in gleicher Weise wie das der Volksrepublik, er bedarf keiner zusätzlichen Honorierung. Mit der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verzichtet die Bundesrepublik auf nichts, was sie besitzt oder worauf sie einen begründeten Anspruch hätte. Die Herstellung normaler Beziehungen auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, das 1939 erstes Opfer des Überfalls durch das Reich Adolf Hitlers war, trägt ihren Gegenwert in sich selbst.

II

Die Frage unserer Beziehungen zum zweiten deutschen Staat birgt naturgemäß andere Probleme in sich als die unseres Verhältnisses zu Polen, aber in einem Punkt liegen die Dinge völlig gleich: in beiden Fällen handelt es sich darum, die eindeutigen Ergebnisse des von uns vom Zaun gebrochenen und verlorenen Krieges und der ersten Nachkriegsjahre als rechtsverbindlich hinzunehmen und damit entscheidende Schritte zur Befriedung Mitteleuropas zu tun. Ob es den „Experten" gelingt, irgendeine Formel zu finden, die beide deutschen Regierungen befriedigt, bleibt auch hier abzuwarten. Keine Lösung ist denkbar, die nicht in der Sache eine vorbehaltlose völkerrechtliche Anerkennung der DDR bringt; etwas anderes sollte auch in unserem ureigensten Interesse selbst nicht versucht werden. Alles übrige, insbesondere der Austausch von Botschaftern, Generalbevollmächtigten und wie immer sonst benannten Vertretern der beiden Staaten ist von zweitrangiger Bedeutung.

Auch hier müssen wir uns darüber klar sein, daß wir für einen Akt der Befriedung unseres Kontinents eine spezielle Gegenleistung nicht verlangen können. Kein Kaufmann zahlt dafür, daß ihn sein Vertragspartner, der mit ihm verhandeln muß und verhandeln will, ebenfalls als Vollkaufmann respektiert, einen Extrapreis. Wie immer man über die innere Verfassung der DDR denken möge, diese hat sich als Staat durchgesetzt und setzt sich international ständig weiter durch[2]). Einfache intellektuelle Redlichkeit gegenüber unserer Vergangenheit und Bereitschaft zu friedlicher Zusammenarbeit für die Zukunft verlangen, daß auch wir sie nun endlich als volles Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft anerkennen.

In diesem Zusammenhang ist ein Wort auch über den berüchtigten „Schießbefehl" zu sagen, dem noch immer gelegentlich einzelne Menschen an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zum Opfer fallen. Niemand unter uns, der diese Opfer nicht aufs tiefste beklagte. Aber die Anerkennung der DDR von der „Aufhebung des Schießbefehls" — oder auch der Gewährung eines wie immer gedach-

[2]) Seit dem Frühjahr 1969 haben acht Regierungen der Dritten Welt die DDR anerkannt: Irak, Kambodscha, Sudan, Syrien, Südjemen, die Vereinigte Arabische Republik, Somalia, die Zentralafrikanische Republik.

ten „Selbstbestimmungsrechts" an die Bevölkerung — abhängig zu machen, wie es einzelne Vertreter der Opposition fordern, ist reine Demagogie, nichts anderes als ein Appell an menschliche Empfindungen im Interesse reaktionärer politischer Zielsetzungen. Dergleichen hat einen fatalen Beigeschmack. Friedensschluß zwischen den deutschen Staaten darf nicht von Eingriffen in die innere Gesetzgebung eines dieser Staaten abhängig gemacht werden. Wer dergleichen verlangt, maßt sich Befugnisse an, die ihm nicht zustehen.

Es gibt keinen überzeugenden Grund mehr, längst fällige Entscheidungen weiter zu verschieben. Gewiß, mit der DDR werden — ebenso wie mit der Sowjetunion und Polen — noch Monate, vielleicht Jahre dauernde Verhandlungen über Einzelheiten geführt werden müssen. Aber die Kernfrage ist eindeutig gestellt: Wollen wir den Frieden? Sie kann nur mit Ja oder Nein beantwortet und sie muß jetzt beantwortet, darf nicht nach der Methode Kiesinger weiterhin „ausgeklammert" werden.

In der Bundestagsdebatte vom 15.4. 1970 hat Rainer Barzel den Bundeskanzler gefragt, ob er von den Realitäten ausgehe, „um sie zu verändern oder um sie festzuschreiben", oder ob er die begründete Hoffnung habe, diese Realitäten „durch Festschreiben später verändern zu können und zu dürfen" [3]). „Was bliebe vom Selbstbestimmungsrecht, wenn diese Realitäten zunächst so festgeschrieben würden?" Aber das ist nicht die richtige Fragestellung. Nichts im Leben der Völker hat ewigen Bestand, alles unterliegt ständigen Wandlungen. Wenn wir die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen verlangen und sie — um die Worte Barzels zu gebrauchen — „festschreiben" wollen, dann wünschen wir endlich normale, rechtlich gesicherte Beziehungen zwischen unseren Staaten. Wir wünschen auch nicht, daß unter dem abstrakten, inhaltlich völlig unbestimmten und umstrittenen Titel eines „Selbstbestimmungsrechts" die innere Struktur der DDR immer wieder amtlich in Zweifel gezogen wird, so wenig wir selbst uns vorschreiben lassen wollen, die „kapitalistische" Ordnung der Bundesrepublik nach fremden Vorstellungen zu beseitigen. Alles übrige wollen wir getrost einer friedlichen Entwicklung überlassen. Im Wettstreit zwischen den Gesellschaftsordnungen von West und Ost wird sich erweisen, wo die Zukunft liegt. Die Geschichte läßt sich nicht „festschreiben".

Je rascher und vorbehaltloser die Bundesregierung dem berechtigten Verlangen der DDR entspricht, desto stärker wird ihre Stellung sein, wenn es gilt, unbegründete Forderungen abzuwehren. Ich habe bereits vor Jahren, freilich keineswegs als erster, den Gedanken eines „innerdeutschen Lastenausgleichs" zur Diskussion gestellt [4]). In der Tat hat die DDR ja nicht nur von keiner „Marshallplan-Hilfe" profitiert, sondern unter Demontagen, Reparationen, Lieferverpflichtungen zu verbilligten Preisen u. a. weit stärker gelitten als die Bundesrepublik. Ein innerdeutscher Ausgleich zugunsten Ostdeutschlands wäre gewiß angebracht, wobei eine Entscheidung auf höchster politischer Ebene gesucht werden müßte, ohne daß sich zuvor Bürokraten hüben und drüben mit Rechnungen und Gegenrechnungen in einen Streit verbeißen, dessen Dauer die der Prozesse am alten Reichskammergericht zu Wetzlar, wie sie der junge Goethe vorfand, überträfe. Für den Ersatz der Schäden, die die DDR durch „Republikflucht" in den Jahren bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 erlitten zu haben behauptet und die Ministerpräsident Stoph in Erfurt auf 100 Mrd. DM beziffert hat, dürfte sie dagegen schwerlich überzeugende völkerrechtliche oder moralische Gründe geltend machen können.

[3]) FAZ vom 16. 4. 1970, Nr. 88, S. 7.

III

Wenn Bundeskanzler Brandt aus Kassel zurückkehrt, wird der Kampf mit der CDU/CSU einem Höhepunkt entgegengehen. Um diesen Kampf kommt die Regierung nicht herum, und sie sollte ihn zwar sachlich, aber mit aller Härte führen. Das wird gewiß nicht leicht sein. Wohl finden sich auch in den Kreisen der Opposition manche Abgeordnete, die heute den Kurs einer realistischen Verständigung mit dem Osten bejahen (z. B. Gerhard Schröder), wie denn wahrscheinlich Brandt auch in den eigenen Reihen einzelne Gegner hat. Aber die Mehrheit von SPD und FDP im Bundestag ist eben nur knapp, die Regierung wird sich bemühen müssen, zusätzliche moralische Unterstützung zu finden, vor allem auf dem Wege über eine groß angelegte Aufklärung des Volkes, welche Chancen eine wirkliche Befriedung unserer Beziehungen zur Sowjetunion, Polen und der DDR auf längere Sicht bietet. Weite Kreise warten darauf, andere können durch mutige Schritte überzeugt werden, was sich bereits bei den Landtagswahlen vom 14. Juni auswirken würde; über den Rest muß man zur Tagesordnung übergehen.

Welche Alternative für den Frieden in Mitteleuropa hat denn die Opposition zu bieten? Zwanzig Jahre haben CDU/CSU uns zunächst die „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch eine Politik der Stärke" vorgegaukelt, und auch noch als diese Seifenblase 1961 geplatzt war, weiterhin einen anmaßenden „Gesamtvertretungsanspruch" geltend gemacht, die Aufnahme von Beziehungen der DDR zur Dritten Welt mit Hilfe der Hallstein-Doktrin zu hintertreiben versucht, vielfach mit Erfolg. Nun ist das ganze Gebäude von Kraftmeierei einerseits, Lug und Trug andererseits ins Wanken geraten. Und jetzt wagen die Männer, deren Politik totalen Schiffbruch erlitten hat, einer Regierung, die sich ehrlich bemüht, das Schiff wieder flott zu machen, „Ausverkauf deutscher Interessen" und „Gefährdung des Friedens" vorzuwerfen, wie dies auf dem Parteitag der CSU geschehen ist! Von der Hetze gegen die „Erfüllungspolitiker" der Weimarer Zeit zur Hetze gegen die „Verzichtspolitiker" unserer Tage ist nur ein Schritt. Soll von München aus unser Staat erneut in den Abgrund geführt werden?

Harold Rasch

Die Stunde der Anerkennungspartei

Ein „Phänomen" — mit Begriffen wie diesem versuchte noch der Vorgänger Willy Brandts im Bundeskanzleramt, Kurt Georg Kiesinger, um die für ihn schwer begreifliche Realität der DDR herumzukommen. Und jene, die auf die simple Notwendigkeit hinwiesen, diese Realität des zweiten deutschen Staates anzuerkennen, versuchte Kiesinger als „Anerkennungspartei" abzuwerten. Nun, der Name „Anerkennungspartei" wurde so etwas wie ein Ehrentitel, die große Mehrheit der Bevölkerung fordert die Anerkennung, und Kiesinger mußte einer Regierung Platz machen, die die Buchstaben DDR über die Lippen bringt. Hat die „Anerkennungspartei" also ihr Ziel erreicht? Besteht Anlaß zur Zufriedenheit mit dem Erreichten?

Es ist eine Binsenweisheit, daß man immer dann am ehesten angreifbar und zu verwunden ist, wenn man sich am sichersten glaubt und sorglos wird. Gewiß gibt es Fortschritte zu registrieren; gewiß bedeutet das Gespräch von Erfurt mehr als andere Gespräche zwischen Repräsentanten beider deutscher Staaten. Aber all diese Fortschritte sind

ja noch immer Wechsel auf die Zukunft, noch ungedeckt. Noch immer zehrt die Regierung Brandt/Scheel von dem Kredit, den die DDR Bonn vorgeschossen hat, als sie schon kurz nach den Bundestagswahlen 1969 Verhandlungen über die Normalisierung der Verhältnisse zwischen beiden Staaten initiierte. Aber wie sollen normale Beziehungen möglich werden, solange auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sich weigert, in der Frage der längst überfälligen völkerrechtlichen Anerkennung, der Voraussetzung aller wirklichen Fortschritte, wenigstens mit der DDR gleichzuziehen? Deren Regierung hat die völkerrechtliche Existenz der Bundesrepublik bekanntlich zu keiner Zeit mit Nichtanerkennungs- und Diskriminierungsmaßnahmen in Frage zu stellen versucht. Aber welchen Sinn würde die Regierung Stoph nach Erfurt, in Kassel und fürderhin in Verhandlungen mit einer Bundesregierung sehen können, deren politische Neuerungen nur verbal sind, deren Entspannung nur in Worten existiert? In Gesprächen mit einem Partner, der mit der Fortsetzung ausdrücklicher völkerrechtlicher Nichtanerkennung deutlich genug betont, daß Verhandlungen für ihn letzten Endes Schritte zur Unterminierung der Position des Verhandlungspartners sind?

Hier wird mancher einwenden: Aber die Regierungserklärung Willy Brandts hat doch — als erste eines Bonner Regierungschefs — die Existenz der DDR als zweiten deutschen Staates ausdrücklich ausgesprochen. Eben — und genau seit dieser Formulierung der für Bonn offenbar neuen Einsicht, daß alle bisherige Politik gegenüber der DDR von grundfalschen Voraussetzungen ausgegangen war, wartet die „Anerkennungspartei", die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, wartet alle Welt auf die Taten, die den Worten Brandts folgen müssen. Denn was nützt die Einsicht, daß man in eine Sackgasse marschiert ist, wenn ihr nicht die Konsequenz der Umkehr und Neuorientierung folgt? Und doch scheint auch die SPD-FDP-Koalition die Anerkennung der DDR als unzweifelhaft gleichberechtigten Staates mit gleichem völkerrechtlichen Gewicht wie die BRD und jeder andere Staat umgehen zu wollen.

Zwar wird dieser erstaunliche Tatbestand der Bevölkerung mit einigem Geschick — fast schamhaft — vorenthalten. Zwar bekommt man auf die Frage, wann denn nun die DDR voll anerkannt werde, nur selten und nur von wenigen (wie z. B. von Minister Ehmke oder Minister Schmidt) die klare Antwort „Überhaupt nicht". Im allgemeinen aber wird versucht, der Bevölkerung zu suggerieren, die Anerkennung sei nach allem, was bis jetzt passiert sei, im Grunde vollkommen unwichtig geworden. Die Opposition im Bundestag, die CSU/CDU, hat sich hier einmal der SPD angeschlossen: sie sagt (und meint es natürlich als Vorwurf), daß „Bonn Pankow anerkannt" habe. Und innerhalb der SPD und des linken Flügels der FDP geben sich, wie es scheint, viele damit zufrieden, daß zwar offiziell nicht anerkannt wird, daß aber die Ziele, derentwegen man Mitglied der „Anerkennungspartei" geworden war, praktisch erreicht seien. Aber wenn bisher etwas erreicht worden ist, dann doch nur im Vorgriff auf die Anerkennungsentscheidung Bonns, die eben nicht durch schon erreichte Fortschritte hinfällig geworden ist, sondern ohne die vielmehr alles bisher Erreichte sich als Täuschung erweisen und in sich zusammenfallen wird. Wer, am Sprungbrett angelangt, sich nicht entscheiden kann zu springen, dessen ganzer Anlauf war umsonst.

So ist die gegenwärtige Situation gekennzeichnet durch eine Reihe von unheilträchtigen Widersprüchen, die um so bedenklicher stimmen müssen, als sie von offizieller Seite mit kosmetischem Feinsinn überdeckt werden. So muß jene eingangs angesprochene, seit

längerem schon allmählich dahinschwindende Siegesstimmung in der „Anerkennungspartei" nun vollends der nüchternen Erkenntnis Platz machen, daß es leider immer noch darum geht, um schlichte Selbstverständlichkeiten zu ringen; den Regierenden der Bundesrepublik klar zu machen, welche Wünsche und Vorstellungen die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung in bezug auf eine ausgleichende und wirklich friedliche Ostpolitik hegt — und diesen Wünschen und Vorstellungen Nachdruck zu verleihen. Wieviel Steine sind da noch aus dem Weg zu räumen! Immer noch sind unsere Gesetze nicht von den Klauseln befreit, die sich gegen DDR, Polen, UdSSR richten; immer noch stört Bonn die internationalen Beziehungen der DDR, gelten Scheels „Hallstein"-Anweisungen, kann ein Herr Frey es wagen, in seiner sogenannten „National-Zeitung" gegen Kassel zu schießen, den Ministerpräsidenten des Nachbarstaats DDR als Kriminellen zu verleumden und anzuzeigen. Und nun entdeckt der Bundeskanzler — im „Spiegel"-Gespräch vom 20. April 1970 — plötzlich zusätzliche, allerdings grundlegende Hindernisse (ohne dabei den Eindruck zu erwecken, er mache sich Gedanken über die Beseitigung dieser Hemmnisse). Brandt spricht da auf einmal von „Fingern", die die Siegermächte noch immer im deutschen „Teig" hätten — wieder so eine undeutliche Metapher —, und erklärt damit zur allgemeinen Verblüffung, daß jenes — gerade in der Notstandsdebatte reichlich strapazierte — Argument bundesdeutscher Politiker von der nun endlich erreichten Souveränität der BRD entweder Wunschdenken oder Demagogie war.

Am 23. Oktober 1954 wurde in Paris der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten" unterzeichnet — offiziell als Datum der bundesdeutschen Souveränität ausgegeben. Zwar waren da noch Vorbehalte — aber die, so hieß es, sollten spätestens mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze hinfällig werden. Wer erinnert sich nicht, daß dieses Argument — Verabschiedung der Notstandsgesetze = volle Souveränität der Bundesrepublik — immer wieder in den Debatten und Lesungen verwendet wurde, besonders eindringlich vom jetzigen Bundespräsidenten, Gustav Heinemann?

Und jetzt? Keine Anerkennung der DDR, weil die westlichen Alliierten „mehr als einen Finger im Teig mit drin haben"? Auf den ersten Blick erscheint es völlig unglaubwürdig, und sicherlich ist es das auch mindestens im Hinblick auf die eine der beiden ausschlaggebenden Siegermächte, die UdSSR, von der Willy Brandt ebenfalls kühn behauptet, sie sei an einer Anerkennung der DDR womöglich gar nicht interessiert.

Was aber die anderen Finger betrifft, vor allem die über den Atlantik reichenden der Nordamerikaner, so ist Brandts Andeutung mehr als nur die Desavouierung jener Souveränitätslegenden von 1954/55 und 1968. Sie verweist uns vielmehr auf die tatsächliche Situation der BRD innerhalb der atlantischen imaginären Allianz, die eindeutig dominiert wird von den Interessen der USA. Sollten diese Interessen uns nun verbieten können, zu beginnen, unseren Teil zur europäischen Sicherheit beizutragen, die DDR voll anzuerkennen? Nach Willy Brandt sind die USA durch Artikel 7, Absatz 2 des „Deutschlandvertrages" hierzu berechtigt, in dem es heißt: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Daß tatsächlich von dieser Seite und in diesem Sinne ein Druck auf die Bonner Regierung ausgeübt wird, geht

aus der Äußerung eines vom „Spiegel" (27. April 1970) interviewten Sprechers des State Departments hervor. Dieser „qualifizierte die Anerkennung der DDR durch Bonn sogar schlicht als unmöglich: ‚I can't see how it is possible.'"

Nun ist es, selbst wenn man ganz in dem beliebten Rahmen rein juristischer Überlegungen verbleibt, kein Ding der Unmöglichkeit, jenen Kalten-Kriegs-Passus des Deutschlandvertrages zu ändern. Sieht dieser doch selbst in seinem Artikel 10, Absatz 2 vor, daß die Bestimmungen des Vertrages überprüft werden, wenn die Unterzeichnerstaaten eine „Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages bestehenden Verhältnissen" konstatieren. Die Formulierung dieses Textes weist uns also mit wünschenswertem Nachdruck darauf hin, daß es hier um weit mehr geht als um ein juristisches Problem. Wenn die Bundesregierung heute Wert darauf legt, ihre Politik in krassem Gegensatz zur Kalten-Kriegs-Linie der 50er Jahre als „Entspannungs- und Friedenspolitik" zu pointieren, so widerspiegelt sich darin deutlich genug die „Änderung grundlegenden Charakters in den ... Verhältnissen". Die Revision der Pariser Verträge gemäß Artikel 10, Absatz 2 ist also überfällig. Worauf wartet Willy Brandt noch?

Was heute auf der Tagesordnung steht, ist die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zur Schaffung eines umfassenden, kollektiven Sicherheitssystems für unseren Kontinent als dringlichste Voraussetzung einer friedlichen Entwicklung wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Fortschritts im Interesse der Menschen, der Völker Europas. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten im geographischen Zentrum des Kontinents, insbesondere also BRD und DDR, ist dazu unerläßliche Voraussetzung. All die Barrieren aus der kältesten CDU-Zeit werden, je länger die Bundesrepublik sie zu halten versucht, immer stärker zu ernsten Behinderungen aller europäischen Nachbarn.

Das friedliche Nebeneinander von BRD und DDR ist — wie das aller Staaten — nur als friedliche Koexistenz zweier gleichberechtigter, sich gegenseitig voll anerkennender und respektierender Staaten möglich. Diese Erkenntnis ist die Voraussetzung einer jeden substantiellen Verbesserung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten — und ihre Umsetzung in die Praxis ist das überzeugende Kriterium des guten Willens der Beteiligten. Es geht nicht an, es in dieser Kernfrage unserer wie der gesamteuropäischen Sicherheit bei bedauernden oder achselzuckenden Hinweisen auf fremde „Finger im Teig" bewenden zu lassen. Die Bundesregierung spricht von Entspannung und Friedenspolitik in Europa. Aber wie steht es mit ihren Voraussetzungen? Offensichtlich ist eine solche Voraussetzung wirklicher europäischer Friedenspolitik die Revision der Pariser Verträge, wenn diese „fremden Finger" das „Recht" geben, die Entspannung in Europa, die vitalen Interessen der Europäer zu behindern. Aber bisher weigert die Bundesregierung sich, über eine solche Revision auch nur zu sprechen. Stattdessen wünscht sie sogar die Bindungen an die NATO zu verstärken, auch nachdem der Bundeskanzler selbst bestätigen mußte, worauf die DDR seit langem hinweist: diese einseitigen Bindungen aus der Besatzungs- und Adenauer-Zeit sind Fesseln, die notwendige Schritte zum wirklichen Frieden in Europa verhindern, statt die versprochene Sicherheit geben zu können.

Das sind explosive Widersprüche in der Politik Willy Brandts. Entspannung und friedliche Koexistenz in Mitteleuropa, denen so viele Worte der neuen Regierung gelten, sind unvereinbar mit den Unterlassungen eben derselben Regierung in Sachen Anerkennung, in Sachen Rüstungsverminde-

rung, NATO und Pariser Verträge — und unvereinbar sind die Erfordernisse, denen diese Worte Rechnung tragen wollen, vor allem mit den Taten des sozialdemokratischen Verteidigungsministers. Die unausgetragene Entscheidung, die nicht unausgetragen bleiben kann, läuft auf nichts anderes hinaus als dies: Bleibt die BRD und mit ihr Westeuropa weiterhin, womöglich auch noch „freiwillig", in die US-amerikanische Globalstrategie verstrickt, die in Lateinamerika offen zutage liegt und sich in Asien (Indochina) eben wieder demaskiert; bleibt die BRD, was Adenauer aus ihr gemacht hat, oder werden wir, werden die Europäer ihre Interessen an friedlicher Entwicklung des Kontinents wahrnehmen können. Die Rede von den „fremden Fingern im Teig" wird Willy Brandt nicht der Notwendigkeit entheben, sich in dieser Lebensfrage zu entscheiden. Die Völker Europas warten. Die CSU/CDU und die, die hinter ihr stehen, versuchen die Entscheidung in ihrem Sinn zu erzwingen. Immer mehr Menschen wird bewußt, was das heißt. Dies ist die Stunde der „Anerkennungspartei": der erklärte Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung in den verschiedensten Gruppen und Schichten, in Gewerkschaften und Parteien muß in diesen Wochen endlich in die Tat umgesetzt werden. Die Bundesregierung begründet ihr widersprüchliches Verhalten immer wieder damit, man dürfe die CSU/CDU-Opposition nicht ungebührlich herausfordern. Es ist aber eine gefährliche Illusion zu glauben, man könne die notwendigen Schritte tun, ohne die Grundsatzauseinandersetzung mit den Testamentsverwaltern des Kalten Krieges durchstehen zu müssen. Die Basis der Regierung Brandt/Scheel für diese unvermeidliche Auseinandersetzung ist in der Bevölkerung so breit, daß ein weiteres Zögern nur alle positiven Ansätze in Gefahr bringen kann. Folgen nicht jetzt den neuen Worten endlich auch die neuen Taten, so wird die Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit in Ost- und Westeuropa und auch in der Bundesrepublik selbst sehr schnell einbüßen. Das wäre dann genau die Stunde, auf die Strauß und Barzel schon warten. Hingegen würde die Herstellung koexistentieller statt feindlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten den militärisch-industriellen Komplex in der BRD derart schwächen, daß in einem Klima tatsächlicher Entspannung weitgehende Abrüstungsmaßnahmen möglich und damit die Mittel für die notwendigen inneren Reformen frei würden. In Kassel muß deshalb Farbe bekannt werden. Es geht nicht nur um das politische Schicksal der Regierung Brandt/Scheel.

Hans A. Barth

25 Jahre 8. Mai

Die Rückbesinnung auf den 8. Mai 1945 bereitet den etablierten Kräften der Bundesrepublik ebensoviel Kopfzerbrechen wie seine Aktualisierung durch die gegenwärtige politische Entwicklung. Die aktuelle Aufgabe der Bundesregierung und auch des Bundestages besteht zu Beginn der siebziger Jahre noch immer darin, die unerledigten Verpflichtungen aus dem militärischen Abschluß des Zweiten Weltkrieges, für dessen Folgen die Bundesrepublik als einer der Nachfolgestaaten des 1945 erloschenen Deutschen Reiches ja durch angemessenes politisches Verhalten und völkerrechtskonforme Maßnahmen korrekterweise einstehen muß, endlich in einem für die friedliche Zukunft Europas förderlichen Geiste einzulösen. Alle Wiedergutmachungen und Anpassungen, die die Bundesregierungen der Jahre 1949 bis 1969 mit Rücksicht auf ihre westlichen Verbündeten geleistet oder auf sich genommen haben, erfolg-

ten vorrangig aus einseitiger Bündnisräson und nicht etwa primär aus dem Motiv einer wirklich allseitigen Liquidierung der Vergangenheit.

Eine allseitige Wiedergutmachungs- und Versöhnungspolitik der Bundesrepublik hätte bereits deren Gründung und Anfangsorientierung unter ganz anderen Vorzeichen stehen lassen, als sie tatsächlich gesetzt waren; sie hätte aber zumindest im Verlaufe ihrer weiteren Entwicklung dazu führen müssen, daß die für die Bundespolitik verantwortlichen Staatsmänner aus der Erfahrung des sich zuspitzenden politischen Konflikts mit einem Teil der Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Konsequenz zogen, ihren bisherigen Kurs der Wiedererrichtung des weltkriegsverursachenden Deutschen Reiches aufzugeben und durch einen neuartigen Weg zur grundsätzlichen Ausschaltung aller Kriegsursachen zu ersetzen. Statt solcher Umkehr zu prinzipieller Friedenspolitik bereits vom Ansatz allen politischen Handelns her kam es im Laufe der seit Ausbruch der Korea-Krise 1950 von Adenauer offen betriebenen einseitigen Westorientierung der Bundesrepublik zur Erweckung oder Forcierung des letztlich auf Restauration und Revanche hinauslaufenden Wunsches, „diesmal auf der richtigen Seite zu stehen". Statt des Friedens durch gerechten und endgültigen Interessenausgleich ergab sich als mindestens untergründiges Zielbild der Bundespolitik der fünfziger Jahre die Vorstellung eines durch die Dulles'sche „Politik der Stärke" ermöglichten politisch-diplomatischen Sieges über die osteuropäischen Gliedstaaten der Anti-Hitler-Koalition, die ja in höchstem Maße unter den militärischen und kulturvernichtenden Aggressionen des deutschen und in seinem Gefolge auch des westeuropäischen Faschismus gelitten hatten.

Dieses verhängnisvolle bundesdeutsche Zielbild eines Friedens auf Kosten der Sicherheitsinteressen der Hauptopfer des im Namen des Deutschen Reiches geführten Hitler-Krieges muß schlechthin als permanente Beleidigung und Bedrohung der Völker Osteuropas angesehen werden, deren Schmerzlichkeit und Tragweite auch nicht durch langanhaltendes Bestehen gemindert und schließlich zu Gewohnheit und Normalität uminterpretiert werden können.

Aber nicht nur im Hinblick auf die noch fälligen Verpflichtungen aus der Vergangenheit, also aus Gründen der historisch-politischen Moral, erweist sich die Bundespolitik als fehlgeleitet; infolge ihres realitätswidrigen und zugleich konfliktserzeugenden Zielbildes der territorialen und strukturellen Reichs-Restauration in den Grenzen von 1937 — der auch die Regierung Brandt/Scheel noch nicht rechtswirksam abgeschworen hat — kommt sie auch mit ihrer Gegenwart und Zukunft nicht ins reine: die allseits zumutbaren Konzeptionen und Perspektiven fehlen einfach noch. Auch der zur Beruhigung der Nachbarn bestimmte Rückgriff auf das friedliche außenpolitische Verhalten des Deutschen Reiches Weimarer Republik kann nicht verfangen: war es doch der Reichsaußenminister Gustav Stresemann selbst, der der Republik Polen die Anerkennung der Unveränderlichkeit ihrer damaligen West- und Nordgrenzen verweigerte, während er Belgien und Frankreich 1925 in Locarno endgültige Grenzgarantien gewährte. Kurz gesagt: dem militärischen Schlußpunkt des 8. Mai 1945 ist noch kein entsprechender politischer Schlußpunkt gefolgt, der zugleich der Ausgangspunkt hoffnungsvoller neuer Entwicklungen sein könnte.

Im Gegenteil: Das Fehlen des politischen Schlußpunktes hat den am 8. Mai 1945 gesetzten militärischen Schlußpunkt in seiner Wirksamkeit gemindert und historisch relativiert. Nicht ohne historischen Hintersinn hat Bundeskanzler Adenauer den bundesdeutschen NATO-Beitritt genau auf den 9. Mai 1955 fallen lassen; denn exakt zehn Jahre zuvor, am 9. Mai 1945 0.01 Uhr,

war die der bedingungslosen reichsdeutschen Kapitulation fast unmittelbar folgende allgemeine Waffenruhe in Kraft getreten. Das heißt: das zehn Jahre später gesetzte historische Datum des 9. Mai sollte das alte von 1945 löschen oder doch wenigstens verdekken und in seiner Nachwirkung mehr und mehr aufheben. Mit dem 9. Mai 1955 wurde der 8. Mai 1945 in Frage gestellt; die in den Pariser Verträgen völkerrechtlich verankerte Remilitarisierung der BRD war eine Absage an die in der Potsdamer Deklaration der Großmächte vom 2. August 1945 definierte Basis und Perspektive der friedlichen Entwicklung eines demokratischen deutschen Staatswesens. Der in den letzten Jahren immer deutlicher gewordene Mißerfolg der Bonner Revisions- und Restaurationspolitik hat zwar die Versprechungen und Erwartungen, die an sie geknüpft wurden, im gleichen Maße ad absurdum geführt, in dem die von ihr ausgelösten Befürchtungen und Besorgnisse geschwunden sind: aber aufgehoben und völlig gegenstandslos gemacht hat er beide Formen politisch-psychischen Reagierens trotz aller quantitativen Minderungen nicht.

Solange die Frage des 8. Mai in der BRD noch in der Schwebe gehalten wird, kann die im Felde der internationalen Politik immer wieder feststellbare Furcht vor den Deutschen höchstens schwinden, niemals aber verschwinden. Die seit 1945 vergangenen 25 Jahre haben viele gute Chancen zur produktiven politischen Auswertung des 8. Mai in der BRD kommen und ungenutzt vergehen lassen; die Wiedervereinigung, in ihrer staats- und völkerrechtliche Schritte parallelisierenden einheitlichen Form ebenso wie in ihrer konföderativen, ist dahin; die unbelastete Anknüpfung neuer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten durch zwanzig Jahre Kalten Krieg unabsehbar erschwert; die innere Demokratisierung durch antikommunistische Feindfixierung und die Wiederherstellung alter sozialer und ökonomischer Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen stark gehemmt und fortschrittswidrig eingeengt; das Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt und zur Organisation der Vereinten Nationen durch die Bindung an die besonders in den Fällen Griechenland und Portugal diktatur- und rassistenfreundliche NATO-Politik wichtiger westlicher Verbündeter aufs höchste kompromittiert: diese nicht eben erfreuliche Bilanz der politischen Entwicklung der Bundesrepublik ist in allen Punkten ein Ergebnis der versuchten und vielfach weit gediehenen, aber doch nie ganz gelungenen Auslöschung oder Umkehrung der Impulse des 8. Mai.

Der mit den Pariser Verträgen völkerrechtlich begründete und von den NATO-Partnern der BRD einschließlich der westlichen Glieder der Anti-Hitler-Koalition unterstützte Anspruch der Bundesrepublik auf die Gebiete der DDR und Westberlins insgesamt sowie zusätzlich auf Teilgebiete Polens und der UdSSR kann nur durch ein neues — aber diesmal universelles Völkerrechtsdokument aufgehoben und gegenstandslos gemacht werden, in dem die bestehenden Grenzen und Strukturen des gegenwärtigen Europas garantiert und damit bedrohungsfrei entwicklungsfähig gehalten sind. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die 25 auf den 8. Mai 1945 folgenden Jahre eine für den europäischen Frieden und für die inneren und äußeren Entwicklungschancen der Bundesrepublik verlorene Zeit gewesen sind. Klaus Ehrler

Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils?

Gehen die Vereinigten Staaten dem Faschismus entgegen? Ernsthafte Beob-

achter der politischen Szene in Amerika stellen diese Frage immer häufiger. Einige vertreten die Ansicht, der Faschismus sei schon da. Andere weisen darauf hin, daß das Element sozialer Demagogie, das sowohl den italienischen wie den deutschen Faschismus kennzeichnete, noch weitgehend fehlt. Sie meinen jedoch trotzdem, daß der allgemeine Trend definitiv nach rechts, ja nach extrem rechts führt.

William L. Shirer, Autor des Bestsellers vom Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, gab in einem Interview mit der „Los Angeles Times" am 13. März folgende Antwort: „Wir könnten das erste Volk sein, das durch demokratische Wahlen faschistisch wird; und das wäre etwas, das nicht einmal die Deutschen oder die Italiener fertiggebracht haben ... Wenn unsere Gesellschaft des Überflusses sich in eine Gesellschaft der Härte verwandeln sollte, dann wird es nach meiner Meinung durch Zustimmung der Bevölkerung zu einer Regierung und einer Gesellschaft der extremen Rechten kommen, in der die Freiheit stark beschränkt würde ... Das wäre dann eine von der Zustimmung der Bevölkerung getragene Diktatur."

Die Nixon-Regierung wurde aufgrund ihres doppelten Versprechens ins Amt gewählt, den Krieg in Vietnam zu beenden und im eigenen Lande „Gesetz und Ordnung" wiederherzustellen. Keines dieser Versprechen wurde gehalten. Seit Amtsantritt dieser Regierung ist die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikatur verschoben worden durch einen Machtzuwachs des Weißen Hauses, des Pentagons und des Justizministeriums, durch eine nahezu verächtliche Haltung der Regierung gegenüber dem Kongreß und den Gerichten, insbesondere gegenüber dem Obersten Bundesgericht, und durch einen allgemeinen Autoritätsverlust der Regierung.

Der fünf Monate währende Prozeß in Chicago gegen acht Führer der Friedensbewegung und verschiedener Jugendorganisationen, der den Tumulten während des Demokratischen Parteikongresses 1968 folgte, ist eine ausgezeichnete Illustration dieses Trends. Ramsay Clark, Generalstaatsanwalt unter Johnson und Vorgänger von John Mitchell im Amt des obersten Anklägers, hatte es abgelehnt, die Beschuldigten aufgrund eines neuen Gesetzes anzuklagen. Mit diesem Gesetz wird „Verschwörung zum Zwecke der Überschreitung von Staatsgrenzen in der Absicht, Unruhen anzustiften" zu einem Verbrechen erklärt. Clark zweifelte an der Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes, das der Kongreß unter dem Eindruck der Ausschreitungen in den Großstadtgettos, zu denen es nach der Ermordung Martin Luther Kings überall gekommen war, übereilt verabschiedet hatte. Sein Nachfolger, Generalstaatsanwalt Mitchell, bestand darauf, die Angeklagten wegen Verletzung eben dieses Gesetzes zu belangen. Für die Regierung Nixon war der Prozeß von Chicago ein Racheakt dafür, daß es ihr nicht gelungen war, eine Verurteilung von Dr. Benjamin Spock und seinen Mitangeklagten durchzusetzen.

Die unverhohlene Voreingenommenheit des den Prozeß leitenden Richters Hoffmann, der automatisch jedem Ersuchen der Anklage stattgab, aber alle Forderungen der Verteidigung ablehnte, die beispiellose Anordnung dieses Richters, einen der Angeklagten — Bobby Seale, einen Führer der Black-Panther-Partei — zu knebeln und mit Händen und Füßen an seinen Stuhl zu fesseln, weil er in Abwesenheit seines Anwalts, der sich von einer Operation erholte, auf seinem Recht auf Selbstverteidigung bestand, der dreiste Mißbrauch der richterlichen Befugnis, Angeklagte und schließlich sogar zwei Anwälte wegen „Mißachtung des Gerichts" zu langen Gefängnisstrafen zu verurteilen (ohne die gesetzlich geforderte Zustimmung der Jury und noch

bevor die Jury die Angeklagten im Sinne der ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig oder unschuldig gesprochen hatte), und schließlich die fünfjährige Gefängnisstrafe für sechs der Angeklagten (zwei wurden freigesprochen) und die Ablehnung einer Kaution für alle in Revision gegangenen Angeklagten — alle diese beispiellosen Vorgänge machten das Verfahren zu einer „Verhöhnung des Systems der Rechtssprechung", wie der New Yorker Bürgermeister Lindsay es formulierte.

Es stimmt zwar, daß die Frustration der Angeklagten und ihrer Anwälte, die aus dem Verhalten des Richters Hoffmann resultierte, zu wilden emotionalen Ausbrüchen ihrerseits führte. Aber sie waren nicht die einzigen, bei denen der Prozeß von Chicago Empörung auslöste. 48 Stunden nach der Urteilsverkündung und trotz der Tatsache, daß ein Gerichtshof der nächsthöheren Instanz Hoffmanns Anweisung, die in Revision gehenden Angeklagten zu inhaftieren, unverzüglich annulliert hatte, kam es im ganzen Lande zu heftigen spontanen Reaktionen, vor allem an den Universitäten. In Santa Barbara demonstrierten die Studenten der Universität von Kalifornien drei Tage lang, brannten ein Gebäude der Bank of America nieder und lieferten sich Schlachten mit der örtlichen Polizei und mit Angehörigen der Nationalgarde, die von Gouverneur Reagan nach Santa Barbara geschickt worden war.

Dieselbe Frustration wird auch von agents provocateurs ausgenutzt, auf deren Konto höchstwahrscheinlich die jüngsten Bombenanschläge auf die New Yorker Bürohäuser einiger der größten Firmen des Landes kommen. Es war vorherzusehen, daß diese Ereignisse zu einem Schwall neuer und noch repressiverer Gesetzesvorlagen im Kongreß und zu der Forderung des FBI führen würden, die „Störung der Arbeit des Präsidenten mittels lauter Demonstrationen" (!) zu einem Verbrechen zu erklären.

Vizepräsident Spiro Agnew ist zum Sprecher all derer geworden, die für die Unterdrückung oppositioneller Meinungsäußerungen eintreten und sogar den Radio- und Fernsehstationen, die aufgrund von Regierungslizenzen betrieben werden, Maßnahmen für den Fall androhen, daß sie weiterhin die Regierungspolitik kritisieren. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Kleindienst hat vorgeschlagen, rebellische Studenten in Konzentrationslager zu stecken.

Inzwischen fordert Generalstaatsanwalt Mitchell von Gerichten einen Aufschub nach dem anderen für die Schulintegration in den Südstaaten. In den meisten Fällen wurde er abgewiesen. Seine Einstellung hat jedoch einige der Südstaatengouverneure zu offener Rebellion ermutigt. So etwa den Gouverneur von Georgia, Maddox, der Schulkinder aufforderte, die zum Zwecke der Rassenintegration eingesetzten Schulbusse nicht zu benutzen, sondern ihnen die Luft aus den Reifen abzulassen oder gleich ganz die Reifen zu stehlen, um so die Integration zu verhindern. Schon sind auch die weißen Rassistenmobs wieder in Aktion getreten, beispielsweise in Südcarolina, wo der Mob einen mit schwarzen Kindern besetzten Schulbus umstürzte und das Leben der Kinder bedrohte. Nixon, der nicht genug rüde Worte für rebellische Studenten finden kann, hatte zu diesem Vorfall nahezu nichts zu sagen.

Die wachsende Ablehnung des Vietnamkrieges hat zu scharfen Spannungen zwischen dem Weißen Haus und dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten geführt. Der Senatsausschuß bemüht sich energisch darum, einige seiner in der Verfassung garantierten Vollmachten zurückzuerobern: auf dem Papier darf der Präsident seine Außenpolitik nur „mit Zustimmung und Beratung durch den Senat" ausführen. Dem Senat wurden absichtlich Informa-

tionen darüber vorenthalten, bis zu welchem Umfang der Präsident US-Streitkräfte in Laos eingesetzt hat. Selbst das Pentagon lieferte falsche Informationen über diese Situation. All das ist nur das bisher letzte Glied einer ganzen Kette von Ereignissen, die die Mißachtung des Kongresses durch die Regierung unter Beweis stellen.

Ist dies alles in allem nun schon Faschismus? Noch nicht. Bislang haben die Gerichte den Trend zur Abschaffung der demokratischen Grundfreiheiten noch bremsen können. Es ist durchaus möglich, daß die Urteile des Chicagoer Prozesses von den nächsthöheren Instanzen wieder aufgehoben werden. Prominente Politiker wie der frühere UN-Botschafter und Richter am Obersten Bundesgericht Arthur Goldberg und der frühere Generalstaatsanwalt Ramsey Clark haben ein Bürgerkomitee gegründet, das einige der schlimmsten Mißbräuche untersuchen soll, die die Regierung mit ihren Machtbefugnissen getrieben hat.

Die Regierung gerät außerdem unter zunehmenden Druck seitens der Geschäftswelt, und zwar wegen der Rezession, die sich als Ergebnis der restriktiven Geldpolitik eingestellt hat. Diese Politik soll nach den Behauptungen der Regierung die Inflation stoppen. Bislang ist das jedoch nicht der Fall, außerdem steigt die Zahl der Arbeitslosen weiter. Im kommenden Herbst werden die Kongreßwahlen über dessen Zusammensetzung entscheiden, aber auch darüber, ob Nixon sich künftig einem Kongreß gegenübersieht, der zu einer stärkeren Zusammenarbeit bereit ist.

Wenn jedoch die wirtschaftliche Situation nicht verbessert wird, wenn Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen weiter fortschreiten und wenn der Krieg in Vietnam und Laos nicht beendet wird, dann mag es durchaus dahin kommen, daß das „mittlere Amerika" — das anti-intellektuelle, halbgebildete Kleinbürgertum, die Bewunderer Agnews, die weißen Rassisten des Südens und Teile der Arbeiterschaft, die von schwarzen Arbeitern Konkurrenz befürchten — sich zu einem Reservoir für genau die faschistische Sozialdemagogie eines George Wallace entwickelt, den Nixon zu übertrumpfen versucht. Damit würde die Entstehung eines amerikanischen Faschismus „mit allgemeiner Zustimmung", von dem William L. Shirer in so düsteren Worten gesprochen hat, entschieden in den Bereich des Möglichen rücken.

Martin Hall, Los Angeles

Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre

Von Conrad Schuhler

I

Die Folgen des globalen antiimperialistischen Vormarsches — beispielhaft demonstriert an dessen letzter Etappe, dem Vietnamkrieg — haben das Denken der Praktiker und Theoretiker der Macht der US-Monopole in Bewegung gebracht. Das mühsam zur Kenntnis genommene Faktum, daß auch eine die US-Wirtschaft spürbar deformierende „militärische Anstrengung" den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes nicht zerschlagen kann, wohl aber zum Bau einer Widerstandsfront in den USA selbst beiträgt, wird zum aktuellen Anlaß des Überprüfens der bisherigen Globalstrategie und zum Katalysator des Entwerfens neuer Strategien des internationalen Monopolkapitalismus.

Die bislang gehandhabte Globalstrategie wurde erstmals 1947 zusammenfassend in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan artikuliert. „Sie boten Ländern, die von Aggression bedroht waren, amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe". Diese wurde organisiert auf der Basis „amerikanischer Führung und geistiger Kraft". „Die Vereinigten Staaten konzipierten Programme und führten sie aus. Wir entwickelten Strategien und schlugen sie unseren Verbündeten vor. Wir erkannten Gefahren und handelten sofort, um sie zu bekämpfen" [1]).

Nixon weiß auch, warum die USA diese Art von Globalherrschaft ausübten. „Wir Amerikaner sind ein Do-it-yourself-Volk, ein ungeduldiges Volk. Statt jemand anderen zu lehren, eine Arbeit zu tun, möchten wir sie am liebsten selbst tun. Dieser Wesenszug hat auch Eingang in unsere Außenpolitik gefunden" [2]).

Doch schon vor Jahren mußte Eugene V. Rostow, einer der Architekten der US-Außenpolitik, im Zusammenhang mit der Analyse des Vietnam-Komplexes feststellen, daß dieser „Wesenszug" sich offenbar weitgehend verflüchtigt hatte, ja daß sogar „die Vereinigten Staaten ... unter der Last der Bewahrung des Friedens zunehmende politische Unruhe zeigen" [3]). Die Rolle des „Weltpolizisten", immer teurer und riskanter, müsse nunmehr von den Schultern der USA genommen werden, meint Hubert Humphrey zur selben Zeit [4]). Diese Gruppe zieht folgende Konsequenz: „Eine wirksame, schlagkräftige und diplomatisch geschickte amerikanische Politik organisiert mittels der Vereinten Nationen oder auf andere Weise eine starke Koalition der freien Industrienationen, einschließlich Japans und Indiens, um die Weltpolitik zu stabilisieren und der Sowjetunion sowie China mit Entspannung und friedlicher Koexistenz zu begegnen. Unter solchen Umständen fiele den Industrienationen die Hauptaufgabe zu, die sogenannte Dritte Welt zu beschützen und sie mit Kapital, Unternehmertum, Erziehung und

---

1) Zitate aus: Richard Nixon, Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre. Eine Neue Friedensstrategie. Ein Bericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß. 18. Februar 1970. S. 4 f.
2) Aa.O., S. 4.
3) Eugene V. Rostow, Die Zukunft der Internationalen Gesellschaft. In: Kursbuch 14 (1968), S. 25—28. Hier S. 25.
4) Zitiert bei Inis L. Claude, Jr., The United Nations, the United States, and the Maintenance of Peace. In: International Organization, XXIII, 3/1969, S. 621—636, hier S. 626 f.

zur wirtschaftlichen Entwicklung nötigen Fähigkeiten zu versorgen." Das würde schließlich auch dazu führen, „daß sich die wichtigsten kommunistischen Gesellschaften unter dem zersetzenden Einfluß des Nationalismus und des westlichen Beispiels völlig verändern würden. Sie stünden einer so festgefügten Allianz gegenüber, daß sie keine andere Wahl hätten, als einzeln oder vereint mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren" [5]).

US-Globalstrategie aus „Gründen der Sicherheit"?

Während hier, wenn auch vage und unvollständig, bereits Elemente einer neuen, „fortgeschrittenen" internationalen Strategie des Imperialismus zusammengestellt werden, verkürzt sich die Diskussion vor allem der Systemideologen — in erster Linie Politologen und Soziologen — zunächst auf den Aspekt der „Sicherheit". Zweifellos ist dies teilweise eine Reaktion auf die militärische Erfolglosigkeit der US-Aggression in Vietnam. Das Stichwort „Militär" verweist auf den Komplex „Sicherheit", deren Mißverhältnis zueinander im Falle Vietnam um so leichter den Kontext allgemein-strategischer Kritik geben mag. Hinzu kommt aber, daß dieser Sorte „Theoretiker" die eigenen ideologischen Vorurteile derart sichtversperrend im Wege stehen, daß sie gar nicht wirksam für die Interessen der herrschenden Klasse tätig werden können. Wer nicht imstande ist, eine Theorie der objektiven Interessen des internationalen Monopolkapitals und des Imperialismus insgesamt zu entwickeln, dessen Rezepte zur Verteidigung dieser Interessen sind natürlich auch außerordentlich fragwürdig — gerade im Sinne des Monopolkapitals selbst.

Ein Meisterbeispiel dafür liefert Leslie Lipson, dessen Aufsatz „Where Do Our Vital Interests Lie?" [6]) einen Höhepunkt dieser Auseinandersetzung darstellt. Für Lipson „bedeutet vital, was immer notwendig ist, amerikanische Sicherheit durch politische und militärische Macht zu garantieren" [7]). Leider expliziert er nicht, was unter „amerikanischer Sicherheit" zu verstehen ist (vor allem, wo „Amerika" aufhört). Das ist im Rückschluß herauszufinden. „Im wesentlichen", sagt er, „geht mein Argument folgendermaßen: außerhalb Nordamerikas sind die Interessen der Vereinigten Staaten an drei Regionen gebunden, die zusammen das Feld unserer ersten, ständigen und tiefen Aufmerksamkeit konstituieren. Dies sind der Nordatlantik (ein Begriff, der Westeuropa einschließt), Lateinamerika und der Pazifik." Dagegen gehören nicht dazu „Afrika, Osteuropa, der Mittlere Osten, Südasien und das Festland von Südostasien" [8]).

Pazifik und Nordatlantik gehören dazu, weil es sich in Lipsons Verständnis bei den beiden Ozeanen um die relevanten militärischen Aufmarschstraßen gegen die USA handelt. Daher sei es fundamental wichtig, mit allen pazifischen Inselländern „Allianzen zu halten" [9]). Für Westeuropa gilt zusätzlich: „Da unserer Macht Grenzen gezogen sind, besteht ein vitales Bedürfnis stets darin, eng mit denen zu kooperieren, die am weitesten unsere Grundwerte und Ideen teilen — dies beruht auf der vernünftigen Annahme, daß diese es sind, denen wir am sichersten trauen können und die uns am wenigsten schaden" [10]). Sowie auch: „Zusammen können Westeuropa und Nordamerika einander abstützen und stärken in einer Welt, wo langfristige Bevölkerungstrends entschieden unvorteilhaft für uns sind" [11]). Ganz lapidar wird der Fall Lateinamerika begründet: dorthin

5) Rostow, a.a.O., S. 26 f.
6) Leslie Lipson, Where Do Our Vital Interests Lie? In: The Atlantic Community Quarterly, Summer 1969, S. 165—183.
7) A.a.O., S. 166.
8) A.a.O.,, S. 168.
9) A.a.O., S. 171.
10) A.a.O.,, S. 166.
11) A.a.O., S. 173.

ergeben sich die Verbindungen „durch Handel und einen beträchtlichen Satz von Investitionen" [12]).

Es zeigt sich, daß in diesem Konzept zwei Arten „amerikanischer Interessen" existieren: mittelbare, wie im Pazifik und im Nordatlantik (einschließlich Westeuropa), deren Realisierung die Sicherheit des eigentlichen Ausbeutungsfeldes des US-Imperialismus in Nord- und Südamerika garantieren. Gegen den eigenen Ansatz merkt Lipson schließlich, daß es ihm eigentlich um eine Strategie der Konsolidierung des zum Überleben des US-Imperialismus notwendigen Ausbeutungsfeldes geht [13]). Doch nur Lateinamerika wird als diesem direkt zugehörig erkannt, während die pazifischen Inselstaaten nur aus der militärstrategischen Perspektive, Westeuropa zusätzlich als Macht mitbringender Alliierter gesehen wird.

Der globale Zuschnitt der US-Monopole: Grundlage der US-„Außenpolitik"

Dieser „Globalentwurf" ist deshalb nutzlos, weil Lipson sich über Substanz und Strukturen des US-Imperialismus und dessen Rolle im gesamten Ausbeutungssystems des internationalen Monopolkapitals nicht im klaren ist. Er ist sich offenbar der ökonomischen Basis der US-„Außenpolitik" nicht bewußt, kennt demzufolge nicht deren grundlegende Bedingungsmuster und kann also auch nicht relevante strategische Rezepte verteilen. Sein Mißverständnis der „vitalen Interessen" als (vor allem militärisch zu befriedigende) Sicherheitsbedürfnisse rührt her von dieser Ignoranz [14]).

Tatsächlich erhebt sich die Außenpolitik der USA unmittelbar auf dem Sockel der US-Monopole [15]). Und dieser Sockel dehnt sich aus. Die folgende Tabelle veranschaulicht das [16]):

Auslandsproduktion, die aus US-Investitionen resultiert	Umsatz (in Mrd. Dollar)		
	1950	1964	1967
Aus Direktinvestitionen *)	24	88	120
Aus sonstigen Investitionen **)	20	55	60
Insgesamt	44	143	180
Auslandsumsatz durch Exporte	10	25	30
Gesamte Auslandsproduktion plus Exporte	54	168	210

*) „Direktinvestitionen" sind, nach der Definition des US-Handelsministeriums, Zweigniederlassungen oder Aktiengesellschaften, in denen US-Firmen 25 Prozent oder mehr des stimmberechtigten Aktienkapitals besitzen.
**) „Sonstige Investitionen" umfassen hauptsächlich Aktien und Schuldverschreibungen ausländischer Firmen, die sich im Besitz von US-Unternehmern oder Privatpersonen befinden.

Die Zahlen weisen einen beträchtlichen Anstieg der internationalen wirtschaftlichen Interessen der USA aus. Die Bewegung der Einzelgrößen zeigt auf die qualitative Änderung: Die Bedeutung des Warenexports tritt immer mehr hinter der des Kapitalexportes zurück [17]). Innerhalb des Kapitalexportes schwellen die Direktinvestitionen explosionsartig an, während die „sonstigen Investitionen" kaum zunehmen. Das aber bedeutet, daß das Interesse der herrschenden Klasse

12) A.a.O., S. 181.
13) A.a.O., S. 183.
14) Dieses Sicherheitskonzept hat, für sich allein genommen, auch wenig Sinn. Der Pazifik und der Nordatlantik werden von Lipson zu strategischen Zonen erklärt, weil auf ihnen, wie er meint, der entscheidende Angriff gegen die USA gefahren werden könnte. Ein solcher umfassender Angriff wäre klar oberhalb der „Atomschwelle". Für den damit gegebenen Einsatz6 von strategischen Nuklearwaffen, deren Sprengsätze in erster Linie von interkontinentalen Raketen getragen werden, spielen die beiden Ozeane keine wesentliche Rolle.
15) Vgl. dazu die Studie von Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik. Frankfurt 1970.
16) Quellen: Harry Magdoff, a.a.O., S. 154, und Sidney E. Rolfe, The International Corporation in Perspective, The Atlantic Community Quarterly, a.a.O., S. 255—270, hier S. 255.
17) Daß der Warenexport überhaupt noch zunimmt, ist auf den Kapitalexport zurückzuführen. 25 Prozent des Gesamtwarenexports gingen 1967 an US-Auslandsfirmen. Sidney E. Rolfe, a.a.O.

der USA an ihren „Partnern" keineswegs nur „militärstrategisch" oder „außenwirtschaftlich", sondern direkt auf deren wirtschaftliche und politische Organisationsform der jeweiligen nationalen Gesellschaften bezogen ist und daß sie auf dieser „innenpolitischen" Bühne selbst als Akteur auftritt.

Eine solche Interessiertheit hält Lipson nur für Lateinamerika gegeben. Der rasante Ausbau der US-Filialbanken im Ausland, der seinerseits die Durchdringung der internationalen Wirtschaft mit US-Kapital spiegelt, gibt zwar die große Bedeutung Lateinamerikas wieder, weist aber gleichzeitig die globalen Dimension des US-imperialistischen Ausbeutungsfeldes aus. Von den 298 US-Filialbanken in 55 Ländern entfallen (1967) 134 auf 22 lateinamerikanische Staaten; auf 10 europäische Länder kommen 59 Banken, und in 12 Ländern des Fernen Ostens stehen 63 Filialen [18]). Dabei ist das auf Europa entfallende (US-)Investitionsvolumen höher als das in jedem anderen Kontinent getätigte [19]). Seit 1968 allerdings gehen die US-Auslandsinvestitionen in Europa zurück, während sie in der „Dritten Welt", gerade in Afrika und im Fernen Osten, rapide zunehmen [20]). Da wir Entwicklungstendenzen im Auge haben, ist also der Punkt der globalen materiellen und unmittelbaren Interessiertheit der US-Monopolklasse gegenüber dem Lipsonschen Fehlschluß der bloß militärstrategischen oder handelspartnerlichen Interessen besonders zu betonen.

Lipson läßt noch ein zweites fundamentales Faktum aus: die während der letzten Jahrzehnte abgelaufenen Veränderungen im internationalen System. Von den politologischen Denkern der US-Monopolmacht werden ansonsten besonders drei Entwicklungen für erheblich gehalten: die „Dekolonialisierung" bzw. das massenhafte Entstehen neuer Nationalstaaten, die „thermonukleare Revolutionierung" der Waffensysteme und der „Niedergang der Bipolarität", womit sowohl der „Polyzentrismus" innerhalb der Blöcke wie das Entstehen „neuer Großmächte" gemeint ist [21]). Es liegt auf der Hand, daß diese unbestreitbaren und untereinander in Beziehung stehenden Veränderungen bei dem Entwurf einer globalen Strategie des Imerpialismus an vorderer Stelle berücksichtigt werden müssen. In Nixons „Neuer Friedensstrategie" geschieht genau das.

II

„In den internationalen Beziehungen ist die Nachkriegszeit jetzt zu Ende", verkündet der Präsident der USA zu Beginn seiner Botschaft. Er begründet dies folgendermaßen:

— „Damals waren wir die einzige Großmacht, deren Gesellschaft und deren Wirtschaft den massiven Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges entging. Heute sind die Verwüstungen, die dieser Krieg brachte, überwunden. Westeuropa und Japan haben ihre wirtschaftliche Stärke, ihre politische Lebenskraft und ihr nationales Selbstvertrauen wiedergewonnen."

— „Damals wurden neue Staaten geboren, oft unter Unruhen und Ungewißheit. Heute verfügen die Nationen über einen neuen Geist und wachsende Stärke in Unabhängigkeit."

---

18) Harry Magdoff, a.a.O., S. 65 ff.

19) Vgl. Conrad Schuhler, Zur politischen Ökonomie der Armen Welt, München 1968, S. 135, und Harry Magdoff, a.a.O., S. 56 ff., der die Durchdringung besonders der Schrittmacherindustrien mit US-Kapital tabellarisch aufzeigt.

20) Sidney E. Rolfe, a.a.O., S. 257. Vgl. auch die allgemeine Diskussion der zunehmend wichtigen Rolle der Dritten Welt als Anlagefeld für das Monopolkapital bei Conrad Schuhler, a.a.O., Kapitel V: Die zweite strategische Variable: Der Imperialismus der Industrieländer.

21) Siehe zum letzten Punkt v. a. Oran R. Young, The Intermediaries. Third Parties in International Crises. Princeton N.J. 1967. Vgl. im übrigen Inis L. Claude, Jr., The Changing United Nations, New York 1968, und Lawrence S. Finkelstein, International Cooperation in a Changing World: A Challenge to United States Foreign Policy. In: International Organization, XXIII, S. 559—588.

— „Damals waren wir mit einer monolithischen kommunistischen Welt konfrontiert. Heute hat sich das Wesen dieser Welt gewandelt — die Macht der einzelnen kommunistischen Nationen ist gewachsen, aber die internationale Einheit der Kommunisten ist geborsten."

— „Damals besaßen die Vereinigten Staaten ein Monopol oder eine überragende Überlegenheit an Nuklearwaffen. Heute hat eine Revolution in der Kriegstechnik die Natur des militärischen Kräftegleichgewichts verändert."

— „Damals bildeten die aus dem vorangegangenen Jahrhundert stammenden Parolen das ideologische Zubehör der Intellektuellen-Debatte. Heute haben die ‚Ismen' ihre Lebenskraft verloren."

— Schließlich: „Dies ist die Herausforderung an Amerika und seine große Chance beim Eintritt in die siebziger Jahre" [22]). Und zwar die große Chance, den „Rahmen für einen dauerhaften Frieden" einzurichten. „Friede muß sehr viel mehr sein als eine Zeit ohne Krieg. Friede muß eine dauerhafte Struktur internationaler Beziehungen schaffen."

An dieser Stelle wollen wir uns des aus der Diskussion im ersten Abschnitt folgenden Schlusses vergewissern: Eine rationale Strategie des US-Imperialismus muß unter Berücksichtigung der Wandlungsprozesse im internationalen System das globale Ausbeutungsfeld sowohl militärisch sichern und prinzipiell offensiv halten als auch sozio-ökonomisch organisieren. Wenn wir „Friede", wie von Nixon selbst gefordert, inhaltlich füllen, bedeutet es: Realisieren und Aufrechterhalten nationaler und internationaler Strukturen, die das weitere Funktionieren imperialistischer Kontrolle und Ausbeutung garantieren und optimieren sollen. Die „drei Grundpinzipien", von denen der US-Präsident die „Außenpolitik" geleitet sieht, deuten an, daß Nixon einen umfassenden Versuch unternommen hat, diese nationale Strategie zu entwerfen.

„Friede verlangt Partnerschaft ... — Friede verlangt Stärke ... — Friede erfordert die Bereitschaft zum Verhandeln" [23]).

„Partnerschaft zu befreundeten Nationen" als Organisationsprinzip des imperialistischen Weltsystems trägt der neuen „Stärke" Japans und Westeuropas sowie der „Unabhängigkeit" der jungen Nationalstaaten Rechnung und nimmt den USA eine Menge finanzieller „Verpflichtungen" von den Schultern; militärische „Stärke" ist das Eventualmittel gegen die sozialistischen Staaten, deren „Macht ... gewachsen ist", sowie gegen die jungen Staaten, deren Drang nach „nationaler Eigenständigkeit" über das vom internationalen Monopolkapital zugelassene Ziel hinausschießt. Die „Bereitschaft zum Verhandeln" schließlich ist zum Bewahren und Ausbauen der imperialistischen Macht- und Profitinteressen unerläßlich in einer Zeit, in der das Nuklearwaffenpatt den Einsatz kriegerischer Mittel doch erheblich einschränkt.

Nicht nur entsprechen diese „Grundprinzipien" den Erfordernissen der Interessenlage des internationalen US-Monopolkapitals im allgemeinen; sie werden von Nixon detailliert bei der Analyse der einzelnen Schauplätze des internationalen Systems eingesetzt [24]).

---

22) Nixon, a.a.O., S. 2 f.
23) A.a.O., S. 3.
24) George W. Ball irrt sich also, wenn er glaubt, die „Nixon-Doktrin" sei mehr eine „Mode", als daß sie Substanz enthalte. Der (unter Kennedy und Johnson) ehemalige stellvertretende US-Außenminister und UN-Botschafter berichtet, mit welchen Worten er einmal während seiner Amtszeit den Vorschlag einer antikommunistischen US-Offensive in einem kleinen afrikanischen Land abgewimmelt hatte: „Während Gott jeden Sperling beobachtet, der stürzen mag, glaube ich nicht, daß die Vereinigten Staaten auf diesem Sektor in Wettbewerb treten sollten." Ball hält dies für den Inhalt der Nixon-Doktrin, womit er an deren Hauptpunkt vorbeigreift, nämlich an der systematischen Organisation des imperialistischen Weltsystems unter „Partnerschafts"-Bedingungen. George W. Ball, The Nixon Dortrine — Mood or Substance? Newsweek, March 30, 1970.

1) Europa

Wieder und wieder wird „Europa" eigenständige Größe und Kraft bescheinigt und insbesondere „Westdeutschland" gelobt, dessen Politik u. a. es ermöglichte, daß . . . „sich ein größeres europäisches Ganzes mit Aussichten auf ein weiteres Wachstum entwickelt (hat)". Hart getadelt wird die Außenpolitik der Vorgänger. „Gar zu lange hatten die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit geführt, ohne auf den anderen zu hören; zu ihren Verbündeten anstatt mit ihnen gesprochen und sie über neu eingeschlagene Wege informiert anstatt mit ihnen über sie zu entscheiden." Tatsächlich hingegen „(liegt) Amerikas Interesse in einem ausgewogenen Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten schrittweise angepaßt werden, um die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerzuspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht." Der Prozeß der „Stärkung und Ausweitung der europäischen Gemeinschaft" wird unterstützt, obwohl dieser gewisse Nachteile für die Position der USA mit sich bringen mag. „Wir sind uns darüber im klaren, daß unsere Interessen durch die Entwicklung Europas zwangsläufig berührt werden und daß wir möglicherweise dem gemeinsamen Interesse Opfer bringen müssen. Wir sind der Ansicht, daß der mögliche wirtschaftliche Preis eines wirklich geeinten Europas durch den Gewinn an politischer Dynamik des Westens als Ganzem mehr als aufgewogen wird." Allerdings „(werden) auf viele Jahre hinaus (bilaterale) Beziehungen die notwendigen transatlantischen Rande bilden, und wir werden daher fortfahren, sie zu erweitern und zu vertiefen" [25]).

Dieses Konzept des Einverständisses und der Partnerschaft, das die Beziehungen zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern bestimmen soll, wird vor allem auch der Sicherheitsstrategie zugrundegelegt. Zwar sollen die gegenwärtigen NATO-Strategien für die siebziger Jahre beibehalten werden, doch soll eine „umfassende Studie unserer Strategie für die Verteidigung Westeuropas" neu erstellt werden. Im Hintergrund dieser Anregung stehen offensichtlich die von Nixon angeführten „in unserem Land laut gewordenen Vorschläge für eine wesentliche Reduzierung der amerikanischen Truppenstärke in Europa". Aus den vom US-Präsidenten aufgeworfenen Einzelfragen geht hervor, daß er diese Reduzierung für möglich hält, weil die „militärische Bedrohung Europas" nachgelassen habe, weil der „erwogene Einsatz taktischer Kernwaffen" konventionelle Streitkräfte zu Teilen entbehrlich mache und weil die „verschiedenen Partner" einen größeren Teil der „Lasten" übernehmen müßten (in Nixons Text erscheinen diese Aussagen, im Stil der neuen Partnerschaft, in Frageform) [26]).

Ganz allgemein befindet sich Europa in einer „Ära der Verhandlungen". Auch hier „(steht) mit an oberster Stelle auf der Tagesordnung des westlichen Bündnisses . . . die komplexe Verantwortung der Integration unserer individuellen und kollektiven Anstrengungen". Gerichtet sind diese Anstrengungen auf „die Lösung der Probleme, die durch die unnatürliche Teilung des Kontinents entstanden sind". Dies kann nicht durch „eine spektakuläre Verhandlung erreicht" werden, sondern nur „durch einen langen historischen Prozeß". Wichtiger Akteur dabei ist „unser deutscher Verbündeter", der bereits „Schritte unternommen hat, um zu einer Normalisierung seiner Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn zu gelangen. Da das Deutschlandproblem der Schlüssel für die Ost-West-Probleme

25) Zitate Nixon, a.a.O., S. 20 ff.
26) A.a.O., S. 23 f.

in Europa bleibt, würden wir eine solche Normalisierung begrüßen". Allerdings: Bei dieser Art Problemlösung „spielen auch die Haltung, die Interessen und die Politik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Osteuropa eine Rolle". Dafür gilt: „Es genügt nicht, von einer Milderung der Spannungen zu reden, sofern wir uns nicht im klaren darüber sind, daß zwanzig Jahre der Spannungen nicht einfach durch geringfügige Mißverständnisse geschaffen wurden. Eine Änderung der Haltung ist nur dann von Wert, wenn sich in ihr eine Änderung des Denkens über die politischen Zielsetzungen widerspiegelt" [27]).

Dem politischen Inhalt nach ist dieses Verhandlungskonzept also enorm offensiv. Es wird nicht mehr und nicht weniger als eine Änderung des Zielsystems der sozialistischen Staaten angestrebt. Innerhalb dieses Rahmens muß zweifellos auch die „Neue Ostpolitik" der SPD/FDP-Regierung der BRD gesehen werden; die politischen Macher des zentral wichtigen „deutschen Verbündeten" haben von Entwürfen wie „Wandel durch Annäherung" bis zum Slogan von den „menschlichen Erleichterungen" immer nur dünn verdecken können, daß es ihnen vor allem um eine Aufweichung des sozialistischen Systems geht.

Wie weit das internationale Monopolkapital mittlerweile über eine bloß militärische und Austauschregeln setzende Globalstrategie hinaus ist, beweist schließlich die „neue Dimension", die „auf die Initiative Amerikas hin" der NATO 1969 zugefügt wurde. Da nämlich „das gemeinsame Anliegen und die gemeinsamen Zielsetzungen der westlichen Verbündeten ... über die militärischen und politischen Dimensionen traditioneller Bündnisse hinaus(reichen)", wurde damals ein NATO-„Ausschuß für Aufgaben der modernen Gesellschaft" ins Leben gerufen. Damit wurde „ein Verfahren geschaffen, mittels dessen einzelne Nationen ‚Musterstudien' auf einem spezifischen Gebiet vorlegen und dann verantwortlich für die Unterbreitung von Empfehlungen zur Durchführung sind". Acht Projekte werden bereits in Angriff genommen: „Straßenverkehrssicherheit; Katastrophenhilfe; Luftverschmutzung; Verschmutzung der Meere; Verschmutzung der Binnengewässer; wirtschaftliche Erkenntnisse und politische Beschlußfassung; Individual- und Gruppenmotivation und Regionalplanung". Weitere Projekte sowie die Ausweitung des Mitgliederkreises sind vorgesehen. Keine Frage, daß hier ein massiver Ansatz zur Durchorganisierung des imperialistischen Herrschaftsgebiete nach innen vorliegt, inklusive der systematischen Handhabung der Sozialwissenschaften zu Zwecken der politischen Stabilisierung dieser Klassenherrschaft des Monopolkapitals. Dessen internationale Kooperation nach innen und außen steht auch im Zentrum des „Programms für die Zukunft": „Die Entwicklung eines gemeinsamen europäisch-amerikanischen Standpunktes bezüglich unserer gemeinsamen Zielsetzungen und unserer jeweiligen Rolle bei der Suche nach einer friedlichen und stabilen Ordnung in ganz Europa; die Ausweitung der alliierten und weltweiten Zusammenarbeit angesichts der gemeinsamen sozialen und menschlichen Aufgaben der modernen Gesellschaft" [28]).

2) Lateinamerika

Übereinstimmende Sprachformeln werden bei der Analyse der Beziehungen zur „Westlichen Hemisphäre" (Lateinamerika) angewendet. Wieder wird scharf Kritik geübt an der Form der traditionellen US-Politik, in der „Entwicklungsprogramme ... für anstatt mit unseren Nachbarn ausgeführt (wurden)", womit man „mit der wachsenden Selbstsicherheit und dem Nationalismus der Nationen im anderen Teil der westlichen Hemisphäre in Konflikt (geriet)". Schließlich „(nahm) der Nationalismus antiamerikanische Untertöne an". Ganz besonders wurden

27) A.a.O., S. 24 ff.
28) Zitate Nixon, a.a.O. S. 26 ff.

„ausländische Investitionen ... das exponierteste Ziel von Enttäuschung, irrationaler Politik und eines irregeleiteten Nationalismus". Es ist daher unbedingt erforderlich, „neue Modalitäten zu finden, die den Zustrom des benötigten Investitionskapitals ohne eine Herausforderung des Nationalstolzes und Verletzung nationaler Vorrechte ermöglichen".

Da „die Vorteile, die ausländische Investitionen beiden Seiten bringen, ... sich nur bei gegenseitiger Achtung und mit viel Taktgefühl realisieren lassen (werden)", muß auch hier „Partnerschaft" zum Zuge kommen, in der „die Respektierung der nationalen Identität und der nationalen Würde" stattfindet und „in der Rechte und Pflichten von einer Gemeinschaft unabhängiger Staaten geteilt werden." Der Rahmen der Partnerschaft ist gegeben „durch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die in ihrer Charta so großartig niedergelegten Grundsätze". Diese „interamerikanische Gemeinschaft wird erwägen müssen: ... wie sich die Probleme subversiver Bedrohung der internationalen Sicherheit und Ordnung lösen lassen; ... welche Haltung man gegenüber internen politischen Instabilitäten und außergesetzlichen Regierungswechseln einnehmen soll".

Nixon weiß aber auch: „In der Praxis werden wir uns wachsenden Pressionen gegenübersehen". Und zwar nicht nur gegen private US-Auslandsinvestitionen, die daher nach Nixon in Zukunft mit mehr „gegenseitiger Achtung und mit viel Taktgefühl" placiert und realisiert werden müssen, sondern auch „nach Kapitalmitteln zur Finanzierung der Entwicklung und der Reformen" sowie „nach wachsenden Märkten für steigende Exporte" der lateinamerikanischen Länder. Während im Fall der Kapitalmittel wieder die „Partnerschaft" bemüht wird als „die Aufteilung der Verantwortung für Entwicklungsentscheidungen", ist Nixon auch hinsichtlich der Exportbedürfnisse der unterentwickelten Länder Lateinamerikas bereit, kurzfristige ökonomische Interessen innerhalb des US-Kapitalismus dem längerfristigen Systeminteresse eines stabil organisierten Gesamtimperialismus hintanzustellen. „Wir müssen uns offen mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die wir zwischen unseren übergeordneten außenpolitischen Interessen und unseren spezifischen innenpolitischen Interessen entdecken werden." Dabei gilt: „Wir müssen erkennen, daß die nationalen Interessen anderer tatsächlich von unseren eigenen abweichen und nicht mit ihnen konform zu gehen brauchen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, eine Gemeinschaft zu entwickeln, die umfassend und widerstandsfähig genug ist, Raum für unsere nationalen Verschiedenartigkeiten zu bieten" [29]).

3) Asien

Auch zu „Asien und dem Pazifik", einschließlich Indien und Pakistans, sind „neue kooperative Beziehungen" zu installieren. Diese erstrecken „sich nicht allein auf die Verteidigung. Letztes Ziel muß eine ebenso enge Zusammenarbeit hinsichtlich weit größerer Problemkreise sein: der wirtschaftlichen, der politischen und auch der militärischen."

„Schutz gewähren" die USA und „Militär- und Wirtschaftshilfe leisten" sie immer dann, wenn „eine Nuklearmacht die Freiheit ... bedroht" (also speziell auf die Sowjetunion und die Volksrepublik China gemünzt) sowie „in Fällen, in denen die Aggression in anderer Form auftritt, sofern diese (Hilfe) gewünscht wird und angebracht ist" (also eigentlich immer, wenn die USA es für angebracht halten, insbesondere bei revolutionären Volkskriegen). Im ersten Fall spielt es keine Rolle, ob es sich um einen Bündnispartner handelt; eingegriffen wird, „wenn ... die Freiheit ... einer Nation bedroht" ist, „deren Fortbestand wir als entschei-

[29]) A.a.O., S. 32 ff.

dend wichtig für unsere Sicherheit und die Sicherheit dieser Region als Ganzes ansehen". Im zweiten Fall „werden wir aber von dem unmittelbar bedrohten Land erwarten, daß es die Hauptverantwortung dafür übernimmt, die für seine Verteidigung nötigen Menschen aufzubieten". Kurz: die USA werden stets eingreifen, wenn sie ihre Globalinteressen gefährdet sehen, und drängen darauf, daß die asiatischen „Partner" den größten Teil des effektiven Blutzolls dieser „Freiheitsverteidigung" übernehmen.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung „(richten sich) unsere Hoffnungen bezüglich Asiens auf einen Kontinent aus starken Nationen, die sich um des gegenseitigen Vorteils willen aus eigenem Entschluß zusammenfinden". Dabei „(fällt) Japan als einem der größten Industriestaaten der Welt in der Entwicklung des neuen Asiens eine ganz besondere und entscheidende Rolle zu". Bündig: „Japans Partnerschaft mit uns wird einer der Schlüssel zum Erfolg der Nixon-Doktrin in Asien sein". Aus diesem Grund auch, nämlich wegen der „langfristigen Stärkung unserer Beziehungen zu Japan", habe man (den US-Militärstützpunkt) Okinawa an die Japaner zurückgegeben. Mit Japans Zusicherung, „den Abbau und die gänzliche Beseitigung seiner Restriktionen des Handels und des Kapitalverkehrs beschleunigt zu betreiben" (also verstärkt US-Waren und vor allem -Kapital ins Land zu lassen) und „die Stabilität und den Wiederaufbau im Nachkriegsasien zu fördern" (also den Globalimperialismus ausbauen zu helfen), sieht Nixon bereits „die Grundlagen für die amerikanisch-japanische Zusammenarbeit in den siebziger Jahren gelegt". Während in Südasien — Indien und Pakistan — die „konkreten Dilemmas" nicht zu übersehen sind, ist dieses „gesunde Verhältnis zu Japan" dazu angetan, „den Frieden, die Sicherheit und einen steigenden Lebensstandard im pazifischen Raum zu gewährleisten" [30]).

An dessen südlichem Ende ist mit Vietnam derzeit ein spezieller Exerzierplatz der Nixon-Doktrin gegeben, auf dem vor allem die — später noch ausführlich zu behandelnden — Grenzen des Konzepts bloßgelegt werden. Die beiden Komponenten der Strategie dort lauten nach Nixon: Verhandlungen und Vietnamisierung. Tatsächlich werden Verhandlungen keineswegs durchgeführt, „um einen geregelten Frieden anzustreben"; vielmehr werden sie von der US-Regierung gerade noch auf dem Minimum gehalten, wo sie der internen und internationalen politischen Öffentlichkeit als Beruhigungsmittel verkauft werden können. Demgegenüber wird „Vietnamisierung" mit den beiden Armen „Stärkung der Streitkräfte Südvietnams" und „Ausweitung des Pazifizierungsprogramms" forciert vorwärtsgetrieben [31]). Die möglichen Konsequenzen der Nixon-Doktrin für die „asiatischen Partner" werden deutlich. „Stärkung der Streitkräfte Südvietnams" bedeutet lediglich Übernahme des besonders verlustreichen Bodenkampfes durch die Südvietnamesen, während Marine, Luftwaffe und vor allem die Stäbe weiterhin von US-Militärs besetzt werden. „Pazifizierung" bedeutet die Umwandlung ständig weiterer Teile Südvietnams in Konzentrationslager, um nämlich den Gegner zu zwingen, „als Streitmacht im herkömmlichen Sinne zu kämpfen, die vom Nachschub aus eigenen Quellen statt aus der Bevölkerung abhängt" [32]). „Vietnamisierung" ist damit also in erster Linie eine Reaktion der US-Macht auf die Bedingungen des revolutionären Volkskriegs und auf den politischen Widerstand zu Hause, wo schon mehr als 40 000 in Südvietnam gefallene Söhne, Männer, Väter zu beklagen sind.

---

30) A.a.O., S. 42 ff.
31) Zum Komplex Vietnam vgl. u. a. Frances FitzGerald, The Future of Vietnam, The New Yorker Review of Books, March 26, 1970, S. 4 ff.
32) Zitate Nixon, a.a.O., S. 49 und 53.

4) Nahost

Behutsam und häufig absichtsvoll vage sind die Formulierungen des US-Präsidenten zur Situation im Nahen Osten. Handelt es sich hier doch „um einen großen örtlichen Konflikt, in den die Großmächte involviert sind. Diese Kombination ist um so gefährlicher, weil die Interessen der außenstehenden Mächte größer sind als ihre Kontrollmöglichkeiten."

Der Grund für diese Interessen wird lapidar hingestellt: „Dieses Gebiet ist reich an natürlichen Hilfsquellen und hat gleichzeitig gute Aussichten auf wirtschaftlichen Fortschritt." Entsprechend „haben die Vereinigten Staaten ... langjährige Verpflichtungen und unterhalten Beziehungen mit einer Reihe von Staaten im Nahen Osten". Nun aber „hat die Aktivität der Sowjetunion im Nahen Osten und im Mittelmeer ... in den letzten Jahren zugenommen. Dies hat Konsequenzen, die weit über die arabisch-israelische Frage hinausgehen." Der Präsident der USA macht also ganz klar, daß im „Nahost-Konflikt" die Interessen des US-Kapitals an dieser Region auf dem Spiele steht. Welche Rolle Israel dabei zukommt, wird aus folgender Feststellung ersichtlich: „In der Zwischenzeit (‚bis zur Stabilisierung der Lage', C. S.) möchte ich jedoch erneut unsere erklärte Absicht bekräftigen, daß wir das Gleichgewicht der militärischen Macht streng im Auge behalten wollen und befreundete Staaten mit Waffen versorgen werden, wenn sich die Notwendigkeit ergäbe" [33]). Wie Westdeutschland in Europa und Japan im pazifischen Raum, so leistet Israel im Nahen Osten einen spezifischen, überaus wichtigen Beitrag zum Funktionieren des globalen Imperialismus.

5) Afrika

Afrika wird zunächst gelobt als „eines der markantesten Beispiele in der Welt für den Mißerfolg der Zugkraft des Kommunismus in den jungen Staaten". Dann wird das zentrale Ziel der Afrika-Politik der USA verkündet: „daß der Kontinent frei bleibt von Großmachtrivalitäten oder Konflikten jeder Form".

Freibleiben von „Großmachtrivalitäten" bedeutet nicht etwa, daß die USA nicht aktiv in die politische Entwicklung Afrikas eingreifen mögen; gefordert wird die „Zurückhaltung anderer Großmächte", nämlich der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Die USA selbst „müssen" sogar eingreifen. „Die afrikanischen Staaten und jene, die sie unterstützen, müssen gemeinsame Prioritäten setzen, müssen entscheiden über den sinnvollen Einsatz des dem Kontinent zur Verfügung stehenden relativ begrenzten Entwicklungskapitals." Dies erfordere „die engste Zusammenarbeit zwischen Afrikanern und den Gebernationen". Ausdrücklich empfohlen wird „die Form der Hilfeleistung durch ein multilaterales Konsortium, wie es in Ghana in den letzten Jahren geholfen hat" [34]). Hier passiert nichts weiter als die Ausrufung Afrikas zum exklusiven Ausbeutungsfeld des internationalen Monopolkapitals, vor allem der USA und der ehemaligen Kolonialherrscher Afrikas. Der Entwurf entspricht gewiß den ständig wachsenden materiellen Interessen des internationalen Monopolkapitals der USA in Afrika [35]) sowie den speziellen Ausbeutungsbeziehungen, die nach wie vor zwischen den früheren Kolonialimperien (England, Frankreich) und den meisten ihrer ehemaligen Kolonien herrschen [36]). Die von Nixon vorgebrachte angeb-

---

33) A.a.O., S. 59 ff.
34) A.a.O., S. 65 ff.
35) Vgl. zu den w. o. erwähnten Belegen auch Pierre Jalée, Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft, Frankfurt 1969, S. 116 f., S. 70 ff.
36) P. Jalée analysiert das Assoziierungsabkommen zwischen achtzehn afrikanischen Staaten und der EWG als ein „Musterbeispiel" dieses Neoimperialismus. Ders., Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt 1968, S. 95 ff. Siehe auch Harry Magdoff, a.a.O., S. 79 ff.: Währungsblocks als Kontrollinstrumente. — Der ja auch — z. B. im Kongo — militärisch zuschlagende Imperialismus der „Westmächte" ist gewiß erheblich verantwortlich für den von Nixon beklatschten „Mißerfolg des Kommunismus" in zahlreichen jungen Staaten Afrikas.

liche Handlungsmaxime, „daß unsere Beziehungen zu ihnen (den Afrikanern, C. S.) auf der Basis gegenseitiger Achtung, gegenseitigen Vertrauens und der Gleichheit beruhen" [37]), erweist sich als besonders durchsichtiger ideologischer Nebel.

III

1) Internationale Wirtschaftspolitik

Erneut ganz deutlich werden die globalen Zusammenhänge in Nixons Ausführungen zur „Internationalen Wirtschaftspolitik". Der Präsident ist zuversichtlich: „Auf keinem anderen Gebiet unserer Außenpolitik hat es eine so lange und erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen gegeben". Tatsächlich haben die „freien Nationen" sich mit dem Internationalen Währungsfonds, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Kennedy-Runde seit langem Institutionen zur Abstimmung und Organisation ihrer Interessen geschaffen. Allerdings haben diese Institutionen erhebliche Funktionsstörungen im internationalen Wirtschaftssystem der „freien Nationen" nicht verhindern können.

Insbesondere haben quasi regelmäßig Desaster im internationalen Währungssystem stattgefunden; also an einem strategisch wichtigen Ort, denn ohne international akzeptiertes Geld käme der internationale Waren- und Kapitalverkehr zum Erliegen. Ein solches Geld muß die Bedingungen der Verfügbarkeit und der Sicherheit erfüllen. Die zwei verwendeten Arten von „international akzeptiertem Geld" — Gold und US-Dollars — warfen nun beide diesbezügliche Probleme auf. Beim Gold ergab sich u. a. die prinzipielle Schwierigkeit, daß das Welthandelsvolumen schneller wuchs und wächst als die Goldbestände (überhaupt sind Fragen der Goldproduktion für monetäre Entscheidungen sachfremd). Schon von daher ist auch der US-Dollar als internationales Reservemedium strukturell „schwach": Soll er nämlich für das ständig steigende Welthandelsvolumen in genügender Menge verfügbar sein, kann er nicht mehr zu dem geforderten festen Satz in Gold einlösbar sein, da ein immer geringerer Teil der Reservewährung durch Gold gedeckt ist.

Der eigentliche Widerspruch besteht jedoch darin, daß mit dem US-Dollar eine nationale Währung als internationale Reserveeinheit eingesetzt ist. Dadurch können sich die USA durch nationale Goldschöpfung internationale Liquidität verschaffen. Das mögliche Korrektiv der Präsentation dieser in den internationalen Währungskreislauf gepumpten Dollars zur Goldeinlösung kommt nur wenig zum Zug, da für alle kapitalistischen Länder die Expansion des Welthandels Vorrang hat [38]). Das durch den mächtigen Kapitalexport verursachte „chronische" Zahlungsbilanzdifizit der USA zeigt, daß die US-Monopole als „Private" wie über den Staat diesen Vorteil des „billigen internationalen Geldes" für sich genutzt haben [39]).

Der US-Präsident sorgt sich daher zu Recht: „Dies könnte für einige den Anschein erwecken, als wenn die Versorgung mit internationalen Zahlungsmitteln weitgehend von nationalen Gesichtspunkten bestimmt wird, statt den internationalen Erfordernissen voll und ganz zu entsprechen. Darüber hinaus könnten anhaltende Zahlungsbilanzdefizite unsere eigene internationale Finanzlage gefährden und Besorgnisse hinsichtlich der Stabilität des Dollar erwecken." Die durch die Geldschöpfung in den USA ausgelöste globale Inflationswelle brandet notwendig ins

[37]) Nixon, a.a.O., S. 69.
[38]) Vgl. dazu Elmar Altvater, Das Dollar-Desaster. Zur Krise des Weltwährungssystems. In: Atomzeitalter, 5. Mai 1968, S. 282—296. Siehe auch desr., Die Weltwährungskrise. Frankfurt 1969.
[39]) Vgl. auch Magdoff, a.a.O., S. 71 ff.: „Der Dollar als Weltwährung: New York als Weltbankier".

Urheberland zurück, wo sie die Bewegung der Geldwertverschlechterung durch die übrigen Strategien des Vergeudungskapitalismus verstärkt.

Der Dollar als Weltwährung muß also auch aus US-Perspektive entlastet werden (nicht etwa aufgehoben). Mit den Worten Nixons: „Ein wirklich internationales Geld war daher notwendig, um ein wirklich internationales Problem zu lösen." Den Ansatz zur Lösung sieht er in den Sonderbeziehungsrechten, die 1969 im Internationalen Währungsfonds geschaffen worden sind. Dort sind auf drei Jahre knapp 10 Mrd. Dollar bereitgestellt, die nach gemeinsamen Beschlüssen zur Finanzierung von „Zahlungsungleichgewichten" zwischen den Mitgliedstaaten aktiviert werden können.

Tatsächlich ist damit das Problem nicht gelöst. Dieses ist nämlich nicht eines der internationalen Währungstechnik, sondern der internationalen Wirtschaftsstruktur, genauer: des unterschiedlichen Entwicklungsstandes und -prozesses nationaler Volkswirtschaften. Unterschiedliche Arbeitsproduktivitäts- und Lohnniveaus (um zwei fundamentale Kriterien zu nennen) produzieren internationale Austauschgefälle und damit „Zahlungsungleichgewichte". Dies wird auch von Nixon gesehen: „Das internationale Währungssystem muß zwei Elemente einschließen: ausreichende Versorgung mit international akzeptierbarem Geld und Kredit zur Finanzierung von Zahlungsgleichgewichten zwischen Ländern; und wirksame Mittel, mit denen die nationalen Volkswirtschaften sich einander anpassen können, um die Entwicklung von exzessiven und lange anhaltenden Ungleichgewichten zu vermeiden."

„Die gegenseitige Anpassung der nationalen Volkswirtschaften" — das eben wäre die Organisation des Imperialismus auf neuer Stufe. Der US-Präsident in seinem Entwurf: „Verbesserte Mittel für eine Anpassung stehen so mit an erster Stelle auf dem Programm für die weitere Entwicklung des internationalen Währungssystems in den siebziger Jahren. Wenn jetzt die wirtschaftliche Interdependenz wächst, wird eine bessere Koordinierung zwischen den nationalen Volkswirtschaften nur noch notwendiger. Eine solche Koordinierung muß auf der festen Grundlage einer effektiven Innenpolitik basieren."

Hier wird also wieder die klare Absicht ausgedrückt, die einzelnen nationalen Abteilungen des imperialistischen Weltsystems auch intern nach den Bedürfnissen des Gesamtsystems zu organisieren. Eine Absicht, die sich über den Internationalen Währungsfonds schon zu Teilen konkretisieren läßt: Da Sonderziehungen nur auf gemeinsamen Beschluß realisiert werden können, ist der Fonds vorzüglich zur Kontrolle und Disziplinierung der Verursacher der „Ungleichgewichte" geeignet — eine Aufgabe, die er bislang bereits recht umfassend gegenüber Staaten der Dritten Welt erfüllt.

Aus der Perspektive der „Handelspolitik" formuliert Nixon auch den Gedanken der „Anpassung". Auch er beherbergt die Komponenten der Verbesserung der Austauschtechnik (Abbau trarifärer und nichttarifärer Handelsschranken) sowie die inhaltliche Abstimmung der nationalen Produktionen, da „wachsende Interdependenz bedeutet . . . , daß jedes einzelne Land sich in immer stärkerem Maße auf alle übrigen Länder verlassen muß" [40].

2) Militärische Stärke

Unter „Amerikas Stärke" legt Nixon die „Gestaltung unserer militärischen Position" dar. Er geht aus von „dem sich ändernden strategischen Gleichgewicht". Während die USA zu Beginn der sechziger Jahre durch den beschleunigten Aus-

[40] Nixon, a.a.O., S. 72 ff.

bau der Polaris-Unterseeboot- und der Minuteman-Interkontinentalraketen-Programme und der Vergrößerung der Zahl der alarmbereiten strategischen Bomber ein eindeutiges strategisches Übergewicht gehabt hätten, sei das Verhältnis nun, zu Beginn der siebziger Jahre, der Zahl der Trägerwaffen nach ausgeglichen; der Qualität nach ergäbe sich sogar eine sowjetische Überlegenheit, da die sowjetischen Raketen weit größere Nutzlasten tragen könnten und über genauere (u. a. Mehrfach-)Sprengköpfe verfügten. Außerdem habe die Sowjetunion erhebliche Fortschritte in der Raketenabwehr erzielt.

Nixon benützt diese (falschen) Angaben als Begründung seiner Entscheidung, die „strategische Doktrin" seines Vorgängers aufzugeben. Dieser hatte die strategische Aufrüstung — unbeschadet eventueller sowjetischer Maßnahmen — gedrosselt, da die USA über ein Vielfaches der nuklearen Kapazität verfügten, jeden potentiellen Gegner sofort und gründlich zu vernichten. Nixon hingegen will die strategische Aufrüstung forcieren, insbesondere die Raketenabwehr (unter dem Namen ABM- oder Safeguard-System in der Öffentlichkeit debattiert). Hier ist darauf hinzuweisen, daß Raketenabwehrsysteme keineswegs nur defensive Funktionen erfüllen. Das nukleare „Patt" beruht darauf, daß keine der Nuklearmächte einen atomaren Überfall riskiert, da der oder die Gegner vernichtend atomar zurückschlagen können. Je vollständiger die Raketenabwehr eines Landes, desto geringer der aus Selbsterhaltung geborene Zwang, auf einen nuklearen Überfall zu verzichten. In diesem Zusammenhang ist Nixons Definition der Ziele des „Safeguard-Programms" aufschlußreich: „Diese abgewogene Installierung soll drei Ziele erfüllen:

a) Schutz unserer auf dem Land stationierten Vergeltungsstreitkräfte gegen einen direkten Angriff seitens der Sowjetunion;

b) Verteidigung des amerikanischen Volkes gegen solche nuklearen Angriffe, wie sie das kommunistische China möglicherweise innerhalb eines Jahrzehnts führen könnte;

c) Schutz vor der Möglichkeit ungewollter Angriffe."

Die Regierung der USA ist sich also im klaren darüber, daß ein Atomschlag der Sowjetunion die USA — mit Ausnahme der besonders gesicherten strategischen Streitkräfte — vernichten würde. Sie arbeitet aber daran, die USA insgesamt gegen nukleare Angriffe der Größenordnung abzusichern, in der sie „innerhalb eines Jahrzehnts" von der Volksrepublik China durchgeführt werden können. Da die USA von einem tiefen, lang andauernden Zerwürfnis zwischen China und der Sowjetunion ausgehen, hat die Installierung des Safeguard-Programms die Gefahr eines nuklearen Überfalls der USA auf China beträchtlich erhöht: 1) Selbst wenn Chinas strategische Streitkräfte den atomaren Angriff überstehen würden, würde der Vergeltungschlag nach der Kalkulation der US-Regierung abgewehrt werden; 2) die Sowjetunion würde sich, so spekulieren die politischen Agenten der US-Monopole, heraushalten, auf jeden Fall keine Atomwaffen einsetzen.

Während die USA die strategische Aufrüstung verstärkt betreiben, wollen sie bei der Planung der „allgemeinen Streitkräfte", die „differenzierter auf örtliche Situationen und besondere Interessen abgestimmt sein (müssen), die Tatsache in Rechnung gestellt" sehen, „daß das Menschenpotential unserer Freunde unser eigenes weit übersteigt, wie auch unsere hohen Ausgaben für die strategischen Streitkräfte". Die „Freunde" sollen ihre Beiträge in Zukunft beträchtlich erhöhen.

Dies gilt für „Verbündete oder potentielle Verbündete in allen Teilen der Welt" [41]) und „insbesondere für Subversion und Guerillakriegführung oder für ‚nationale Befreiungskriege' ".

Entsprechend wird das bisher praktizierte „$2^1/_2$-Kriege"-Prinzip als Grundlage der konventionellen Position der USA abgelöst. Nach diesem Prinzip „mußten amerikanische Truppen für eine dreimonatige konventionelle Vorneverteidigung der NATO, für eine Verteidigung Koreas oder Südostasiens gegen einen umfassenden chinesischen Angriff und für einen kleinen Ernstfall — alle gleichzeitig — unterhalten werden". Die neue Strategie ist die der „$1^1/_2$ Kriege". „Nach ihr werden wir in Friedenszeiten allgemeine Streitkräfte unterhalten, die ausreichen, um gleichzeitig einem umfassenden größeren kommunistischen Angriff entweder in Europa oder in Asien zu begegnen, den Verbündeten bei einer nicht von China ausgehenden Bedrohung zu helfen und mit einem Ernstfall in irgendeinem anderen Gebiet fertig zu werden."

Die neue Konzeption hat vor allem zwei einschneidende Konsequenzen. Aus ihr ergibt sich für die US-Politik der Zwang, analog zur Wirtschafts- und Handelspolitik eine global integrierte Militärpolitik zu treiben, hin zu aufeinander abgestimmten Bündnissen, in denen die „Anstrengungen der Freunde" der USA zunehmen. Zum anderen bedeutet sie ein Senken der „Atomschwelle". Mit u. a. folgender Erwägung wurde die Strategie begründet: „Das nukleare Potential unserer strategischen sowie der regionalen nuklearen Streitkräfte dient als Abschreckung vor einem umfassenden sowjetischen Angriff auf NATO-Europa oder einem chinesischen Angriff auf unsere asiatischen Verbündeten" [42]). Das aber heißt, daß der Einsatz von Nuklearwaffen bereits im US-Kalkül ist, wenn der Gegner ausschließlich mit konventionellen Waffen kämpft. Sollte es gar zu einem zwischen China und der Sowjetunion koordinierten Vorgehen der konventionellen Streitkräfte kommen, dann wollen die USA „auf jeden Fall" Atomwaffen einsetzen. „Friede durch Stärke" à la Nixon wird diese Welt zu einem noch unsichereren Platz machen.

3) Friede durch Verhandlungen

„Friede durch Verhandlungen" ist die dritte Säule, auf der die „neue Friedensstrategie" stehen soll. Der globale Charakter der Auseinandersetzung und die Zerstörungskapazität der strategischen Waffen würden eine „Ära der Verhandlungen" erzwingen. Die Marschrichtung ist klar: „Wir wollen hoffen, daß im Laufe der Zeit und mit dem Heranwachsen einer neuen Generation in den kommunistischen Ländern ein gewisser Wandel in den kommunistischen Zielsetzungen eintritt. Sollte das jedoch nicht der Fall sein, dann müssen wir nach dem praktikabelsten Weg suchen, um auf die kommunistischen Maßnahmen Einfluß zu nehmen."

„Verhandlungen" werden also als die eine historisch angemessene Strategie der Durchsetzung imperialistischer Interessen gegen den Sozialismus verstanden. Das wird an einzelnen aufgeführten Zielen konkret. Die Sowjetunion solle „einen nützlichen Einfluß auf die Nordvietnamesen" ausüben und die militärische Unterstützung Nordvietnams stoppen. Auch haben die USA „bei den Nahostgesprächen . . . auf sowjetischer Seite jene praktische und konstruktive Flexibilität vermißt, die für ein erfolgreiches Ergebnis notwendig ist". In Osteuropa können die USA „keine Doktrin akzeptieren", die „die Länder Osteuropas . . . als Teile eines

41) Die Frage ist auch Thema Nr. 1 des USA-Besuches von Bundeskanzler Brand. Aus diesem Anlaß fragt die „Zeit" besorgt: „Folgt auf die ‚Vietnamisierung' des Engagements in Südostasien nun auch eine zunehmende ‚Europäisierung' der Verteidigungspolitik der Allianz in Europa — noch ehe für das bestehende europäische Sicherheitssystem ein Ersatz gefunden worden ist?" Ausgabe vom 3. April 1970, S. 3.
42) Zitate Nixon, a.a.O., S. 89 ff.

monolithischen Blocks" begreift. „In dieser Richtung", meldet der Präsident, „ist bereits ein Fortschritt in unseren Beziehungen zu Rumänien erreicht worden." Aber: „Die Prinzipien, die unseren Beziehungen zum kommunistischen China zugrunde liegen, ähneln denen, die unsere Politik gegenüber der Sowjetunion bestimmen" [43]).

Ausführlich kommt Nixon schließlich auf die Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen mit der Sowjetunion (SALT) zu sprechen. Die Ausführlichkeit bezieht sich allerdings nicht auf politische oder militärstrategische Perspektiven der Rüstungskontrolle, sondern charakteristischerweise fast ausschließlich auf technische Details der Verhandlungsvorbereitungen und der Waffen selbst. Die tatsächlichen Absichten dieser US-Regierung hinsichtlich der Rüstungskontrolle müssen vielmehr vor folgendem Hintergrund ausgeleuchtet werden: den ständigen Atomwaffentests, der neuen Installierung des Safeguard-Programms und den falschen (überhöhten) Angaben über die relative Raketenkapazität der UdSSR [44]).

Ähnliche Fragen stellen sich bei der Beurteilung des gesamten von Nixon vorgelegten Konzepts. Inwiefern handelt es sich um bloße ideologische Verschleierungen? Welche Aussagen entsprechen den objektiven Bedürfnissen des Monopolkapitals der USA? Auf welche Widerspruchsprozesse im imperialistischen Weltsystem wird hier reagiert? Welche Chancen bestehen, das vorgesehene internationale Formierungskonzept zu realisieren? Auf welcher neuen Ebene werden sich welche Widersprüche manifestieren? Welche Konsequenzen muß der antiimperialistische Widerstand angesichts des neuen Organisationsentwurfs des Imperialismus ziehen?

(Zweiter Teil: „Die Grenzen der internationalen Formierung des Imperialismus" folgt in einem der nächsten Hefte der „Blätter".)

Über Faschismus und Neofaschismus

Von Joachim Streisand

I

In den Erscheinungen des geschichtlich-gesellschaftlichen Lebens kommen zwar historische Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck, Wesen und Erscheinung gehören auch hier miteinander zusammen, aber sie sind nicht identisch; was das Wesentliche und Gesetzmäßige nun eigentlich ist, muß nicht bereits auf den ersten Blick sichtbar sein. So ist auch in der Geschichte das Klassische die Ausnahme, nicht die Regel. Die klassische Form der bürgerlichen Revolution, diejenige also, in der die Hauptklassenkräfte unvermittelt aufeinandertrafen, alle Fragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung zur Entscheidung standen und alle Kon-

[43]) Aa.O., S. 99 ff.
[44]) Vgl. z. B. Joachim Schweliens Artikel: Neuer Sprint im Waffenwettlauf. Die ZEIT, a.a.O.

flikte ausgetragen wurden, bis sich das Neue durchgesetzt hatte, gab es in ihrer Reinheit nur in Frankreich. Wenn im Kapitalismus der freien Konkurrenz herrschende und unterdrückte Klassen einigermaßen klar abgegrenzt politisch miteinander konfrontiert waren, so änderte sich das an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert: die Fronten komplizierten sich nun in mancher Hinsicht. Ein Beweis dafür ist die Herausbildung einer revisionistischen Strömung in der Arbeiterbewegung, die während des Ersten Weltkriegs in mehreren Ländern sogar in einen militanten Sozialchauvinismus hinüberwuchs. Solche Widersprüchlichkeit gilt es auch zu durchschauen, wenn es um das Wesen der faschistischen Bewegungen geht. Hier ist es vor allem notwendig, zwischen dem politisch-sozialen Träger und der Massenbasis dieser Bewegungen zu unterscheiden: zwischen denen, die an der Entstehung und dem Erstarken des Faschismus, ja schließlich der Übertragung der entscheidenden Machtpositionen im Staat an ihn interessiert waren, und denen, die dem Faschismus die Massenbasis boten, ohne in Wirklichkeit an seinen Zielen interessiert zu sein.

Daß die Verbindung von Terror und Demagogie zum Wesen des Faschismus gehört, ist schon früh festgestellt worden — aber diese Feststellung bedarf des sozialen Inhalts: wer ist es, der hier Terror ausübt und Demagogie verbreitet, gegen wen richtet sich vorzugsweise der Terror, und auf wen zielt die Demagogie? Es handelt sich um historische Fragestellungen, die einen durchaus aktuellen politischen Aspekt haben.

Das Thema „Faschismus" ist zunächst von den progressiven Richtungen der Geschichtswissenschaft untersucht und zur Diskussion gestellt worden. In den letzten Jahren findet es aber auch in der akademischen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik wachsende Beachtung. Dieses Interesse erklärt sich zum einen aus weltanschaulich-methodologischen Gründen. Weil sich der idealistische Historismus traditioneller Prägung als unfähig erwiesen hat, in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Imperialismus, die natürlich auch die Geschichtsschreibung maßgebend beeinflussen, eine Alternative zum Marxismus-Leninismus zu bieten, soll er ersetzt werden. Das ist der eigentliche Grund dafür, daß Theodor Schieder auf dem Freiburger Historikertag 1967 erklärte, die Aufgabe der Geschichtsschreibung sei nicht mehr die „Darstellung des Laufes der Weltgeschichte", sondern die Analyse von Sozialstrukturen und Existenzerhellung. Gerade das Thema „Faschismus" scheint besonders geeignet zu sein, diese Abkehr von traditionellen Positionen zu demonstrieren. Ernst Noltes Veröffentlichungen über die faschistischen Bewegungen sind dafür ein charakteristisches Beispiel.

Der Wandel ist jedoch weniger grundsätzlich, als er zu sein scheint. Auch die scheinbar neue Methodologie verharrt auf bürgerlich-imperialistischer Position: sie verzichtet darauf, hinter den historisch-gesellschaftlichen Erscheinungen und in diesen Erscheinungen den Systemzusammenhang der Gesellschaftsformationen und ihre progressive Folge, die im Prozeß der Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen schließlich zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und zum Sozialismus führt, zu sehen. Deshalb ist sie auch nicht in der Lage, eine akzeptable Charakteristik des Faschismus zu geben. Als Kriterium für faschistische Bewegungen weiß Nolte nur anzugeben, daß sie „sich selbst sowohl in ihrer Praxis wie in ihrer Ideologie ausdrücklich auf das Vorbild des italienischen Faschismus bzw. des deutschen Nationalsozialismus beriefen" [1]).

1) Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4, München 1966, S. 10. Nolte fügt dieser Definition ein „zunächst" hinzu, gibt aber auch in seinen weiteren Ausführungen keine befriedigende inhaltliche Präzisierung.

Dieses Kriterium ist in Wirklichkeit nicht einmal geeignet, die faschistischen Bewegungen der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg erschöpfend zu erfassen. Es versagt aber vor allem angesichts der faschistischen Bewegungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Es versteht sich von selbst, daß angesichts der Erfahrungen aus den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts und auf Grund des veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses auch Bewegungen, die ihrem Wesen nach faschistisch sind, sich nicht mehr auf das diskreditierte Beispiel des italienischen oder des deutschen Faschismus uneingeschränkt berufen können. Noltes Definition hängt unmittelbar mit seiner Grundthese zusammen, die Epoche des Faschismus sei 1945 zu Ende gegangen. Diese Auffassung ist theoretisch abwegig, in ihrer politischen Konsequenz aber desorientierend und gefährlich.

Das führt uns zu der zweiten Seite, die beim wachsenden Interesse gerade der dominierenden Strömungen der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik für das Thema „Faschismus" berücksichtigt werden muß, der unmittelbar politischen. Die im Dezember 1969 vom Münchener Institut für Zeitgeschichte veranstaltete Diskussion über das Wesen des Faschismus erbrachte kein befriedigendes Ergebnis. Der eigentliche Grund dafür ist, daß sie an der Frage vorbeiging, wer denn nun eigentlich an faschistischen Bewegungen und der Übertragung der politischen Macht an sie interessiert gewesen sei und heute interessiert sein kann. Es war nur Reinhard Kühnl, der sich diesem Problem näherte, ohne daß es freilich von seinen Gesprächpsartnern aufgegriffen worden wäre. Die Vertreter der dominierenden Richtungen wie Hans Mommsen, Iring Fetscher und Theo Pirker gelangten, soweit sie überhaupt soziologische Interpretationsversuche unternahmen, nicht über die Frage nach der Massenbasis des Faschismus hinaus. Die Gefahr des Faschismus ging und die Gefahr des Neofaschismus geht jedoch vor allem von seinen eigentlichen sozialen Trägern aus, und erst in diesem Zusammenhang wird die Massenbasis faschistischer Bewegungen von Bedeutung. Aus eben diesem Grunde kann auch die neofaschistische Gefahr in der Bundesrepublik nicht mit einem Hinweis auf die Tatsache abgetan werden, daß es der NPD bei der Bundestagswahl 1969 nicht gelang, einen Sitz im Bundestag zu erhalten.

Diese Überlegungen seien verdeutlicht an einer Skizze zur Geschichte der wichtigsten faschistischen Bewegungen bis zum Zweiten Weltkrieg.

II

Der Erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution leiteten die allgemeine Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ein — eine Krise, die vor allem darauf beruht und darin sichtbar wurde, daß diese Gesellschaftsordnung nun nicht mehr das einzige und allumfassende gesellschaftliche System auf der Erde war. In der ökonomischen, politischen und geistig-kulturellen Praxis des Sowjetstaates fanden die von Marx und Engels erarbeiteten, von Lenin weiterentwickelten wissenschaftlichen Prognosen ihre Bestätigung. Gewiß: in den anderen Ländern, sowohl in denen, die im Kriege gesiegt, als auch in denen, die eine Niederlage erlitten hatten, schienen im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen der ersten Nachkriegsjahre nur die Ergebnisse und Folgen des Krieges zu stehen. Aber diese Auseinandersetzungen spielten sich auf einem gegenüber den Vorkriegsjahren wesentlich veränderten weltpolitischen Hintergrund ab und wurden durch die grundlegende Veränderung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis beeinflußt, die sich daraus ergab, daß in einem Lande bereits der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus begonnen hatte.

Lenin hat bereits 1905 darauf hingewiesen, daß der Begriff Demokratie mit der ersten russischen Revolution offensichtlich einen neuen sozialen Inhalt erhielt. In den früheren großen Revolutionen, etwa denen von 1789 und 1848, hatte sich die demokratische Bewegung gegen den grundbesitzenden Adel und die in seinem Interesse existierenden und agierenden absoluten oder halbabsoluten Fürsten gerichtet. Jeder Kampf für demokratische Rechte, etwa für politische Gleichberechtigung, für die Befreiung der Frau, für Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend, für die Befreiung von nationaler Unterdrückung oder für den Frieden, stieß seit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und Imperialismus nun aber auf ein und denselben neuen Gegner, die finanzkapitalistische Oligarchie, die sich um die wenigen dominierenden industriellen Unternehmen und Banken gruppierte. Daß die demokratischen Bestebungen und die Interessen des Finanzkapitals in antagonistischen Gegensatz gerieten, hatte eine weitere Folge: diese demokratischen Bestrebungen und der sozialistische Kampf der Arbeiterbewegung besaßen nun ein und denselben Feind, sie konnten und mußten also Bündnisse miteinander eingehen. Wo die zahlenmäßig stärkste, am meisten an Veränderungen interessierte, am besten organisierbare und im allgemeinen auch am besten, durch ihre revolutionäre Partei, organisierte Klasse, die Arbeiterklasse, die politische Führung in diesem Bündnis innehatte, wurde den antiimperialistisch-demokratischen Bewegungen auch dauerhafter Erfolg zuteil. Solche Überlegungen fanden ihre Bestätigung durch die russischen Revolutionen von 1905 und 1917, sie fanden ihre Bestätigung aber auch durch die Ereignisse in vielen anderen Ländern am Ende des Ersten Weltkrieges. Aus dem Zerfall der Habsburger Monarchie ging zwar eine Reihe bürgerlich-kapitalistischer Staaten hervor — aber dieser Zerfall selbst war bereits ein Ausdruck der Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis als Folge der Oktoberrevolution und erfolgte vor allem unter dem Druck der Arbeiterklasse in Österreich selbst, in Ungarn und auch in den bisher abhängigen Ländern.

Daß bürgerlich-demokratische Rechte nun gegen das Großbürgertum erkämpft werden mußten, zeigte sich nicht zuletzt in der deutschen Novemberrevolution. Es war eine echte Revolution. Der deutsche Kaiser und preußische König, die übrigen Fürsten, Junker und schwerindustrielle Alldeutsche traten den Rückzug nicht aus bloßer Einsicht an, sondern angesichts der revolutionären Aktionen der Massen, vor allem der Massen der Arbeiter, und die von diesen im ersten Ansturm erkämpften Erfolge wiegen um so schwerer, als sie ja gegen den Widerstand der rechts-sozialdemokratischen Führung, deren maßgebender Repräsentant Friedrich Ebert noch bis zum 9. November 1918 sogar die Kontinuität der monarchischen Staatsform und des Herrscherhauses erhalten wollte, durchgesetzt worden waren. Mit spezifisch proletarischen Kampfmitteln und -methoden wie dem Generalstreik und dem bewaffneten Aufstand der Industriearbeiterschaft der großen Städte wurden wesentliche Veränderungen erzwungen: die Umwandlung Deutschlands in eine bürgerlich-parlamentarische Republik, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen im Reich und in den Ländern, die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner und der Achtstundentag. Aber diese Veränderungen hielten sich wegen des reformistischen Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, dem noch keine selbständige kommunistische Partei entgegenwirkte, innerhalb des Rahmens der gegebenen kapitalistischen, genauer: monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Insofern kann die Weimarer Republik als Ergebnis eines Kompromisses bezeichnet werden, als Konzession, die den herrschenden Klassen abgezwungen wurde und die sie so bald wie möglich wieder zurückzunehmen trachteten. Die politisch-strategische Zielsetzung der Hauptkräfte des

deutschen Finanzkapitals nach 1918 bestand, knapp gesagt, in einer Beseitigung des bürgerlich-parlamentarischen Systems und der anderen demokratischen Rechte, die die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution erkämpft hatte, als Voraussetzung für eine Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges.

Der Kapp-Putsch erwies freilich nur zu deutlich, daß ein Versuch, diese Strategie durch einen offen gewaltsamen Angriff auf die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik durchzusetzen, auf den einheitlichen Widerstand der Arbeiterklasse stoßen mußte. Gerade die erbittertsten Gegner der Republik begriffen im März 1920, daß ihr Ziel nicht unter Bruch der Weimarer Verfassung, sondern nur mit ihrer Hilfe, legal oder wenigstens pseudolegal, zu erreichen war und daß es dazu nicht nur notwendig war,legalistische Illusionen opportunistischer sozialdemokratischer Politiker auszunutzen, sondern vor allem sich einer Massenbasis zu bedienen, mit deren Hilfe die in der Novemberrevolution gemachten Konzessionen wieder zurückgenommen werden konnten. Weil es eine solche Massenbasis zunächst noch nicht gab und nicht geben konnte, hatte Hitler und die Nazipartei vor 1923 zwar schon einen gleichsam strategischen Platz im System der antirepublikanischen Politik der aggressivsten finanzkapitalistischen Kreise (schon im Frühjahr 1920, wenige Tage nach dem Kapp-Putsch, gab es in Berlin Gespräche zwischen dem Stahlhelm und dem damals noch von der Reichswehr besoldeten Naziführer, der daraufhin am 31. März aus der Armee ausscheiden und ganz in die Politik übergehen konnte), aber noch keinen taktischen: aus der Niederschlagung des Münchner Putsches vom November 1923 mußte er selbst noch die Lehre ziehen, die seine Auftraggeber schon 1920 gezogen hatten, und er zog sie während der Festungshaft, die ihm der mißlungene Putsch einbrachte, tatsächlich.

Bürgerlich-demokratische Verhältnisse waren am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland, und nicht nur in Deutschland, gegen die Großbourgeoisie durchgesetzt worden. Diese Verhältnisse wieder zu beseitigen, gehörte zur politischen Strategie dieser Kreise in Deutschland und nicht nur in Deutschland. Dieses Ziel unter den durch die Oktoberrevolution veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen durchzusetzen, wurde der eigentliche gesellschaftliche Auftrag der faschistischen Bewegungen. Deshalb ist der Faschismus keine spezifisch deutsche Erscheinung.

Faschistische Bewegungen entstanden nach dem Ersten Weltkrieg auch in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, in Italien und Polen, in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, in Frankreich, Spanien und England. Diesen Bewegungen waren gewisse Züge gemeinsam: extrem militaristisch und nationalistisch, ausgehalten von den herrschenden Klassen, zum Teil mit ausländischer Hilfe, sollten sie durch soziale Demagogie diesen Klassen eine Massenbasis vor allem im Kleinbürgertum und unter den Bauern sichern, wobei Hauptkennzeichen ihrer Ideologie der extreme Antikommunismus war. Stets stand als Förderer und Nutznießer dieser Bewegungen im Hintergrund die Großbourgeoisie, in mehr agrarischen Ländern auch der Großgrundbesitz, die mit Hilfe dieser Massenbasis terroristisch die demokratischen und sozialistischen Bewegungen, die unter dem Einfluß der Oktoberrevolution erstarkten, niederwerfen lassen wollten.

Es war das schwächste unter den Ländern, die im Ersten Weltkrieg eine Niederlage erlitten hatten, und das schwächste unter den großen Siegerländern, wo faschistische Bewegungen zuerst, schon während der revolutionären Nachkriegskrise, an die Macht gebracht wurden:

Bulgariens Niederlage an der Seite der Mittelmächte einerseits, die gerade hier besonders wirksamen unmittelbaren Einflüsse der Oktoberrevolution anderer-

seits hatten dem Bulgarischen Bauernvolksbund nach dem Krieg die einflußreichsten Positionen in der Regierung gebracht, und unter Ministerpräsident Stambuliski war eine Reihe von Agrarreformen eingeleitet worden. Dabei waren aber die Interessen des Industrieproletariats, das zwar noch zahlenmäßig schwach war, aber bereits seit Mai 1919 eine Kommunistische Partei besaß, vernachlässigt worden. Diese Inkonsequenz der Regierung hatte zur Folge, daß die demokratisch-antifaschistische Bewegung sich zersplitterte und der großagrarischen und industriellen Konterrevolution im Juni 1923 ein faschistischer Staatsstreich gelang, der den Bauernvolksbund die Macht, Stambuliski das Leben kostete.

Die späte nationalstaatliche Einigung *Italiens* war unter der Hegemonie Sardinien-Piemonts erfolgt, eines Territorialstaates, in dem kapitalistische Verhältnisse weiter entwickelt waren als in Mittel- und Süditalien. Zwischen dem industriellen Norden und dem agrarisch-rückständigen, halbfeudalen Süden blieben aber bis in unser Jahrhundert krasse Unterschiede bestehen (noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges hielt der Großgrundbesitz 90 Prozent der Süditaliener in Analphabetentum). Die mehr oder minder rechtsliberalen Regierungen bis zum Ersten Weltkrieg wurden vom Großgrundbesitz Mittel- und Süditaliens nur geduldet, insofern und solange sie seine Privilegien nicht antasteten. Es war nur eine kleine, aber aggressive Gruppe des Finanzkapitals Oberitaliens gewesen, die das Land gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in den Krieg getrieben hatte, und nicht zuletzt daraus erklärt es sich, daß seine Armeen eine Niederlage nach der anderen erlitten. Das wieder trug dazu bei, daß der Anteil an der Beute, der Italien 1919 in den Pariser Vorortverträgen von den Verbündeten zugestanden wurde, hinter den Erwartungen der Kriegsinteressenten zurückblieb und sie sich bald als Besiegte unter den Siegern ansahen. Kriegsfolgen und Krisenerscheinungen ließen die antiimperialistisch-demokratische Bewegung schnell anwachsen. Die Unzufriedenheit und Empörung der Arbeiterklasse des Nordens kam in einer Fülle von Streiks zum Ausdruck, die ihren Höhepunkt in den spektakulären Fabrikbesetzungen des August und September 1920 erreichten. Italien schien damals am Vorabend einer Volksrevolution zu stehen. Daß diese Chancen nicht genutzt wurden, hat seine Ursache vor allem in der Haltung der maßgeblichen Politiker der in mehrere Fraktionen zerrissenen Sozialistischen Partei (die Kommunistische Partei Italiens wurde erst im Januar 1921 gegründet), die nicht den Kampf um die politische Macht aufzunehmen bereit waren und sich damit auch als unfähig erwiesen, den Massen der unzufriedenen nichtproletarischen Schichten ein politisches Ziel zu geben und sie als Verbündete zu gewinnen. Wenn die kleinbürgerlichen Schichten der Städte zunächst mit der Linken sympathisiert hatten, schwanden diese Sympathien nun. Mussolini, Hauptvertreter der Interventionisten in der Arbeiterbewegung und deshalb 1914 aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen, hatte die Zielsetzung der expansionistischen Kreise des Finanzkapitals nach dem Ende des Krieges mithilfe zahlenmäßig zunächst bedeutungsloser Terrorgruppen weiterzuverfolgen versucht, die nun aber einen gewissen Rückhalt zu erhalten begannen. Der „Marsch auf Rom", den er am 28. Oktober 1922 inszenierte, wurde von etwa 20 000 Mann unterstützt — einer Bürgerkriegsarmee, die die herrschende Klasse ohne weiteres hätte zerschlagen können, wenn sie sie hätte zerschlagen wollen. Daß sie es nicht tat, erklärt sich daraus, daß die Beseitigung des Parlamentarismus für sie wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung der Herrschaft nach innen und die Vorbereitung neuer einträglicherer Aggressionen nach außen war.

III

Wir haben nur die drei wichtigsten aus der ersten Welle faschistischer Bewegungen, die sich unter den Verhältnissen der revolutionären Nachkriegskrise entwickelten, skizziert. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die 1924 einsetzte, brachte für diese Bewegungen dort, wo sich diese Stabilisierung tatsächlich auswirkte, eine zeitweilige Ebbe. Das gilt besonders für Deutschland, wo die Schichten, die bald für die Naziideologie besonders anfällig werden sollten, zunächst noch an der zeitweiligen Konjunktur einen bescheidenen Anteil erlangten: es gab einen Markt für agrarische Produkte, auch wenn der kleine und mittlere Bauer verschuldet war, die kleinen Geschäftsleute hatten Kunden und die Handwerker Aufträge. Das waren die Schichten, die 1918 erleichtert gewesen waren, daß der Krieg zu Ende war. Sie hatten — wie die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 zeigten — der Monarchie zunächst keineswegs nachgetrauert, waren dann aber von der Inflation besonders hart betroffen worden. Ihre Sympathien begannen nun in antirepublikanische Richtung zu gehen. Der Kapp-Putsch und die Fürstenenteignungskampagne des Jahres 1925 zeigten, daß sie, wenn die Arbeiterklasse einheitlich auftrat, für demokratische Bestrebungen gewonnen werden konnten; wenn dies aber nicht geschah, waren sie dagegen bereit, skrupellosen Demagogen ins Garn zu gehen, sobald das latente Mißtrauen in offene Unzufriedenheit umschlug.

So blieb die Nazipartei während dieser Periode relativ bedeutungslos. Sie war damals von Fraktionskämpfen zerrissen, in denen der Widerspruch zwischen dem eigentlichen sozialen Träger des Faschismus und seiner Massenbasis zum Ausdruck kam. Damit sie in den norddeutschen Industriestädten Fuß fassen konnte, mußte dort die soziale Demagogie besonders ausgeprägt sein, und Otto Strasser spielte 1926 sogar mit dem Gedanken, diese Demagogie dadurch glaubhafter zu machen, daß sich die Nazis an der Bewegung für die Enteignung der Fürsten beteiligen sollten, wurde aber von Hitler energisch zurückgepfiffen.

Die relative Stabilisierung des Kapitalismus begünstigte dagegen den Faschismus dort, wo er bereits an die Macht gebracht worden war, in Italien. Mussolini konnte die Reste des Parlamentarismus in diesen Jahren völlig beseitigen: da die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti (10. Juli 1924) nicht, wie die Kommunistische Partei vorschlug, durch einen Generalstreik beantwortet wurde, Liberale und Katholiken sich vielmehr ebenso wie die Sozialisten auf bloße Proteste beschränkten, gelang es den Faschisten, die Gewerkschaften aufzulösen und alle Nichtfaschisten aus dem Staatsapparat zu verdrängen; schließlich wurde der Regierung das Recht übertragen, Normen mit Gesetzkraft zu erlassen.

Als die Weltwirtschaftskrise heranreifte, wurden die Nazis für die aggressivsten deutschen Monopole interessant. Beim Abbau des bürgerlich-parlamentarischen Systems, wie er unter den Präsidialkabinetten Brüning, Papen und Schleicher erfolgte, ging es nicht nur um ökonomische Tagesinteressen des deutschen Finanzkapitals, sondern um Grundfragen seiner Politik überhaupt. Bot bis dahin die Politik rechter sozialdemokratischer Führer der Großbourgeoisie eine Massenbasis in Teilen der Arbeiterklasse, so änderte sich dies mit dem Ausbruch der Krise. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter waren ja von ihren Folgen betroffen und zeigten unter diesen Umständen durchaus keine Neigung, eine Partei weiter zu unterstützen, die gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien in der Regierung saß, wenn diese Regierung alles tat, um die Lasten der Krise auf die Massen abzuwälzen. Wenn die Spaltung der Arbeiterbewegung

aufrechterhalten werden sollte — und daß hier ganz bewußt vorgegangen wurde, beweist ein Artikel der privaten Unternehmerkorrespondenz „Deutsche Führerbriefe" aus dem September 1932, in dem es ausdrücklich hieß: „Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland seit dem Krieg möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterschaft" —, wenn also diese Spaltung aufrechterhalten werden sollte, dann konnte die Sozialdemokratie nicht länger an der Regierung beteiligt werden. Ihre Führung mochte in den Augen des Großbürgertums allenfalls noch dazu geeignet sein, den Prozeß des Abbaus des parlamentarischen Systems zu „tolerieren", indem sie ihre Mitglieder von außerparlamentarischen Aktionen gegen die herrschenden Klassen fernhielt und notfalls in kritischen Situationen im Parlament nicht gegen die Regierung stimmte.

Die Krise gab ja den aggressivsten Kreisen des deutschen Finanzkapitals zugleich die Chance, auf die sie seit 1918 gewartet hatten, die Chance, jene demokratischen Rechte und Freiheiten zu beseitigen, die die Arbeiterklasse erkämpft hatte und die zur Verhinderung neuer Kriegsvorbereitungen genutzt werden konnten. Um das bürgerlich-parlamentarische System zu beseitigen, nutzten diese Kreise vor allem die Tatsache aus, daß sich in der Krise auch die Lage des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft verschlechterte. Diese Mittelschichten konnten, wie bereits angedeutet wurde, für eine demokratisch-antiimperialistische Politik gewonnen werden, wenn die Arbeiterklasse einheitlich auftrat; wenn das nicht geschah, konnten sie auch von den reaktionären Gegnern der Republik ausgenutzt werden. Die bereits zitierten „Führerbriefe" haben diese Funktion der Nazidemagogie erläutert, als sie sich mit den nach ihrer Ansicht „positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus" beschäftigten: „Ein bürgerliches Regime, dem an einer liberalen Sozialverfassung gelegen ist, muß nicht nur überhaupt parlamentarisch sein, es muß sich auf die Sozialdemokratie stützen und der Sozialdemokratie ausreichende Errungenschaften lassen; ein bürgerliches Regime, das diese Errungenschaften vernichtet, muß Sozialdemokratie und Parlamentarismus opfern, muß sich für die Sozialdemokratie einen Ersatz schaffen und zu einer gebundenen Sozialverfassung übergehen."

So erklärt es sich, daß gerade die NSDAP als geeignetes Werkzeug zur Beseitigung der Weimarer Republik befunden wurde — eine Partei, mit deren Hilfe die Weimarer Verfassung auf pseudo-legalem Wege mit Hilfe des Reichstages und nicht, was sich ja im Kapp-Putsch als Fehlspekulation erwiesen hatte, durch offenen gewaltsamen Angriff auf die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik beseitigt werden sollte. Die Eigenart der faschistischen Bewegung in Deutschland besteht darin, daß sie hier eng verknüpft war mit einem noch immer starken, aber im Kriege geschlagenen aggressiven Imperialismus und Militarismus, der mit Hilfe dieser Bewegung den zweiten Versuch einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt erstrebte. Die Hauptklassen der deutschen Gesellschaft blieben vor und nach dem 30. Januar 1933 die gleichen. Die Einsetzung des Hitlerkabinetts und die Errichtung der faschistischen Diktatur haben selbstverständlich weder die von den Nazis versprochene „Volksgemeinschaft" herbeigeführt, noch waren sie, wie linksbürgerliche und rechtssozialdemokratische Soziologen und Publizisten meinten, das Ergebnis eines Aufstandes rabiat gewordener Kleinbürger. Der grundlegende Widerspruch des deutschen Imperialismus, der Widerspruch zwischen den Expansions- und Aggressionsinteressen des deutschen Finanzkapitals und den Interessen der Massen an Demokratie und Frieden blieb der gleiche. Aber den herrschenden Klassen war es nun gelungen,

Ergebnisse und Erfolge der Novemberrevolution, die bisher noch unangetastet geblieben waren, zu beseitigen und den offenen Terror zur wesentlichen Methode ihrer Herrschaft zu machen, den Terror im Dienste eines zweiten Versuchs zur gewaltsamen Neuaufteilung der Welt. Die einzelnen Phasen der Geschichte des deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1939 sind deshalb die verschiedenen Phasen der Kriegsvorbereitung. Ihre erste reicht bis zum Sommer 1934, als mit dem Blutbad des 30. Juni 1934 der — nun unter neuen Bedingungen — aufgebrochene Widerspruch zwischen den sozialen Trägern der faschistischen Diktatur und der Massenbasis, die zur Errichtung und Konsolidierung dieser Diktatur notwendig war, im Sinne der aggressivsten Kreise der herrschenden Klassen entschieden wurde. Der Konsolidierung der faschistischen Diktatur folgte der sofortige Übergang zur offenen Aufrüstung, deren wirtschaftliche Voraussetzungen Schachts „Neuer Plan", der seit dem 24. September 1934 durchgeführt wurde, sichern sollte.

Etwa mit dem Herbst 1935 trat die Aufrüstung in das Stadium allseitiger Kriegsvorbereitung — angekündigt durch den Erlaß der „Nürnberger Gesetze", wie ja überhaupt die Judenverfolgung bis zum grauenvollen Ende von mehr als sechs Millionen europäischer Juden in den Vernichtungslagern jeweils ihre Funktion innerhalb des Systems des faschistischen Terrors besaß.

Der Beginn allseitiger Kriegsvorbereitung hat nicht den gesellschaftlichen Charakter des deutschen Faschismus oder das Kräfteverhältnis zwischen Finanzkapital und Nazistaat verändert. Was sich änderte, war nur die Gewichtsverteilung innerhalb der Großbourgeoisie. War die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht, die maritime Aufrüstung und die Besetzung des Rheinlandes mit Duldung oder gar Zustimmung der kapitalistischen Hauptmächte erfolgt, so zwang doch die gesteigerte Aggressivität, wie sie mit der Intervention zugunsten des spanischen Faschismus zum Ausdruck kam, zur grundsätzlichen Entscheidung über das künftige Verhältnis zu diesen Mächten. Hatte bisher die Gruppe um Schacht und Thyssen den stärksten Einfluß innerhalb des deutschen Finanzkapitals besessen, so erfolgte nun eine Umgruppierung. Bisher hatten diejenigen Kreise dominiert, die die deutsche Aufrüstung auf solche Rohstoffe stützen wollten, die aus den USA und dem britischen Empire bezogen werden mußten. Diese Absicht war aber nur zu verwirklichen, wenn keine krasse Verschlechterung der Beziehungen zu diesen Ländern erfolgte, wenn sich die deutschen Aggressionspläne nur in östliche Richtung erstreckten und ein Zweifrontenkrieg ausgeschlossen blieb. Jetzt traten die IG Farben, die Elektro- und Flugzeugkonzerne und darüber hinaus solche Monopole wie Mannesmann und Flick in den Vordergrund, die innere Rohstoffreserven innerhalb Deutschlands erschließen, dabei ihren Profit machen und zugleich die Rohstoffabhängigkeit der deutschen Kriegsvorbereitungen ausgleichen wollten. Daß die Führung von der Schwerindustrie an den Chemietrust, die nun aggressivste Gruppe, übergegangen war, zeigte sich auch daran, daß Hermann Göring, bisher Vertrauensmann Thyssens, seine Verbindung zu den IG Farben intensivierte und eine Reihe von wirtschaftsleitenden Funktionen erhielt, die bisher in Schachts Kompetenzbereich gefallen waren: im April 1936 wurde er Reichskommissar für Rohstoffe und Devisen, und der im Herbst 1936 im Kabinett angenommene Vierjahrplan hatte zum Ziel, „den Krieg im Frieden vorzubereiten". Das alles waren Voraussetzungen, auf Grund deren gegen Ende des Jahres 1937 die letzte Phase der Kriegsvorbereitung, die des Übergangs zu den ersten offenen Aggressionen und Annexionen, beginnen konnte, markiert durch die Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile am 5. November 1937, deren Inhalt durch das von Oberst Hossbach verfaßte Protokoll bekannt geworden ist.

IV

Clausewitz bezeichnete den Krieg als „Instrument der Politik", d. h. als „eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel", und Lenin stellte, diese Überlegungen verwertend, fest: „Dieselbe Politik, welche ein bestimmter Staat, eine bestimmte Klasse dieses Staates während längerer Zeit vor dem Krieg betrieben hat, setzt eben diese selbe Klasse unumgänglich und unvermeidlich während des Krieges fort, wobei sie nur die Form des Handelns ändert". Wir können deshalb hier auf eine weitere Erläuterung des sozialen Inhalts des Faschismus in Deutschland verzichten, gibt doch bereits die Vorgeschichte der Machtübertragung an den Faschismus und die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs genügend Hinweise für eine zusammenfassende Charakteristik.

Hitlers „Mein Kampf" enthielt die programmatischen Sätze: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken." Antisowjetische Zielsetzungen dieser Art gehören zum Wesen jeder faschistischen Bewegung. Wenn aber dem Faschismus in dem Land, das in der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus eine so entscheidende Stellung einnimmt wie Deutschland, die Macht übertragen worden war, dann mußte dies wesentlichen Einfluß auf die faschistischen Bewegungen auch in den anderen Ländern ausüben: diese Länder mußten über kurz oder lang trotz sekundärer Differenzen in außenpolitischer Hinsicht im wesentlichen in die Rolle eines Vasallen des faschistischen deutschen Imperialismus geraten, wie das Beispiel des faschistischen Italien zeigte. Darüber hinaus konnte unter bestimmten Umständen jetzt nicht mehr das gesellschaftliche Kräfteverhältnis innerhalb eines Landes selbst ausschlaggebend dafür werden, ob der Faschismus zur Macht gelangen oder die faschistische Gefahr abgewehrt werden könnte: der faschistische Putsch Francos gegen die spanische Republik konnte nur deshalb gelingen, weil er durch die Intervention des deutschen und italienischen Faschismus unterstützt wurde. Hätte das Nichteinmischungskomitee, das am 9. September 1936 gebildet wurde und in das 27 europäische Staaten ihre Vertreter entsandten, seine Aufgabe erfüllt, dann hätten die Meuterer unweigerlich eine Niederlage erleiden müssen. Tatsächlich scheiterte aber dieser Versuch: schon bald, nachdem das Komitee gegründet worden war, zeigte es sich, daß die Losung der „Nichteinmischung" den herrschenden Kreisen der USA, Frankreichs und Großbritanniens nur als Tarnung diente, während sie tatsächlich die Putschisten mit Waffen und Ausrüstungen unterstützten. Hier, wie später beim Münchner Diktat, wurde faschistischen Aggressionen von den Westmächten solange Verständnis und Unterstützung zuteil, wie sie sich gegen den Kommunismus richteten.

Das war die eine Seite der Konsequenzen aus der Machtübertragung an den Faschismus in Deutschland. Es gab auch noch eine andere Seite: unter ihrem Eindruck verstärkte sich in zahlreichen Ländern das Streben nach einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse gegen die faschistische Gefahr — Beweis dafür die zeitweiligen Erfolge der österreichischen Sozialisten und Demokraten, Beweis dafür vor allem die Volksfront in Frankreich, ein Bündnis der antifaschistisch-demokratischen Kräfte aus den verschiedensten Klassen und Schichten, das nur

möglich wurde, weil die entscheidende Kraft dieses Bündnisses, die Arbeiterklasse, wenigstens zeitweilig einheitlich aufzutreten vermochte.

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, in welchem Maße die Abwehr des Faschismus vom Zustandekommen oder Nichtzustandekommen eines Bündnisses seiner Gegner abhängt. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges beweist, daß dies noch in einem umfassenderen Sinne gilt: die Antihitlerkoalition siegte, weil ein durchaus natürliches Bündnis der verschiedenen, von den faschistischen Achsenmächten bedrohten oder von ihnen bereits überfallenen Staaten und Völker, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zustandekam, ein Bündnis, dessen Inhalt im Potsdamer Abkommen schließlich in der verpflichtenden Forderung Ausdruck fand, daß Deutschland nie wieder den Frieden in der Welt bedrohen dürfe.

Abwehr des Faschismus durch ein Bündnis seiner Gegner — aber die Erfahrungen der Geschichte lehren auch, daß die entscheidende Kraft dieses Bündnisses die Arbeiterklasse sein kann und sein muß. Das ist diejenige Klasse, gegen die sich der Faschismus zuerst und vor allem richtet, wenngleich er natürlich auch alle anderen an Frieden und Demokratie interessierten Klassen und Schichten bedroht. So ist es nicht verwunderlich, daß die wesentlichen Teile der deutschen Arbeiterklasse der Vorbereitung der faschistischen Diktatur am entschiedensten und konsequentesten widerstanden — erinnert sei nur daran, daß die Summe der Stimmenzahlen, die bei den Reichstagswahlen der Jahre 1930—1933 für die Arbeiterparteien abgegeben wurden, im ganzen konstant blieb, den Nazis hier also kein Einbruch gelang (daß es die Tendenz des Anwachsens des kommunistischen gegenüber dem sozialdemokratischen Anteil an dieser Summe gab, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die KPD die Politik des „kleineren Übels" bekämpfte, die Politik der Zugeständnisse an den Faschisierungsprozeß, die dem größten Übel gerade den Weg bahnte).

Vom Standpunkt dieser Gesellschaftsklasse allein aus konnte eine systematische, den Kern erfassende Charakteristik des Wesens des Faschismus gegeben werden. Bereits im Jahre 1922 betonte der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, daß der Faschismus in Italien sich „gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats" richte, aber „gleichzeitig gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt". Clara Zetkin präzisierte auf einer Tagung des Exekutivkomitees im Juni 1923, daß „die Bourgeoisie die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln des Staates allein erwarten" könne und deshalb den Faschismus nähre, unterschied aber von diesem sozialen Träger des Faschismus die Massenbasis. In dem Programm, das der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 1. September 1928 beschloß, hieß es: „In Zeiten, die für die Bourgeoisie besonders kritisch sind, bedient sich der Faschismus einer antikapitalistischen Phraseologie; sobald er aber seine Macht gesichert sieht, erweist er sich immer mehr als terroristische Diktatur des Großkapitals und wirft den antikapitalistischen Plunder von sich." Mag auch dieser Erkenntnisprozeß durch falsche Thesen wie die vom „Sozialfaschismus" behindert worden sein — in den wesentlichen Fragen erwies sich die von marxistisch-leninistischen Positionen aus gegebene Beurteilung des Faschismus schon damals theoretisch wie als Anleitung zum Handeln allen anderen Theorien über den Faschismus überlegen. Dieser Prozeß führte schließlich zu der Reife der Erkenntnis, von der aus das Exekutivkomitee im Dezember 1933 den Faschismus beurteilte als „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Ergänzend dazu wurde festgestellt: „Der Faschismus versucht, dem

Monopolkapital die Massenbasis unter der Kleinbourgeoisie zu sichern, und wendet sich dabei an die aus ihrem Geleise geschleuderten Bauern, Handwerker, Angestellten, Beamten und insbesondere an die deklassierten Elemente in den großen Städten. Er ist bestrebt, auch in die Arbeiterklasse einzudringen."

Das sind Feststellungen, die bis heute ihre Aktualität behalten haben. Eine faschistische Gefahr besteht, solange es die aggressiven und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals gibt, die als die eigentlichen sozialen Träger des Faschismus anzusehen sind. Die durchaus zutreffende Bezeichnung „Neofaschismus" verweist darauf, daß der moderne Faschismus sich zwar nicht mit seinen Vorläufern aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ausdrücklich und uneingeschränkt zu identifizieren wagt, daß sich sein Wesen aber gleichwohl nicht verändert hat. Es gibt keinen Anlaß, Bestrebungen, die innenpolitisch auf den Abbau der parlamentarischen Demokratie, außenpolitisch auf das Ziel hinauslaufen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren und die bestehenden Grenzen zu verändern, nicht als das zu bezeichnen, was sie sind; als neofaschistisch.

Die Herausbildung faschistischer Herrschaftsformen des Finanzkapitals war keine unvermeidliche Notwendigkeit, und sie ist es angesichts des veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, angesichts des Bestehens eines sozialistischen Staatensystems, zu dem auch der sozialistische deutsche Staat gehört, heute erst recht nicht. Aber der latenten Gefahr, daß die herrschende Klasse eines kapitalistischen Landes auf eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche mit dem Übergang zum faschistischen Terror antwortet, ist nicht dadurch zu begegnen, daß diese Gefahr bagatellisiert wird. Es gilt vielmehr zu erkennen, von wem diese Gefahr ausgeht, und aus der Geschichte zu lernen, wie dieser Gefahr zu begegnen ist.

Die Initiativen des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriege seitens der BRD

Von Ralf Syring

Seit einigen Jahren arbeitet in Amsterdam das Angola-Komitee. „Freiheit für Angola, Guinée, Moçambique, Portugal" ist das Ziel der Arbeit. Es ist dem Komitee gelungen, einen großen Teil der öffentlichen Meinung in den Niederlanden, soweit sie sich in überregionalen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen und sogar durch eine beachtliche Zahl von Parlamentsabgeordneten äußert, gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriege im Rahmen der NATO zu mobilisieren. Mitglieder des Komitees haben in ganz Europa Material gesam-

melt und zuletzt in einer Dokumentation „Portugal en de NATO" im vorigen Jahr veröffentlicht. Darüber hinaus erscheint alle zwei Monate das Angola-Bulletin.

Aufgrund dieser Arbeit sind die Niederlande zum bevorzugten Zufluchtsort für Deserteure aus der portugiesischen Armee geworden. Das Angola-Komitee unterhält einen ständigen Kontakt mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, die es im Rahmen seiner Möglichkeiten finanziell unterstützt.

Da die Untersuchungen des Angola-Komitees u. a. zu dem Ergebnis führten, daß die BRD der treueste Verbündete Portugals bei seiner kolonialen Unterdrückung ist, hat es auch versucht, in der BRD zu wirken. Dieser Versuch ist jedoch bisher an der Ignoranz der Regierenden in Bonn gescheitert, wobei es offenbar keinen Unterschied bedeutet, ob die Regierung von der CDU oder von der SPD geführt wird.

Aus Anlaß des Besuches von Bundespräsident Heinemann in den Niederlanden im November 1969 informierte das Angola-Komitee, unterstützt von etwa 30 niederländischen Jugendorganisationen, den Bundespräsidenten über die westdeutsche Unterstützung Portugals und bat um ein Gespräch mit dem Präsidenten. Die deutsche Botschaft lud daraufhin zwei Sprecher der Organisationen ein, die man glauben machen wollte, daß die von der BRD an Portugal gelieferten Waffen nicht in den Kolonien eingesetzt würden. Der Bundespräsident habe keine Zeit zu einem Gespräch über diese Angelegenheit.

Am 10. Oktober 1969 schickte das Angola-Komitee folgenden Brief an die Regierung der BRD und an die im Bundestag vertretenen Parteien:

„Sehr geehrte Herren,

Es ist allgemein bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland in großem Umfang Kriegsgerät an Portugal liefert. In einem rezenten Bericht des Verteidigungsausschusses des Bundestages, der in der Zeitschrift ‚Wehrdienst' vom Dezember 196I veröffentlicht wurde, wurde erwähnt, die Bundesrepublik habe ungefähr 200 Flugzeuge für die portugiesische Armee geliefert und der Gesamtwert der westdeutschen Lieferungen von Kriegsgerät an Portugal belaufe sich auf 170 Millionen DM.

Dadurch ist die Bundesrepublik einer der größten Lieferanten von Kriegsgerät an Portugal.

Sprecher der deutschen Regierung haben wiederholt erklärt, all das von der deutschen Bundesrepublik an Portugal gelieferte Kriegsgerät sei nur zum Gebrauch im Rahmen der NATO bestimmt und dürfe nicht in den portugiesischen Kolonien eingesetzt werden. Trotzdem ist von mehreren Seiten festgestellt worden, daß namentlich die gelieferten Kriegsflugzeuge dennoch in den portugiesischen Kolonien eingesetzt wurden, um die afrikanischen Freiheitsbewegungen zu bekämpfen.

Im Augenblick werden auf der Werft Blohm & Voß in Hamburg drei Kriegsschiffe für Portugal gebaut. Seit langem ist bekannt, daß diese Schiffe speziell für Gebrauch in untiefem Wasser gebaut werden, damit sie vor der Küste und auf den Flüssen der portugiesischen Kolonien eingesetzt werden können.

Im Gegensatz zu den feierlichen Beteuerungen der Regierung der Bundesrepublik stellt sich jetzt in Veröffentlichungen der portugiesischen Marine-Zeitschrift ‚Revista de Marinha' heraus, daß diese Kriegsschiffe ganz entschieden zum Einsatz in den portugiesischen Kolonien gedacht sind. Daraus geht deutlich hervor, daß auf diese Weise die NATO von Ihrer Regierung erneut als ein Deckmantel für Lieferung von Kriegsgerät für den Kolonialkrieg Portugals gebraucht wird.

Das Angola-Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, die Situation in den portugiesischen Kolonien ruchbar zu machen und die Freiheitsbewegungen in diesen Kolonien zu unterstützen.

Das Komitee fordert Sie dringlichst dazu auf, Ihre feierlichen Zusicherungen einzulösen und von der Lieferung dieser Kriegsschiffe abzusehen. Falls Sie trotz Ihrer Bekanntschaft mit den von Portugal in seinen Kolonien begangenen Verbrechen diese Lieferungen doch weiterhin fortsetzen würden, so bitten wir Sie jedenfalls, von der portugiesischen Regierung eindeutige Garantien zu fordern, damit diese Kriegsschiffe nicht in den portugiesischen Kolonien zum Einsatz kommen.

Hochachtungsvoll,

Das Angola-Komitee
Dr. S. Bosgra." *

Zu dem Brief gehörte folgende Beilage:

„Daten über die Kriegsschiffe:

Namen: Joao Coutinho, Jacinto Candido und Antonio Enes (Marine Rundschau, April 1969);

Tonnage: 1365 Tonnen;

Maße: Länge 84,1 m; Breite 10,1 m (Marine Rundschau, Juni 1969);

Motoren: zwei 12 Zylinder OEW-Pielstick (Marine Rundschau, Juni 1969);

Geschwindigkeit: 23 Knoten (Marine Rundschau, Juni 1969);

Bewaffnung: zwei 76-mm-Geschütze und vier 40-mm-Kanonen (Marine Rundschau, April 1969);

Kosten: je Schiff etwa 50 Mill. DM (Atlantische Welt, Juli 1969).

Es handelt sich um die größten Überwasser-Kriegsschiffe, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf einer deutschen Werft gebaut wurden (Politik und Wirtschaft, 3. Mai 1968).

Das erste Schiff, die Joao Coutinho, lief am 2. Mai 1969 vom Stapel und soll der portugiesischen Marine im Januar 1970 übergeben werden. Die anderen Schiffe sollen im April und August 1970 übergeben werden (Marine Rundschau, Juni 1969).

Erklärungen der deutschen Bundesrepublik über die Lieferung von Kriegsmaterial an Portugal:

‚Portugal darf von der deutschen Bundesrepublik gelieferte Waffen und militärisches Gerät nicht in seinen überseeischen Kolonien einsetzen. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte am Mittwoch, daß die Bundesregierung, soweit sie militärisches Gerät an ihren NATO-Verbündeten Portugal geliefert habe, immer darauf bestanden habe, daß die Verwendung dieses Materials auf NATO-Gebiet beschränkt bleibe' (Der Tagesspiegel, 18. Dezember 1965; Rückübersetzung aus dem Niederländischen).

‚Algerien und der Sudan haben die deutsche Bundesrepublik und Israel im Treuhandausschuß der UNO-Vollversammlung beschuldigt, Waffen an Portugal zu liefern, die für die Unterdrückung der Aufstände in den portugiesischen Überseegebieten gebraucht werden. Die deutsche Beobachtungsgruppe wies diese Behauptungen zurück. Botschafter S. v. Braun erinnerte an frühere Stellungnahmen der Bundesregierung zu dieser Frage und überreichte dem Generalsekretär der UNO, U Thant, eine Note, in der die Bundesregierung erklärt, daß sie an Portugal

*) Dieser und andere Briefe zitiert nach den beim Angola-Komitee in Amsterdam vorliegenden Durchschlägen der Originale.

keine Waffen zum Gebrauch in den Überseegebieten liefere, sondern nur Waffen zu Verteidigungszwecken im Rahmen der NATO (Süddeutsche Zeitung, 25. November 1966; Rückübersetzung aus dem Niederländischen).

‚Staatssekretär Lahr betonte, daß an Portugal gelieferte Waffen gemäß einer deutsch-portugiesischen Vereinbarung ‚ausschließlich zu Verteidigungszwecken im Rahmen des Nordatlantikpaktes gebraucht werden' (Der Tagesspiegel, West-Berlin, 23. August 1967; Rückübersetzung aus dem Niederländischen).

‚Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jügen Wischnewski (SPD), hat dem Leiter der Befreiungsbewegung in portugiesisch Guinea, Amilcar Cabral, versprochen, daß von der Bundesrepublik keine Waffen für die Kolonialkriege in Afrika zur Verfügung gestellt werden würden' (Die Welt, 18. Mai 1968).

Einsatz von Kriegsschiffen in den portugiesischen Kolonien:

Aus der Zeitschrift der portugiesischen Marine, Revista de Marinha, Mai 1969:

„Am 2. dieses Monats fand auf der Werft Blohm & Voß in Hamburg der feierliche Stapellauf der 1350 Tonnen-Korvette ‚Joao Coutinho' statt, des ersten von drei Schiffen dieser Klasse, die von der portugiesischen Regierung bei der deutschen Industrie für den Dienst in den Überseegebieten bestellt worden sind."

Revista de Marinha, Juni 1969:

„Diese Korvetten, die eigene Hubschrauber erhalten werden und für langwierigen Einsatz in den Überseegebieten ausgerüstet werden, sind dazu bestimmt, unsere Flotteneinheiten aus Patrouille- und Landungsfahrzeugen dort zu unterstützen, und um verschiedene Patrouilleaufgaben auszuüben."

Am 11. Oktober 1969 strahlte der Rundfunk- und Fernsehverein VARA in seiner aktuellen Sendung „Achter het nieuws" ein Interview mit einem Sprecher der Bundesregierung, Herrn Peter Bazing vom Auswärtigen Amt, aus. Herr Bazing erklärte, daß alle Kriegsmateriallieferungen der BRD an Portugal im Rahmen der NATO abgewickelt werden und auch nur für den Gebrauch innerhalb der NATO bestimmt seien. Soweit wiederholte Herr Bazing nur frühere offizielle Erklärungen, die nach dem Motto „Was nicht sein darf, das nicht sein kann" von den Bestimmungen des NATO-Vertrages ausgehen, nach dem die portugiesischen Kolonien Angola, Moçambique und Guinea-Bissau nicht zum NATO-Gebiet gehören. Herr Bazing erklärte jedoch weiter, daß die Bundesregierung sofort diplomatische Schritte unternehmen werde, wenn es Beweise dafür gebe, daß das von der BRD gelieferte Material in den portugiesischen Kolonien verwendet werde.

Daraufhin wandte sich das Angola-Komitee am 3. November 1969 erneut an die Bundesregierung. Das Komitee bezog sich auf die Fernsehsendung der VARA und schrieb weiter:

„Das niederländische Angola-Komitee hat, in Zusammenarbeit mit anderen Komitees, die sich mit Portugal und den portugiesischen Kolonien befassen, die Frage der Lieferung von Kriegsmaterial an Portugal durch westeuropäische Länder gründlich untersucht. Diese Untersuchung wurde in einer Reihe auf militärischem Gebiet spezialisierten westeuropäischen Bibliotheken durchgeführt und erfaßte u. a. umfangreiche portugiesische Militärliteratur. Dabei hat sich erwiesen, daß durch die Bundesrepublik an Portugal geliefertes Kriegsmaterial in großem Umfang in den portugiesischen Kolonien eingesetzt wird.

Das Angola-Komitee ist bereit, die Beweise in einem Gespräch mit verantwortlichen Regierungsvertretern der Bundesrepublik vorzulegen. An diesem Gespräch wird unsererseits auch ein Deserteur aus der portugiesischen Wehrmacht teilnehmen, der vier Jahre lang bei der portugiesischen Luftwaffe in Angola gedient

hat und jetzt in den Niederlanden um politisches Asyl nachgesucht hat. Wir ersuchen Sie, ihm für die Abgabe seiner Erklärung die Einreise in die Bundesrepublik zu genehmigen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sobald wie möglich einen Termin für dieses Gespräch festlegen würden.

Hochachtungsvoll

Das Angola-Komitee

Dr. S. Bosgra"

Auf diesen Brief hat das Angola-Komitee bisher keine Antwort erhalten.

Zu Ostern dieses Jahres fand in Driebergen (Niederlande) eine Konferenz aller europäischen Gruppen statt, die die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien unterstützen. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten folgende Resolution, die an die Regierung der BRD, an den Vorstand der SPD, an die Vorstände von DGB und IG Metall und an die Arbeiter der Blohm & Voß AG gerichtet wurde:

„Schon vor dem Hollandbesuch des Bundespräsidenten im November 1969 haben mehr als 30 holländische Jugendorganisationen die Regierung der Bundesrepublik bezichtigt, das faschistische Regime in Portugal im Krieg gegen die Völker Angolas, Moçambiques und Guinea-Bissaus durch umfangreiche Rüstungslieferungen zu unterstützen. Ihnen wurde geantwortet, daß insbesondere die auf der Werft Blohm & Voß in Hamburg gebauten Korvetten nicht für den Krieg in den Kolonien, sondern für die U-Boot-Bekämpfung im Rahmen der NATO bestimmt seien. Nicht allein die Bauweise und Bewaffnung der Schiffe, auch Artikel in der offiziellen portugiesischen Marinezeitung ‚Revista de Marinha' von Mai und Juni 1969 widerlegen diese Behauptung der westdeutschen Regierung.

Die Unglaubwürdigkeit der westdeutschen Regierung wird noch deutlicher, wenn man sich erinnert, daß sie kürzlich aus durchsichtigen Gründen dem Ausschluß der Vertreter des griechischen Militärregimes aus dem Europarat zustimmte, andererseits den Bau von Dieselaggregaten für die Konzentrationslager auf der Insel Jaros unterstützte. Die Aggregate wurden ebenfalls von der Firma Blohm & Voß hergestellt, in deren Gesamtaufsichtsrat (Thyssen, Siemens) der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller sitzt.

Die unzweideutige Rolle der Firma Blohm & Voß, die immer wieder dem deutschen Militarismus und Imperialismus als Produktionsstätte diente und augenblicklich mit dem Thyssen-Siemens-Konzern zusammen einer Vorherrschaftsstellung auf dem europäischen Rüstungsmarkt zustrebt, die heuchlerische Politik der westdeutschen Bundesregierung und die beschämende Abhängigkeit der westdeutschen Sozialdemokratie von den Interessen des Großkapitals werden gleichermaßen deutlich an einem von vielen möglichen weiteren Beispielen: Mit Entwicklungshilfegeldern der Regierung baute Blohm & Voß (OEW) 1969 Glühmaschinen zur Herstellung von schweren Mörsergranaten für den Schah von Persien, die diesem zur Niederhaltung der aufständischen kurdischen Bauern dienen.

Die Teilnehmer der internationalen Konferenz der Komitees zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien fordern erneut die westdeutsche Bundesregierung auf, die Auslieferung der Korvetten an das faschistische Regime in Portugal zu unterbinden. Sie rufen die Genossen Gewerkschaftler im Vorstand des DGB und der IGM auf, sich auf die Prinzipien des gewerkschaftlichen Kampfes gegen Rassismus und Faschismus zu besinnen, und verlangen ein energisches Eingreifen. Sie nehmen außerdem die Gelegenheit

wahr, die Attacke vom 13. Oktober 1969 gegen eines der Schiffe erneut gutzuheißen."

Die Resolution ist unterzeichnet von 15 Gruppen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Schweden und der BRD.

Weder die Bundesregierung noch Gewerkschaften, Parteien oder Redaktionen lassen sich von all dem beeindrucken. Daß es auch anders geht, hat z. B. die außenpolitische Debatte in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments in Den Haag vom 10. bis 12. Februar 1970 gezeigt. Mit großer Mehrheit wurden einige Resolutionen verabschiedet, mit denen die niederländische Regierung zu einer klaren Haltung in der UNO und der NATO aufgefordert wird:

„Das Parlament der Niederlande,

in der Meinung, daß jede Unterstützung des kolonialen Unterdrückungskrieges Portugals in Afrika zurückgewiesen werden sollte,

alarmiert durch die Lieferung von Waffen an Portugal, die gebraucht werden oder gebraucht werden können in den afrikanischen Gebieten dieses Landes,

fordert die Regierung auf, bei den westlichen Verbündeten, die Waffen an Portugal liefern, und in den in Frage kommenden internationalen Organisationen, in denen die Niederlande und einer oder mehrere dieser Verbündeten Mitglieder sind, darauf zu dringen, daß sie nach Geist und Buchstaben die Resolution des Sicherheitsrates über diese Lieferungen respektieren."

Außenminister Joseph Luns sieht durch die Aktivität gegen Portugal und die NATO, die in den Niederlanden ständig zunimmt, Schwierigkeiten auf sich zukommen. Im Parlament gab er zu bedenken, daß die Resolutionen ihn in eine schwierige Lage gegenüber seinen NATO-Kollegen bringen werden. Die Gründe dafür hatte Luns wenige Tage vor der Parlamentsdebatte in einem Gespräch mit Dr. S. Bosgra und Dr. Christiaan van Krimpen vom Angola-Komitee und Ds. A. Dronkers, Studentenpfarrer der Vrije Universiteit Amsterdam, dargelegt. NATO-Generalsekretär Brosio habe Luns verboten (!), die Verwendung von NATO-Waffen durch Portugal in Afrika zur Sprache zu bringen. Luns habe erfolglos versucht, Unterstützung für den Vorschlag zu bekommen, den NATO-Vertrag so zu ändern, daß ein Ausschluß von Mitgliedern wie Griechenland und Portugal möglich werde. Schließlich sei Luns von seinen Kollegen aus anderen NATO-Ländern wiederholt gesagt worden, daß sie sich nicht darum zu kümmern brauchten, ob Portugal NATO-Waffen in Afrika einsetze, da es in ihren Ländern keine Schwierigkeiten von der Öffentlichkeit her gebe. Man müsse sich lediglich darum kümmern, daß die Waffen im Kriegsfall rechtzeitig wieder in Europa seien, wobei man allerdings auch keine allzu große Eile habe, da Portugal ja nicht an der Front liege.

Soweit Joseph Luns über Äußerungen seiner Kollegen. Luns ist offenbar der einzige NATO-Außenminister, der sich mit einer unbequemen Öffentlichkeit und kritischen Abgeordneten in dieser Angelegenheit auseinandersetzen muß.

Auch in Schweden gibt es in Parlament und Regierung Personen, die die portugiesischen Kolonialkriege nicht unterstützen wollen. Schweden unterstützt die Befreiungsbewegung FRELIMO in Moçambique. Auf Druck des Parlaments mußte sich die schwedische ASEA aus dem Konsortium zurückziehen, das den Cabora-Bassa-Damm baut. Die westdeutschen AEG, BBC, Hoch-Tief, Siemens und Voith jedoch können unbekümmert in Gesellschaft ihrer portugiesischen, französischen und südafrikanischen Komplizen an der Zementierung der portugiesischen Kolonialherrschaft bauen.

In Bonn schenkt man all dem keine Aufmerksamkeit. Die Verantwortlichen müssen es sich gefallen lassen, daß man ihnen ihre scheinheiligen Erklärungen nicht mehr abnimmt und sie der Mitschuld an den portugiesischen Verbrechen anklagt. Allein, eine solche Anklage wird in Bonn niemanden aus der Ruhe bringen, solang sie nicht nachdrücklicher in der Öffentlichkeit hörbar und fühlbar wird. Als ich neulich in Amsterdam von Vertretern der Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC gefragt wurde, von wem sie fühlbare Unterstützung in der BRD erwarten könnten, mußte ich die Antwort schuldig bleiben.

Zur Politik der organisierten Assistentenschaft

Von Egon Becker

Obwohl die Assistenten der deutschen Hochschulen erst seit März 1968 in der Bundesassistentenkonferenz (BAK) eine eigene überregionale Organisation besitzen, ist diese Gruppe rasch zu einer der wichtigsten Träger der Reformdiskussion innerhalb der Hochschulen und in den Gremien bürokratischer Reformpraxis geworden. Die Vertreter der Assistenten werden von allen Seiten belobigt und ihre Reformkonzepte als „Markenzeichen für Qualität in der bildungspolitischen Reformdiskussion für Bund und Länder" [1]) bewertet. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Ulrich Lohmar (SPD), sieht in den Assistenten die „intellektuelle Führungsgruppe" und „Der Spiegel" die „treibende Kraft an den Hochschulen . . ., die — zwischen ultralinken Studentengruppen und konservativen Professoren — nach neuen Wegen der Reform sucht" [2]). Für den derzeitigen Präsidenten der Kultusminister-Konferenz der Länder (KMK), den rheinland-pfälzischen CDU-Minister Bernhard Vogel, sind „die Assistenten der wichtigste Gesprächspartner in den Hochschulen" [3]). Publizistische Unterstützung bekommen die Assistentenvertreter seit einiger Zeit besonders vom „Spiegel" und vom „Handelsblatt" in einer Weise wie keine andere Gruppe an den deutschen Hochschulen.

Jene öffentliche Anerkennung und publizistische Akklamation für eine Gruppe, die ihre bildungspolitischen Vorstellungen so spät zu artikulieren begann, ist natürlich kein Zufall. Stimuliert wurde die Aufmerksamkeit ohne Zweifel durch die Wahl von Assistenten zu Universitätspräsidenten in Berlin und Hamburg und die voraussehbare Möglichkeit, daß sich Ähnliches an anderen Universitäten wiederholen könnte. Doch hängt die Aufmerksamkeit für die Reformkonzepte der Assistentenschaft nur oberflächlich mit den Präsidentenwahlen von

1) Jutta Wilhelmi: Bericht über die fünfte Vollversammlung der Bundesassistentenkonferenz, Deutsche Universitätszeitung, Nr. 6 (1970), S. 18.
2) „Der Spiegel": Mit dem Latein am Ende, Sonderdruck der gleichnamigen Serie über „Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen", Hamburg 1970, S. 8.
3) Nach dem Artikel zur Assistentenpolitik an deutschen Hochschulen, in: „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 47.

Wir handelten von ethischen und aktuellen Aspekten der Friedensfrage. Es ist uns klar geworden: aktuelle Aspekte sind ethisch, und ethische Aspekte sind aktuell.

Wie kommen wir aus diesen Überlegungen zu praktischen Entscheidungen? Es wird oft appelliert an „alle Menschen guten Willens". Dieser Ausdruck wurde von Chruschtschow sowohl wie von Papst Johannes XXIII. gern verwendet. Es scheint darin eine Basis der Verständigung und Zusammenarbeit zu liegen. Und doch können wir uns darauf nicht zu sicher verlassen. Es könnte vielmehr der christliche Beitrag zum Dialog die Erkenntnis sein, daß wir Menschen, nicht an letzter Stelle die Christen, gerade mit unserm guten Willen oft Verkehrtes getan haben, uns gerade mit hohen Idealen oft gegeneinander haben jagen lassen, im Namen unserer Ideologien maßlose Zerstörungen angerichtet haben.

Diese Erkenntnis kann den Charakter eines politischen Schuldbekenntnisses und einer Bereitschaft zu politischem Umdenken (metanoia) bekommen. Das sind biblische Begriffe: es handelt sich darum, ob wir genug Mut und Erfindungskraft haben, die böse Vergangenheit und das böse Heute gemeinsam zu überwinden, zusammen einen neuen Anfang zu machen und so den Völkern ein neues Vertrauen zu geben.

Es scheint unpraktisch, so zu denken, und dennoch erhält die Politik allein auf diesem Wege einen neuen Inhalt, bekommen die Politiker neuen Mut und empfängt die Menschheit eine neue Hoffnung.

Bücher

Faschismus und Imperialismus

Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage. Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 1. Wilhelm-Fink-Verlag, München 1969, 955 S., Leinen 96,— DM.

Kolonialpolitik im herkömmlichen Sinne spielte für den deutschen Imperialismus schon im Ersten Weltkrieg nur eine sekundäre Rolle. Zwar gab es einige Machtgruppen, die für ein mittelafrikanisches Kolonialreich plädierten, doch die Kriegszieldiskussion wurde stärker bestimmt von jenen Konzernen, die es auf Eroberungen in Europa abgesehen hatten.

In der NSDAP waren — wie Hildebrand detailliert zeigen kann — beide Varianten des deutschen Imperialismus vertreten. Im offiziellen Parteiprogramm von 1920 war ausdrücklich von Kolonien die Rede. Hitler dagegen hatte sich in „Mein Kampf" für die Konzeption eines kontinentalen Imperialismus entschieden, der gegen die osteuropäischen Länder, vor allem gegen die UdSSR, zielte. Als die NSDAP in den Jahren nach 1929 zu einer mächtigen Massenbewegung anschwoll, nahmen die verschiedenen Gruppen des deutschen Kapitals Kontakte zu dieser Partei auf, um ihre politische Richtung entsprechend zu beeinflussen.

Die Kolonialbewegung, die sich „fast ausschließlich auf die administrativen, militärischen und wirtschaftlichen Führungsschichten sowie auf das akademisch gebildete Bürgertum" stützte (S. 105), hatte in der Weimarer Republik ihre Interessen durch Einfluß auf die DVP und die zuständigen Reichsministerien wahrgenommen, deren Bürokratien nach 1918 ja „intakt" geblieben waren. Am Kolonialgeschäft zeigten sich vornehmlich „die Zweige der verarbeitenden Industrie, der Chemie- und Textilbranche, die kommerziellen Kolonialgesellschaften und Schiffahrtslinien sowie

die Banken" interessiert (S. 107). Die deutsche Schwerindustrie förderte zwar die Kolonialbewegung aus nationaler Tradition und aus grundsätzlichen machtpolitischen Erwägungen, vertrat jedoch primär — wie schon im Ersten Weltkrieg — einen kontinentalen Imperialismus.

Angesichts dieser Konstellation hielt es Hitler für nützlich, der Kolonialkonzeption keine eindeutige Absage zu erteilen und ihre Anhänger, zu denen beispielsweise Schacht und Göring zählten, auch in seiner Regierung zunächst frei agieren zu lassen. Diese Politik bot überdies den Vorteil, die Forderung nach Kolonien gegenüber England als Druckmittel verfügbar zu machen. Hildebrand ist der Meinung, daß der Kolonialpolitik neben dieser taktischen Funktion aber durchaus auch ein Stellenwert als langfristige Zielvorstellung in Hitlers Politik zukam: dann nämlich, wenn mit der Niederwerfung der europäischen Länder und der Zerschlagung der UdSSR das deutsche Kontinentalreich verwirklicht war, sollte der afrikanische Raum einbezogen werden, um den Kampf mit Amerika aufnehmen zu können.

Während des Krieges gegen die UdSSR wurden die kolonialpolitischen Planungen zügig fortgesetzt, und zu Beginn des Jahres 1943 war das deutsche Kolonialreich in Afrika am Reißbrett fertig — samt der Vorbereitung des Verwaltungspersonals. Die Katastrophe von Stalingrad im Januar 1943, die die militärische Niederlage des Faschismus besiegelte, decouvrierte solche Pläne freilich als Hirngespinste des Größenwahns. Kurz darauf ordnete Hitler die Einstellung dieser Planungsarbeiten an.

Diese Arbeit des Mannheimer Historikers Hildebrand, die das durchschnittliche Niveau einer Dissertation nicht nur quantitativ weit überragt, hat hier einen Komplex nationalsozialistischer Politik aufgehellt, über den bisher wenig bekannt war. Obwohl er sich auf Adolf Hitler und dessen politische Ansichten und Ziele konzentriert und insofern der herkömmlichen deutschen Geschichtswissenschaft noch partiell verhaftet bleibt, hat er doch auch Probleme einbezogen, die von sozialwissenschaftlichem Interesse sind: die Sozialstruktur der Kolonialbewegung und die Zusammenhänge zwischen bestimmten ökonomischen Machtgruppen und bestimmten imperialistischen Konzeptionen. Für die Faschismusdiskussion ist vor allem dieser Beitrag zur Frage der sozialen Funktion des Faschismus von Bedeutung. Reinhard Kühnl

Großunternehmen Nation

Klaus v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit. R. Piper & Co. Verlag, München 1969, 186 S., 12,80 DM.

„Die Abhängigkeit der politischen Stabilität von der wirtschaftlichen Entwicklung und die Erkenntnis, daß in der Wirtschaft heute über die Zukunft der Nation entschieden wird, drücken den Regierungen das ökonomische Steuer in die Hand" (S. 13).

Diese zentrale These Dohnanyis wird am besten von seinem eigenen beruflichen und politischen Werdegang illustriert. Nach dem Abitur 1946 und dem Studium in München und den USA führte ihn sein Weg vom Max-Planck-Institut für internationales Privatrecht zur Firma Ford, deren Kölner Planungsabteilung er bis 1960 leitete. Nach einer Tätigkeit im Institut für Marktforschung und Unternehmensberatung Infratest wurde er Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft.

Das „Großunternehmen Japan" (S. 34) dient ihm als Aufhänger, um für die Bundesrepublik in groben Umrissen das Modell des „Großunternehmens Nation" zu entwerfen. Die hierzulande weit verbreitete Bewunderung der japanischen Wachstumserfolge wird geschickt benutzt, um die Konzeption eines straff organisierten Staatswesens schmackhaft zu machen.

Die Organisationsform der Gesellschaft wird aus dem Bereich der privaten Unternehmen übernommen. Das „Großunternehmen Nation" hat keine Regierung, sondern ein „politisches Management" (S. 30). „Zentrale Zielsetzung, dezentralisierte Verantwortung" (S. 31) machen das Wesentliche dieses Modells aus. Wer die Zielsetzung bestimmt, in wessen Interessen das „Großunternehmen Nation" geleitet werden soll, darauf deutet nicht nur die zitierte Anzeige des größten japanischen Handels-

In Bonn schenkt man all dem keine Aufmerksamkeit. Die Verantwortlichen müssen es sich gefallen lassen, daß man ihnen ihre scheinheiligen Erklärungen nicht mehr abnimmt und sie der Mitschuld an den portugiesischen Verbrechen anklagt. Allein, eine solche Anklage wird in Bonn niemanden aus der Ruhe bringen, solang sie nicht nachdrücklicher in der Öffentlichkeit hörbar und fühlbar wird. Als ich neulich in Amsterdam von Vertretern der Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC gefragt wurde, von wem sie fühlbare Unterstützung in der BRD erwarten könnten, mußte ich die Antwort schuldig bleiben.

Zur Politik der organisierten Assistentenschaft

Von Egon Becker

Obwohl die Assistenten der deutschen Hochschulen erst seit März 1968 in der Bundesassistentenkonferenz (BAK) eine eigene überregionale Organisation besitzen, ist diese Gruppe rasch zu einer der wichtigsten Träger der Reformdiskussion innerhalb der Hochschulen und in den Gremien bürokratischer Reformpraxis geworden. Die Vertreter der Assistenten werden von allen Seiten belobigt und ihre Reformkonzepte als „Markenzeichen für Qualität in der bildungspolitischen Reformdiskussion für Bund und Länder" [1]) bewertet. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Ulrich Lohmar (SPD), sieht in den Assistenten die „intellektuelle Führungsgruppe" und „Der Spiegel" die „treibende Kraft an den Hochschulen . . ., die — zwischen ultralinken Studentengruppen und konservativen Professoren — nach neuen Wegen der Reform sucht" [2]). Für den derzeitigen Präsidenten der Kultusminister-Konferenz der Länder (KMK), den rheinland-pfälzischen CDU-Minister Bernhard Vogel, sind „die Assistenten der wichtigste Gesprächspartner in den Hochschulen" [3]). Publizistische Unterstützung bekommen die Assistentenvertreter seit einiger Zeit besonders vom „Spiegel" und vom „Handelsblatt" in einer Weise wie keine andere Gruppe an den deutschen Hochschulen.

Jene öffentliche Anerkennung und publizistische Akklamation für eine Gruppe, die ihre bildungspolitischen Vorstellungen so spät zu artikulieren begann, ist natürlich kein Zufall. Stimuliert wurde die Aufmerksamkeit ohne Zweifel durch die Wahl von Assistenten zu Universitätspräsidenten in Berlin und Hamburg und die voraussehbare Möglichkeit, daß sich Ähnliches an anderen Universitäten wiederholen könnte. Doch hängt die Aufmerksamkeit für die Reformkonzepte der Assistentenschaft nur oberflächlich mit den Präsidentenwahlen von

1) Jutta Wilhelmi: Bericht über die fünfte Vollversammlung der Bundesassistentenkonferenz, Deutsche Universitätszeitung, Nr. 6 (1970), S. 18.
2) „Der Spiegel": Mit dem Latein am Ende, Sonderdruck der gleichnamigen Serie über „Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen", Hamburg 1970, S. 8.
3) Nach dem Artikel zur Assistentenpolitik an deutschen Hochschulen, in: „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 47.

Berlin und Hamburg zusammen. Die partielle Rezeption der BAK-Reformvorschläge durch die Kultusbürokratien und die institutionelle Anerkennung der Assistentenvertreter als „konstruktive Verhandlungspartner" ist nur aus der besonderen Funktion des „akademischen Mittelbaues" im Lehr- und Forschungsbetrieb der Hochschulen, den Inhalten der von der organisierten Assistentenschaft vorgetragenen Strukturreformpläne, der politischen Strategie ihrer Funktionäre und den objektiven Reformnotwendigkeiten eines disfunktional gewordenen Wissenschafts- und Ausbildungssystems erklärbar. Wenn die These stimmt — und es spricht alles dafür —, daß zur Zeit in der Bundesrepublik eine konzertierte Aktion von staatlicher Kultur- und Finanzadministration mit den organisierten Interessen der mächtigsten Kapitalunternehmen anläuft, welche das erklärte Ziel hat, die Hochschulen in ein qualitativ neues Organisations- und Funktionssystem zu transformieren, dann ist die Politik der organisierten Assistentenschaft nach ihrer aktiven oder passiven Rolle in diesem Prozeß zu bewerten. Die Zustimmung der Offiziellen zu wesentlichen Strukturelementen asssistentischer Reformkonzepte [4]) legt den Verdacht nahe, daß eine Konvergenz mit den Vorstellungen jener gesellschaftlichen Kräfte besteht, welche aus der Ordinarienuniversität eine moderne Produktionsstätte profitabel verwertbaren Wissens, fungibler menschlicher Produktivkräfte und Instrument eines effektiven Krisenmanagements machen wollen [5]).

Die Opposition der Studenten innerhalb und außerhalb der Hochschulen entwickelte sich in ihrem politisch entscheidenden Teil von einer reformistischen über eine anti-autoritäre und institutionenfeindliche Bewegung zu einer radikaldemokratischen mit sozialistischen Organisationsansätzen und einer antikapitalistischen Programmatik. Sie schied damit als „Innovationsgruppe" für eine kapitalistische Rationalisierung des Wissenschafts- und Hochschulwesens aus. Es drängt sich die Vermutung auf, daß man sich von staatlicher und industrieller Seite in der Assistentenschaft den sozialen Träger der technokratischen Reform erhofft, welche sowohl gegen die retardierenden Kräfte der um ihre Privilegien fürchtenden Professoren als auch gegen die tendenziell antikapitalistischen der Studentenbewegung gerichtet ist.

Eine Analyse der Funktion der Assistenten im Lehr- und Forschungsbetrieb, der vorherrschenden Bewußtseinsstrukturen dieser Gruppe, der Reformpolitik ihrer Vertreter und möglicher Politisierungsprozesse in Richtung antikapitalistischer Praxis ist deswegen dringend erforderlich. Die Voraussetzungen für eine solche Analyse sind allerdings denkbar ungünstig. Es existieren bisher nur recht ungenügende empirische Untersuchungen und nur sehr kurzzeitige praktische politische Erfahrungen mit assistentischer Hochschulpolitik. Der vorliegende Aufsatz kann deswegen kaum mehr als eine Problemskizze sein. Ob die heutige Assistentenschaft zum sozialen und funktionalen Träger der technokratischen Rationalisierung des Wissenschafts- und Ausbildungssystems wird oder ob aus dieser Gruppe eine starke Fraktion sozialistischer Wissenschaftler hervorgeht, wird die Organisation und Politik der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz entscheidend bestimmen.

---

4) Die Bundesassistentenkonferenz hat in den zwei Jahren seit ihrer Gründung ihre Reformkonzepte in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlicht. Bisher sind erschienen: „Kreuznacher Hochschulkonzept". Reformziele der Bundesassistentenkonferenz, Bonn 1968; „Hochschulgesetz für Nordrhein-Westfalen". Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen, Bonn 1968; „Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur", Bonn 1969; „Fernstudium — Universitätsfernsehen", Bonn 1969; „Forschendes Lernen — Wissenschaftliches Prüfen", Bonn 1970; „Numerus Clausus". Versäumnisse und Aufgaben der Hochschulplanung, Bonn 1969; „Integrierte Lehrerausbildung", Bonn 1970; „Überlegungen zur Gesamthochschule", Bonn 1969.

5) Siehe hierzu etwa: Joachim Hirsch: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, in: Das Argument, Nr. 50, S. 11; Rainer Rilling: Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1969, S. und Heft 1/1970, S. 52 und die dort angegebene Literatur.

Inhomogenität und Interessendivergenz des akademischen Mittelbaues

Im Jahre 1966 gab es nach den Statistiken des Wissenschaftsrates an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik 260 000 Studierende, 7600 habilitierte Hochschullehrer und 24 000 wissenschaftliche Mitarbeiter [6]). Während die Kategorie „Studierende" alle eingeschriebenen Studenten ohne akademisches oder staatliches Abschlußexamen umfaßt, verbergen sich in den Kategorien „habilitierte Hochschullehrer" und „wissenschaftliche Mitarbeiter" eine Vielzahl von Stellen und Titeln mit unterschiedlichen Funktionen, dienst- und besoldungsrechtlicher Stellung, Mitbestimmungsrechten und Berufsperspektiven [7]). Unterhalb der Ordinarienebene wurden im Laufe der letzten 50 Jahre ständig neue Stellen und Titel in scheinbar prinzipienloser Anhäufung geschaffen, „wobei die Interessen der Ordinarien oder die Gegebenheiten des Beamtenrechtes, nicht aber die wissenschaftlichen Anforderungen der Universität strukturbestimmend waren" [8]). Auf die Herausbildung der Hierarchie im Funktionswandel der Hochschulen wird noch kursorisch einzugehen sein [9]). Doch läßt sich bereits auf der Ebene einer bloßen Beschreibung der Stellentypen und antiquierten Titel angeben, daß es sehr schwierig ist, gemeinsame Interessen der Gruppe „wissenschaftliche Mitarbeiter" anzugeben, da sich ihre Gemeinsamkeiten nur negatorisch bestimmen lassen [10]). Als Nicht-mehr-Studenten und Noch-nicht-Habilitierte nehmen sie eine juristische und funktionale Zwischenstellung ein; dienstrechtlich umfaßt die Gruppe Beamte auf Lebenszeit [11]), Beamte auf Widerruf [12]), Angestellte mit Zeitverträgen und den Dienstpflichten von Beamten [13]), Angestellte mit längerfristigen Zeitverträgen [14]) und kurzfristig angestellte Wissenschaftler mit Kettenarbeitsverträgen [15]) als Privatbedienstete der Professoren; die Einkommen der „Wissenschaftlichen Mitarbeiter" (für die sich der Begriff „Assistenten" in der hochschulpolitischen Diskussion eingebürgert hat) schwanken zwischen den Hungerlöhnen der wissenschaftlichen Hilfskräfte und den relativ wohldotierten Dienstbezügen der Oberräte.

Mit jener juristisch fixierten Inhomogenität korrespondiert eine Inhomogenität in den Berufsperspektiven der einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Der größte Teil nimmt bezahlte Anstellungen in der Universität an, um bei minimaler materieller Absicherung promovieren zu können; dafür haben sie dann Aufgaben in Lehre und Forschung zu übernehmen, die von den Professoren bestimmt wer-

---

6) Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970. Bonn 1967, S. 323 ff.

7) Der Wissenschaftsrat unterscheidet in der Gruppe der habilitierten Hochschullehrer in Lehrstuhlinhaber (ordentliche und außerordentliche Lehrstühle), außerordentliche Professoren (Wissenschaftliche Räte und Professoren, Abteilungsvorsteher und Professoren), Universitätsdozenten, Dozenten, Diätendozenten außerplanmäßige Professoren auf Diätendozenturen). In der Gruppe der „wissenschaftlichen Mitarbeiter" wird unterschieden in Wissenschaftliche Assistenten (beamtete Wissenschaftliche Assistenten und Verwalter Wissenschaftlicher Assistentenstellen, Oberassistenten und Oberingenieure), Akademische Räte und Kustoden (einschließlich akademischer Oberräte, Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst, Apotheker und Oberapotheker, Oberkustoden, Prosektoren, Konservatoren, Observatoren), wissenschaftliche Angestellte (aus „Mitteln Dritter" bezahlte, aus Universitätsmitteln bezahlte), wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

8) Lothar Schmidt / Dieter Thelen: Hochschulreform — Gefahr im Verzuge?, Frankfurt 1969, S. 15.

9) Siehe hierzu etwa: W. Nitsch / U. Gerhardt / C. Offe u. K. Preuß: Hochschule in der Demokratie, Berlin und Neuwied 1965; W. Schumm: Kritik der Hochschulreform, München 1969.

10) In den Kollegialorganen vieler Universitäten werden die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter als „Nichthabilitierte", die habilitierten Hochschullehrer ohne eigenen Lehrstuhl als „Nichtordinarien" bezeichnet. Es gibt wohl kaum eine andere Berufsgruppe, die sich nur negativ als Nichtbesitzer einer höheren Weihe (wie der Habilitation) oder höherer Verfügungsrechte (wie das Ordinariat) benennen läßt.

11) Akademische Räte und Oberräte, Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst, Kustoden und Oberkustoden, Apotheker und Oberapotheker, Prosektoren, Konservatoren, Observatoren.

12) Wissenschaftliche Assistenten, Oberassistenten und Oberingenieure.

13) Verwalter wissenschaftlicher Assistentenstellen.

14) Hierzu zählen etwa die aus Mitteln der Universität bezahlten wissenschaftlichen Angestellten in zentralen Universitätseinrichtungen und neuerdings in Hessen auch die Mehrzahl der Assistenzärzte an den Universitätskliniken.

15) Insbesondere die aus „Mitteln Dritter" bezahlten Forschungsangestellten und die wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Abschlußexamen. Über ihre Situation liegt inzwischen eine ausführliche Dokumentation vor, die vom Arbeitskreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Technischen Universität Berlin ausgearbeitet wurde (Teilweise abgedruckt in: Deutsche Universitätszeitung Nr. 6/1970, S. 4).

den und die oft genug die Arbeit an der Promotion zur Nebentätigkeit werden lassen [16]). Die Promotion scheint dabei für die Mehrzahl der nichtpromovierten wissenschaftlichen Mitarbeiter als ein Sprungbrett für einen gutbezahlten Beruf außerhalb der Hochschule angesehen zu werden und nur weniger ausgesprochen als notwendige „Vorqualifikation" für eine angestrebte Hochschullehrerlaufbahn. Doch sind die subjektiven Aussagen nur von beschränktem Aussagewert, da hierbei meist die persönlichen Wünsche durch die antizipierten realen Aussichten auf eine Stelle als Hochschullehrer korrigiert werden. Zum Sozialisationsprozeß, wie er bei einer erfolgreichen Hochschullaufbahn abläuft, gehört eben auch die Umformung der persönlichen Motivationen, entsprechend der jeweiligen Situation im irrationalen Gefüge der Lehrkörperhierarchie, in ein vielfach gebrochenes Aufstiegsbewußtsein.

Bei den promovierten wissenschaftlichen Mitarbeitern sind die subjektiven und objektiven Berufsperspektiven ebenfalls recht uneinheitlich. Der Wissenschaftsrat hatte 1960 empfohlen: „Entsprechend den Vorschlägen mehrerer Hochschulen sollten im Bedarfsfall den Hochschulen für Unterrichtstätigkeiten, die der Wissensvermittlung, der methodischen Schulung oder der Berufsvorbildung dienen, sowie für die Beratung der Studenten zeitweise oder auf Dauer hauptamtliche Kräfte zur Verfügung stehen. Es handelt sich hierbei um Unterrichtstätigkeiten, die einerseits dem Niveau einer Hochschule angemessen sein müssen, andererseits von den Professoren und Dozenten ... nicht geleistet werden können, ohne daß sie ihren Aufgaben in Lehre und Forschung entzogen werden (z. B. Wahrnehmung betriebswirtschaftlicher Nebenfächer, Sprachunterricht, Unterstützung bei Proseminaren und großen Übungen)" [17]). Inzwischen existiert an den deutschen Hochschulen ein akademischer Mittelbau, dessen ökonomische Existenz durch die Daueranstellung zwar gesichert ist, der aber getreu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates mit extensiven Lehrverpflichtungen eingedeckt ist und dadurch an einer weiteren wissenschaftlichen Entfaltung weitgehend gehindert wird. Die Lehrtätigkeit dieser Gruppe wird als „Unterricht" gegenüber der wahren Lehre der Professoren und Dozenten degradiert und so in der Position des beamteten akademischen Mittelbaues (Räte und Oberräte) die fatale Trennung von Forschung und Lehre als „Funktionsdifferenzierung" institutionalisiert. Die Übernahme einer Stelle als akademischer Rat ist daher in den meisten Fällen mit dem Verzicht auf weiteren Aufstieg in der Hierarchie des Lehrkörpers verbunden, wodurch diese Stellen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die sich für besonders qualifiziert halten, nur wenig attraktiv sind [18]).

Als Durchgangsstellen für den Hochschullehrernachwuchs verbleiben in der gegenwärtigen Personalstruktur der deutschen Hochschulen im wesentlichen die dienstrechtlich und ökonomisch ungesicherten Assistentenstellen. Doch scheint es ein Irrtum zu sein, daß die Mehrzahl der promovierten Assistenten eine Habilitation und damit im langen Marsch durch die Hierarchie das begehrte Ordinariat anstreben. Assistentenstellen können im Durchschnitt sechs Jahre besetzt werden, sind also von vornherein Durchgangspositionen. Bei empirischen Untersuchungen an den Universitäten Mainz und Karlsruhe wurden die Assistenten

16) Über die Lehr-, Verwaltungs-, Forschungs- und Krankenversorgungstätigkeiten von wissenschaftlichen Assistenten liegt inzwischen einiges statistische Material vor. (P. Kaupp: Der Hochschulassistent und seine Probleme. Ergebnisse einer Umfrage zur sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Situation der wissenschaftlichen Assistenten an der Universität Mainz, Stuttgart 1969, S. 15 ff; D. Goecke/R. Kleine/M. Kuntze/D. Straub/H. Viesel/S. Wendt: Karlsruher Assistentenumfrage, Karlsruhe 1969, S. 17 ff).

17) Empfehlungen des Plenums des Wissenschaftsrates über die Eingliederung neuer Dauerstellen in die Lehrkörper, 11. 3. 60.

18) „Es ist ein großer Schaden für die mit dem Mittelbau verfolgten Bestrebungen, daß in manchen Fällen der Nachwuchs die Annahme von Ratsstellen ablehnt, weil sie von Ordinarien systematisch in Verruf gebracht werden." W. Walcher: Die personelle Struktur der neuen Hochschulen im Bereich der Naturwissenschaften, besonders der Physik. In: Die personelle Struktur der neuen Hochschulen, Göttingen 1962, S. 45.

u. a. gefragt, wie sie ihre Berufsaussichten innerhalb der Universität beurteilen. Dabei stellte sich zunächst heraus, daß die subjektive Einschätzung der Aufstiegschancen in den einzelnen Disziplinen recht unterschiedlich ist, insgesamt aber relativ schlecht. In Karlsruhe glauben etwa 36 Prozent der befragten Assistenten, daß sie keine Chance haben, an der Universität bleiben zu können; 20 Prozent geben an, ihre Chancen nicht einschätzen zu können [19]). Die Aussichten für eine erfolgreiche Hochschullehrer-Laufbahn werden in Mainz von 1,9 Prozent der befragten Assistenten als „sehr gut", von 31,7 Prozent als „gut", von 44,1 Prozent als „gering" und von 19,2 Prozent als „schlecht" bezeichnet [20]). Für die politische Strategie ist dabei interessant, daß bei der Mainzer Umfrage insbesondere die Assistenten in den beiden Theologischen Fakultäten, in der Philosophischen und in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ihre Aufstiegschancen als vorwiegend gut bezeichnen. Jene Einschätzung der individuellen Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des gegebenen hierarchischen Systems korrespondiert mit konservativem oder zumindest risikofeindlichem Verhalten bei politischen Aktivitäten der Assistentenschaft, wie sich während des Assistentenstreikes in Marburg im Januar 1970 [21]) und während der Einstellung des Lehr- und Forschungsbetriebes durch die Assistenten der Frankfurter Universität im Dezember 1969 zeigte [22]). Naturwissenschaftler und Mediziner haben objektiv die geringsten Chancen auf ein Ordinariat — und schätzen ihre Aussichten auch realistisch ein. Während der Streikaktionen waren diese Gruppen in Frankfurt und in Marburg am schnellsten für syndikalistische Forderungen zu aktivieren. Bei den empirischen Untersuchungen in Mainz und Karlsruhe wurde auch der Versuch gemacht, die „persönlichen Wünsche" der Assistenten statistisch zu erfassen. In Mainz gaben überraschenderweise nur 10,2 Prozent an, in der Assistententätigkeit vor allem ein Sprungbrett für einen Beruf außerhalb der Hochschule zu sehen, die meisten Befragten „wollen sich beide Möglichkeiten noch offen halten", d. h. später innerhalb oder außerhalb der Hochschule zu arbeiten. Ähnliche Resultate ergab die Karlsruher Umfrage. Beide empirischen Untersuchungen sind leider nur ungenügend oder überhaupt nicht in einem theoretischen Rahmen analysiert worden. Es ist jedoch offensichtlich, daß die von den Assistenten artikulierten Motivationen und deren statistische Erfassung eng mit den realen und eingebildeten Aufstiegschancen korrelieren und damit weniger die tatsächlichen Motivationen beschreiben als die verinnerlichten Verhaltenserwartungen. Zudem sind die Aufstiegserwartungen innerhalb der Hochschulhierarchie stark von den realen oder angenommenen Berufsaussichten außerhalb der Hochschulen bestimmt.

Eine politische Strategie kann deswegen kaum von den artikulierten subjektiven „Interessen" der Wissenschaftler ausgehen, weil jene Interessen sich vorwiegend im Bezugssystem der hierarchischen Institutsstrukturen definieren und bei Strukturveränderungen des Wissenschafts- und Ausbildungssystems zu Funktionen der Veränderung werden. Assistentenpolitik als Interessenpolitik degeneriert fast zwangsläufig zu berufsständischem Egoismus, der in der gegenwärtigen Transformationsphase des Lehr- und Forschungsbetriebes elitär und rückschrittlich ist, weil er die Erkenntnis verstellt, daß die an den Hochschulen tätigen Wissenschaftler subjektive Träger der „Produktivkraft Wissenschaft" sind. Eine Analyse der Universitätsinstitute als Produktionsstätten technisch, ökono-

19) D. Goecke u. a.: Karlsruher Assistentenumfrage, Karlsruhe 1969, S. 41.
20) P. Kaupp: Der Hochschulassistent und seine Probleme, Stuttgart 1969, S. 57.
21) Siehe hierzu etwa: AM-Autorenkollektiv: Assistentenstreik an der Universität Marburg, Wintersemester 1969/70, Marburg 1970.
22) Siehe hierzu: RNH-Information, Nr. 4/1970, herausgegeben vom Rat der Nichthabilitierten an der Universität Frankfurt.

misch und politisch verwertbaren Wissens und qualifizierter Arbeitskräfte ist daher notwendige Voraussetzung jeglicher Hochschulpolitik, die nicht perspektivlos und hochschulborniert bleiben will.

Funktionalität und Dysfunktionalität des akademischen Mittelbaues im hierarchisch strukturierten Betriebssystem der Hochschulen

Die Herausbildung und Funktionalisierung des inhomogenen akademischen Mittelbaues innerhalb einer ständisch-korporativen Institution kann nur zusammen mit dem „Strukturwandel der Universität zum Forschungs- und Ausbildungsbetrieb" [23]) beschrieben werden. Dabei wäre jener Differenzierungs- und Funktionalisierungsprozeß zusammen mit der Entfaltung der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen, denn nur so lassen sich Kriterien angeben, die es ermöglichen, den zur Zeit anlaufenden Prozeß der Rationalisierung des Forschungs- und Ausbildungssystems als kapitalistische Rationalisierung analytisch zu erfassen. Antikapitalistische Hochschulpolitik, die den Anspruch erhebt, den „Aufstand der lebendigen wissenschaftlichen Produktivkraft gegen ihre Fesselung" [24]) politisch zu organisieren und mit den sozialen und ökonomischen Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu einer sozialistischen Politik zu verbinden, ist Voraussetzung der Entfaltung des Widerspruches zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Spätkapitalismus.

Die Genesis der „Ordinarien-Universität" und des widerspruchsvollen Verhältnisses ihrer ständisch-korporativen Organisationsformen mit den wachsenden Bedürfnissen einer kapitalistischen Gesellschaft an wissenschaftlichen Produkten, wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften und zweckrationalen Organisationsformen ist in einer Reihe von Untersuchungen analysiert worden [25]). Doch wurden jene Arbeiten fast alle vor der Klimax der Studentenrevolte und vor dem Beginn der staatlich verordneten Reformen des gesamten Wissenschafts- und Ausbildungssystems verfaßt. Die Reform der Universität vollzieht sich inzwischen sowohl gegen als auch mit den Ordinarieninteressen, sowohl gegen als auch mit den Demokratisierungsbestrebungen der Studenten und Assistenten, sowohl gegen als auch mit den partikularen und allgemeinen Interessen des Kapitals. In den Universitäten entfalten sich dadurch neue Widersprüche, die neue Konfliktebenen produzieren und damit auch eine Konfliktstrategie ermöglichen, die tendenziell über den Hochschulbereich hinausgeht. In dieser Phase kapitalistischer Rationalisierungsversuche ist allerdings auch die Vereinnahmung wohlgemeinter Strukturreform-Vorstellungen in technokratische Funktionsmodelle besonders leicht möglich.

Der Arbeitsalltag der wissenschaftlichen Mitarbeiter spielt sich heute immer noch in einem Betriebssystem ab, das sich idealtypisch etwa folgendermaßen beschreiben läßt: „Die Betriebsmittel der Forschung und Lehre sind fast lückenlos in Instituten bzw. Kliniken zusammengefaßt, deren Direktoren die jeweiligen Lehrstuhlinhaber des Faches sind ... Die Direktoren bestimmen die Forschungsrichtung ihres Instituts, den Lehrplan für die abhängigen Lehrkräfte und — wo nicht staatliche Examensordnungen vorliegen — auch die Studien- und Prüfungsordnungen für die Studenten. Sie verfügen allein über die Personal- und Sachmittel des Instituts. Der ihnen unterstehende Stab der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Lehrkräfte bietet das Bild einer pyramidenförmigen Hierarchie

23) W. Nitsch/U. Gerhardt/C. Offe/U. K. Preuß: Hochschule in der Demokratie, Berlin und Neuwied 1965, S. 39.
24) W. Lefèvre: Reichtum und Knappheit, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Hamburg 1968, S. 128.
25) Siehe etwa: W. Schumm a.a.O.; S. Leibfried (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967; S. Leibfried: Die angepaßte Universität, Frankfurt 1968.

mit zahlreichen Stufen: Hilfskräfte, Hilfsassistenten, Assistenten und Oberassistenten, Lehrbeauftragte, Dozenten, außerplanmäßige Professoren, Wissenschaftliche Räte, Abteilungsleiter. Daneben verfügt jeder Institutsdirektor noch über eine Personalpyramide zweiter Klasse für technisch-wissenschaftliche Routinearbeiten und ergänzende Unterrichtsaufgaben, bestehend aus akademischen Räten, Kustoden, Prosektoren, Konservatoren, Observatoren, Studienräten im Hochschuldienst, Lektoren, Bibliothekaren. Schließlich ist er auch Chef des Verwaltungspersonals und der sonstigen (nichtwissenschaftlichen) Angestellten und Arbeiter des Instituts, die allerdings im Unterschied zum wissenschaftlichen Personal kaum hierarchisch gegliedert sind" [26]).

Max Weber hat bereits 1919 versucht, dieses Betriebssystem im Bereich der Naturwissenschaften als „staatskapitalistische Unternehmung" zu analysieren [27]), in der die Nichtbesitzer der für die wissenschaftliche Produktion notwendigen Mittel eine proletaroide Existenz führen. Dabei ist jedoch in den meisten Disziplinen Konkurrenz und öffentlicher Wettbewerb um Positionen im Wissenschaftsbetrieb in einem starren, zunftartigen System gefesselt und kanalisiert, in dem die Promotion als Gesellenstück und die Habilitation als Meisterprüfung von den Ordinarien als Zunftmeistern abgenommen werden. „Die personelle Standes- und Zunfthierarchie der akademischen Gelehrten verwandelt sich damit in eine innerbetriebliche Herrschaftshierarchie" [28]). Dieses betriebliche Leitungs- und Leistungssystem enthält so viele vorindustrielle und irrationale Elemente, daß darin die weitere Entfaltung der Produktivkraft Wissenschaft nicht mehr möglich ist. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse vollzieht sich zur Zeit allerdings nur in einem Teilsystem und muß nicht zur Gefährdung des kapitalistischen Gesamtsystems führen, sondern kann auch wachstums- und stabilitätsfördernde Funktionen haben [29]). Die Beschreibung der Ordinarienuniversität als hierarchisch strukturiertes Zunftsystem ist aber ungenügend, da damit die Dynamik des Transformationsprozesses nicht erfaßt werden kann. Die Ausbildung einer Hierarchie von Lehrenden und Forschenden — und damit die Existenz eines eigenen Assistentenstandes — „ist nur der personelle Ausdruck für die wachsende Differenzierung und Aufwendigkeit moderner Forschung und Lehre, die ... einer situierten Helferschicht nicht entraten können" [30]).

Ursprünglich war der Assistentenstand nur für technische und administrative persönliche Hilfstätigkeiten für die Lehr- und Forschungsarbeit des jeweiligen Ordinarius geschaffen worden. Mit zunehmender Komplexität der Ausbildungsgänge und der Forschungsgegenstände delegierten jedoch die Ordinarien spezielle Aufgaben der Lehre und Forschung an den akademischen Mittelbau. Assistenten wurden so von Helfern zu Teilarbeitern in einem arbeitsteilig organisierten Wissenschafts- und Ausbildungsbetrieb. Gleichzeitig diffundierte die Sachautorität des Ordinarius in den hierarchisch strukturierten Betrieb, und die Irrationalität der Machtbefugnisse der Ordinarien wurde immer offensichtlicher. Der Lehrstuhlinhaber konnte nicht mehr den Sachbereich, den er autoritär verwaltete, wissenschaftlich ausgewiesen vertreten. Die arbeitsteilige Organisation des Lehr- und Forschungsprozesses entzog dem Führungsanspruch der Lehrstuhlinhaber die sachliche Legitimation, was permanente Rollenkonflikte produzierte. Für die Assistenten bedeutete das eine „irrationale Vermengung und Desorganisation der Funktionsbereiche. Wegen ihrer ‚Adjutantenfunktion' reproduziert sich in ihrer Situation derselbe Rollen-Konflikt, allerdings noch verschärft durch ihr pri-

[26]) W. Nitsch u. a., a.a.O., S. 2.
[27]) Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Auflage, Tübingen 1968, S. 584.
[28]) W. Nitsch: Hochschule — Soziologische Materialien, Heidelberg 1967, S. 28.
[29]) J. Hirsch: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus. In: Das Argument, Nr. 50/1969, S. 11.
[30]) H. Plessner (Hrsg.): Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, 3 Bände, Göttingen 1956, S 41.

märes Interesse am Aufstieg in der wissenschaftlichen Berufsbahn. Außerdem haben sie nicht wie die Lehrstuhlinhaber die Freiheit, faktisch einen Teil ihrer Funktionen einzuschränken. Stattdessen werden sie vielfach noch zusätzlich mit Aufgaben belastet, die der Chef nicht mehr selbst ausfüllt. Die ‚Genugtuung', in diesem Bereich dann anstelle des Chefs ‚Herr im Hause' zu sein, wiegt nicht die Überlastung und Verzögerung der Habilitation auf. So gehören in ihren Aufgabenkreis wissenschaftlich-technische Routinearbeiten, Büro- und Verwaltungsarbeit, eigene Unterrichtsverpflichtungen, Vorbereitungen der Lehrveranstaltungen des Ordinarius, Mitarbeit an seinen Forschungsprojekten und schließlich Forschungsarbeit für die Habilitation" [31]).

Das hier kursorisch beschriebene Betriebssystem ist nur noch durch die Existenz der Assistentenschaft funktionsfähig, gleichzeitig erzeugt die Disparität der Assistentenfunktionen die Notwendigkeit einer Neuorganisation des gesamten Lehr- und Forschungsbetriebes. Es ist zum Gemeinplatz geworden, daß eine Hochschulreform, welche „die vorgegebene Hierarchie der Lehrenden unverändert läßt, ... Flickwerk (bleibt)" [32]). Inzwischen sind in mehreren Universitätsgesetzen erste Anläufe zu einer Reform der Personalstruktur gemacht worden [33]). Die Bundesassistentenkonferenz und die regionalen Assistentenvertretungen haben dabei wichtige Beratungsaufgaben für die Kultusadministration erfüllt und versucht, die von der BAK im „Kreuznacher Hochschulkonzept" [34]) formulierten Grundsätze zur Neugliederung des Lehrkörpers zu konkretisieren und in Verhandlungen mit den zuständigen politischen Entscheidungsgremien zu realisieren.

In einem inzwischen mehrfach modifizierten Modell zur „Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur" wird angegeben: „Das Modell geht davon aus, daß die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten ein Bündel disparater Funktionen darstellt, die miteinander unverträglich geworden sind. Die von ihnen wahrgenommenen Aufgaben sind zu trennen und unterschiedlichen Funktionsträgern zuzuweisen. Damit ist der Assistent klassischer Prägung abzuschaffen" [35]). Die BAK bezeichnet ihr Reformmodell als radikal. Faktisch stellt es jedoch eine Anpassung der Personalstruktur an die Arbeits- und Funktionsteilung im Wissenschafts- und Ausbildungsbetrieb dar, in dem die bei der Assistententätigkeit konzentrierten widersprüchlichen Funktionen getrennt werden, um sie dann auf verschiedene Funktionsgruppen aufzuteilen. Jene Funktionen sind im wesentlichen: wissenschaftliche Qualifikation für eine Laufbahn als Hochschullehrer oder qualifizierte Berufstätigkeit, selbständige Lehre und Forschung bei noch nicht ausreichender Lehr- und Forschungspraxis, selbständige Lehre und Forschung erfahrener (!) Wissenschaftler, fremdbestimmte Funktionen im Zusammenhang mit der Durchführung von Forschung und Lehre. Diesen Funktionstypen werden dann die Graduierten, Assistenzprofessoren, Professoren und wissenschaftlichen Angestellten zugeordnet. Das Grundmuster der neuen Personalstruktur ist dem der amerikanischen Universitäten nachgebildet — und inzwischen auch von Bildungsminister Leussink in seinen „Thesen zum Hochschulrahmengesetz" in reaktionär modifizierter Form übernommen worden [36]).

---

31) W. Nitsch u. a., a.a.O., S. 101.
32) L. Schmidt/D. Thelen, a.a.O., S. 17.
33) So in Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen.
34) BAK: Kreuznacher Hochschulkonzept, Bonn 1968, S. 29.
35) BAK: Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur, Bonn 1969, S. 15.
36) In These 13 wird das wissenschaftliche Personal in 1) Professoren (Beamte auf Lebenszeit), 2) Assistenzprofessoren (Beamte auf Zeit für die Dauer von sechs Jahren) 3) wissenschaftliche Beamte und Angestellte eingeteilt. Dabei sollen die wissenschaftlichen Beamten und Angestellten die Arbeit der Professoren und Assistenzprofessoren „ergänzen und unterstützen", insbesondere durch „*Übernahme von Lehrfunktionen, inhaltlich* begrenzten Forschungsfunktionen, Betreuung wissenschaftlicher Geräte sowie sonstiger wissenschaftlicher Dienstleistungen" (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Thesen zum Hochschulrahmengesetz, Bonn 1970).

In dem funktionalen Modell der BAK werden die Ordinarienkompetenzen „vergesellschaftet" und auf kooperative Entscheidungsgremien übertragen. Ob diese formal-demokratischen Gremien den wissenschaftlichen Produktions- und Ausbildungsprozeß nach anderen Kriterien und für andere Interessen organisieren, als es in der Ordinarienuniversität geschah, folgt nicht aus dem neuen Funktions- und Organisationsmodell. Es erscheint zunächst sowohl für eine Politik im Interesse optimaler Kapitalverwertung als auch für eine tendenziell antikapitalistische Politik brauchbar zu sein. Die Arbeitsorganisation des Wissenschaftsbetriebes, die politische Organisation der Wissenschaftler und die Richtung des Forschungsprozesses wird dabei entscheidend von den Sozialisationsformen abhängen, die Wissenschaftler durchlaufen. Zunächst wird das neue Personalstrukturmodell allerdings von denjenigen praktiziert werden müssen, die im hierarchischen Betriebssystem der alten Ordinarienuniversität sozialisiert wurden und dort auch ihre wissenschaftlichen und politischen Kriterien entwickelt haben.

Grundmuster von Assistentenverhalten in der Ordinarienuniversität

Für die meisten Assistenten kann ihre wissenschaftliche und persönliche Entwicklung nur als Aufstieg (oder verhinderter Aufstieg) begriffen werden. Aufstieg setzt aber voraus, daß fremdbestimmte Leistungskriterien erfüllt werden, Konkurrenzhaltung gegen Kollegen praktiziert wird und Anpassungsbereitschaft zur obersten Handlungsmaxime erhoben wird. Durch die Initiationsriten Staatsexamen (oder Diplomprüfung), Promotion, Habilitation und Berufung wird der Aufstieg in Etappen zerlegt, die dann am sichersten durchlaufen werden, wenn die in der höheren Stufe der Hierarchie geltenden Verhaltensnormen rechtzeitig übernommen und verinnerlicht werden [37]). Wolf-Dieter Narr, einer der Mitgründer der BAK, beschreibt die Merkmale der Assistentenposition, die aus der unberechenbaren Abhängigkeit folgen, als institutionalisierte Unsicherheit und Timidität. „Daraus erwächst häufig mangelnde Selbständigkeit, die später etwa in der Freiheit der eigenen Professur häufig nur noch negativ kompensiert werden kann ... Unter dem Aspekt der Sozialisation kann die Positionsbestimmung des Assistenten nur als Einübung autoritärer Haltung ... und als soziale Reduktion begriffen werden" [38]).

Da der mühsame Aufstieg innerhalb einer ineffektiven Forschungsorganisation erfolgt, üben weite Teile der Assistentenschaft ihre Kritik am gegenwärtigen Hochschulsystem mittels unreflektierter Efficiency-Kategorien. Bestrebungen, den Hochschulen eine technologische Rationalität zu geben, finden deswegen bei vielen Assistenten eine gute Resonanz, da die individuellen Anstrengungen zu effektiver Forschung und zweckrationalem Verhalten immer wieder an der irrationalen Verfassung der Institute scheitern. Dadurch erscheint das Problem der Hochschulreform in verkürzter Perspektive, die nicht über eine begriffslose Phänomenologie der unmittelbaren Erfahrung hinausreicht. Die Misere des Hochschulsystems wird in der Antiquiertheit ehrwürdiger Institutionen, der ineffektiven Organisation des Lehr- und Forschungsbetriebes und den sachimmanent nicht zu legitimierenden Abhängigkeiten gesehen. Reform ist in dieser Perspektive Anpassung an Formen moderner Organisation und Wirtschaftlichkeit, reibungsloseres Funktionieren durch institutionalisierte Kooperationsformen, kurz: Modernisierung.

Die Stellung der Assistenten als nicht-mehr-Studenten und noch-nicht-Professoren

37) Sozialpsychologisch bestehen so durchaus Parallelitäten zum Selbstverständnis des Kleinbürgertums, die noch dadurch verstärkt werden, daß sich die Angehörigen des akademischen Mittelbaues vorwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten rekrutieren.
38) W.-D. Narr: Die gegenwärtige Funktion der Assistenten und ihre Problematik. In: Jacobsen/Dollinger: Die deutschen Studenten, München 1968, S. 236.

und ihre spezielle Funktion im Vollzug von Lehre und Forschung bringt sie sowohl mit den Professoren als auch mit den Studenten in direkten Kontakt und damit in permanente Loyalitäts- und Legitimationskonflikte. Von den Ordinarien persönlich abhängig, bleibt ihnen bei Konflikten zwischen Studenten und Ordinarien meist nur die Rolle des Vermittlers, der versucht, den „rationalen Kern in den Forderungen der Studenten" zu erkennen [39]) und mit den Ordinarieninteressen so zu versöhnen, daß die „Interessen des Ganzen" optimiert werden. Faktisch zwischen Ordinarien und Studenten eingeordnet, entsprechen die liberalen Argumentationsmuster des „vernünftigen Mittelweges" ihrer Position und ihren unmittelbaren Interessen.

Ein Selbstverständnis des akademischen Mittelbaues, das sich auf ein begriffenes Verständnis der eigenen Rolle stützen könnte, existiert erst in bescheidenen Ansätzen. Die mögliche Reflexion der eigenen Funktion im Prozeß der Wissenschaftsproduktion wird meist durch die unmittelbaren Über- und Unterordnungsverhältnisse verstellt und durch internalisierte Zwänge und Aufstiegserwartungen blockiert. Nur langsam kann sich in diesem System das Bewußtsein entwickeln, daß institutionelle Änderungen Voraussetzung und Mittel der eigenen Emanzipation und zur Emanzipation der Produktivkraft Wissenschaft sind. Da aber organisiertes Handeln den individuellen Erfahrungen der Assistentenschaft nicht entspricht, werden institutionelle Veränderungen zunächst mittels „geschickter Taktik" in den Universitätsgremien zu erreichen versucht, wobei es vielen Assistentenvertretern immer wieder gelingt, die organisatorische Schwäche durch meisterhafte Kabinettspolitik zu überspielen. „Hierdurch gelang es immer wieder, die Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Universität sowie zwischen Universität und Kultusministerium aufzugreifen und so zuzuspitzen oder abzubauen, daß sich verschiedene Partikularinteressen neutralisierten. In den so partiell neutralisierten Gremien ließen sich dann einige ... Vorstellungen durchsetzen. Dieses Verfahren versagte aber offensichtlich immer dann, wenn die Struktur der Universität so verändert werden sollte, daß die traditionelle Hierarchie der Ordinarienuniversität sich gefährdet sah" [40]). Inzwischen beginnt die Umorganisation der Ordinarienuniversität mittels gesetzlich verordneter Strukturreformen, und damit entstehen neue taktische Möglichkeiten für „geschickte Kabinettspolitiker". Es besteht jedoch die Gefahr, daß ähnlich wie in der vergangenen Phase — in der die Schaukelpolitik der Assistenten die Hierarchie unverändert ließ — in der neuen Phase aus der Assistentenschaft kein ernsthafter Widerstand gegen die kapitalistische Rationalisierung erfolgen wird.

Für die meisten Assistenten ist ihre Entwicklung nicht als Depravierung, sondern als stetiger Weg nach oben begreifbar. Die Formulierung kollektiver Interessen scheitert immer wieder daran, daß die artikulierbaren Interessen von Fach zu Fach und von Stellentyp zu Stellentyp verschieden sind. Ob sich daran etwas ändern wird, hängt entscheidend davon ab, ob „im Auflösungsprozeß der illegitimen Privilegierung der Ordinarien gleichzeitig das Bewußtsein kollektiver Interessen des akademischen Mittelbaues" zu entwickeln ist [41]). In der nach kapitalistischen Rationalisierungskriterien reformierten Universität werden allerdings die „kollektiven Interessen" keine Gruppeninteressen von Studenten, akademischem Mittelbau oder Ordinarien mehr sein, sondern kollektive Inter-

---

39) „Man muß immer wieder herausfinden, an welchen Punkten die extreme Linke sinnvolle Ansätze für die Reform hervorbringt" (Rolf Kreibich, in: Die Zeit, 6. 3. 1970).
40) „Thesen zu Politik und Strategie der wissenschaftlichen Angestellten und Beamten", Informationen Nr. 1, herausgegeben vom Rat der Nichthabilitierten an der Universität Frankfurt, Juli 1969 (hekt.).
41) O. Negt: Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: H. Baier (Hrsg.): Studenten in Opposition, Bielefeld 1968, S. 44.

essen politischer Fraktionen, die sich innerhalb des Gesamtprozesses der Wissenschaftsproduktion und der Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte zu definieren haben. Bis jetzt weichen die meisten Assistenten den subjektiven und objektiven Schwierigkeiten, eigene Interessen kollektiv zu formulieren, dadurch aus, daß sie individuell „Allgemeininteressen" artikulieren. In den letzten beiden Jahren hat es sich gezeigt, daß keine Gruppe so intensiv an Instituts-, Fakultäts- oder Universitätssatzungen gefeilt hat wie die Assistenten [42]). Dabei waren die Assistentenvertreter oft genug bereit, ihre „Partialinteressen" zugunsten der Konfliktlosigkeit des „Ganzen" zurückzustellen.

Bisherige Reformstrategie der organisierten Assistentenschaft

Entscheidend für die Entwicklung der Assistentenschaft zum „dritten politischen Stand an den deutschen Hochschulen" [43]) war die mit der Gründung der Bundesassistentenkonferenz (BAK) am 29. März 1968 eingeleitete Entwicklung. Die von der BAK ausgearbeiteten Reformkonzepte wurden von der Bildungs- und Wissenschaftsadministration mit einer Geschwindigkeit aufgenommen, wie das die Initiatoren der BAK vor zwei Jahren kaum erwarten konnten. Wenn der Vorsitzende der BAK, Tilman Westphalen, etwa erklärt: „Die Zahl der Verbündeten außerhalb der Hochschulen wächst ständig. Sie sind in erster Linie bei den Bildungspolitikern der Parteien zu suchen ... Ich bin sehr froh, daß auch die konservativen Kräfte in der CDU allmählich den jüngeren Kräften weichen, die davon überzeugt sind, daß der Weg der Partei ganz entscheidend davon mitbestimmt sein wird, ob es der CDU gelingt, in der Bildungspolitik Fortschritte zu machen" [44]) — dann ist sein Optimismus berechtigt. Die vollständige oder verstümmelte Rezeption der BAK-Reformmodelle vollzieht sich mit einer Geschwindigkeit, die mit dem Fortschreiten der Rationalisierung des Wissenschafts- und Ausbildungssystems Schritt hält.

Von Anfang an lassen sich sowohl in den Reformkonzepten als auch in den Realisierungsstrategien der organisierten Assistentenschaft drei strukturelle Elemente ausmachen, die hier etwas genauer diskutiert werden müssen, weil nur so erklärbar wird, wo die Assistentenpolitik mit der staatlichen Reformpolitik konvergiert und wo Widersprüche bestehen. Die drei strukturellen Elemente der BAK-Politik entsprechen den Grundmustern des individuellen Assistentenverhaltens und gleichzeitig ideologischen Argumentationsmustern einer sich liberal gerierenden technokratischen Reformpraxis:

a) Allgemein-Interesse — verstanden als Aufgehen der Partialforderungen der Assistenten in einer Gesamtreform des Bildungssystems;

b) Modernisierung — verstanden als Synthese von Effektivitätssteigerung und Demokratisierung;

c) Politik der Mitte und Vermittlung — verstanden als Integration von Widersprüchen mittels zweckrationaler Entscheidungen [45]).

Zu a) Gegenstand der Reform: Das Ganze

Die in der Bundesassistentenkonferenz organisierten jungen Wissenschaftler beabsichtigten von Anfang an nicht, partikulare Standes- oder kurzsichtige Interessenpolitik zu betreiben: „Die Bundesassistentenkonferenz hat sich bei ihrer Gründung zur Aufgabe gesetzt, die Hochschulreform in der Bundesrepublik nach

42) Siehe hierzu als exemplarisches Beispiel den Bericht von Rolf Kreibich „Praktische Reformpolitik. Das Reformmodell am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin". In: Studentische Politik Nr. 5/6-1969, S. 3.
43) P. Kaupp: a.a.O., S. 1.
44) T. Westphalen in einem „Spiegel"-Gespräch: „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 60.
45) Jene ideologischen Topoi finden sich auf der methodischen Ebene auch in dem ‚Positivismusstreit' zwischen Anhängern der kritischen Theorie und der analytischen Wissenschaftstheorie. Siehe hierzu etwa: Theodor W. Adorno u. a.: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Frankfurt 1969.

Kräften zu fördern. Dazu sollen die Reformvorstellungen der Assistenten zusammengefaßt, in die aktuelle Diskussion eingebracht und auf das Ziel einer baldigen Reformentscheidung hingelenkt werden. Es war von vornherein nicht daran gedacht, die speziellen Belange des sogenannten Mittelbaues in den Vordergrund zu stellen, sondern unter Verzicht auf alle Partikularinteressen die Belange der ganzen Hochschule ins Auge zu fassen" [46]). In der Satzung der BAK wird angegeben: „Die BAK dient der Förderung der Hochschul- und Bildungsreform durch die Erarbeitung von Vorschlägen und Rahmengesetzentwürfen insbesondere 1) zu den Aufgaben der Hochschule und ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft; 2) zur Funktion der Hochschule im Bildungswesen; 3) zur Neuordnung der Hochschulorganisation und zur Neugliederung des Lehrkörpers" [47]).

Hinter diesem politischen Ansatz verbirgt sich die schon dargestellte Schwierigkeit, die Formulierung und politische Durchsetzung unmittelbarer Arbeitsplatzinteressen zum Hebel strukturverändernder Reformen zu machen. Noch vor der Gründung der BAK hatte ihr späterer stellvertretender Vorsitzender Wolf-Dieter Narr darzulegen versucht, daß die Gruppeninteressen des akademischen Mittelbaues mit dem „Funktions- und Zielaspekt der Universität" vermittelt werden müssen, damit nicht bei „partialem Gruppenerfolg nur die überkommene, überholte Struktur" fixiert wird. „Das isolierte Interesse einer Gruppe, so legitim es immer sein mag, verschlechtert die Erfolgschancen selbst für dieses Interesse" [48]). Narr leitete daraus für die Motivation zur Gruppenbildung — und damit für die politische Strategie — ab: „Gerade eine Analyse, die sich um die Assistentenposition kümmert, bedarf des gesamtuniversitären, ja des gesamtgesellschaftlichen Aspekts. Und dies nicht wegen der ... Interdependenz der Probleme, sondern weil der Zusammenhang der Gruppe und ihre Dynamik allein dann nicht vorschnell in Resignation versacken, wenn die Motivation der Gruppenbildung und das Reformziel den beschränkten Horizont eines an die bestehende Struktur und ihre Werte fixierten Interesses sprengen" [49]).

Bei einem solchen, prinzipiell richtigen strategischen Ansatz bekommen die Analysen der „bestehenden Struktur" und der Dynamik ihrer Veränderung zentrale Bedeutung; doch greift der Ansatz zu kurz, wenn er nur die bestehende Struktur und ihre Werte als zu sprengendes Syndrom begreift und nicht die gesellschaftlichen Kräfte angeben kann, die an einer Transformation der Hochschulen ein materielles Interesse besitzen. In der Tat sollte sich später die verkürzte Analyse als Schranke der Reformpolitik erweisen. Es waren nämlich keine Kriterien entwickelt worden, um das „demokratische Allgemeininteresse", auf das sich die Konzepte der BAK beziehen, von den partikularen und gesamtkapitalistischen Interessen an einer Umwandlung des gesamten Wissenschafts- und Ausbildungssystems unterscheiden zu können. Aus dem in seiner Abstraktheit richtigen Prinzip wurde eine praxisrelevante Ideologie; das „demokratische Allgemeininteresse" war blind gegen die Realität einer kapitalistischen Klassengesellschaft und wurde inhaltlich von der „Gemeinwohl-Ideologie" ersetzt. Geht man jedoch davon aus, dann ist es nur konsequent, in der konzertierten Aktion aller am Gemeinwohl interessierten Kräfte mitzuspielen. Geschieht das ohne einen Begriff von der Rolle der Produktivkraft Wissenschaft im Kapitalverwertungsprozeß eines zunehmend monopolisierten und staatsinterventionistischen Kapitalismus, dann erscheinen allein Aktivitäten relevant, die darauf aus sind, einen

46) P. Fischer-Appelt/H. Meyer/W.-D. Narr: Vorwort zum „Kreuznacher Hochschulkonzept", Schriften der BAK Nr. 1, Bonn 1968, S. 7.
47) Satzung der Bundesassistentenkonferenz (BAK), § 2 Aufgaben.
48) W.-D. Narr, a.a.O., S. 228.
49) W. D. Narr, a.a.O., S. 228.

angemessenen Platz in den Zentralorganen der Wissenschaftssteuerung und Bildungsplanung zu erringen.

Auf der vierten Vollversammlung der BAK wurde die Forderung erhoben: „Es gilt, die Unvereinbarkeit der eigenen Reformprogrammatik mit der zunehmenden Gewalt der technokratischen Reformtendenz, die die Hochschule fugenlos in die sich formierende Gesellschaft integrieren will, für jeden unmißverständlich auszusprechen und hieraus die richtigen strategischen Schlüsse zu ziehen" [50]). Solche Forderungen bleiben zwangsläufig folgenlos, wenn die Praxis der staatlichen Hochschulreform zeigt, daß die Reformprogrammatik von den Entscheidungsgremien der Wissenschafts- und Bildungspolitik stückweise übernommen wird; wenn es sich zudem erweist, daß die als systemtranszendierend gedachten Elemente [51]) der Reformpläne zunehmend zu ideologischen Versatzstücken einer sonst bloß technokratischen Rationalisierung denaturieren, dann wird es höchste Zeit, die Reformprogrammatik selbst auf ihre Konvergenz mit den an einer Reform des Wissenschafts- und Ausbildungssystems arbeitenden Kapitalinteressen zu untersuchen.

Jene Analyse kann wohl kaum mehr von den in die Gremien der Wissenschaftsorganisationen integrierten Assistentenfunktionären geleistet werden, weil bei ihnen Institutionentaktik und Analyse fast naturnotwendig vermengt werden. Daß der „Erfolg der Reformpolitik" mit dem Scheitern der Reformkonzeptionen identisch sein kann, wird wohl am deutlichsten durch den derzeitigen BAK-Vorsitzenden Westphalen ausgedrückt, der gegenüber dem „Spiegel" erklärte: „Unser Vorteil ist, daß immer mehr aus dieser Gruppe der Reform in die entscheidenden Positionen einziehen, ob das nun jemand ist, der vom Assistentenstuhl aus Kultusminister wird, wie Bernhard Vogel in Rheinland-Pfalz, oder ob Assistenten zu Universitätspräsidenten gemacht werden wie in Berlin und Hamburg" [52]). Wird Reform derart reduziert auf die Aufnahme von Repräsentanten der Reformbewegung „in die entscheidenden Positionen", dann bleibt das nicht folgenlos für die Reformkonzepte. Wo die Reformbewegung zum Rekrutierungsfeld für Jungmanager im Wissenschaftsbetrieb wird, ist es fast selbstverständlich, daß Prinzipien industrieller Organisation zu Prinzipien der Hochschulreform erhoben werden. Dann tritt an Stelle der alten Ordinarienuniversität „ein arbeitsteiliges, funktional gegliedertes System, in dem auch die Professoren Arbeitnehmer sind wie andere Arbeitnehmer in der modernen Industriegesellschaft" [53]), und die Rationalität der Kapitalverwertung hat endgültig den emphatischen Begriff einer emanzipatorischen Wissenschaft substituiert. Im Kreuznacher Hochschulkonzept gingen die Assistenten noch von einem umfassenden Begriff der Wissenschaft aus, der sich „durch die technologische Rationalität hindurch zur kritischen Rationalität erweitert hat und wissenschaftliche Erkenntnis nicht als Produktivkraft im Industriesystem" aufgehen läßt, sondern „als die Kraft realer Emanzipation in die Gesellschaft eingeht" [54]). Jener an der kritischen Theorie orientierte Wissenschaftsbegriff ließ sich nicht für die Rationalisierung des Systems im Sinne einer Modernisierung des „Ganzen" operationalisieren und bestimmte deswegen die Praxis der Reformpolitik der BAK kaum. Vertauscht man allerdings gesellschaftliche Emanzipation mit individuellem Aufstieg (oder dem einer kleinen Gruppe), dann „laufen die Motoren zur Beseitigung der Bil-

50) J. Berger: Grundsätzliche Bemerkungen zu einer Reformstrategie der BAK. In: Mitteilungen der Bundesassistentenkonferenz Nr. 6, Bonn 1969, S. 88.
51) Etwa die im „Kreuznacher Hochschulkonzept" formulierten Thesen zu der „Aufgabe der Hochschule und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft".
52) T. Westphalen: „Spiegel"-Interview, „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 55.
53) T. Westphalen, a.a.O., S. 52.
54) Kreuznacher Hochschulkonzept, Bonn 1968, S. 12.

dungsmisere heiß" [55]) und das Gesamtinteresse des Kapitals braucht nicht mehr von dem des „demokratischen Ganzen" unterschieden zu werden, weil es mit ihm identisch ist.

Zu b) Ziel der Reform: Modernisierung

Obwohl für das öffentliche Bewußtsein erst seit wenigen Jahren offensichtlich geworden ist, daß eine grundlegende Reform des gesamten Wissenschafts- und Ausbildungssystems erforderlich ist, wenn nicht Wirtschaftswachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung gefährdet werden sollen, wurde der in einer Flut von Veröffentlichungen diagnostizierte Modernitätsrückstand rasch von einem breiten Publikum akzeptiert. Der Slogan Hamburger Studenten „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren" wurde zum Leitmotiv von Analysen, die antiquierte Verkehrsformen und Verhaltensregeln, verstaubte Ineffektivität tradierter Institutionen und Weltfremdheit universitärer Wissenschaft als Ursachen der Misere des deutschen Hochschulwesens ermittelten. Reform war dann rasch definiert als Entrümpelung der Lehrpläne von traditionellen Bildungsgütern, von Organisations- und Verkehrsformen der klassischen Universität und Anpassung an „moderne Formen der Organisation und gesellschaftsbezogener Effektivität". Die Hochschulserie des „Spiegel" ist eine Fundgrube für jenen Ansatz, der Hochschulreform als Modernisierungsproblem begreift. Der derzeitige BAK-Vorsitzende hat die „Spiegel"-Serie begeistert begrüßt und für die BAK erklärt: „Der Spiegel hat den Kollaps des altersschwachen deutschen Hochschulsystems in sechzehn Folgen erbarmungslos diagnostiziert. Er hat sich um das Bildungswesen verdient gemacht" [56]). Er meint dann weiter, eine im Sinne der BAK-Vorstellungen reformierte Hochschule, welche „den Aufstieg zum Hochschullehrer ... ohne Liebedienerei und Rückgratverkrümmung, allein durch eigenverantwortliche Bewährung" ermöglicht, wird dem „feudalistischen Ordinarienstaat die Knappen und Leibeigenen, beziehungsweise der ständischen Ordinarienzunft die Lehrlinge und Gesellen entziehen und diese Feudalsysteme, die sich als Anachronismus bis ins 20. Jahrhundert gerettet haben, vollends zum Einsturz bringen." Das klingt plastisch und radikal, ist aber begriffslos gegenüber den in den staatlichen und halbstaatlichen Gremien der Wissenschaftslenkung und Bildungsplanung versammelten Interessen der großen Kapitalgesellschaften. Sie haben längst erkannt, daß das deutsche Hochschulsystem ein „Anachronismus" ist, weil es nicht jenen Prinzipien von Rationalität genügt, die im Produktions- und Verwertungssystem des monopolisierten Kapitalismus Profite und Systemstabilität garantieren.

Während so der Modernisierungsansatz den Konflikt auf eine Auseinandersetzung mit der anachronistischen Ordinarienuniversität falsch zentriert, gehen die Kriterien zum Kampf gegen die Formierung der Universität verloren. „Unsere Achillesferse ist im Augenblick die Industrie. Hier ist es schwierig, Kontakte zu knüpfen, obwohl die Industrie sicher gut daran täte, gelegentlich darüber nachzudenken, daß das hauptsächliche Nachwuchspotential — nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für Führungspositionen in der Wirtschaft — im Stand der Assistentenschaft zu finden ist" [57]). Wer dermaßen begriffslos auf dem Boden des Systems steht ist ungefährlich — aber gefährlich für eine Hochschulpolitik, die in der Wissenschaft eine Kraft realer Emanzipation sieht.

---

[55]) T. Westphalen in einer Stellungnahme zum Notprogramm des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung (nach: Frankfurter Rundschau, 18. 12. 1969).
[56]) „Der Spiegel": Mit dem Latein am Ende. Sonderdruck der gleichnamigen „Spiegel"-Serie, Hamburg 1970, S. 206.
[57]) T. Westphalen: „Spiegel"-Interview, „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 60.

Die in der BAK organisierte Assistentenschaft hat zwei Ziele in ihre Reformprogrammatik aufgenommen, hinter denen scheinbar antagonistische Interessen stehen: Effektivitätssteigerung und Demokratisierung. Die von der Studentenbewegung erhobene Forderung nach Demokratisierung aller Entscheidungsprozesse, also nach einer „demokratischen Universität" [58]) und nach einer „Neubestimmung der Zielsetzung von Wissenschaft" war von Anfang an gegen die ständische Ordinarienuniversität und die immer sichtbarer werdenden Tendenzen gerichtet, die Universität im Kapitalinteresse zu effektivieren und die Lehr- und Forschungsprozesse an einem maximalen Output an verwertbarem Wissen und fungiblen Arbeitskräften zu orientieren. Die Reformansätze der Assistenten gingen dagegen davon aus, daß sich Leistungsprinzip und Demokratieforderung miteinander versöhnen lassen. Wolf-Dieter Narr stellte die These auf, daß „bis zu einem gewissen ... Punkt eine Konvergenz der demokratischen und Leistung heischenden Forderungen besteht. Geht es aber tatsächlich um Erhöhung wissenschaftlicher Kreativität, berufliche Beweglichkeit, um Ausbildung zur Selbständigkeit in Berufen, — dann fällt Leistungsinteresse und demokratisches Interesse bei kontrolliert bestehendem institutionellem Autoritätsgefälle in hohem Maße zusammen" [59]). Die Narr'sche Konvergenzthese gestattet so auf der taktischen Ebene eine Integration beider Forderungen und ermöglichte der organisierten Assistentenschaft eine Mittlerrolle zwischen der studentischen Protestbewegung und den im Kapitalinteresse forciert vorgetragenen Forderungen nach Effektivierung und Optimierung des Lehr- und Forschungsbetriebes.

Da angeblich beide Forderungen konvergieren, können sie auch getrennt vorangetrieben werden. Die These gestattet es dann auch den von der Studentenbewegung immer wieder formulierten Technokratie-Verdacht als „Attitüde", zurückzuweisen — oder ihn als bloße „Denkalternative" aus dem Interessen- und Bedingungszusammenhang zu isolieren: „Eine der großen Denkalternativen ist jene zwischen ‚demokratisch' und ‚technokratisch', der ständige Verdacht, daß alles was heute als Reform angegriffen wird, nur dazu angetan ist, das gegenwärtige System noch reibungsloser funktionieren zu lassen. Bezeichnend für die kritischen Studenten, die ständige Frage nach dem, was eine bestimmte Maßnahme jemand nützt, welches Interesse damit verbunden ist, ob hier Verwertungsinteressen des Kapitals eine Rolle spielen. Es handelt sich hier um Analysen, die etwas kurz vorgetragen werden, sofern der Aufweis gesellschaftlicher Sachzwänge auch eine Strategie konkreter, stufenweiser Veränderungen erfordert" [60]). Peter Fischer-Appelt, der erste Vorsitzende der BAK und jetzige Präsident der Universität Hamburg, hat natürlich recht, wenn er von den linken Studenten verlangt, daß sie die Vermittlungsschritte, Realisierungsstrategien und konkreten Einflußlinien der technokratischen Reform im Kapitalinteresse angeben. Nur so läßt sich eine Gegenstrategie entwickeln. Das Problem muß aber anders angegangen werden. Es ist zu fragen, worin die Konvergenz zwischen den „demokratischen Reformforderungen" (etwa der Assistentenschaft), den Anforderungen der Kapitalinteressen an das Wissenschafts- und Ausbildungssystem und den inhaltlichen Veränderungen der Wissenschaften besteht. Aus den Schriften der BAK bekommt man darüber keine Auskunft. Politisches Bezugssystem der Reform ist

58) Siehe etwa: SDS-Denkschrift: Hochschule in der Demokratie. 1. Aufl., Frankfurt 1961; T. Kieselbach/ P. Marwedel (Hrsg.): Emanzipation oder Disziplinierung. Köln 1969; W. Lefèvre: Reichtum und Knappheit. In: Bergmann/Dutschke/Lefèvre: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Hamburg 1968.

59) W. D. Narr: a.a.O., S. 230; Wolf-Dieter Narr hat inzwischen zusammen mit Frieder Naschold eine Demokratisierungstheorie „komplexer Organisationen" ausgearbeitet. Basierend auf einer kritischen Rezeption systemtheoretischer Ansätze wird dabei versucht, „die Steigerung organisationsinterner Demokratie bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung, wenn nicht gar Steigerung der Leistung" theoretisch zu formulieren (W.-D. Narr: Theoriebegriffe und Systemtheorie. Stuttgart 1969; F. Naschold: Systemsteuerung. Stuttgart 1969; F. Naschold: Organisation und Demokratie. Stuttgart 1969).

60) P. Fischer-Appelt: Interview mit der „Zeit". In: „Die Zeit", 27. 2. 1970, S. 16.

„die demokratische Gesellschaft", ohne zu reflektieren, daß die politische Formaldemokratie als Organisationsform einer Gesellschaft fungiert, die den Schwierigkeiten der Kapitalverwertung nur noch mittels staatsinterventionistischen Maßnahmen entgeht [61]).

Im Kreuznacher Hochschulkonzept hat die BAK programmatische Thesen zur „Aufgabe der Hochschule und ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft" formuliert. Dabei wird von der „Interdependenz von Wissenschaft und Gesellschaft" ausgegangen und Wissenschaft als „Substanz der Produktion und Reproduktion gesellschaftlichen Lebens" begriffen. Während also Wissenschaft klar als Produktivkraft anerkannt wird, bleibt die gesellschaftliche Organisation der Produktivkräfte, also die Produktionsverhältnisse, undiskutiert. Aus dem so reduzierten Wissenschaftsverständnis lassen sich aber weder Kriterien angeben, um systemsprengende von systemstabilisierenden Reformschritten zu unterscheiden, noch Formen möglicher emanzipatorischer Wissenschaften. Die Fesselung und Denaturierung von Wissenschaft und Wissenschaftlern in einer monopolkapitalistisch verfaßten Gesellschaft erscheinen nicht als Problem. Ist „Kapitalismus" mit dem Allgemeinbegriff „Gesellschaft" camoufliert, dann fallen polit-ökonomische Bestimmungen aus dem Reformansatz und die Forderung nach „Demokratisierung" kann ruhig erhoben werden: Es ist theoretisch sichergestellt, daß sie nicht in Forderungen nach antikapitalistischen Strukturreformen im Rahmen einer revolutionären Strategie umschlagen können [62]).

Zu c) Methode der Reform: Position der Mitte und Vermittlung

Die Mittelstellung der Assistenten zwischen Ordinarien und Studenten korrespondiert mit einer Position der „Mitte und Vermittlung" auf der politischen Ebene. Die studentische Protestbewegung wird mit Termini wie „putschistisch illuminierte Revolution" [63]) oder „realitätsferne Revolutionsschwärmerei" belegt und die Gegenkräfte bei „reaktionären Ordinarien" oder „uneinsichtigen Politikern" lokalisiert. Die eigene Position kann in diesem Argumentationsmuster dann als praktische Vernunft deklariert werden, die sich in der Mitte „zwischen den Fronten" ansiedelt. Die Reformstrategie wird dann in gleicher Weise durch das „abstrakte Revoluzzertum" wie durch die reaktionäre Ordinarienschaft gefährdet. Von der Position der Mitte können dann die divergierenden Interessen „diesseits und jenseits des Grabens" durch dezidiert vorgetragene eigene, konstruktive Reformvorschläge ausgeglichen werden. Die Sprecher der in der Bundesassistentenkonferenz organisierten wissenschaftlichen Mitarbeiter betonen immer wieder, daß sie „auf Grund ihrer Stellung, Sachkenntnis und Beweglichkeit die notwendige Integration und Vermittlung der divergierenden Kräfte in den Hochschulen" leisten können. Inhaltlich soll die Vermittlungs- und Integrationsfunktion durch die produktive Synthese von leistungssteigender Studienreform bei demokratisierten Entscheidungsprozessen bewältigt werden. Entsprechend jenem Grundmuster liberaler Argumentation, gerät dann die auf Ausgleich zielende Reformpolitik in Gefahr, „wenn die Studenten ihnen die Gefolgschaft kündigen und anstelle radikaler Reformen wieder revolutionäre Aktion predigen und wenn konservative Professoren sich notwendigen Reformen widersetzen" [64]).

Die „Reformbasis" in der Hochschule erscheint in diesem Konzept äußerst fragile und ständig gefährdet; trotzdem möchten die Assistentenvertreter — getreu der

61) Siehe hierzu: P. A. Baran/P. M. Sweezy: Monopolkapital. Frankfurt 1967; J. Huffschmid: Die Politik des Kapitals. Frankfurt 1969; J. Hirsch: a.a.O.
62) Bei einer Wortstatistik der BAK-Schriften würden sich die Begriffe „Kapitalismus" oder „ökonomisch" kaum finden.
63) P. Fischer-Appelt. Nach: „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 47.
64) „Der Spiegel", Nr. 7, 9. 2. 1970, S. 50.

Devise, das Ganze zu vertreten — nach Möglichkeit mit Allen zusammen das Ganze reformieren. Der BAK-Vorsitzende Westphalen meinte dazu: „Wir wollen die Universität nach Möglichkeit mit allen Professoren reformieren. Leider wird es aber mit allen nicht gehen". Natürlich braucht man auch die Studenten, denn „gegen die Studenten wäre das ein völlig unsinniges Unterfangen, und eine unserer größten Sorgen ist derzeit das Auseinanderbrechen der Studentenschaft" [65]). Die politische Kooperation mit der Studentenschaft wird in diesem Kontext nur noch als bürokratische Zusammenarbeit von Verbandsspitzen begriffen. Das wirkte sich praktisch in einem Paktieren des BAK-Vorstandes mit der ADS aus, als der VDS-Bundesvorstand für bestimmte Formen von Hochschulpolitik „nicht voll funktionsfähig" war. Westphalen meinte dazu: „Die ADS hat in den vergangenen Monaten sehr nützliche Arbeit für die gesamte Studentenschaft geleistet ... Die BAK hat das in einer verstärkten Kooperation zum Ausdruck gebracht, obwohl sie sich der mangelnden Basis dieses neuen Dachverbandes bewußt ist" [66]). Diese naive Verengung der politischen Bündnispolitik hängt eng mit einer Reduktion des ursprünglich propagierten „Methodenpluralismus in der Reformstrategie" [67]) auf eine Spitzendiplomatie der Funktionäre zusammen.

Mit der zunehmenden Aufnahme und wohlwollenden Zustimmung zu isolierten Elementen der BAK-Reformkonzepte durch die vermeintlich aufgeschlossenen Kräfte außerhalb der Hochschulen, begannen die Verbandsfunktionäre sich immer mehr an den Reaktionen der Kulturpolitiker und der Bildungs- und Wissenschaftsgremien zu orientieren. Eine Hauptaktivität der BAK-Spitze ergab sich aus den Anstrengungen, Assistentenvertreter in die verschiedensten Zentral- und Regionalgremien der Wissenschaftsorganisationen zu lancieren und dort die Reformkonzepte der BAK einzubringen. Mit wachsendem Erfolg dieser Politik gewannen viele Assistentenvertreter ein elitäres Selbstbewußtsein und es entwickelte sich innerhalb der Bundesassistentenkonferenz eine heftige Kontroverse um „Basisarbeit oder Spitzendiplomatie", welche auf der vierten Vollversammlung im Herbst 1969 zum ersten Male offen ausgetragen wurde.

Basisarbeit oder Spitzendiplomatie?

Im März 1969 hatte die BAK „Thesen zu einer Reformstrategie" beschlossen, die davon ausgehen, daß „ihre Waffe im Meinungskampf die Überzeugung durch das sachliche Argument ist. Deswegen sollen die Kontakte zu meinungsbildenden Organen, wie Organisationen der Wissenschaftsverwaltung, Parteien, Gewerkschaften und zu den Massenmedien sowie zu den Professoren und Studenten in der engeren Umgebung jedes einzelnen Assistenten intensiviert werden" [68]). Damals ging man noch davon aus, daß Verhandlungen mit den Spitzengremien nur dann erfolgreich sein können, wenn die Assistenten an den Hochschulen bereit sind, die Reformkonzepte politisch zu vertreten und solidarisch durchzusetzen. Peter Fischer-Appelt, der erste BAK-Vorsitzende, formulierte als Hauptaufgabe, „den dringend notwendigen Prozeß der Politisierung und Solidarisierung der Assistenten in den Hochschulen voranzutreiben, einen Prozeß, der nicht um der Assistenten sondern um der Hochschulen willen notwendig ist, wenn anders das Geschäft der Wissenschaft in der fortgeschrittenen Phase ihrer technokratischen Anwendung den öffentlichen Sinn und das gesellschaftskritische Bewußtsein aller

65) T. Westphalen, a.a.O., S. 60.
66) T. Westphalen: Der jetzige Zustand ist die schlechteste Lösung. In: Input, Nr. 6 (1969), S. 8.
67) P. Fischer-Appelt: Hochschulpolitischer Bericht. In: Mitteilungen der Bundesassistentenkonferenz, Nr. 6. Bonn 1969, S. 137.
68) P. Fischer-Appelt: Zwischen den Fronten — der Assistent. In: Input Nr. 2/1969, S. 49.

Beteiligten voraussetzt und gerade in der vielberufenen civitas academica den Übergang vom bourgeois zum citoyen erforderlich macht" [69]).

In der organisatorischen Aufbauphase der BAK konnte der Widerspruch zwischen den Aktivitäten der Verbandsspitze und der nur schleppend beginnenden politischen Arbeit organisierter Gruppen von Assistenten an den einzelnen Hochschulen, durch einen deklarierten „Methodenpluralismus" überdeckt werden. Kritik der Vorstandsarbeit entwickelte sich erst langsam, da man davon ausgehen konnte, daß „als Voraussetzung jeder vernünftigen Tätigkeit der Bundesspitze die erwachende Basis der Assistenten selbst angesprochen werden muß, ... andererseits ist gerade die Mobilisierung der ‚privatisierenden' Assistenten von Initiativen abhängig, die nicht zuletzt von der Spitze kommen und von ihr ausgehen". Dem ersten BAK-Vorstand war klar, daß nur eine politisch handlungsfähige Assistentenschaft ernsthafte Chancen hat, Reformkonzepte durchzusetzen.

Mit der beginnenden staatlichen Hochschulreformpolitik verschob sich allerdings der Schwerpunkt der BAK-Politik immer mehr in Richtung „Spitzendiplomatie". Die BAK wurde zum anerkannten, sachkompetenten Verhandlungspartner staatlicher und halbstaatlicher Gremien der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Dabei vollzog sich auch eine zunehmende Aktivitätsverlagerung in Richtung bloß konzeptioneller Arbeit auf Kosten organisierender Aktivitäten. Die Organisationsstruktur der BAK förderte diese Tendenzen noch zusätzlich. Die Organisation der Assistentenschaft besitzt eine vielfach gestufte Repräsentationsstruktur. Die Assistenten an den Hochschulen wählen Mitglieder für repräsentative Gremien; diese wählen sich einen repräsentativen Vorstand oder Delegierte, die sich auf Landes- oder Bundesebene treffen zur Wahl eines wiederum repräsentativen Vorstandes [70]). Organisationen mit solchen gestuften Entscheidungs- und Repräsentationsstrukturen neigen besonders leicht zur Ausbildung einer besonderen Funktionärspolitik, die sich rasch von der Masse der Mitglieder isoliert [71]). Hinzu kommt noch, daß die Vertretungskörperschaften der Assistenten an den einzelnen Hochschulen zumeist den Charakter von Parallelorganisationen zur Hierarchie der in der Universität existierenden Kollegialorgane haben. Die Fakultäten und der Senat, in denen die Ordinarieninteressen dominieren, besitzen in Fakultäts- und Universitätsräten der Assistenten durch Wahlen legitimierte Repräsentationsorgane, welche versuchen, die Politik der Assistenten in den Universitätsgremien zu formulieren. Die Aktivitäten der assistentischen Repräsentationsgremien werden dadurch weitgehend von den Aktivitäten (oder Nicht-Aktivitäten) der Fakultäten und des Senats bestimmt. Entsprechend sind die Kommunikationskanäle besonders gut zu den offiziellen Stellen ausgebaut, nicht aber zu den zu vertretenden Assistenten. Selbst intensive Berichtstätigkeit durch Informationsdienste usw. verhindert es bei dieser Struktur nicht, daß die Apathie der Masse der Assistenten verstärkt wird, indem Zuständigkeiten und Aktivitäten ständig nach oben delegiert und von Vorständen stellvertretend wahrgenommen werden. Das hat zur Folge, daß die Gremien der organisierten Assistentenschaft immer mehr organisationsunfähig werden, wenn Konflikte ausgetragen werden müssen, die nicht als institutionelle Konflikte innerhalb der Kollegialorgane ausgehandelt werden können [72]).

---

69) P. Fischer-Appelt: Hochschulpolitischer Bericht, S. 157.
70) J. Berger: Grundsätzliche Bemerkungen zu einer Reformstrategie der BAK. In: Mitteilungen der BAK, Nr. 6. Bonn 1969, S. 85.
71) Siehe hierzu etwa: F. Naschold: Organisation und Demokratie. Stuttgart 1969.
72) Vgl. etwa die Streikberichte aus Marburg und Frankfurt. AM-Autorenkollektiv: Assistentenstreik. Marburg 1969/70; Becker/Beinhauer/Jacobi/Merkelbach: RNH-Information Nr. 4/1970 (Hrsg.: Rat der Nichthabilitierten an der Universität Frankfurt).

Eine solche Zentralisierung und Hierarchisierung von Entscheidungskompetenzen und gleichzeitiger Interpretationsherrschaft durch Informationsmonopole der Verbandsspitze, ist selbstverständlich keine auf die BAK beschränkte Erscheinung. Die Kritik an der Spitzendiplomatie des Vorstandes begann daher mit Argumentationsmustern, die in der Kritik bürokratischer Organisationen bereits vorgebildet waren. „Infolge der Erfahrung nicht nur auf dem Universitätssektor ist allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Assistentenschaften die Herausbildung von Reformbewußtsein und Reformhabitus ihrer eigenen potentiellen und tatsächlichen Mitglieder ist. Gewiß wäre eine ausschließliche Konzentration hierauf falsch. Im Augenblick droht den Assistentenschaften aber eher das Schicksal, dem auch andere Verbände erlegen sind: zu kleinen Offizierskadern ohne Mannschaft zu werden; von Offizieren, die ihre Daseinsberechtigung durch Repräsentation und Produktion von Papier nachweisen und die sich im kompetenzverschlungenen Fuchsbau Bonner Bildungs- und Finanzierungsinstitutionen jagdgewitzt auskennen" [73]). Zur Politisierung der Assistentenschaft wird in dieser Phase immer wieder betont, daß es darum geht, „konkrete Interessen als Hebel mit der Gesamtreform zu verbinden, nicht nur Reformkonzeptionen zu formulieren, Mittlerdienste anzubieten, sondern auch die adäquaten ‚Vermittler' mit eigener Konzeption auf Grund des transparent gemachten Interesses zu schaffen" [74]). Jene Kritik, konnte allerdings die „Interessen" nur negativ gegen „Ordinarienwillkür" und „Abhängigkeit" formulieren entsprechend dem „konzentrischen Bildungsmodell der politischen Didaktik, die an den konkreten Interessen der Assistenten ansetzt und ihnen von hier aus die hochschulpolitischen Zusammenhänge aufzeigt" [75]).

Die Kritik am BAK-Vorstand ging während der vierten Vollversammlung im Herbst 1969 noch von der allgemein anerkannten Voraussetzung aus, daß es gemeinsame Interessen der Assistenten gibt, die zum Hebel strukturverändernder Reformen gemacht werden können. Gleichzeitig bestand noch allgemeiner Konsens über die Reformmodelle selbst. In dem Protokoll über die Strategiedebatte heißt es: „Vor dem Hintergrund dieser Standortbestimmung wird immer wieder zu einer Strategie operativer Konfliktmanipulation aufgerufen. Es gehe in Zukunft darum, das Reformpotential in die konkrete Reformaktion einzubringen. Dazu müßten Konflikte und Krisensituationen ausgenutzt werden. Der jetzt notwendige Gang durch die Institutionen könne nicht ohne die Strategie der umfassenden und partiellen Verweigerung durchgeführt werden. Es habe bisher in der Bundesrepublik zu wenig Fälle gegeben, wo Assistenten aktiv geworden seien" [76]).

Im Wintersemester 1969 wurden Assistenten an mehreren Universitäten, insbesondere in Hessen, aktiv. Im Dezember setzten die Assistenten an der Universität Frankfurt für einen Tag den Lehr- und Forschungsbetrieb aus, um gegen die Entlassung ihres Sprechers zu protestieren; es folgten Warnstreiks in Gießen und Marburg gegen einen Erlaß des Hessischen Kultusministers, der die Assistenten zu unvergüteten Lehraufgaben verpflichtete und schließlich ein einwöchiger Streik der Marburger Assistenten gegen diesen Erlaß und für eine Reform der Personalstruktur. Gleichzeitig streikten an mehreren Universitäten die Medizinalassistenten und Assistenzärzte gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen an den Universitätskliniken. Diese „Basisaktionen" haben zwar eine Politisierung der Assistentenschaft an den Hochschulen forciert, gleichzeitig

---

73) W.-D. Narr: Assistenten ohne Probleme? In: Deutsche Universitätszeitung, September 1969, S. 27.
74) W.-D. Narr, a.a.O., S. 27.
75) P. Fischer-Appelt: Hochschulpolitischer Bericht, S. 156.
76) Protokoll der vierten Vollversammlung der BAK. In: Mitteilungen der Bundesassistentenkonferenz Nr. 6/1969.

aber auch die Grenzen einer bei syndikalistischen oder gar ständischen Interessen ansetzenden Politik aufgezeigt. Die Transformation der unmittelbaren Konflikte auf die Ebene politischer Auseinandersetzungen um die Struktur der Universität und die Funktion der Hochschulen in einer kapitalistischen Gesellschaft gelang nur im Ansatz [77]). Während der Streikaktionen in Marburg trat zusammen mit der Politisierung auch eine Polarisierung der Assistentenschaft ein. Es bildete sich eine starke linke Fraktion aus, die zwar noch keine organisatorischen Formen fand, aber zum organisierenden Kern der Aktionen wurde.

Gleichzeitig stellte es sich heraus, daß eine breite Mobilisierung der Assistentenschaft nur auf der Basis relativ allgemein formulierter standespolitischer Forderungen möglich war, die genügend Interpretationsmöglichkeiten von rechtsliberal über technokratisch bis hin zu sozialistisch boten. Im Zentrum stand die Reform der Personalstruktur und damit die Auseinandersetzung mit den Ordinarienprivilegien. Die beginnende technokratische Rationalisierung blieb weitgehend außerhalb der Diskussionen und wurde auch von dem reformistischen Flügel der Linken bewußt draußen gehalten, weil man die Polarisierung fürchtete. Dabei kam es zu absurden Fehlinterpretationen der antikapitalistischen Positionen, die als „linker Utopismus" diffamiert wurden [78]) um die Einheitsfront aller gerade noch Streikwilligen nicht zu gefährden und den Streik als großen Erfolg interpretieren zu können. Der einwöchige Marburger Assistentenstreik hat aber zur Klärung der politischen Möglichkeiten organisierten Handelns von Wissenschaftlern entscheidende Bedeutung. Er hat vor allem klar gezeigt, „daß der Widerstand und der Kampf von Akademischen Mitarbeitern nicht losgelöst von der Studentenbewegung auf der einen und den sozialen und ökonomischen Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf der anderen Seite gesehen werden kann" [79]).

Ansätze antikapitalistischer Politik in der Assistentenschaft

Während der vierten Vollversammlung der BAK im Herbst 1969 kam es zum ersten Male zu harten inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen einer starken „linken Fraktion" und den sich pragmatisch gebenden Funktionären des Vorstandes. Die Diskussionen konzentrierten sich auf das von der BAK vorgeschlagene Personalstrukturmodell, in dem eine neue Gruppe weisungsgebundener Wissenschaftler an Hochschulen vorgesehen war. Am Beispiel dieses neuen Personalmodelles versuchte die Linke aufzuzeigen, daß ohne eine materielle, empirische und theoretische Kritik der jetzigen Forschungsorganisation und des Verwertungszusammenhanges der Forschungsergebnisse ein noch so progressiv gemeintes Reformmodell technokratisch vereinnahmbar ist und schließlich nur der Effektivierung des bestehenden Systems dient. Die Debatte endete mit einem Abstimmungserfolg der Linken: Der weisungsgebundene wissenschaftliche Angestellte wurde aus dem Modell gestrichen. Wie berechtigt der Verdacht war, daß die konzeptionelle Arbeit der BAK den Technokraten in die Hand spielt, zeigt sich schon daran, daß sich der wissenschaftliche Angestellte mit Weisungsbindung inzwischen in den Leussink-Thesen und im Hessischen Universitätsgesetz in der Form findet, wie er ursprünglich konzipiert war.

Das unerwartete Auftreten einer starken Gruppe linker Assistenten löste Alarmrufe in der bürgerlichen Presse aus. Manfred Thier schrieb in der Stuttgarter Zeitung: „Sieht man genauer hin, so handelt es sich um die Alternative: Soll die BAK eine Interessenvertretung von jungen Hochschullehrern sein, deren recht-

77) Vgl. hierzu: AM-Autorenkollektiv: Assistentenstreik. Marburg 1969/70.
78) Siehe hierzu: R. Kühnl: Ein heißes Sommersemester könnte bevorstehen. Frankfurter Rundschau, Nr. 33, 9. 2. 1970.
79) AM-Autorenkollektiv, a.a.O., S. 53.

liche und materielle Stellung an den Universitäten kaum noch ihren tatsächlichen Aufgaben in Lehre und Forschung entspricht, eine Interessenvertretung also, die sich grundsätzlich innerhalb des bestehenden Systems hält, wenngleich dessen mehr oder weniger weitreichende Veränderung anstrebt durch Reform der Personalstruktur, Umgestaltung der Universitätsverfassungen, Anpassung der Lehrmethoden und der Art, Forschung zu betreiben, an die Erfordernisse eines modernen Wissenschaftsbetriebes. Oder aber sollen sich die Assistenten verstehen als ein gesellschaftsrevolutionärer Kampfverband, der über die Revolutionierung der Universität einen radikalen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse befördern will" [80]). Die bürgerlichen Beobachter konnten den qualitativen Unterschied zwischen der Entwicklung der studentischen Protestbewegung und der Organisation von Wissenschaftlern, die an den Hochschulen berufstätig sind, nicht begreifen. So wurden denn auch die Polarisierungen innerhalb der organisierten Assistentenschaft mit der Entwicklung des VDS verglichen — und damit nicht verstanden.

Inzwischen beginnt sich die abstrakte Gegenüberstellung von „Basisarbeit" und „Spitzendiplomatie" aufzulösen. Auf der fünften Vollversammlung der BAK im März 1970 konzentrierte sich die Kritik auf die Rolle der organisierten Assistentenschaft in der Transformationsphase des Wissenschafts- und Ausbildungssystems. Im Zentrum der inhaltlichen Diskussion stand die Rezeption der BAK-Reformmodelle durch die Kultusbürokratie und die Gremien der Bildungs- und Wissenschaftsplanung. Am Beispiel des Personalstrukturmodells konnte die Linke ziemlich überzeugend nachweisen, daß die BAK zur Zeit Zulieferfunktionen für technokratische Rationalisierungen hat. Bei den verschiedensten Abstimmungen zeigte es sich, daß sich fast die Hälfte der Delegierten mehr oder weniger offen zur linken Fraktion zählte. Es gab keine Mehrheiten mehr für die bisherige Vorstandspolitik, was dazu führte, daß auf der nächsten Vollversammlung darüber entschieden werden soll, „ob die BAK weiterhin eine Rahmenorganisation für die hochschulpolitischen Reformbestrebungen aller Gruppen der wissenschaftlichen Mitarbeiter, ein Instrument zur Organisation politischer Fraktionen von der Basis aus sein und/oder sich mit Ende dieses Geschäftsjahres auflösen soll" [81]). Die Reaktionen der Presse waren dementsprechend [82]).

Zur Vorbereitung der für die BAK entscheidenden Vollversammlung im Herbst dieses Jahres hat inzwischen eine Strategiedebatte auf lokaler und zentraler Ebene begonnen, die so geführt werden muß, daß sie gleichzeitig organisationsstiftend wirkt. Bis zum Herbst wird es sich wahrscheinlich entscheiden, ob es möglich ist, an den Hochschulen Politik zu treiben, die mehr als Hochschulpolitik ist: Widerstand gegen die Unterordnung des Wissenschafts- und Ausbildungssystems unter Kapitalinteressen, Veränderung der Inhalte der Wissenschaften in Richtung emanzipatorischer Bedürfnisse, Organisation der antikapitalistischen wissenschaftlichen und technischen Intelligenz als Teil einer entstehenden sozialistischen Bewegung. Daß eine solche Politik keine Assistentenpolitik mehr sein kann, ist absehbar: Sie muß von den Studenten, Assistenten und Hochschullehrern getragen werden, die erkennen, daß sie ihre Politik an der Hochschule als Teil einer antikapitalistischen Politik betreiben müssen.

80) M. Thier: Geht die Bundesassistentenkonferenz den Weg des VDS? Stuttgarter Zeitung, Nr. 237, 14. 10. 1969.
81) Beschluß der fünften Vollversammlung der BAK.
82) Es ist ganz illustrativ, die Überschriften einiger Zeitungen zu zitieren: Bundesassistentenkonferenz vor der Machtübernahme durch linksradikale Kräfte (Frankfurter Rundschau, 13. 3. 1970); Starke Unruhe bei den Assistenten (Handelsblatt, 13./14. 3. 1970); Erleidet die BAK das Schicksal des VDS? Bundesassistentenkonferenz zwischen pluralistischem Konzept und linkem Kurs (Kölner Rundschau, 14. 3. 1970) Assistentenkonferenz vor, der Spaltung? (Die Welt, 14. 3. 1970) Hat die Bundesassistentenkonferenz sich selbst überlebt? Nach erreichten Erfolgen vor der Frage: Auflösung oder Radikalisierung (Stuttgarter Zeitung, 16. 3. 1970); Assistenten am Scheideweg (Die Zeit, 20. 3. 1970).

Zur Kritik der Konzertierten Aktion

Von Eike Hennig

Durch die schon unter der Regierung Erhard einsetzende, dann aber insbesondere von Schiller forcierte Überprüfung und Erweiterung des wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentariums der Bundesregierung (man denke z. B. an das „Stabilitätsgesetz", die „mittelfristige Finanzplanung", die „Zielprojektionen" und an die „Konzertierte Aktion") ebenso wie durch die derzeitige Unternehmens-, Einkommens- und Vermögenskonzentration [1]) werden die Gewerkschaften vor die Entscheidung gestellt, ob sie im kapitalistischen System entweder als „Ordnungselement" oder als Ausgangs- und Ansatzpunkt von Gegenmacht und somit als Widerstands- und Kampforganisation auftreten wollen [2]). Der von Anfang an der Gewerkschaftsbewegung innewohnende dialektische Widerspruch zwischen den Intentionen: 1) die Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen etc. zu verbessern und 2) die Arbeiterschaft — sowie darüber hinaus die Gesellschaft — vom Kapitalismus zu befreien, spitzt sich auf diese Weise erneut zu. In diesem Zusammenhang wird auch der Konflikt zwischen bürokratisch-verselbständigten Spitzen und Mitgliedschaft wieder sichtbar, was z. B. die Streiks vom September 1969 offenbarten. Wenn daher von Gewerkschaften geredet wird, ist es wichtig, über den institutionalisierten Formen der Organisation, repräsentiert durch die Spitzenfunktionäre, den Inhalt, die Interessenvertretung und die Aktivität der Mitglieder in den Betrieben nicht zu übersehen. Eine letztlich systemstabilisierende „Ordnungsfunktion" der Gewerkschaften entspricht dabei der Einstellung und Rollenerwartung offensichtlich erheblicher Teile der Gewerkschaftsbürokratie, wohingegen die Konzeption gewerkschaftlicher Gegenmacht davon ausgeht, daß Gewerkschaften nicht mit den Funktionären identisch sein können, sondern daß in erster Linie die in den Betrieben organisierten und handelnden Kollegen selbst die Gewerkschaftsbewegung darstellen.

Vor dem Hintergrund dieses Scheidewegs, an dem die Gewerkschaften wieder einmal angelagt sind, ist die „Konzertierte Aktion" (KA) als ein von den arbeitsteilig zusammenwirkenden Industrie- und Staatsbürokratien an die Gewerkschaftsspitzen herangetragener Lösungsversuch des dialektischen Konflikts zu erkennen. Die folgende Skizze versucht mittels einer Betrachtung der gesamtgesellschaftlichen und institutionalisierten Überhöhung von Paragraph 49 BetrVerfG [3]) im Rahmen der KA die „Ordnungsfunktion" der Gewerkschaften etwas näher zu veranschaulichen. Hierzu werden wesentlich auch Äußerungen industrieller Spitzenverbände, u. a. des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), zur Beurteilung und Einschätzung der gewerkschaftlichen Mitarbeit in der KA herangezogen. Solche Äußerungen spiegeln die Rolle, in die die Gewerkschaften mittels KA hineingezwängt werden sollen, unmißverständlich wider.

---

1) Vgl. D. Grosser (Hrsg.), Konzentration ohne Kontrolle, Köln und Opladen 1969; zur Illustration der Konzentrationstrends vgl. bes. S. 9; als Darstellung des Wandels des wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentariums vgl. J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969.

2) Dazu F. Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969; S. G. Papcke (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand? Frankfurt 1969; E. Teschner, Wandlungen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses in der BRD, unveröffentl. soziol. Dipl.-Arb., Frankfurt 1968; E. Hennig, „Gesellschaftsformierung und Gewerkschaftsstrategie", Neue Politische Literatur (NPL), 14 (1969), S. 175 ff.

3) BetrVerfG v. 11. Okt. 1952, § 49 (2): „Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebs zu gefährden. Insbesondere dürfen Arbeitgeber und Betriebsrat keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander durchführen . . ."

I

Die folgenden Anmerkungen zur „Ordnungsfunktion" der Gewerkschaften sind auf den Hintergrund der Daten der Rezession 1966/67 zu beziehen, da die Institutionalisierung des „gleichzeitigen aufeinander abgestimmten Verhaltens" (H.-H. Rubbert) von Staat, Industrie, Handel und Gewerkschaften im Rahmen der KA von hier ihre Bedeutung erhält. Nicht umsonst ist die Idee einer KA bereits Ende 1965 vom Sachverständigenrat entwickelt worden, als sich die „Konjunkturflaute" ankündigte [4]):

Die Einkommensstruktur (jährliche Steigerungen oder Rückgänge in Prozent) [5])

	1965	1966	1967	1968
Gewinn und Vermögenseinkünfte insgesamt				
brutto	5,0	1,4	—3,7	11,8
netto	6,1	4,0	—0,5	12,5
Löhne und Gehälter pro Arbeitnehmer				
brutto	9,0	7,2	3,0	3,6
netto	9,8	5,9	2,3	2,8
Kaufkraft	6,2	2,3	0,9	0,3

Die Verteilung des Volkseinkommens [6])

	1966		1967		1968	
	(1) *)	(2) **)	(1)	(2)	(1)	(2)
Volkseinkommen	364,5	+5,5	361,8	—0,8	400,3	+10,6
Bruttoeinkommen:						
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	121,5	+1,6	118,2	—2,7	135,6	+14,2
aus unselbst. Arbeit	243,0	+7,6	243,5	+0,2	260,7	+ 7,1
Anteil der Unselbst. an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen	80,8 %		80,6 %		81,0 %	

*) in Mrd. DM.
**) Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent.

Bei der Betrachtung der „wilden" Streiks vom September 1969 muß wesentlich auch — zusätzlich zu den einzelnen innerbetrieblichen Lohndifferenzen — der generelle Lohn-Rückstand im Auge behalten werden:

Der Lohn-Rückstand (Anstieg in Prozent gegenüber dem Vorjahr) [7])

	1967	1968	1969 (Schätzung)
Wirtschaftswachstum (nom. BSP)	0,9	9,5	12
Netto-Löhne und -Gehälter	—0,4	5,3	9

Erwähnt werden muß noch, daß es im Februar 1967 rund 700 000 Erwerbslose gegeben hat. Dazu kommen noch rund 300 000 Gastarbeiter, die ihre Arbeitsplätze aufgaben bzw. aufgeben mußten, sowie rund 290 000 einheimische Arbeits-

4) Dazu E. Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren aus der Rezession 1966/67, Frankfurt 1969; Huffschmid, a.a.O., S. 11 ff., 36 ff., bes. S. 161 ff.; neuere ökonomische Daten finden sich im Jahreswirtschaftsbericht 1970 (vgl. FR, Nr. 300, 29. 12. 1969, S. 11, u. Nr. 24, 29. 1. 1970, S. 6; Wirtschaft und Statistik, 1970/H. 2, bes. S. 69). Die letzte Zielprojektion des DGB für die Jahre 1970—74 wird vorgestellt in: FR, Nr. 263, 12. 11. 1969, S. 5; danach soll das Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit von 1970—74 um 12,5 — 9,7 — 9,1 — 9,5 — 8,1 Prozent anwachsen; die BDA sah aber zu der Zeit für 1970 z. B. einen „Lohnspielraum" von nur 3 Prozent vor (FR, Nr. 259, 7. 11. 1969, S. 1, 4), und Schiller hatte schon früher die Lohnerwartungen gedämpft (FR, Nr. 240, 16. 10. 1969, S. 1). Die Reaktion der BDA auf die DGB-Zielprojektion fällt denn auch entsprechend aus (FR, Nr. 265, 14. 11. 1969, S. 4); Fritz Berg, BDI, ahnt wieder Böses und sorgt sich um die Unternehmenserträge (FR, Nr. 289, 13. 12. 1969, S. 4; vgl. mit dem selben Zungenschlag schon: Die Zeit, 1967/17, S. 35).
5) Geschäftsbericht 1965 bis 1967 des Vorstandes der IG Metall, Frankfurt 1968, S. 48; 1968: laut Zielprojektion der Bundesregierung.
6) Wirtschaft und Statistik, 1968/1, S. 7; Jahreswirtschaftsbericht 1969, S. 66; Huffschmid, a.a.O., S. 14.
7) Gegenwartskunde, 18 (1969), S. 447.

kräfte, die z. B. wegen ihres Alters in der Rezession vorzeitig aus dem Erwerbsprozeß ausschieden, ohne offiziell als arbeitslos registriert zu werden. Insgesamt waren so 1967 und im ersten Halbjahr 1968 mehr als eine Million Arbeitsplätze weniger besetzt als im Sommer 1966 (wobei das Maximum an Arbeitslosen fast dreieinhalbmal so hoch liegt wie der Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965) [8]). Diese „Reproduktion der industriellen Reservearmee" (dies die Interpretation von Ernest Mandel) ist in die Betrachtung der Einkommensentwicklung einzubeziehen. Eine derartige Betrachtung sei hier dem DGB-Geschäftsbericht 1965 bis 1968 entnommen, gerade weil sich dadurch die „Ordnungsfunktion" der Gewerkschaften um so plastischer darstellen läßt:

„Die Verdreifachung der Arbeitslosigkeit im Rezessionsjahr 1967 und die bis ins Frühjahr 1968 anhaltende schlechte Beschäftigungslage hatten neben den sozialen Folgen auch einkommenspolitische Konsequenzen. Die Zunahme der Bruttoeinkommen war im Jahr 1967 geringer als die erhöhte Belastung aus Steuern und Sozialabgaben, so daß die Nettolohnsumme nach den vorausgegangenen jährlichen Zuwachsraten um 10 Prozent erstmals um rund 0,5 Prozent zurückging. Angesichts der noch anhaltenden Preiserhöhungen ergab sich damit für das Rezessionsjahr eine Senkung der realen Kaufkraft der Arbeitnehmer auch bei Berücksichtigung der erhöhten Arbeitslosenunterstützung um etwa 1,5 Prozent. Dieser Rückschlag konnte auch durch den bis 1968 erfolgten Konjunkturaufschwung nicht ausgeglichen werden. Die noch unter dem Eindruck der Rezession und der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit vereinbarten Lohnerhöhungen brachten trotz neuer außertariflicher Lohnzulagen für 1968 erst eine Erhöhung der durchschnittlich verfügbaren Netto-Arbeitnehmereinkommen um 4,5 Prozent. Gleichzeitig erhöhten sich die verfügbaren Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen pro Kopf aller Selbständigen um etwa 20 Prozent. Auch unter Berücksichtigung der stärkeren Lohnerhöhungen in den Jahren 1964 und 1965 ergab sich auf Grund dieser Entwicklung, von 1962 bis 1968 gerechnet, ein erneuter Rückstand der Arbeitnehmereinkommen. Während sich die Nettolöhne und -gehälter im Durchschnitt aller Arbeitnehmer in dieser Zeit um 42,6 Prozent erhöhten, stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Durchschnitt aller Selbständigen zur gleichen Zeit um 64,8 Prozent an ..." [9]).

II

Die KA ist sowohl von der neuen Bundesregierung als auch vom DGB und den Unternehmerverbänden wieder aufgenommen worden; insbesondere letztere konnten das ruhigen Gewissens tun, denn wie z. B. das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Ulrich feststellt, kann es sich die neue Regierung nur leisten, in einem bestimmten Umfang — nicht aber grundsätzlich — gegen „die großen Kapitalisten in der Bundesrepublik" vorzugehen (Frankfurter Rundschau, Nr. 246, 23. Oktober 1969, S. 20). Während so die Preiserhöhungen des Jahreswechsels 1969/70 schon vor der „Lohnunruhe" im Anschluß an die „wilden" Streiks geplant waren (Frankfurter Rundschau, Nr. 218, 20. September 1969, S. 1/2), schloß sich Schiller der Unternehmermeinung an und warnte vor Lohnforderungen [10]). In einer für die Unternehmer günstigen Atmosphäre fand so, nach achtmonatiger Pause, am 24. November 1969 die erste KA der Regierung Brandt/Scheel statt. In der Presseerklärung vom 25. November verkündete Schiller,

8) Mandel, a.a.O., S. 22 ff.; Geschäftsbericht der IG Bau-Steine-Erden für die BRD 66/68, Frankfurt 1969, S. 15/16.
9) Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB, 2. Halbjahr 1965 bis 1968, Düsseldorf o. J., 242/243.
10) Vgl. Anm. 4 sowie FR, Nr. 240, 16. 10. 1969, S. 1, 5; FR, Nr. 264, 13. 11. 1969, S. 4; FR, Nr. 259, 7. 11. 1969, S. 1, 4; FR, Nr. 268, 10. 12. 1969, S. 1; FR, Nr. 287, 11. 12. 1969, S. 1.

gegenwärtig sei das Ziel, nicht zuletzt mit Blickpunkt auf die Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte, die Erreichung einer Stabilisierung ohne Stagnation („Preisstabilität ohne Konjunkturstagnation"). Dabei scheint es jedoch so, als komme dem Unternehmerstandpunkt, höchstens 5,5 Prozent Lohnerhöhungen zuzugestehen (bei einer veranschlagten Steigerung des Preisniveaus um rund 3 Prozent), größeres Gewicht zu. Auch die neue KA fungiert daher von vornherein mehr als „konzertierte Gewinnpolitik" [11]), in die als Ordnungselement die Gewerkschaften zur makrodezisionistischen Planung der Einkommenspolitik eingespannt sind [12]).

Denn der bestimmte Umfang, in dem die Regierung gegen die Interessen des Großkapitals vorgehen kann, ergibt sich aus den von der Regierung verwalteten Bedürfnissen des Gesamtkapitals [13]), aus den Interessen der Wachstumsindustrie insbesondere. Technokratische „Reformen" und kapitalistische „Futurologie" gewinnen dabei für die Generalstrategie einer Krisenvermeidung rasch zunehmende Bedeutung. So heben denn Industriekreise auch hervor: „Die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik ... gewisse technokratische Züge angenommen hat, braucht an sich kein Gegenstand von Befürchtungen zu sein. Die Wirtschaftspolitik hat dabei sowohl an Exaktheit, Nachprüfbarkeit wie an Arbeitsenergie gewonnen" [14]). Für sich erwächst allerdings das Problem [15]), daß den technokratischen Zielprojektionen „normative Verbindlichkeiten" zugesprochen werden. Das könnte u. U. auch den Unternehmern gelten, deren „individuelle Verantwortlichkeit" tangieren; aber: „Der Unternehmer darf keinesfalls in die Rolle eines Wirtschaftsfunktionärs hineingleiten, der primär auf das Handeln des Staates wartet."

In das derart ausgerichtete technokratische Strukturmodell fügt sich die KA ein, die den institutionalisierten Ausdruck gewerkschaftlicher „Ordnungsfunktion" bildet. Für die Mitarbeit der Unternehmer gilt nämlich, daß a priori „die Grenzen der Koordination" gesehen werden müssen: „So ist eine gewisse Spannung zwischen der global steuernden Wirtschaftspolitik des Staates und dem individuellen, eigenständigen Verhalten der Unternehmer keine überflüssige Disharmonie, die weggezaubert werden müßte" [16]). Es wird sich zeigen, daß die materielle Basis dieser Sapnnung im Nichteinbeziehen der Profitrate in die Daten der KA wurzelt und sich in divergierenden Äußerungen über die Notwendigkeit einer Preiskontrolle spiegelt. Demgegenüber hielt aber der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) 1966 eine „Politik der Lohnstabilität ... ohne Zweifel (für ein) zwingendes Erfordernis", die Idee der Lohnleitlinien im Rahmen der KA wurde daher begrüßt [17]). Noch deutlicher äußert sich hierzu der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), der ebenfalls an der KA teilnimmt:

„Ziel der ‚Konzertierten Aktion' ist schließlich auch die ‚lohnpolitische Absicherung' der vom Sachverständigenrat empfohlenen Politik der ‚kontrollierten Expansion' durch ein freiwilliges, aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken

---

11) Vgl. Huffschmid, a.a.O., S. 161 ff.; Mandel, a.a.O., S. 28 ff.
12) Dazu Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968, S. 312 ff.; Mandel, a.a.O., S. 28 ff.; eine extreme Forderung an eine Einkommenspolitik vertritt O. A. Friedrich, BDA und Flick-Konzern, wenn er sich ein Zwangssparen vorstellt, dergestalt, daß die Arbeiter zu Kreditgebern ihres Arbeitgebers werden (FR, Nr. 289, 13. 12. 1969, S. 1); dies entspricht der auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969 festgelegten Strategie; vgl.: links, Juli/Aug. 1969, S. 10/11.
13) Dazu J. Hirsch, „Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften", in dieser Zeitschrift, 2/1969, S. 150 ff.; C. Offe, in: Politikwissenschaft, Frankfurt 1969; J. Habermas, Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie', Frankfurt 1968, bes. S. 73 ff.; ders., „Bedingungen für eine Revolutionierung spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", Praxis, 1969/1—2, S. 212 ff.; Th. W. Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Stuttgart 1969, S. 67 ff.
14) Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT), Bericht 1967, S. 14.
15) Ebenda, S. 17/18.
16) Ebenda, S. 17, vgl. auch S. 12/13.
17) DIHT, Bericht 1966, S. 17.

der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen des Staates und der Tarifpartner. Diese lohn- und tarifpolitische Zielsetzung ist ... im Grundsatz zu begrüßen, denn nur durch die Koordinierung aller Ansprüche an das Sozialprodukt kann ‚Stabilisierung und Wachstum' nachhaltig gesichert werden ... Insbesondere muß eine loyale Haltung der Einzelgewerkschaften sowie die Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten bei Tarifverhandlungen sichergestellt sein." [18])

Damit ist die gewünschte „Ordnungsfunktion" der Gewerkschaften präzis umschrieben. Sie realisiert sich u. a. in einer am (kapitalistisch erwirtschafteten) Produktivitätszuwachs orientierten Lohnpolitik (mit langfristigen Tarifverträgen), die die Logik der Kapitalverwertung als „Sachzwang" verabsolutiert und naturwüchsig undiskutiert beläßt. Die Autonomie der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen beschränkt sich dabei darauf, den aufgezeigten Spielraum in Verhandlungen auszufüllen („Allerdings darf in diesem Zusammenhang der Komplex der Sozialleistungen und Lohnnebenkosten nicht unberücksichtigt bleiben") [19]). Bestenfalls kann eine derartige Lohn- und Tarifpolitik [20]) den Status quo der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Reichtümer konservieren [20a]), auf keinen Fall aber wirkt sie in Richtung auf einen „revolutionären Reformismus" langfristiger Systemtransformation [21]). Vor allem aber begibt sie sich auch der Möglichkeit, über die Heranbildung eines zunächst ökonomisch-lohnpolitisch intendierten Interessenbewußtseins die sozioökonomischen Strukturen der Gegenwart zu verdeutlichen, um so in Richtung auf die Bildung eines dann politischen Klassenbewußtseins voranzuschreiten. Damit bleiben jedoch die objektiven Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Veränderungen im Sinne der Lohnabhängigen unausgeschöpft. Allein das ermöglicht aber die Delegation aller politischen Fragen an eine notwendigerweise verselbständigte, „repräsentative" Staatlichkeit, die für die „Daseinsvorsorge" zuständig wird. „Daseinsvorsorge" und antizyklische Krisenvermeidungspolitik müssen dabei jedoch die „Bedeutung der unternehmerischen Freiheit für Wirtschaft und Gesellschaft" anerkennen. Dazu der BDI:

„Bewegungsfreiheit und Initiative sind die unabdingbaren Voraussetzungen eigenständiger und erfolgreicher Privatwirtschaft. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß deshalb auch in Zukunft ihre Aufgabe darin sehen, den Ordnungsrahmen für die Wirtschaft soweit abzustecken, daß genügend Spielraum für die freie Initiative bleibt. Die Freiheit kann in der Wirtschaft nicht eingeschränkt werden, ohne daß sich daraus auch Einbußen in der Freiheit der Gesellschaft ergeben. Denn genauso, wie nur eine freie Gesellschaft eine freiheitliche Wirtschafts-

18) ZDH, Handwerk 1967, S. 36/37.
19) Ebenda, S. 37; bes. zu dem zuletzt angeschnittenen Punkt vgl. W. Schreiber, „Bruttolohn und Lohn-Nebenkosten", Gesellschaftspolitische Kommentare, 16 (1969), S. 277 ff.
20) Zu diesem Komplex vgl. u. a.: R. Funck, „Möglichkeiten einer verteilungsaktiven Lohnpolitik", JB f. Sozialwiss., 14 (1963), S. 579 ff.; U. Pagenstecher, „Einflüsse der Tariflohnpolitik auf das Preisniveau", Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss. (ZGS), 120 (1964), S. 713 ff.; H. Kullmer, Produktivität, Lohn und Inflation. Vorfragen und Probleme der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, Meisenheim 1965; B. Külp, Lohnbildung und Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Berlin 1965; R. Hofmann, „Produktivität als Fetisch", Frankfurter Hefte, 21 (1966), S. 765 ff.; J. Lübbert, „Lohnpolitik ohne Lohntheorie", Hamburger JB, 12 (1967), S. 70 ff.; M. Teschner, „Wachstumsteuerung durch konzertierte Aktion", Konjunkturpolitik, 1967, S. 58 ff.; J. Schlegel, „Maßstäbe gewerkschaftlicher Lohnpolitik", Schmollers JB, 87 (1967), S. 155 ff.; H. Lampert, „Die Entwicklung der industriellen Lohnstruktur in der Bundesrepublik von 1951 bis 1962", ZGS, 124 (1968), S. 108 ff.; Th. Prager, „Der Lohnkampf als Triebfeder der gesellschaftlichen Dynamik", FS f. O. Brenner, Frankfurt 1967, S. 211 ff.; R. Skiba, WWI-Mitteilungen, 1969, S. 192 ff., 301 ff., und: Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, Köln 1969; D. Grosser, „Die Lohnpolitik der Gewerkschaften", in ders. (Hrsg.), a.a.O., S. 241 ff.
20a) Vor dem Wirtschaftsbeirat der bayrischen SPD bemerkte Bundesbankpräsident Blessing, inflationäre Entwicklungen seien in der BRD nie primär von Lohnforderungen der Gewerkschaften ausgegangen (FR, Nr. 278, 1. 12. 1969, S. 10).
21) Dazu L. Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt 1969, bes. S. 7 ff., 34 ff.; A. Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt 1967; ders., Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1968.

ordnung hervorbringen kann, sichert umgekehrt die Freiheit in der Wirtschaft auch die Freiheit in der Gesellschaft" [22]).

Selbst die Konservierung des verteilungspolitischen Status quo wird in diesem Rahmen nur unvollkommen geleistet, da die „verteilende Gerechtigkeit" der KA einschließt, daß während der Rezession die Bindung von Löhnen und Gehältern an die Produktivität aufgegeben wird. Dadurch, daß die Löhne mindestens stagnieren und durch langfristige Tarifverträge eingefroren werden, soll in einer solchen Situation die Produktivität angekurbelt werden. Investitionen erscheinen dann ja gewinnversprechend genug. Die „nur ... konjunkturpolitische Zielsetzung" [23]) der KA erhält von daher ihren Stellenwert, indem die Prinzipien der Kapitalverwertung und -rechnung sowie der „individuellen Herrschaft" bestehen bleiben. In solchem Zusammenhang steht die gewerkschaftliche „Ordnungsfunktion"; denn: „Man kann von der ‚Ordnungsfunktion' der Gewerkschaften in dem einfachen Sinne sprechen, daß damit ein positives Verhältnis zwischen den sozialen Koalitionen und dem Staat gemeint ist ... Der Staat ist an dem Bestehen solcher Verbände interessiert und empfiehlt ihre Tätigkeit als einen nützlichen und unentbehrlichen Beitrag zur natürlichen (!) Ordnung des gesellschaftlichen Lebens, die dem Glauben an die konstruktive Kraft der Freiheit entspricht" (E. Benda) [24]). Derartige Verbände sind nur noch systemimmanent; sie erfüllen „für ihre jeweilige Gruppe wie für die *funktionsfähige* (!) Demokratie die Aufgabe der Repräsentation, der bedingten Ordnungsfunktion ... und der Signalfunktion gegen Ungerechtfertigkeit und Mißstände. Sie sind eine erwünschte Informationsquelle für gesetzgeberische und verwaltungsmäßige Maßnahmen. Also (!) gehören sie in den institutionellen Aufriß der modernen Demokratie" [25]), in der Freiheit gleichgesetzt wird mit unternehmerischer Freiheit.

III

Das Aufgehen in einer derartigen „Ordnungsfunktion" macht die Verwirklichung gewerkschaftlicher Gegenmacht „an der Spitze und Basis" (R. Hoffmann) unmöglich. Sie fügt sich bruchlos ein in die Herrschaftsfunktion spätkapitalistischer, die Kapitalverwertung technokratisch stabilisierender Staatlichkeit. (Der allein wortradikale Widerstand von Teilen der Gewerkschaftsbewegung gegen die Notstands-Gesetze widerspiegelt die Stärke der „Ordnungsfunktions"-Strömung und der Illusionen über den Charakter der Staatsmacht.)

1) Ökonomische Stabilität, 2) der Komplex außenpolitischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen sowie 3) die Herstellung und Gewährleistung von Massenloyalität sind — nach Claus Offe — ebenso Charakteristika staatlicher wie auch, besonders was die Punkte 1) und 3) anbelangt, gewerkschaftlicher Krisenvermeidungspolitik. Dahinter steht als Konzeption die postfaschistische Erkenntnis:

„Der Verwaltungsstaat der modernen Massen-Daseinsvorsorge darf es ... nicht zum Ausbruch eines ... offenen Ausnahmezustandes kommen lassen. Er

22) BDI-Jahresbericht 1966/67, BDI-Drucksache 81, S. 29; vgl. auch BDI-Jahresbericht 1967/68, BDI-Drucksache 83, S. 10: „In der krisenhaften Rückbildung unserer wirtschaftlichen Entwicklung war besonders deutlich geworden, wie eng innere Solidarität und die politische Stellung unseres Landes von einer Industrie abhängig sind, die in einer gesunden Konjunkturentwicklung ihre Leistungskraft voll entfalten kann." — Dazu Hirsch, a.a.O.; zur Kooperation: Industrie — Staat auf dem Gebiet der Notstandsgesetze und „inneren Verteidigung"; vgl. die in dieser Zeitschrift veröffentl. Aufs. v. K. Kullmann; zur Kooperation auf dem rüstungsökonomischen Sektor vgl. F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1969; G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin 1966; K. P. Tudyka, „Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen", Atomzeitalter, 1968/6—7, S. 339 ff.; ders., „Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen", in E.-O. Czempiel (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität, Köln u. Opladen 1969, S. 205 ff.

23) Jahresbericht der BDA, 1. Dezember 1967 — 30. November 1968, S. 13, s. auch S. 57/58.

24) Vgl. die Rez. v. E. Benda, Industrielle Herrschaft und sozialer Staat, Göttingen 1966, in: NPL, 13 (1968), S. 207 ff. sowie E. Hennig, a.a.O.

25) So G. Briefs in ders. (Hrsg.), Laissez-faire-Pluralismus, Berlin 1966, S. 274.

darf die Krise, die tödlich werden könnte, nicht abwarten, um sie dann repressiv zu unterdrücken, sondern er muß sie rechtzeitig im voraus verhindern" [26]).

Diese „Vorwärtsverteidigung" z. B. durch Sozialausgaben und antizyklische Haushaltspolitik („Welfare" und „Warfare"-Staatlichkeit) hat aber strikt kapitalistisch zu erfolgen. So warnt der BDI nämlich: „Die starke Betonung gesellschaftlicher Reformziele ruft bei den Unternehmern ... Zweifel hervor, ob hier nicht ein Prozeß eingeleitet wird, der zu verstärkter Einengung des unternehmerischen Dispositionsspielsraums führen muß. Im übrigen darf die Beurteilung der außerparlamentarischen Opposition nicht darüber hinwegsehen, daß auch durch diese Erscheinung die solide Basis unseres Gemeinwesens erschüttert worden ist. Es sollte Aufgabe aller die Verantwortung tragenden Kräfte sein, den weiteren Autoritätsverlust des Staates zu beseitigen. Denn der hier sichtbar gewordene Unsicherheitsfaktor in unserem öffentlichen Leben muß auf die Dauer auch den Wirtschaftsablauf ungünstig beeinflussen" [27]).

Daran, daß der klassische Ausnahmezustand (wie: Revolution im Sinne von Barrikadenkampf und Bürgerkrieg, Generalstreik etc.) tatsächlich überholt scheint, wirkt ja auch das Verhalten der Gewerkschaftsführungen mit (bezeichnenderweise kamen die „wilden" Streiks vom September 1969 ohne Initiative bzw. sogar gegen die Intentionen der Gewerkschaftsspitzen zustande, wohingegen sie aber durchaus von den betrieblich aktiven Gewerkschaften, den Vertrauensleuten insbesondere, mitgetragen und organisiert worden sind). Als „Ordnungselement" stellen die Gewerkschaften somit einen, von der Mitgliederschaft zwar immer wieder in Frage gestellten, Transmissionsriemen kapitalistischer Manipulation „von oben nach unten" dar. Sie stützen ferner das technokratische System, wenn sie die Lohnabhängigen nicht politisieren, sondern weiterhin an reine Konsumorientierung und staatliche „Daseinsvorsorge" binden. Allerdings vermögen sie diese Dienstleistung am kapitalistischen System nie so total zu erbringen, daß sie die andersgerichteten Interessen der Mitglieder gänzlich aufzuheben vermöchten. Für das Kapital bleiben sie so immer „unsichere Kandidaten". Die BDA kommt daher den Gewerkschaftsspitzen zu Hilfe. In einer „konstruktiven Kritik" betont sie die Notwendigkeit, die „Ordnungsfunktion" bis hin zu den Mitgliedern durchzusetzen.

„(Es ist) mit Sorge zu notieren, daß die Gewerkschaften, die mit den Arbeitgeberverbänden im Rahmen der Sozial- und Tarifautonomie Ordnungsfaktoren der Gesellschaft sind, bisher keine langfristig angelegten, gesellschaftspolitisch ordnungskonformen Konzeptionen mit dem Ziel einer besseren Integration des einzelnen vorweisen ..." [28])

Stabilisierend aber wirken die Gewerkschaften schon dadurch, daß sie soziale Probleme in Lohnprobleme bzw. Probleme staatlicher Auftragsvergabe und Zuteilung, Umverteilung umwandeln. Die Lohnprobleme werden dabei ohne Beteiligung der direkt betroffenen Lohnabhängigen gelöst. Die Lohnforderungen richten sich am Stand der Produktivität (d. h. an der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur) aus [29]), wobei jedoch noch nicht einmal die Diskrepanz zwischen Tariflöhnen und übertariflichen Effektivlöhnen beseitigt wird. Selbst die von Gewerkschaften propagierte „Lohnerhöhung zur Stärkung der Massenkaufkraft und damit zur Konjunkturbelebung" [30]) wird an das reale Wirtschaftswachstum

[26]) C. Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, Berlin 1958, S. 261; vgl. auch A. Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied u. Berlin 1963, S. 271.
[27]) BDI-Jahresbericht 1967/68, a.a.O., S. 110 f.; BDI-Jahresbericht 1967/68, a.a.O., S. 125 ff.
[28]) Jahresbericht der BDA, 1968, a.a.O., S. 10.
[29]) Vgl. ebenda, S. 13 ff., 52 ff., 56 ff.; BDI-Jahresbericht 1966/67, a.a.O., S. 110 f.; BDI-Jahresbericht 1967/68, a.a.O., S. 125 ff.
[30]) BDI-Jahresbericht 1967/68, a.a.O., S. 125/126; dagegen Th. Prager, „Der Lohnkampf ..." a.a.O.

gebunden. Der Protagonist derartiger Gewerkschaftspolitik Georg Leber führt dazu aus, daß „die Zeiten des Klassenkampfes ... doch vorbei sein (müssen!). Unsere freiheitliche Ordnung können wir nur verteidigen, wenn ... die Arbeitnehmer und die Unternehmer ... gemeinsam und in gegenseitiger Achtung ihre Angelegenheit ordnen" [31]). In der KA hat diese „in gegenseitiger Achtung" vollzogene Regelung der Makrobeziehungen der gesellschaftlichen Tauschverhältnisse ihre institutionelle Form gefunden.

IV

Die KA stellt dabei „nicht nur eine Art von konjunkturpolitischer Feuerwehr" dar: Nach Ansicht der BDA z. B. sollten die damit gegebenen Voraussetzungen „für einen organisierten Informationsaustausch und eine ständige Koordinierung der Verhaltensweisen auf der Grundlage gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse" vielmehr permanent genutzt werden. Erleichtert doch die KA die „Entscheidungsfindung" und grenzt sie doch „Konflikträume" ein, schon allein insofern, als sie konjunktur- und lohnpolitische Probleme von gesellschaftspolitischen in positivistisch-puristischer Art und Weise trennt [32]). Derart versucht die KA mit einer Strategie wohldosierter Informationen und Hinweise auf „Sachzwänge" dem Aufbrechen der objektiven Widersprüche des Systems zu steuern, insbesondere aber deren Kumulation zu verhindern. Eine „Einkommenspolitik der leichten Hand" (im Gegensatz etwa zu Großbritannien) kann nur mit Hilfe der KA und damit nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen „Ordnungsfunktion" die Selbstregulierung der Mikrobeziehungen sowie der Globalsteuerung der Makrobeziehungen (wozu auch die Lohnquote zählt) realisieren.

Die Informationen setzen dabei alle die gegebene wirtschaftliche Struktur als fixes Datum voraus. Sie stellen so immer nur eine Rationalisierung des bestehenden ökonomischen Prozesses her, wobei die Gewerkschaften aus dem System immer nur das an Lohn und Sozialleistungen herausholen, was dieses aus gesamtkapitalistischen, an der Realisierung des Mehrwerts ausgerichteten Interessen sowieso geben müßte. Dabei bleibt aber dennoch ein Lohnabstand bestehen (vgl. Volkswirt, 1969, H. 1, S. 13) — als Disziplinierungsmarge des Kapitals. Gewerkschaften besitzen unter solchen Bedingungen nur noch eine Appellationsfunktion. Die KA regelt dabei die Form dieses Mahnens, indem sie sich per Kommunikation und Information als „gesellschaftlicher Integrationsprozeß" (K. Schiller) zwischen Unternehmer, Gewerkschaften und Staat einschaltet: „Die Tarifautonomie wird nicht durch obrigkeitlichen Zwang beschränkt, aber die Beteiligten müssen sich doch mit den dargelegten und gemeinsam diskutierten ‚Sachzwängen' auseinandersetzen. Das bedeutet, daß bei den konkreten lohnpolitischen Auseinandersetzungen niemand mehr so handeln kann, als ob es den Dialog in der Konzertierten Aktion nicht gebe" [33]).

Wie aber sieht nun eine Dynamik aus, die dadurch zustandekommt, daß die Gewerkschaften nicht mehr als „Selbsthilfe- und Widerstandsorganisation" auftreten, sondern als partizipierender „Ordnungsfaktor" eines Systems, das ohne diesen Faktor einer für seinen Bestand leicht gefährlichen Häufung von Konflikten ausgesetzt wäre?

Die juristische Antwort darauf lautet: Die „Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges, aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbände" dienen dem

31) Der Spiegel, 1963/13, S. 41; dazu F. Deppe u. a., a.a.O., S. 222 ff.; M. Geist, Die Entwicklung der IG Bau-Steine-Erden, unveröffentl. sozial. Dipl.-Arb., Frankfurt 1965.
32) Jahresbericht der BDA, 1968, a.a.O., S. 13, s. auch S. 56 ff.
33) O. Schlecht, Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1968, S. 19.

„gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht", indem sie „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen" („Stabilitätsgesetz", 1967, Paragraph 1). Faktisch impliziert dieses „Gleichgewicht" die Hinnahme der Unternehmerinteressen, d. h.: Investitionen muß Rentabilität garantiert bzw. geschaffen werden, ohne sie selbst aber zu kontrollieren. In der Rezession ermunterte Schiller so die Unternehmer, nachdem er die staatlichen Vorleistungen für einen Wirtschaftsaufschwung vorgestellt hatte: „Bitte . . ., greifen Sie zu!" Und die Gewerkschaften machten die Unternehmer geneigt durch Verzicht auf Lohnforderungen sowie Selbstfesselung durch langfristige Tarifverträge. Der BDI konstatierte dazu, daß sich in der Rezession ein „Vertrauensverhältnis" zwischen Regierung und Unternehmern herausgebildet habe. Erschüttert würde dies durch eine Realisierung „sozialer Symmetrie" [34]); demgegenüber aber wurde positiv herausgestellt:

„Die Industrie hat es beifällig vermerkt, daß Regierung und Sachverständige die Ankurbelung privater Investitionen als Hebel zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit ansahen und auch den großen volkswirtschaftlichen Nutzen des Unternehmereinkommens und sogar des Gewinns anerkannten" [35]).

Die von den Unternehmern gesetzten Grenzen des konjunkturpolitisch-antizyklischen Instrumentariums sowie der KA werden so respektiert; denn: „Wenn nämlich auch die Erträge der Unternehmen in die Konzertierung einbezogen würden, so wäre damit bereits ein großer Schritt in Richtung der Einengung der Investitionsfreiheit der Unternehmer getan" [36]). Die Löhne aber, die werden in die KA einbezogen.

V

Im Gegensatz zur „Ordnungsfunktion" stellt sich damit die grundsätzliche Frage nach der politischen Autonomie der Arbeiterorganisationen. Lelio Basso führt dazu, ähnlich wie André Gorz, aus: „Die Beteiligung der Arbeiterparteien an den kapitalistischen Institutionen hat im allgemeinen nur dann einen Sinn, wenn sie es ermöglicht, eine autonome politische Aktivität zu entfalten, die die Klassenforderung adäquat zum Ausdruck bringt und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vorantreibt" [37]). Das trifft nach A. Gorz gerade für die Gewerkschaften zu, die erkennen müssen, daß die KA eine Institution ist, die diesem Autonomiestreben zuwiderläuft. Eine autonome Aktivität äußert sich beispielsweise in der Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik, ansatzweise auch in der nach betrieblicher Mitbestimmung. Beides würde zwangsläufig den Belegschaften Konfliktsituationen bewußt machen, was dann wiederum die Möglichkeit eröffnen würde, ihnen auch ihre politischen Interessen zu vergegenwärtigen. Auf der Basis derartiger Offenlegung der Interessen des „Faktors Arbeit" ließen sich dann jene „revolutionären Reformen", von denen Gorz und Basso reden, ansteuern. Ansetzend bei einem ökonomischen Interesse der Arbeiter, ließe sich ein politisches Bewußtsein entwickeln.

Das aber setzt voraus, daß die „Ordnungsfunktion" aufgegeben wird. Autonomie muß wieder einen anderen Inhalt gewinnen als die verhandlungsmäßige —

---

34) BDI-Jahresbericht 1967/68, a.a.O., S. 13.
35) Ebenda, S. 11.
36) Ebenda, S. 25; vgl. dazu Huffschmid, a.a.O., S. 164.
37) Basso, a.a.O., S. 35.

durch isolierte Gewerkschaftsbürokratien [38]) nach Art geheimer Kabinettspolitik vollzogene — Ausfüllung des Spielraumes von Daten im Kontext produktivitätsorientierter Lohnpolitik. Autonomie der Gewerkschaften würde sich realisieren als Kritik der Logik der Kapitalrechnung; die Gewerkschaften würden erst so wieder auf die Höhe jener dialektisch strukturierten Organisation gelangen, als die sie historisch entstanden sind [39]), seit mehr als 70 Jahren aber nicht mehr agieren.

Diese Dialektik bezeichnet die Spannungen zwischen systemimmanenter Lohn- und Sozialpolitik sowie systemtranszendenter Befreiung vom Lohnsystem an sich. In den geltenden Gewerkschaftssatzungen beispielsweise wird diese Dialektik jedoch, wenn überhaupt, nur höchst verschwommen zur Kenntnis genommen. Wie es in der hier stellvertretend herangezogenen Satzung der IGM heißt (Paragraph 2), haben die Gewerkschaften die „Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern." Nach Meinung der Gewerkschaftsspitzen ist dies im Rahmen der bestehenden Ordnung vollinhaltlich möglich, dagegen kann aber die Interpretation des Begriffs „Interesse der Mitglieder" beispielsweise auf die Aufhebung von Fremdbestimmung hinweisen und somit auch die Gegenmacht-Konzeption durch die Satzung abstützen. Die Förderung des kulturellen Interesses der Gewerkschaftsmitglieder bedingt sogar, wird sie konsequent betrieben [40]), die Beseitigung der Klassengesellschaft. Ähnlich kann auch die offiziell sicher noch eindeutiger auf die Fixierung der gewerkschaftlichen „Ordnungsfunktion" abgestellte Präambel des DGB-Grundsatzprogramms (Düsseldorfer Programm, 1953) genutzt werden. Diese Präambel zeigt zwar auf, daß ihre Verfasser der Ansicht sind, die von den Gewerkschaften früher einmal, im „Obrigkeitsstaat", „zu Beginn der Industrialisierung", vertretene Systemtranszendenz sei gegenstandslos geworden. Der Anspruch, „eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen (also auch den Unternehmern? E. H.) die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht", ist so in die Gestaltung der sozioökonomischen Verhältnisse bereits eingebracht. (Krönung könnte also nur noch die Mitbestimmung sein.) Daher haben die Gewerkschaften der Präambel zufolge lediglich die Aufgabe, „am Ausbau des sozialen Rechtsstaats und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken": „Damit werden die Gewerkschaften zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie ..." — so die Präambel des DGB-Grundsatzprogramms, das derart die KA ideologisch wie auch wirtschaftspolitisch vorbereiten geholfen hat [41]). Denn die offizielle Betonung liegt auf der Hervorhebung der Integration. Innergewerkschaftliche Kritik kann demgegenüber aber auf dem Ausbau des sozialen Rechtsstaats im Bereich der Arbeits- und Güterordnung [42]), der freien Entfaltung der Persönlichkeit der Lohnabhängigen und der Ausbreitung von Demokratie im Sinne der Beseitigung von Privilegien und Fremdbestimmung bestehen. Auch das DGB-Grundsatzprogramm spiegelt damit noch die Dialektik der Gewerkschaftsbewegung wider: auch hier finden sich Ansatzpunkte der Gegenmachtkonzeption und einer Strategie „revolutionärer Reformen".

---

38) Zur Diskrepanz von Gewerkschaftsbürokratien und -mitgliedern vgl. z. B. R. Deppe, „Unter dem Eindruck der Streiks. Zur Vertrauens- und Betriebsrätekonferenz der IG Metall", Express International, Jg. 7, Nr. 87, 12. 12. 1969, S. 6; ders., „Lehren aus den September-Streiks", links, Dez. 1969, S. 5 ff.; ders. u. a., a.a.O., bes. S. 188 ff.

39) K. Marx, Lohn, Preis, Profit, 1865 — abgedr. in I. Fetscher, Marx-Engels Studienausgabe II, Frankfurt 1966, hier S. 215 — dazu E. Hennig, a.a.O.

40) Dazu Chr. Graf v. Krockow, „Klassenbegriff und Bildungssystem", in: FS f. O. Brenner, a.a.O., S. 419 ff.

41) Dagegen F. Vilmar, „Neuordnung der Wirtschaft", in R. Jungk, H. J. Mundt (Hrsg.), Modelle für eine neue Welt — Deutschland ohne Konzept? München/Wien/Basel 1964, S. 326 ff. — Vilmars Intention ist politisch sicher richtig, seine Analyse des DGB-Grundsatzprogramms fällt aber doch zu optimistisch aus.

42) Dazu E. Hennig, „Sozialer Rechtsstaat — affirmativ oder kritisch?", NPL, 13 (1968), S. 207 ff.

Solange die Gewerkschaften freilich in einer „Ordnungsrolle" verharren und damit dem Begriff, den sich die Unternehmerverbände und deren Ideologielieferanten machen, entsprechen, solange sie ihre Mitglieder nicht bewußt und zielstrebig durch Aufzeigen und massenhaftes Austragen der vorhandenen Konflikte politisieren, solange verfehlen sie ihr doppeltes — vor allem aber ihr systemtranszendentes — Ziel: „das Lebensniveau ihrer Mitglieder zu erhöhen und die Idee der Befreiung der Arbeiterklasse zu verwirklichen, d. h. den arbeitenden Menschen von den Fesseln der Eigentumsherrschaft zu befreien" [43]). Dieser Gesamtperspektive bedarf es jedoch, sollen nicht alle Reformen zur technokratisch-verwalteten Stabilisierung des Kapitalismus beitragen. KA und beschränkt produktivitätsorientierte Lohnpolitik sind dabei als die derzeit wichtigsten Faktoren derartiger Integrations- und Krisenvermeidungspolitik anzusehen — und von der betrieblichen Basis her zu bekämpfen. Die Gewerkschaftsbewegung steht somit am Scheideweg:

„Sie kann den bequemen Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution und sie kann den schweren und dornenvolleren Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen ..." [44]).

F-104 G – das Milliardending

Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe

Von Michael Geismaier

Der Absturz des jungen v. Hassel kostete die Bundeswehr den 116. „Starfighter". Schon vor diesem spektakulären Ereignis war die Öffentlichkeit an die „Starfighter" und an das durch sie verkörperte Konzept des „Nuklearschlags" erinnert worden:

Am 20. Januar d. J. meldete die Tagespresse: „Der FDP-Bundestagsabgeordnete Kurt Jung hat in Bonn erklärt, ... die in der Presse gemeldeten Verluste von 101 Starfightern seien zu niedrig; die tatsächliche Zahl an Starfighter-Abstürzen betrage 113. Jung, der die Bundesregierung im Dezember vorigen Jahres nach dem Ist-Bestand an Starfightern gefragt hatte, teilte außerdem mit, die Aufstellung sei als vertraulich eingestuft" [1]).

---

43) Leopold Franz (= Franz Leopold Neumann), Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur, Karlsbad 1935, S. 9; in diese Formulierung ist die schlechte Erfahrung mit dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen Hitler eingegangen, dazu z. B. H.-G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover u. Frankfurt 1958; F. Deppe u. a., a.a.O., S. 52 ff.; nach dem Krieg hat u. a. V. Agartz die von Neumann formulierte Position vertreten, vgl. Th. Pirker, Die blinde Macht, 2 Bde., München 1960; G. Triesch, Die Macht der Funktionäre, Düsseldorf 1956, S. 61 ff.

44) J. Lehlbach, 1969, zit. n. F. Deppe u. a., a.a.O., S. 232.

1) Süddeutsche Zeitung, 20. 1. 1970.

Das Bundesverteidigungsministerium mußte diesen Tatbestand zugeben (vgl. „Blätter" Heft 2/1970, S. 225) und stillschweigend die beiden nächsten Abstürze am 22. Januar 1970 als den 114. und 115. Totalverlust zählen. Wer da bislang gefälscht hat, was nun von den so groß aufgemachten früheren Verluststatistiken des Ministeriums zu halten sei und warum Helmut Schmidt die zwölf versteckten Verluste „vertraulich" behandelt wissen wollte — all das blieb unerläutert.

Das zweite, wichtigere Ereignis war die erste öffentliche Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der atomaren Trägerwaffenrüstung in der Bundesrepublik. Walter Scheel hat, noch als Oppositionsführer, in einer Anfrage an die Kiesinger-Regierung den Sinn der Trägerwaffen für die — atomwaffenlose — Bundeswehr angezweifelt; im Wahlkampf las man auf FDP-Plakaten den Slogan: „Fort mit dem Trägerwaffenzopf" *). SPD-Gliederungen hatten sowohl für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags wie für die Abschaffung der Trägerwaffen votiert. Die neue Bundesregierung schwieg zunächst; auch die Regierungserklärung umging die Frage, deren Antwort von einem Teil der Öffentlichkeit, von der CDU/CSU und der Generalität mit Spannung erwartet worden war.

Die traditionelle westdeutsche Politik war von Strauß („Keine Nation zweiter Klasse bleiben . . .") über Hassel bis Schröder gleichgeblieben; aus noch darzustellenden Gründen war die Position der Regierung der Großen Koalition freilich verschlungener formuliert; im Weißbuch Schröders 1969 heißt es zur nuklearen Politik: „Dies geschieht und wird auch in Zukunft geschehen, vor allem durch deutsche Mitwirkung in den Planungsgremien der Allianz. Es geschieht ferner im Wege der Ausstattung unserer Streitkräfte mit Trägermitteln für nukleare Waffen. Der potentielle Gegner verfügt über diese Waffen; die verbündeten Streitkräfte verfügen über diese Waffen. Der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung würde materiell und psychologisch entscheidend beeinträchtigt werden, wenn die deutschen Streitkräfte nicht in der gleichen Weise zu kämpfen in der Lage wären . . . Die Ausstattung unserer Verbände mit Trägermitteln für nukleare Waffen bedeutet keine Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen" [2]).

So sinnlos auf den ersten Blick das „Kämpfen" mit Bonns Trägerwaffen ohne Sprengkörper erscheinen mag — die neue Bundesregierung übernahm diese Politik. So nebenher gab Helmut Schmidt die Entscheidung in der Bundestagsdebatte vom 30. Oktober 1969 bekannt. „Nachdrücklich setzte sich Schmidt für die Beibehaltung der atomaren Trägerwaffen in der Bundeswehr ein. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß die Bundeswehr — solange sie mit den Verbündeten auf einem Feld stehe — auch der Anspruch auf gleiche Ausrüstung habe" [3]).

Damit sind die Ansätze in SPD- und FDP-Kreisen, hier eine Wende herbeizuführen, zunächst gescheitert, und eine grundlegende Entscheidung in der Außen- und Wehrpolitik der neuen Regierung gefallen, deren Bedeutung wir ausgehend vom bis heute wichtigsten und teuersten atomaren Trägerwaffensystems der BRD, der F-104 G, beleuchten wollen. Die Starfighter-Story nämlich ist die wichtigste und aufregendste Geschichte im Sammelband der atomaren Bemühungen Bonns (nicht etwa nur irgendeine, längst abgeschlossene „Affäre"); sie demonstriert die Absichten und die Schwierigkeiten Bonner Wehrpolitik ebenso wie die unerhörte Verschwendung von Volksvermögen, zu der diese Politik bereit war und — dank Helmut Schmidt — weiter ist.

*) Die FDP-Zentrale zog das Plakat einige Wochen vor der Wahl zurück.
2) Weißbuch 1969, Zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1969, S. 19.
3) Süddeutsche Zeitung, 31. 10. / 1., 2. 11. 1969.

Zehn Jahre Super-Starfighter

Gegen die französische „Mirage", den amerikanischen „Super-Tiger" und ca. fünfzehn andere Modelle endschied sich (der damalige) Bundesverteidigungsminister Strauß im Oktober 1958 für den Ankauf des Abfangjägers F-104 der US-Firma Lockheed. Diese Entscheidung wurde im November 1958 vom Verteidigungsausschuß des Bundestages gebilligt — freilich bestätigte der Bundesrechnungshof Jahre danach, daß der Ausschuß nicht genau informiert wurde.

In Wirklichkeit vereinbarte das westdeutsche Verteidigungsministerium mit Lockheed im Frühjahr 1959 die Lieferung eines völlig anderen Flugzeugs (damals ging es noch um 30 Schulmaschinen, 66 Kampfmaschinen und den späteren deutsch-amerikanischen Bau von 210 Einheiten). Aus dem amerikanischen Abfangjäger sollte für deutsche Zwecke das „Mehrzweckflugzeug" F-104 G (G = German) werden. Es sollten eine Autopiloteinrichtung, das Vielzweck-Radar-System „Nasarr", ein weitreichendes Infrarot-Visier, ein Bombenrechner, ein Luftwertrechner, ein Positions- und Zielfluganzeiger, Vorrichtungen zum Einhängen von Atombomben, das Trägheitsnavigationsgerät „Litton" u. a. m. eingebaut werden — Veränderungen, die einen verstärkten Rumpf, verstärkte Tragflächen, zusätzliche Kraftstofftanks, ein anderes Leitwerk und schließlich ein wesentlich leistungsfähigeres Triebwerk mit sich brachten. Die (damals noch) etwa 90 Änderungen ließen ein fast um ein Drittel schwereres und technisch völlig neues Flugzeug entstehen, das mit dem US-Abfangjäger F-104 nur noch äußerliche Ähnlichkeiten aufwies.

Im Dezember 1959 — das deutsche Spezialflugzeug existierte erst auf dem Reißbrett — ließ Franz Josef Strauß persönlich den Auftrag auf 670 Maschinen erweitern, die sämtlich so schnell wie irgend möglich bereitstehen sollten. Der Verteidigungsminister ließ dabei alle Warnungen von Fachleuten und Generälen unbeachtet. Die Warner, zu denen angeblich auch Johannes Steinhoff gehörte *), bezweifelten die Möglichkeit so schneller Erprobung und Herstellung (der Starfighter sollte unter Lockheeds Anleitung von deutschen Firmen gebaut werden) sowie die technischen und personellen Möglichkeiten der Bundeswehr, das neue Waffensystem in so unerhörtem Tempo zu integrieren. Schließlich hatte sich selbst die US-Version noch kaum bewährt.

Strauß' Zeitplan klappte in der Tat nicht: die erste F-104 G stieg im Oktober 1960 auf, aber sie flog am Himmel Kaliforniens. Bis man die öffentliche Vorführung des Starfighter durch eine (die erste und noch einzige) Schulstaffel der Bundesluftwaffe anvisieren konnte, wurde es Juni 1962. Am 18. Juni 1962, einen Tag vor der geplanten Vorführung, stürzten vier Maschinen dieser Staffel ab. Erst Ende 1963 begann die deutsch-amerikanische Serienproduktion zu laufen; zur Integration der F-104 G in das Gesamtsystem der Bundeswehr kam es 1964 bis 1966, in den Jahren also, in denen die steigenden Totalverluste die Öffentlichkeit alarmierten. 1963 waren es mindestens 9, 1965 und 1966 schon mindestens je 26 Totalverluste. Die Teil- und Totalschäden auf Flugplätzen verschwieg das Ministerium. Den offiziellen Zahlen nach hat sich zwischen 1967 und 1969 (dem Jahr, das den hundertsten bzw. hundertzwölften Absturz und den 54. getöteten Piloten brachte) die Unfallrate langsam normalisiert, d. h. sie liegt nach offiziellen Zahlen — nach mehr als fünf Jahren lebensgefährlicher „Erprobung" — nicht mehr viel über dem international Üblichen.

*) So jedenfalls „Der Spiegel" 5/1969. Am Starfighter-Einkauf hatte Steinhoff jedenfalls „positiven" Anteil. Bis zu seiner Wiedereinstellung im Amt Blank war Steinhoff Generalvertreter der Fa. Lockheed für Europa.

Was wollte Strauß?

In dem Vertrag, den Strauß 1959 mit Lockheed aushandelte, fehlen fast alle gebräuchlichen Garantieverpflichtungen des Herstellers — wie hätte Lockheed auch über Flugtauglichkeit, Eigenschaften oder gar den Preis eines gerade erst entworfenen Flugzeugs Zusagen machen können?

Bundestagsausschüsse, Minister, Generale und Zeitungen bemühten sich später, „Ursachen" für die Abwärtstendenz des Starfighter und die Aufwärtstendenz seines Preises (der von vier auf acht Mio. DM stieg) vorzuweisen und nannten Unzulänglichkeiten der Wartung, der Pilotenausbildung oder der gerade neugeschaffenen und zersplitterten Flugzeugherstellung. Diese Schwierigkeiten der Bundeswehr und der deutschen Luftfahrtindustrie *) sind aber mühelos als notwendige Folgen des forcierten Aufrüstungsprogramms zu erkennen, das Strauß 1959 erzwang und das seine Nachfolger v. Hassel und Schröder fortsetzten.

Versteifte sich Bonn etwa auf dieses Programm, um schnell zu einem einsatzfähigen „Mehrzweck"-Flugzeug zu kommen? Das Gegenteil ist der Fall. Die F-104 G ist alles andere als ein Mehrzweckflugzeug. Die Umbauten, die Ausrüstung der F-104 G ebenso wie ihre Aufgabenstellung in der Bundeswehr zeigen eindeutig, daß das Flugzeug nur als Atombomber brauchbar ist.

In seiner Starfighter-Untersuchung vom Januar 1966 schrieb „Der Spiegel" — übereinstimmend mit den Darstellungen in „Wehr und Wirtschaft", „Interavia" u. a. Fachzeitschriften — folgendes: „Zweifellos hätte die Umrüstung der deutschen Luftkriegsflotte gemächlicher vollzogen werden können, aber Strauß führte gegen die Bedenken besonnener Offiziere und Ministerialbeamter politische Gründe ins Feld. Später wurden die Gründe erkennbar: Strauß wollte durch eine NATO-Hintertür Deutschlands atomare Teilhaberschaft schnell zur vollendeten Tatsache machen ... Daß der Wunsch nach atomarer Kampfkraft ein Hauptbeweggrund für die Erweiterung des Starfighter-Programms war, machte eine technische Modifikation deutlich, die Strauß nachträglich an der F-104 G vornehmen ließ: ... Insgesamt 560 bundesdeutsche Starfighter bekamen ein neues Bombenrechner-Modell, den ‚Dual-Timer', der für den Abwurf von Atombomben geeignet, für konventionelle Bomben dagegen zu ungenau ist."

Die Vermutung des „Spiegel" läßt sich nicht nur mit einem technischen Detail stützen. Seinen gesamten Eigenschaften nach kann der Starfighter von den Aufgaben eines „Vielzweckflugzeuges" — konventioneller Jagdbomber, Abfangjäger, Aufklärer, Atombomber — nur eine erfüllen:

Für den Einsatz als konventioneller Jagdbomber ist der genannte Bombenrechner der 560 „Strike"-Maschinen (vier Fünftel des Bestands an F-104 G) ungeeignet. Außerdem sind alle 700 Maschinen zu schnell; sie können nicht langsam fliegen: „Selbstbei Mach 1,2 können von einem solchen Flugzeug kaum mehr als einige Zufallstreffer verlangt werden", schreibt die „Flug-Revue" [4]). Der Kurvenradius der F-104 ist für Einsätze zur Heeresunterstützung viel zu groß.

*) Es gibt eigentlich keine deutsche „Luftfahrtindustrie", sondern nur eine deutsche Luftwaffenindustrie. Die beiden heute bestehenden Riesenkonzerne enstanden aus dem Nichts, getragen von Rüstungs- und Rüstungsforschungsaufträgen und von Bundeshilfen, die in „zivilen" Haushaltspositionen versteckt sind. Der Arbeitsweise nach handelt es sich um staatliche Konzerne, der Gewinnabschöpfung nach um private. Bei Bölkow (Entwicklungsring Süd) beispielsweise erhalten Angestellte — ohne gesetzliche Grundlage natürlich — billige Beamtenwohnungen. Aufgebaut wurde diese Industrie vermittels des Starfighterprogramms, der 1959 beginnenden bundesrepublikanischen Raketenforschung und des ebenfalls schon durch Strauß initiierten Projekts des senkrechtstartenden Atombombers. Das letztgenannte Projekt ist mittlerweile eingestellt, es hat aber immerhin schon rund zwei Mrd. gekostet. Der erste nennenswerte zivile Abstecher dieser Industrie ist das „Airbus"-Projekt. In der neugegründeten „Airbus-GmbH" hat Strauß den hochdotierten Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden angenommen. „Auf gewissen Gebieten bedarf es aber einer eigenen nationalen Entwicklung, weil nur die eigene nationale Entwicklung die Basis dafür gibt, daß man sich international eine Eintrittskarte verschaffen kann, mit der man wirklich gleichberechtigt drin sitzt ..." (F. J. Strauß in der Starfighter-Debatte, BT-Protokoll vom 24. 3. 1966, S. 1572).

4) Flug-Revue, Stuttgart 1962, Heft 12.

Als Abfangjäger, der ursprünglichen Bestimmung der F-104, ist die deutsche Version nur noch bedingt einsatzfähig, weil die Umrüstung ihre Steigleistung gemindert hat.

Als Aufklärer: „Bei dieser Version wird am besten demonstriert, wie wenig sich die F-104 für Mehrzweckaufgaben eignete. Die Unterbringung eines geeigneten Kamerasystems bereitete große Schwierigkeiten", berichtet „Wehr und Wirtschaft" [5]). Daß dem Starfighter noch andere Aufklärer-Eigenschaften abgehen, hat die Debatte über die „Aufklärungslücke" gezeigt, die mit dem Ankauf von 88 Phantom-Maschinen endete.

Wem diese oberflächliche Analyse der Eigenschaften des deutschen Starfighter nicht genügt, der möge sich an die zweifellos sachkundigen Äußerungen des Verteidigungsministeriums oder des Generals Steinhoff halten. In einer ministeriellen Pressemitteilung vom Januar 1966 heißt es, das „Waffensystem F-104 G (ist) in seiner Hauptaufgabe als taktischer Jagdbomber mit A-Waffen voll einsatzfähig" [6]). Nicht weniger aufschlußreich war Steinhoffs Antwort, als er im Februar 1968 über die zukünftige (!) konventionelle Verwendbarkeit dieses Flugzeugs befragt wurde:

„Zwar ist der Jagdbomber F-104 G als nukleares Trägermittel besonders geeignet. Das bedeutet jedoch nicht, daß dieses Flugzeug für konventionelle Aufgaben nicht geeignet wäre — wie verschiedentlich behauptet worden ist... Jedoch war bisher der F-104 G keine konventionelle Rolle zuteil" [7]), Steinhoff räumt hier eine zukünftige konventionelle Verwendbarkeit ein; doch wollen wir darauf später eingehen. Fragt man heute, was das „Kernsystem der deutschen Luftwaffe" (Hassel) leisten kann, so lautet jedenfalls die Antwort: Nichts — außer der Erteilung eines Atomschlages. Und auch das (noch?) nicht, solange Bonn die Verfügungsmacht über jene heißersehnten Produkte fehlt, die zu tragen der Starfighter bestimmt ist.

Natürlich galt es, die ganze „Affäre" hindurch, die Wirkungen (weit über 100 Abstürze, mindestens 54 getötete Piloten) zu verniedlichen und die wirkliche Ursache, die rücksichtslose Atomrüstung, zu vertuschen *). Als man 1966 die Schuld einigen Generalen zuschieben wollte und von so seltsamen Ursachen wie „ungenügender Information des Ministers" usw. sprach, wirkte das freilich als Bumerang. Der damalige Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Panitzki, machte aus seinem gekränkten Soldatenherzen keine Mördergrube und gab ein Interview: „Die Anschaffung des Starfighter war eine politische Entscheidung... Nun, wo es gilt, die technischen und personellen Probleme gemeinsam zu lösen, wird uns von allen politischen Seiten Versagen vorgeworfen. Das ist die größte Enttäuschung meines Lebens". Zwei Tage darauf wurde Panitzki beurlaubt.

Träger vorhanden — Bombe fehlt

Sinn und Schicksal dieser „politischen Entscheidung" zu betrachten, führt direkt zum Kernproblem bundesrepublikanischer Wehr- und Außenpolitik.

Ende der fünfziger Jahre noch konnte sich Bonn auf die „Nuklearisierung" der NATO-Strategie, die 1957 ihren Ausdruck im NATO-Plan „MC 70" fand, stützen.

5) „Noch einmal . . . der Starfighter", in: Wehr und Wirtschaft, München und Frankfurt 1966, Heft 3, S. 162.
6) a.a.O., S. 161.
7) „Die Einsatzaufgaben der Luftwaffe", Interview mit Steinhoff, in: Flugwelt, Köln und Wiesbaden 1968, Heft 2.
*) Die „Kampagne für Abrüstung" hat beim 100. Absturz Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung gegen Strauß, Hassel und Schröder gestellt. Die Staatsanwaltschaft Bonn stellte die Ermittlungen ein, da sich „keine Anhaltspunkte" ergaben.

Auf Grund der atomaren Überlegenheit der USA in den fünfziger Jahren und der angenommenen konventionellen Unterlegenheit der NATO sollte jeder bewaffnete Konflikt in Europa automatisch den großen amerikanischen Atomschlag auslösen. Die europäischen Verbündeten sollten selbst in die Lage gesetzt werden, „taktische" Atomsprengkörper zu verschießen, d. h. „kleine" Atomschläge im Raum des Kampfgebiets zu führen. Der „automatische" große Schlag, die „massive Vergeltung", blieb freilich damals schon den USA vorbehalten; weil er aber durch die — anfänglich atomar nicht verwundbaren — USA fest eingeplant war, gab es jene „glaubwürdige Abschreckung", an die CDU-Politiker heute noch wehmütig zurückdenken.

Die begrenztere und in „MC 70" auch nicht ganz klar definierte Atomrüstung der Europäer wurde von den meisten westeuropäischen NATO-Staaten entweder nicht in Angriff genommen oder bald wieder aufgegeben. Allein die Bundesrepublik, obwohl selbst Hauptschauplatz jedes „taktischen" Atomkriegs, ließ sich die Anschaffung solcher „Weiterentwicklung der Artillerie" (Adenauer) besonders angelegen sein. Umstritten war in der Bonner Führung lediglich die Frage, ob man sich schwergewichtig auf ein zukunftsträchtiges Raketensystem oder auf ein einfacheres System von Bombern festlegen solle. Das Ergebnis dieser Diskussion signalisierte die Erhöhung des Starfighter-Auftrags 1959 auf 670 Maschinen. Ein wichtiger Grund für diese Entscheidung war neben Strauß' Absicht, die deutsche Flugzeugindustrie über Lizenzbauten wieder hochzubringen, vor allem die größere Schnelligkeit, mit der eine Atombomberflotte aufgebaut werden konnte *). Daß dieses Trägersystem nicht auf dem neuesten Stand der Technik sein würde, war weniger wichtig; kam es doch darauf an, schnell noch die auslaufende Kalte-Kriegs-Konjunktur zu nutzen, schnell die Voraussetzungen für die Weitergabe von Sprengköpfen zu vollenden. Gelang dies, dann brauchte die BRD-Atomwaffe technisch nicht der letzte Schrei zu sein — es genügte, einen Hebel zu besitzen, der den Einsatz der großen US-Atommacht auslösen konnte. Und je mehr nach 1957/58 die USA begannen, sich der für sie selbst immer gefährlicheren atomaren Automatik zu entziehen, desto hektischer wurden die Bonner Versuche, die Trägerwaffenrüstung zu beschleunigen; man ging „an die Grenzen der Physik" (Strauß) und sogar ein wenig darüber hinaus.

Schon vor dem Regierungsantritt Kennedys hatte die Bereitschaft der USA nachgelassen, die Entscheidung über einen Atomkrieg deutschen Führern zu überlassen, zu deren Tugenden in diesem Jahrhundert politischer Realismus bekanntlich noch nie gehört hat.

Zur Besinnung in den USA trug entscheidend die weltpolitische Veränderung bei, die an der Wende zu den sechziger Jahren unübersehbar wurde:

Etwa seit 1959 war das US-Atommonopol endgültig gebrochen; Sowjetraketen konnten auch die USA treffen. Beide Großmächte hatten eine „counter-strike-capability" entwickelt. Gleichzeitig hatte sich die Dauerhaftigkeit der sozialistischen Staaten in Europa erwiesen; das „roll back" war gescheitert. Selbst ein „innerdeutscher Bürgerkrieg" mußte von nun an auch die USA zum Kriegsschauplatz werden lassen.

Die Entwicklung in Kuba und die allgemeine Bedrohung der Vorherrschaft der USA in der „dritten Welt" trugen ein übriges dazu bei, das Dulles'sche europäische Engagement am Rande des totalen Krieges abzubauen und die unmittel-

*) Für die Bomberlösung trat neben Strauß, Zimmermann und anderen profilierten Vertretern der deutschen Rüstungsindustrie insbesondere der damalige Luftwaffengeneralinspekteur Kammhuber ein. Er konnte sich auf seinen reichen Erfahrungsschatz stützen, hatte er ja schon für Göring als Gruppenleiter im Reichsluftfahrtministerium das Projekt „Uralbomber" ausgearbeitet. Wie so oft: der richtige Mann am richtigen Platz.

bare Veränderung des europäischen Status quo aus dem Katalog der US-Tagesaufgaben zu verbannen.

Die USA entwickelten die Theorie des „Crisis Management" und der „flexible Response", bestritten die Unterscheidbarkeit „taktischer" und „strategischer" Atomschläge und begannen, immer deutlicher ihre alleinige Verfügungsgewalt über ihr Atomarsenal zu betonen. McNamara erklärte, „daß die amerikanische strategische Doktrin den optimalen Beitrag Europas auf dem Gebiet der konventionellen Verteidigung sieht" [8]). Für Bonn bedeutete das: Umrüstung, „Denuklearisierung".

Wir wollen General Trettner als „unverdächtigen" Zeugen zu Wort kommen lassen: „In den fünfziger Jahren bestand tatsächlich theoretisch die große Gefahr, daß eine Atommacht atomar angriff, weil sie durch einen Überraschungsschlag den präsumtiven Gegner ohne großes Risiko vernichten konnte . . ." (Das kann sich freilich allein auf die USA, die einen atomaren Vorsprung hatten, beziehen . . .) „Mit dem Aufkommen der sowjetischen Atommacht wurde jedoch eine Änderung dieses Konzepts (der ‚massiven Vergeltung', M. G.) notwendig. Für die Vereinigten Staaten wurde das Risiko, schon bei kleineren Grenzverletzungen zu Atomwaffen greifen zu müssen und damit sowjetische Vergeltungsschläge auf das eigene Land zu ziehen, zu groß. Damit wurde das ganze Konzept, so gut es für die Europäer sein mochte, in sich unglaubwürdig . . . Die über mehrere Jahre gehende Diskussion im Bündnis führte schließlich zu dem heute gültigen Konzept der ‚Flexible Response'" [9]).

Die BRD ging trotz dieser Entwicklung — die sie natürlich nach Kräften bekämpfte — von ihrer ursprünglichen Rüstungskonzeption nicht ab; man blieb bei der Formel, die da hieß: „Der Angriff ist die beste Verteidigung", und: „Paradoxerweise bleibt also die Drohung mit einem (atomaren, M. G.) Angriff das einzige Instrument einer ihrem Wesen nach defensiven Strategie . . . Von diesem Prinzip ausgehend, wurde . . . aus dem Lockheed F-104 A und B, ursprünglich überwiegend für den Objektschutz bestimmt, . . . auf Wunsch des deutschen Generalstabes eine speziell für Angriffszwecke weiter gezüchtete Version Lockheed F-104 G" [10]). Diese Formel schlug sich im unbeirrten weiteren Ausbau des „Kernstücks der deutschen Luftwaffe" zur atomaren Strike-Waffe nieder. Es dauerte bis 1968, bis sich einzelne Experten zu dem Eingeständnis durchrangen, die Bundeswehr könne „getrost ihre Atomwaffenträger verschrotten. Die ‚nukleare Komponente' zeigt sich nunmehr unverhüllt als kardinale Fehlspekulation, als ein Milliarden-DM-Mißverständnis" [11]).

Bis heute, 1970, hat die „Denuklearisierung" nicht stattgefunden; sollte sie je stattfinden, dann dürfte die vollzogene Wieder-Umrüstung der F-104-Flotte gerade mit dem Tag zusammenfallen, an dem die Flugzeuge schrottreif sind.

Die forcierte Trägerwaffenrüstung ist nichts anderes als ein Bonner Schachzug im Kleinkrieg um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, in dem in den letzten zehn Jahren über MLF, ANF und „Nuklear Standing Group" so manche Bataille geschlagen wurde. In Gestalt des Atomwaffensperrvertrags hat Bonn dieses stille Rangeln um die Bombe zunächst einmal verloren, und die Atombomberflotte Bonns erhebt sich heute vor jedem Betrachter in ihrer ganzen aggressiven Absurdität.

---

8) McNamara, Statement before the House Armed Service Comitee 1963, zit. nach H. A. Kissinger, Was wird aus der westlichen Allianz? Düsseldorf und Wien 1965, S. 127.
9) Heinz Trettner, „Die militärische Sicherheit der Bundesrepublik", in: Hochland, München und Kempten 1969, Heft 2, S. 133, 134.
10) „Der Angriff ist die beste Verteidigung . . . auch zu Luft", in: Interavia, Genf 1960, Heft 3, S. 308.
11) Paul Gross-Talmon, „Ein Milliarden-DM-Mißverständnis?", in: Wehr und Wirtschaft, München und Frankfurt, 1968, Heft 1, S. 9.

Dabei können sich Strauß, Hassel usw. nicht darauf berufen, den Ausgang ihres Abenteuers nicht vorhergesehen zu haben. 1961 änderten die USA ihre (auch für die NATO allein ausschlaggebende) nukleare Einsatzplanung, seit 1962 verweigerten sie Bonn „aus nicht geklärten Gründen" („Die Welt" vom 7. September 1966) die Lieferung eines Spezial-Computers für das atomare Bombenzielgerät des Starfighters, seit Kennedy erhoben sie die Nonproliferation zum Leitgedanken ihrer Wehrpolitik [12]).

Die Bonner Begründungen mit „Psychologie" und „Kampfkraft" sind hergesucht und absurd. Die Trägerwaffenrüstung Bonns hatte — und hat — in dieser Lage nur den Sinn, den einmal in die Tür geschobenen Fuß drin zu halten, die Bundeswehr wenigstens platonisch nuklear zu schulen und einsatzfähig zu halten (es kann so, im Zusammenwirken mit einer auch militärisch „sinnvoll" angelegten zivilen Nuklearforschung und Industrie die Bundesrepublik immerhin an der Schwelle zur Atommacht gehalten werden) und die Voraussetzungen für eine führende Rolle der BRD in einer eventuellen westeuropäischen atomaren Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen. Das ist die „politische Entscheidung", von der Panitzki sprach.

12 Milliarden zum Fenster hinaus ...

Über eine Milliarde, wahrscheinlich zwei Milliarden kosteten bisher die Starfighter-Abstürze den bundesdeutschen Steuerzahler *).

Die Gesamtkosten des Starfighter-Experiments zu schätzen, ist schwierig, weil alle Angaben über den Haushalt der Bundeswehr nur pauschal nach Gesichtspunkten wie „Wehrforschung", „Erprobung" usw. aufgeschlüsselt sind.

Die Beschaffung der gesamten Starfighter-Flotte (750 Flugzeuge einschließlich der jüngsten Nachbestellung) und der ergänzenden Geräte kostete ca. 6 Mrd. DM. Mit fünf weiteren Milliarden dürfte man acht Jahre Wartung, Materialerhaltung, Betriebskosten einschließlich der gerade bei der F-104 G umfangreichen Änderungen und Einbauten gewiß nicht zu hoch bewertet haben (der Haushalt der Bundeswehr weist allein für die „Erhaltung" der Flugzeuge — in der Überzahl Starfighter — für letztes Jahr 740 Mio. aus). Die Pilotenverluste, die ja direkt dem Starfighterprogramm zuzurechnen sind, machen weitere 80 Mio. aus. Schließlich kommen dazu noch die Kosten für die spezielle Starfighterschulung des Personals sowie die Ausgaben für Bauten, Anlagen und technische Einrichtungen, die ausschließlich der Starfighterflotte dienen. Wenn wir diesen schwer zu fassenden Posten niedrig mit weniger als einer Milliarde ansetzen, so erhalten wir als Ergebnis unserer vorsichtigen Schätzung einen Betrag von 12 Mrd. DM bzw. jährliche Aufwendungen von weit über einer Mrd. DM **).

Mindestens 12 Mrd. wurden für das atomare „Mißverständnis" ausgegeben. Der Betrag würde genügen, die vielen Wohnungsprobleme in der BRD zu beseitigen.

12 Mrd. verschwanden in der von Bonn bewußt herbeigeführten und aufrechterhaltenen „Divergenz von technischem Gerät und der Konzeption" (Brigadegeneral H. Bertram [13])). Daß die Aufwendungen für die F-104 G zum Fenster

---

12) Walt W. Rostow, Interview in „Soldat im Volk", Köln, Juli 1964.

*) Zu den bekanntgegebenen 115 Totalverlusten, die (bei einem Stückpreis von 7,5 Mio. DM) ca. 850 Mio. DM kosteten, kommen die vom Ministerium nicht bekanntgegebenen Teilschäden und Start- und Landeunfälle, die in ihrer Wirkung nicht selten einem Totalschaden nahekommen dürften. Hinzu kommen nach einer Schätzung Steinhoffs (SZ 26./27. 11. 1966) 1,5 Mio. DM für jeden Piloten (reine Ausbildungskosten), also weitere 80 Mio. DM bei 54 verlorenen Piloten. Ohne Berücksichtigung von Schäden am Boden, Entschädigungszahlungen an Hinterbliebene usw. ergibt sich eine Summe, die weit über einer Mrd. DM liegt.

**) Die Schätzung ist eher zu niedrig, wie ein Vergleich mit dem 19-Mrd.-Jahresetat der Bundeswehr zeigt. 1969 sind z. B. allein im Kapitel 1419 „Flugzeuge" (Beschaffung, ohne Erhaltung, Entwicklung usw.) 2,5 Mrd. angesetzt.

13) H. Bertram, „Der deutsche Beitrag zur NATO", in: Flugwelt, Köln und Wiesbaden 1965, Heft 5.

hinausgeworfen wurden, bestätigte in schöner Offenheit der CSU-Abgeordnete Zimmermann, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestags und einer der Hauptverantwortlichen der Bonner Atompolitik. Er lehnte die von den USA geforderte Denuklearisierung der F-104 G mit der Begründung ab, man könne dann „das Flugzeug am besten als Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an fremde Staaten geben. Für uns hätte es keinen Sinn mehr" [14]).

... und kein Ende

Helmut Schmidt, Wehrpolitiker vom historisch wohlbekannten Schlag des „ultrarechten sozialdemokratischen Militaristen" (so ein Jungsozialisten-Sprecher auf dem Münchner Bundeskongreß), war für die Fortführung dieser Politik zweifellos prädestiniert. In der Tat hat er in wenigen Wochen der Amtsführung seine schon als Hamburger Innensenator gesammelten Meriten glanzvoll vermehrt (vgl. Friedhelm Baukloh: Helmut Schmidt und Albert Schnez, Heft 1/1970 der „Blätter"). Es ist auch kein Zufall, daß ein Mann wie Marcel Hepp, der sogar die Mehrheit der CDU mangelnder nationaler Wachsamkeit verdächtigt, in Helmut Schmidt einen Verbündeten seiner Atomrüstungspolitik und seiner Gegnerschaft zum Sperrvertrag zu finden weiß [15]). Schmidt, der ohnehin gegen die SPD-FDP-Regierung war, tut heute alles, damit ein Herr Strauß oder Schröder bei seiner Rückkehr auf die Bonner Hardthöhe beruhigt konstatieren kann, es sei alles so, als sei man keinen Tag fortgewesen.

Aber die Trägerwaffenentscheidung hat er nicht allein gefällt; sie beruht auf einem Kabinettsbeschluß. Mag Brandt also in Stilfragen Neues demonstrieren — Kontinuität herrscht noch in allen Grundfragen des expansiven Konzepts des bundesrepublikanischen Imperialismus. Verfügung über Atomwaffen, Vorherrschaft in Westeuropa, der Versuch, die NATO-Verbündeten in Westeuropa vor den Karren der eigenen „nationalen Politik" zu spannen — noch sind diese Ziele heilig, wie der hinhaltende Widerstand gegen die Sperrvertragsratifizierung oder die noch Kiesingers Handschrift verratenden zahlreichen Vorbehalte bei der (des US-Drucks wegen unumgänglichen) Unterzeichnung verraten.

Die „Starfighter" mögen langsam zu Schrott werden, die „Affäre" geht nicht zu Ende. Sie wird planmäßig fortgesetzt

— durch die „Honest John" und ihre weiterreichende Nachfolgerin „Lance", beides taktische Atomraketen des Heeres;

— durch die „Pershing", eine — wesentlich nur nuklear brauchbare — Mittelstreckenrakete des Flugkörpergeschwaders der Luftwaffe;

— durch die Ausstattung der Marine mit zehn Lenkwaffenzerstörern („Lütjens", „Mölders" ...), die mit den Luft-, Land- und Seezielraketen „Tartar", ebenfalls als nukleare Trägerwaffe geeignet, ausgestattet werden;

— durch die vor allem bei Messerschmidt-Bölkow betriebene bundesfinanzierte Entwicklung von Mittelstreckenraketen und — selbstverständlich nur „wissenschaftlichen" und „zivilen" — Langstreckenraketen.

Für den allein nuklear brauchbaren und einsatzgeplanten Teil der Rüstung und Entwicklung — einschließlich der immer noch hochaktiven Starfighter-Flotte — gibt Bonn jährlich mindestens vier Mrd. DM aus. Ein teurer, gefährlicher, nutzloser fliegender Größenwahn, mit dem Schluß machen muß, wer mit Friedenspolitik beginnen will.

---

14) Zit. nach: Kurt Johannson, „Vom Starfighter zum Phantom", Frankfurt/Main 1969, S. 88.
15) Marcel Hepp, „Der Atomsperrvertrag, Die Supermächte verteilen die Welt", Stuttgart 1968, S. 10.

Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD

Von Diethelm Damm

Die Widersprüche, die in einem entwickelten kapitalistischen Industrieland wie der Bundesrepublik zwischen Produktivkräften und Produktions- wie Eigentumsverhältnissen, also zwischen den gegensätzlichen Klassen klaffen, finden charakteristischen Ausdruck in zahlreichen gesellschaftlichen Deformationen. Nachfolgend einige Gedanken zu den zentralen Fragen.

I

Konstituens dieser Gesellschaft ist die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, movens die permanente Kapitalverwertung im Interesse einer Selbstvermehrung und möglichst hohen Rendite des Kapitals, d. h. im Sinne von Kapitalakkumulation und Profitmaximierung. Private Verfügungsgewalt Weniger über Produktionsmittel im Sinne der Kapitalakkumulation bedeutet private Festsetzung der Produktionsziele im Interesse der Profitinteressen dieser wenigen Besitzenden. Ob und wieviel investiert wird, Produktionsziel und Ort seiner Realisierung hängen also in einer solcherart organisierten Wirtschaft nicht von den realen Bedürfnissen aller Wirtschaftssubjekte, d. h. des ganzen Volkes ab, sondern allein von den Profitchancen und -interessen einiger Weniger. Da von den Unternehmerentscheidungen — ob etwa eine Fabrik neu errichtet oder geschlossen, in der BRD oder in Südafrika gebaut wird, ob Investitionen zur Erweiterung oder Rationalisierung verwandt werden — stets zugleich der Gewinn oder Verlust von z. T. Tausenden von Arbeitsplätzen abhängig ist, ist das gesamte Volk auf Gedeih und Verderb den Unternehmensentscheidungen ausgeliefert. So beschäftigen beispielsweise die beiden großen Konzerngruppen Siemens—Bosch und AEG/Telefunken—Brown, Boverie & Cie etwa eine halbe Million Menschen. Ihre niemandem verantwortlichen und von niemandem kontrollierten „Privat"-Entscheidungen betreffen also einschließlich der Familienangehörigen über 1,5 Mio. Menschen unmittelbar, nicht gerechnet die in mehr oder weniger totaler Abhängigkeit befindlichen Reparatur- oder Zulieferbetriebe, deren z. B. allein zum Siemens-Konzern 30 000, zu AEG weit über 20 000 gehören.

Private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel begründet also notwendig Herrschaftsverhältnisse, die die ganze bundesrepublikanische Gesellschaft durchziehen, alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens durchsetzen. Diese Herrschaftsverhältnisse sind zugleich von sozioökonomischer und politischer Struktur; ihr letzter Inhalt und Kern ist allerdings ökonomischer Art, d. h. er resultiert aus der Aneignung der Arbeit anderer auf der Grundlage privater Verfügungsgewalt über Kapital. Dabei ist evident, daß die ökonomisch herrschende Klasse stets auch die politisch herrschende ist und sein muß, um diese Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten zu können. Eine herrschaftsfreie Staatsorganisation, d. h. reale Demokratie, und Kapitalismus schließen sich damit gegenseitig aus.

Reale Demokratie, verstanden als maximale Selbstbestimmung autonomer Individuen, erforderte die Ausrichtung der gesamten Produktion auf die opti-

male Bedürfnisbefriedigung des einzelnen; Kapitalismus erfordert gerade das Gegenteil: die Ausrichtung der gesamten Individualinteressen auf die Produktion, die nach Profitinteressen weniger Besitzender organisiert ist. Ein Beispiel: Der unzerreißbare Strumpf ist längst erfunden und befriedigte optimal das Bedürfnis aller Frauen; der nach jeweils kürzester Frist zerreißende Strumpf dagegen verspricht dem Unternehmer höheren Absatz und damit höheren Profit. Ergo werden keine unzerreißbaren Strümpfe, keine lange haltenden Qualitäten hergestellt, sondern die Bedürfnisse der Käufer so manipuliert, daß sie sich den Bedürfnissen der auf Profit Weniger ausgerichteten Produktion anpassen. Schließlich hat jeder ein „Mode"- und „Konsumbewußtsein", verlangt selbst sehr bald nach immer Neuem, geht nicht mehr ohne Hut, wenn „man nicht mehr ohne Hut geht", schätzt schließlich seine Mitmenschen nach den Kategorien der Industriewerbung ein — etwa als „Krawattenmuffel" —, kauft nicht mehr nach Funktionswert, sondern nach Modestandard, Status- oder Konkurrenzgesichtspunkten — alles mehr unterbewußt als bewußt. Der Mensch selbst wird mehr und mehr zur Ware degradiert und vermag auch seine Umwelt zunehmend nur noch in den Kategorien von Leistung und Konkurrenz zu erfassen. So „wird der Sozialwert des Einzelnen vor allem in Begriffen standardisierten Könnens und der Anpassungsfähigkeit bemessen, statt nach autonomem Urteil und persönlicher Verantwortung" [1]); und so zählt bei der Beurteilung eines Mannes in seinem Verhältnis zum anderen Geschlecht häufiger, wieviele Frauen er schon „gehabt" hat, als etwa seine Fähigkeit zur Zärtlichkeit [2]); das Ausmaß humanen Handelns, autonomen Denkens und politischen Engagements wird bei der Persönlichkeitsbeurteilung allenthalben weit geringer veranschlagt als die Größe des Autos, materieller Erfolg oder äußerliches Prestige.

Das Leben der meisten Menschen beschränkt sich zunehmend statt abnehmend auf die Ableistung entfremdeter Arbeit und die Reproduktion der Arbeitskraft in der Freizeit. „Wenn der durchschnittliche Arbeitsag, inklusive der Vorbereitung und dem Weg von und zur Arbeit, zehn Stunden beträgt und die biologischen Bedürfnisse nach Schlaf und Nahrung weitere zehn Stunden erfordern, dann bliebe eine Freizeit von vier Stunden auf je 24 während des größeren Teils des Lebens" [3]). Innerhalb dieser vier Stunden zuzüglich des Wochenendes kann der von den Massenkommunikationsmedien sogleich wieder eingefangene, durch alle Erziehungsprozesse bereits autoritär präformierte [4]) und am Arbeitsplatz permanent fremdbestimmte Mensch nur unter enormen Schwierigkeiten jenes demokratische Klassenbewußtsein entwickeln, das einzig ihn befähigte, seine reale Situation zu durchschauen und zu ändern. So tendiert dieses System zur totalen Unterwerfung aller unter die Herrschaftsinteressen und damit zur totalen Entmenschlichung, ja zur Gefährdung der Spezies Mensch überhaupt; denn wozu diese unkontrollierten Herrschaftsinteressen, die ja in diesem Jahrhundert immer die gleichen geblieben sind, in der Lage sind, haben sie etwa in den beiden Weltkriegen, den KZs und Arbeitslagern deutlich genug demonstriert.

Der Manipulationsapparat, der Anpassung und Unterwerfung leistet, ist gewaltig und in den Händen ganz Weniger konzentriert [5]). So kann dieses System noch nicht einmal massenwirksam analysiert oder gar infrage gestellt werden; der Wahnsinn dieser kapitalistischen Gesellschaft, die da ganz ruhig mit der Bombe lebt, hat zudem qua technologische Rationalität noch einen vernünftigen

[1]) Herbert Marcuse, Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 97.
[2]) Vgl. etwa Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt/M. 1968, insbesondere S. 107—115.
[3]) Marcuse, a.a.O., S. 51.
[4]) Vgl. H. Bacia, Zur autoritären Disposition der Bevölkerung, in: Der CDU-Staat, München 1967, S. 166—181; meinen Beitrag „Demokratie als Erziehungsproblem", in Sozialistische Hefte, 3/4, 1969, S. 112 ff.
[5]) Vgl. etwa L. Hinz, Meinungsmarkt und Publikationsorgane, in: CDU-Staat, a.a.O., S. 151—165.

Anstrich. Wie vernünftig sie wirklich ist, mögen folgende Zahlen illustrieren: 1967 wurden in der BRD allein mit etwa 14,2 Werbe-Mrd. Wünsche suggeriert [6]), für 9,2 Mrd. Mark Verpackungsmittel produziert und weggeworfen [7]), über 22 Mrd. Mark in die volkswirtschaftlich völlig unproduktive Aufrüstung verpulvert [8]) — nur drei Beispiele für viele, bei denen sich die gigantische, sinnlose Kapitalvernichtung — in wessen Interesse? — zeigt. Diese Gelder, alle vorhandenen Mittel schlechthin, eingesetzt für die Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse freier Individuen, ermöglichten in der augenblicklichen historischen Situation für das gesamte Volk ein Ausmaß an Freiheit von Mangel und Angst, das heute nur in den Ersatzbefriedigungen der Massenkommunikationsmedien geträumt und das vom kapitalistischen Herrschaftssystem nie realisiert werden kann. Gemessen an den aufgrund der Technologie und des gesellschaftlich existierenden Reichtums bereits realisierbaren Möglichkeiten gleicht unsere Gesellschaft einer hektisch schuftenden Sklavenschar, die nur ihre Herren zu stürzen brauchte, um mit einem Minimum an Arbeit ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung und Selbstverwirklichung zu erzielen.

Trotz der Irrationalität dieses Systems ist der Wohlstand in der BRD in großem Ausmaß gestiegen; eine „Soziale Marktwirtschaft" behauptet, „Wohlstand für alle" zu schaffen. Allerdings — wie groß ist dieser Wohlstand wirklich, und wie sozial ist die soziale Marktwirtschaft?

II

Über die Vermögens- und Einkommensverteilung in der BRD gibt es bezeichnenderweise keine systematischen offiziellen Untersuchungen. Unverfälschte Zahlen und Fakten muß sich der Interessierte erst aus vielen Einzeluntersuchungen und Fachzeitschriften zusammensuchen, so daß von seiten der Herrschenden ausreichend dafür gesorgt ist, daß dem normalen Bundesbürger das wahrhaft erstaunliche bundesdeutsche soziale Unrecht kaum bewußt wird [9]).

Eine Analyse von Prof. Gleitze beweist [10]), daß die Arbeitnehmer — immerhin 83 Prozent der Erwerbsbevölkerung — von dem seit Kriegsende bis 1966 gebildeten Sachvermögen nur 17 Prozent besitzen, während Unternehmer und Staat über 80 Prozent verfügen. Ähnlich eindeutig sehen die Zahlen bei der Nettovermögensbildung aus [11]) — von 1950 bis 1959 haben die 17 Prozent Selbständigenhaushalte fast drei Viertel des privaten Netto-Vermögenszuwachses vereinnahmt, die 83 Prozent Arbeitnehmerhaushalte durften sich das verbleibende Viertel teilen. Prof. Föhl zog in einem Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium daraus den Schluß: „Da die kleinen Einkommen fast vollständig zu Verbrauchsausgaben verwendet werden, während ein sehr erheblicher Teil der großen Einkommen gespart wird, da andererseits die hohen Einkommen vorwiegend aus Gewinn- und Zinseinkommen bestehen, also Besitzeinkommen sind, fällt zwangsläufig (in jeder unternehmerischen Wirtschaft) der weitaus größte Teil des jeweils neu geschaffenen Volksvermögens denjenigen zu, welche bereits besitzen. Wer hat, dem wird gegeben!" [12]) Dabei muß darauf hingewie-

6) Werbung 1967, ZAW-Jahresbericht 1967, S. 30/31.
7) FR v. 29. 11. 1968; vgl. auch „Der Spiegel" Nr. 14/1969, S. 81.
8) bonner korrespondenz, Nr. 67/1967, Bl. 3.
9) Eine sehr gute Übersicht gibt hierzu Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969; vgl. auch Wolfgang Müller, Die Grenze der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, in: CDU-Staat, a.a.O., S. 5—22; kurz auch Lorenz Knorr, Zukunftsplanung der SPD — in wessen Interesse, in „sozialistische hefte", 3/4 1969, S. 117 ff. Vgl. auch J. Huffschmid, Karl Schillers konzertierte Aktion, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", 5/1967, S. 442, und Wilhelm M. Breuer, Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus", in: „Blätter", 4/1970, S. 359 ff.
10) In WWI-Mitteilungen, Heft 7/8, 1968.
11) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchungen der Vermögensbildung und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 43 ff. u. S. 62 ff.
12) Ebenda, S. 40.

sen werden, daß unter die Selbständigen auch Kleinbauern, Milchladenbesitzer etc. subsumiert werden, wie andererseits unter die Rubrik Arbeitnehmer Spitzenmanager und hoch bezahlte Beamte fallen. Die tatsächlichen Vermögensdisproportionen sind also noch viel krasser, als sie in den angeführten Zahlen zum Ausdruck kommen. Wahrscheinlich kommt eine in der Zeitschrift „Capital" [13]) genannte Zahl der tatsächlichen ökonomisch und damit politisch herrschenden Gruppe am nächsten. Danach verfügten bereits 1966 84 000 Aktionäre (das ist ein Zwanzigstel aller Aktionäre), d. h. 0,14 Prozent der Bevölkerung, über knapp $^3/_4$ des gesamten Aktienkapitals in der BRD. Fügt man hinzu, daß 1966 3,7 Prozent aller bundesdeutschen Aktiengesellschaften über 59,8 Prozent des gesamten Aktienkapitals verfügten und allein auf die 25 größten Konzerngruppen fast 40 Prozent des gesamten Umsatzes aller bundesrepublikanischen Industrieunternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten entfielen, so erkennt man etwa, wie klein letztlich die Gruppe derer ist, die wirklich die ökonomische und politische Macht in den Händen hält [14]). Der Münchner Soziologe Dr. Weltz ermittelte schließlich, daß jeder fünfte Bundesbürger arm ist und auch arm bleibt: 1954 waren 20 Prozent der Bevölkerung mit nur 6 Prozent am Volkseinkommen beteiligt, bis 1966 hatte sich daran nichts geändert [15]).

Nun nimmt es nicht Wunder, daß Parteien wie CDU/CSU, die vornehmlich von Unternehmern finanziert werden (1965 deckte die CDU aus Mitgliedsbeiträgen 3 Prozent, die SPD 97 Prozent ihres Parteiumsatzes; wie die CDU die restlichen 97 Prozent ihrer Ausgaben deckte, sei der Phantasie des Lesers überlassen), eine Politik im Interesse dieser Unternehmer betreiben. So erklärte Gerhard Schröder vor dem Bundestag: „Ich sage übrigens ganz offen im Gegensatz zu manchen, die das nicht so auszusprechen wagen: Ich bin hier mit meinem ganzen Herzen absolut bei der Eisen- und Stahlindustrie ..." [16]), oder Ludwig Erhard: „Mein Herz schlägt nun einmal für die deutsche Wirtschaft" [17]). Oder so plauderte die Vertraute des ehemaligen Adenauer-Staatssekretärs Lenz, Maria v. Horn, aus, daß die Skandal-Schützenpanzer HS 30 deshalb gekauft worden seien, weil die Herstellerfirma der CDU 35 Mio. Mark für den Wahlkampf und dem Adenauer-Staatssekretär 3 Mio. Mark für die Auftragsvermittlung zugeschoben habe; weiter aus einer Horn-Notiz vom Februar 1954: „Flick hat, wie ich aus mehreren Besprechungen zwischen Otto (Lenz) und Kaletsch (Vetter und Generalbevollmächtigter des Industriellen Dr. Friedrich Flick, d. Verf.) weiß, bei denen ich zugegen war, ein paar Millionen in den Wahlkampf von 1953 gesteckt" [18]). Dementsprechend wurden in der BRD die Weichen gestellt, was sich besonders deutlich in den Niederlagen der Arbeiterbewegung zeigte: die Verhinderung der Sozialisierung, „das gegen den Willen der Gewerkschaften verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz, der Schadenersatz für einen Demonstrationsstreik, die Remilitarisierung und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die Begrenzung des Streikrechts auf den sozialadäquaten Streik, der Schadenersatz für den schleswig-holsteinischen Streik der IG Metall und die Ohnmacht der Gewerkschaften in den neugeschaffenen supranationalen Bereichen" [19]), die Niederlage bei der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze und das bisherige Scheitern aller Mit- und erst recht Selbstbestimmungsforderungen.

Aufgrund dieses Tatbestandes mag sich mancher Naive nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 von der nunmehr mitregierenden SPD mehr

13) „Capital", 2/1966, S. 22.
14) Vgl. auch W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, S. 72.
15) „deutsches panorama", 2/1967, S. 90.
16) Protokoll der Verhandlungen des Bundestages, 4. Wahlperiode, 68. Sitzung, 18. 3. 1963.
17) Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik, Bonn 1964, S. 68.
18) „Der Spiegel", 41/1968, S. 67.
19) Jürgen Seifert, a.a.O.

soziale Gerechtigkeit erhofft haben. Allerdings weit gefehlt: der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller bescherte den Unternehmern 1967 eine Gewinnsteigerung von 28,5 Prozent, den Arbeitnehmern hingegen nur eine Lohnsteigerung von 2,4 Prozent, und während Schiller daranging, die Sozialleistungen für Arbeitnehmer abzubauen, erhielten die Unternehmer zusätzliche Subventionen, erhöhte Abschreibungssätze etc. Die Unternehmergewinne stiegen von 1967 bis Mitte 1968 um über zehnmal mehr als die Löhne der Arbeiter und Angestellten, und so schrieb der „Volkswirt" zu Recht: „Die Gewinne der Unternehmer zu steigern, ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, und die Sozialdemokratische Partei ist mit von der Partie. Der Sozialdemokrat Schiller forciert als Bundeswirtschaftsminister diese Politik. Das allein ist schon ein historisches Ereignis" [20]). Für 1968 heißt es im „Jahreswirtschaftsbericht 1969", daß die „Zuwachsrate des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (wie geplant) zweieinhalbmal so hoch war wie die des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit. Bei dem Nettoeinkommen ergab sich eine noch größere Entwicklungsdivergenz". Dabei ist, wie bereits bemerkt, zu berücksichtigen, daß diese riesigen Summen in die Taschen von nur einem Bruchteil der Bevölkerung wandern, jener nicht sehr viel mehr als 0,14 Prozent, während sich die restlichen 99 Prozent des Volkes, die diesen Reichtum erarbeitet haben, mit einem Bruchteil desselben zufrieden geben dürfen, bzw. müssen. Und während die Produktionssteigerung je Erwerbstätigenstunde 1968 7 Prozent betrug, machte sich sogar das im Nettozuwachs der Stundenlöhne mit nur 4 Prozent bemerkbar, was selbst im 5. Jahresgutachten des Sachverständigenrates kritisiert wurde [21]).

Auch in den Projektionen bis 1972 bleibt diese extrem ungerechte Tendenz erhalten, wozu Lorenz Knorr [22]) zutreffend feststellte: „In keiner Phase der Regierung Adenauer und Erhard wurde eine derart ungerechte Verteilung des Volkseinkommens erreicht", und „die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Unternehmer unter Prof. Schillers Anleitung und Steuerung übertrifft zu fast 50 Prozent jene Summen, die alle bürgerlichen Kabinette für zumutbar hielten." Im Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt stehen die Bundesbürger mittlerweile nicht nur hinter den USA und Schweden, sondern auch noch hinter Frankreich, Großbritannien und sogar Italien; nur in Japan ist die soziale Ungerechtigkeit noch größer als in der BRD. Daß der Industrieverbandschef Berg, nach dem besten Wirtschaftsminister befragt, unter diesen Auspizien antwortete: „Einen besseren als Karl Schiller? Ich weiß keinen", leuchtet ein.

Unter den Gründen für eine derart extrem sozial ungerechte Wirtschaftspolitik dürfte das folgende Zitat, das übrigens keiner DDR-Zeitung, sondern der der CSU nahestehenden „Demokratisch-Konservativen Korrespondenz" [23]) entstammt, einen Aspekt erhellen: „Industrielle, besonders im Rheinland und Ruhrgebiet, (lassen) ... ihre finanzielle Unterstützung derzeit der SPD angedeihen. Wie aus jenen Wirtschaftskreisen verlautet, soll diese neue Taktik den Zweck verfolgen, die SPD vor allem unabhängiger von den Gewerkschaften zu machen und ihr mehr Bewegungsfreiheit innerhalb der Großen Koalition zu verschaffen ... Insbesondere soll sie damit in die Lage versetzt werden, das ihrem Koalitionspartner gegebene Versprechen einer Unterstützung der Notstandsgesetze in die Tat umzusetzen. Bisher haben sich nämlich innerhalb der SPD vor allem

20) „Volkswirt" v. 24. 2. 1967.
21) Das Jahresgutachten 1968/69, „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung", Mainz 1968.
22) L. Knorr, a.a.O., S. 120.
23) Nr. 5/67.

jene linksorientierten Kräfte, die aus den Reihen des DGB kommen oder diesem nahestehen, gegen diese Gesetze gestemmt und auf der SPD-Seite damit Verzögerungen verursacht... Den erheblichen ideellen Vorteilen, die die CDU durch jene neuen Maßnahmen Industrieller gewinnt, stehen allerdings auch einige unmittelbare finanzielle Nachteile gegenüber..."

Man ist also auf seiten der Industrie durchaus flexibel, und wie man sieht, mit Erfolg — die Notstandsgesetze sind verabschiedet, die Profite gestiegen wie unter keinem bürgerlichen Kabinett, die Arbeiter und die Gewerkschaften qua ihrer Fixierung auf die SPD diszipliniert. Doch sind diese Industriegelder für die SPD nur die eine Seite. Den anderen und wichtigeren Aspekt erhellt die Tatsache, daß keine Regierung eines kapitalistischen Staates überhaupt eine andere als Unternehmerpolitik betreiben kann, falls sie nicht das gesamte System ändern, d. h. Schritte in Richtung Sozialismus unternehmen will.

III

Dieses kapitalistische System, in dem wir leben, läuft also naturnotwendig darauf hinaus, daß die wenigen Reichen und Mächtigen immer reicher und mächtiger, die vielen Abhängigen immer abhängiger werden und einen immer geringeren Anteil von dem erhalten, was sie selbst erarbeiten. Daraus resultiert auch das Chaos in all den Bereichen, die nicht der direkten Profitmaximierung dienen: Alte und Kranke, Kinder und Jugendliche in der Ausbildung, Behinderte und Straffällige bringen weder Profit noch Rendite und sind deshalb für diese Gesellschaft bzw. ihre Herren uninteressant. So leben 6 Mio. Bezieher der Arbeiterrentenversicherung, für die sie ihr ganzes Leben lang bezahlt haben, mit einer Rente, die niedriger ist als das amtlich veranschlagte Existenzminimum. „Von den ... Sozialrentnern hatten 14,3 Prozent ... ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 150 DM monatlich... So ist doch nicht zu leugnen, daß es sich insgesamt in nicht wenigen Fällen um echte Not handeln mag", stellt die Sozialenquête der Bundesregierung lakonisch fest [24]). Diese Zahlen betreffen das Jahr 1962, doch bis heute hat sich daran nichts geändert. Wie eine gerade jetzt abgeschlossene Untersuchung aus Rheinland-Pfalz beweist [25]), haben 12,7 Prozent der über 65 Jahre alten Rheinland-Pfälzer ein monatliches Einkommen von weniger als 200 Mark, 32 Prozent müssen mit weniger als 300 Mark auskommen, fast 45 Prozent bekommen also weniger als das Existenzminimum, 30 Prozent erhalten zwischen 300 und 500 Mark und nur 25 Prozent 500 Mark und mehr. Von diesen alten Menschen stehen 49,7 Prozent völlig allein oder sind ohne zuverlässige Hilfe. Bei solchen Zahlen überrascht es nicht, daß in der BRD jährlich über 4000 alte Menschen sich selbst umbringen, um der Einsamkeit und Not, der diese Gesellschaft sie nach dem Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß überläßt, zu entgehen [26]).

Hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit steht die BRD an führender Stelle in Europa — was den Gesundheitszustand der Bevölkerung angeht, so steht die BRD „fast an letzter Stelle der zivilisierten Länder" [27]). Der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt ist seit 1950 bis Anfang der sechziger Jahre dauernd gesunken und ist seitdem gegenüber ursprünglich 38 Prozent bei etwa 26 Prozent stehengeblieben. 26 Prozent der erwachsenen Bundesdeutschen hat-

[24]) Sozialenquête: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Bericht der Sozialenquête-Kommission, erstattet von W. Bogs u. a., Stuttgart 1966, Ziffer 509.
[25]) FR v. 14. 4. 1969.
[26]) FR v. 24. 3. 1969.
[27]) Zitiert nach FAZ v. 18. 5. 1966.

ten 1964 weder Sparbuch, Bankkonto noch Wertpapiere, weder Bausparverträge noch Lebensversicherung [28]).

Von 100 Wohnungen waren 1966: 2 in einer Laube, Baracke oder in einem Notquartier, weitere 7 in einem Keller, Dachgeschoß oder einem Notwohngebäude, 13 in einem Haus, das vor 1870 erbaut worden ist, 4 ohne fließendes Wasser, 7 ohne normale Küche oder Kochnische, 26 ohne WC, 53 ohne Bad oder Dusche. In 20 Prozent der „Normalwohnungen" wohnten mehr Personen, als diese Wohnungen Räume hatten, 1,3 Mio. der „Normalwohnungen" hatten nur zwei „Räume" — als Räume zählten hier auch Bad undWC, sofern mindestens 6 qm groß. Rund ein Drittel dieser Wohnungen war ständig von mehr als zwei Personen bewohnt; 250 000 Bundesbürger lebten in solchen Wohnungen sogar zu fünf oder noch mehr Personen [29]). Auch hier hat sich bis 1969 nicht viel verändert: heute sind immer noch 78 Prozent aller Wohnungen ohne Zentralheizung, 35,7 Prozent ohne Bad und 24,1 Prozent ohne eigenes WC und nur 22 Prozent einwandfrei [30]).

„300 000 Bundesbürger galten 1968 als ‚nicht seßhaft', sind zeitweise oder immer obdachlos, ca. 2 Mio. müssen, um überhaupt leben zu können, ständig oder zeitweise die staatliche Sozialhilfe in Anspruch nehmen, ca. 50 000 leben nach Schätzungen in ärmlichsten Verhältnissen, ohne in den Karteien der Sozialämter oder der privaten Wohlfahrtsorganisationen registriert zu sein" [31]), ca. 1 300 000 Menschen wohnen heute noch in Slums, zigtausend alte Menschen (allein in München 8000) warten auf einen Platz im Altersheim — oft jahrelang. Längst ist allgemein bekannt geworden, daß in allen öffentlichen Altersheimen unerträglich lange Wartefristen bestehen. Hier konnte man angeblich mit dem Anwachsen des „Altenkegels" nicht Schritt halten; die Reichen konnten es — die Luxusaltenheime wuchsen von 6000 im Jahre 1962 sprunghaft auf ca. 30 000 Plätze im Jahre 1968 [31a]). Bei den Luxusaltenheimen winkte Profit, die Armen dürfen warten.

Das Chaos auf dem Bildungssektor ist bekannt, die Tatsache, daß die Kriegsbeschädigten mit die niedrigsten Entschädigungen in Westeuropa erhalten, ebenso. Deshalb sei nur noch ein kurzer Blick in den Bereich der nicht industriell verwertbaren Jugendlichen getan. „Man kann davon ausgehen, daß etwa 10 Prozent unserer Jugend durch eine verminderte soziale Anpassung gefährdet sind" [32]). Was geschieht nun, um diesen gefährdeten Jugendlichen zu helfen? Prof. v. Bracken [33]) ermittelte für 1962 1 670 000 entwicklungsgestörte Jugendliche im Alter von 1 bis 25 Jahren. Der 1965 von der Bundesregierung vorgelegte Jugendbericht stützt sich auf diese Arbeit Brackens, verschweigt jedoch die alarmierenden Zahlen. So erwähnt er zwar die Tatsache, daß 160 000 Kinder eine Sonderschule besuchen, nicht jedoch die, „daß 350 000 Kinder im schulpflichtigen Alter keine Sonderschule besuchen können, weil Plätze oder für sie geeignete Rehabilitationseinrichtungen fehlen" [34]). So sind bisher weder Erziehungsheime, deren Nachholbedarf von Fachkreisen auf eine halbe Milliarde Mark geschätzt wird (was ist das gegenüber 22 Milliarden für Rüstung?), gebaut worden noch genügend Sonderschulen oder Rehabilitationszentren, noch ist etwas Entscheidendes zur Qualifizierung und Quantifizierung der Heimerzieher getan worden, von denen z. Z. „schätzungsweise 70 bis 80 Prozent vorher ohne Beruf gewesen

28) „deutsches panorama", 2/1967, S. 89.
29) Ebenda, S. 90.
30) FR v. 19. 4. 1969.
31) „konkret", 2/1969, S. 22.
31a) Statistisches Jahrbuch für die BRD 1966, S. 430 u. 428 f.; siehe auch W. Rosenbaum, Zur Sozialpolitik des Kabinetts Kiesinger, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", 6/1967, S. 154 ff.
32) CDU-Staat, a.a.O., S. 47.
33) v. Bracken, Entwicklungsgestörte Jugendliche, Bd. 5, München 1965.
34) CDU-Staat, a.a.O., S. 51.

oder aus völlig anderen Berufsgruppen zugewandert" [35]) sind und meist über keinerlei Fachkenntnisse verfügen.Von ausreichenden Heilungs- oder Erziehungschancen kann also keine Rede sein. Ähnlich liegt es bei der Wiedereingliederung straffällig gewordener Jugendlicher (bei den Erwachsenen ist es selbstverständlich nicht besser): „Das Erziehungssystem im Jugendstrafvollzug macht oft die jugendlichen Straftäter erst zu verzerrten Spiegelbildern ihrer selbst. Nach einer psychischen Fehlentwicklung mit sozialer Entgleisung, meist dem leicht erkennbaren Produkt ungünstiger Einflüsse der Familie und der Gesellschaft, treffen sie im Gefängnis genau auf die Zustände, die eine solche Entwicklung mitbedingt haben und jetzt potenzieren: Strafhaltung, Verachtung, Zwangserziehung, Verständnislosigkeit, Einfluß der negativen Auslese, Mangel an berufsbildenden und persönlichkeitsfördernden Einrichtungen, Mangel an Personal, das in der Lage wäre, Vorbilder und Identifikationsmöglichkeiten zu bieten" [36]). Das Resultat des Strafvollzugs allgemein, der eigentlich nicht bestrafen, sondern resozialisieren sollte, ist entsprechend: die durchschnittliche Rückfallquote in der BRD liegt zwischen 70 und 80 Prozent [37]).

Für eine ausschließlich auf privaten Profit ausgerichtete Gesellschaft wie die unsrige ist diese Entwicklung, die hier nur ganz kurz skizziert werden konnte, fast zwangsläufig. Wo eine Gesellschaft nicht auf die optimale Bedürfnisbefriedigung aller Individuen, sondern auf den Profit einiger Weniger hin orientiert und organisiert ist, verliert der Einzelne seinen Wert als Mensch; sein einzig relevanter Wert ist seine Ausbeutbarkeit im Sinne der Profitmaximierung. Wer solcherart nicht verwertbar ist, ist für dieses System ohne Funktion und eigentlich ohne Existenzberechtigung.

Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage

Von Albert Jan Rasker, Leyden

Was ist ethisch?

Denen, die nach der ethischen Komponente in politischen Entscheidungen fragen, wird oft entgegengehalten, daß es eine solche Komponente nicht gebe, daß wir es in der Politik nur zu tun haben mit einem vorsichtigen (oder unvorsichtigen!) Balancieren von Machtverhältnissen. Ganz konsequent ist man dabei nicht, denn gegebenenfalls wird die Gegenpartei mit ethischen Argumenten disqualifiziert: sie sei herrschsüchtig, aggressiv, unzuverlässig, sie wolle uns ein unmenschliches Regime aufzwingen und solches mehr, während der eigene Standpunkt ethisch qualifiziert wird: Wir setzen uns ein für Freiheit, Gerechtigkeit und andere hohe Güter der Menschheit . . .

35) Ebenda, S. 52.
36) Ebenda, S. 58.
37) FR v. 23. 4. 1969.

In dieser Inkonsequenz liegt die Wahrheit. Es handelt sich in der Politik wesentlich um Verantwortlichkeit für Mensch und Menschlichkeit, um mehr Menschlichkeit, mehr Gerechtigkeit und Freiheit, damit die Zukunft nicht nur eine Fortsetzung der Vergangenheit, sondern einen echten Fort-Schritt bringt. Wenn man dies akzeptiert, dann gilt dabei als ethische Regel, daß nicht der Mensch in den Dienst der Mächte gestellt wird, sondern daß die Mächte im Dienst des Menschen stehen. Unter „Mächten" verstehen wir dann alle Erscheinungen und Instanzen, die das menschliche Leben und Zusammenleben beeinflussen können: nicht nur die drei, welche sich nach Montesquieu im Gleichgewicht halten sollen, nämlich die Legislative, die Exekutive und die Justiz, sondern auch die Technik, die Industrie, die Finanz, auch die Ideale und Ideologien, auch den militärischen Apparat — und die „hidden persuasors", die „geheimen Verführer", die uns das alles als heilsam und unentbehrlich empfehlen.

Der ethische Gesichtspunkt besteht nicht nur darin, daß die Mächte in ihrer Tendenz, sich autonom auszubreiten und fortzuwuchern, in Schach gehalten und gegeneinander ausgespielt werden, sondern vor allem darin, daß sie an Normen der Menschlichkeit und an Verantwortlichkeit für die Zukunft gebunden werden müssen.

Ethisch ist auch, daß wir nach unserer persönlichen Verantwortlichkeit fragen, der wir uns nicht entziehen können; wir dürfen die Geschehnisse nun einmal nicht sich selbst überlassen, wir dürfen die Entscheidungen nicht allein den Fachleuten und Sachverständigen überlassen; die Errungenschaft der Demokratie, der wir uns rühmen, impliziert auch, daß wir alle gemeinsam verantwortlich sind. Wir dürfen nicht über die Politik sprechen wie Außenstehende, gleichsam wie auf einem Balkon, sondern wir stehen nun einmal mitten auf dem Markt des Lebens im Gewühl und Gedränge, als Beteiligte an allem, was da geschieht und entschieden wird.

Ethisch ist schließlich auch, daß wir uns „an die eigene Brust klopfen". Das bedeutet für unser Thema ganz konkret, daß wir nicht immer zuerst fragen, was der hypothetische Gegner, der „Feind im Osten", Böses tue oder im Sinn habe, sondern daß wir bei uns selbst anfangen und fragen: Was könnte er gegen uns einzuwenden haben, und könnte er dafür vielleicht mehr Anlaß haben, als uns lieb ist? Und wenn es so ist, was können wir tun, um das zu ändern? So hat das Ethische in der Politik sogar einen religiösen Aspekt: Einkehr zu uns selbst.

Zweck und Mittel

a) Friede bedeutet Fülle des Lebens, Menschlichkeit, Glück, Sicherheit, Vertrauen in die Zukunft. Wir denken dabei an den biblischen Begriff „Schalom", der unter uns mehr und mehr Eingang findet. Ein Zustand, in dem wir unter gegenseitiger Drohung in einem Gleichgewicht der Angst, „balance of terror", einander gegenüberstehen, darf dann nicht Friede genannt werden. Das aber ist der wirkliche Zustand, in dem wir leben. Er wird uns auch angepriesen. Unter „Atomschirmen" haben wir eine beschränkte Abwesenheit des Krieges; mehr ist es nicht, vielmehr wird eine beschränkte Anwesenheit von scheußlichen Kriegen ermöglicht; und die führenden Politiker wissen noch immer nichts Besseres zu denken oder zu wagen. Aber wir, die Menschen, deren Existenz bei alledem der Einsatz ist und die dabei mitverantwortlich sind, müssen diesen sogenannten Sachverständigen sagen, daß ihre Weisheit die tiefste Unweisheit ist.

Mittlerweile sind gerade diejenigen, die uns diese Weisheit anpreisen, fortwährend dabei, dies Gleichgewicht zu stören, indem sie die Rüstung immer weiter perfektionieren und jedes Motiv dazu gierig aufgreifen. Das mag in gewissem

Sinne unvermeidlich sein — eine immer voranschreitende Perfektionierung gehört ja zum Wesen der Technik —, aber was in der Kriegs- und Rüstungstechnik Perfektionierung heißt, kann auch Dämonisierung genannt werden; und wir können uns dabei nur fragen, ob wir es mit einem automatischen, von keinem menschlichen Eingreifen aufzuhaltenden Prozeß zu tun haben oder aber mit verantwortlichen Menschen, deren krankhafte Erfindungskraft eine tödliche Bedrohung für Mensch und Menschlichkeit ist.

Die jüngste Aufwärtsdrehung der Rüstungsspirale ist 1969 deutlich sichtbar geworden: sowohl die Russen wie auch die Amerikaner bauen mit unvorstellbar hohen Kosten ein „antiballistic missile" — ein „Anti-Raketen-Raketen"-System —, auch werden „multiple nuclear warheads", Raketen mit mehrfachen Atomköpfen, entwickelt; und die Polaris-Raketen mit einer Wasserstoffbombe sollen ersetzt werden durch Poseidon-Raketen mit solchen „multiple warheads", wogegen auch ein Antiraketen-Raketensystem keinen Schutz mehr bietet. Noch immer gilt dabei das Ceterum censeo Adenauers, vom etwas weniger profilierten Nixon übernommen: „Wir müssen zuerst stärker werden, man kann nur aus einer Position der Stärke (d. h. der überlegenen Stärke) mit den Russen verhandeln." Dürfen wir jetzt durch die vor Monaten in Helsinki begonnenen Verhandlungen Hoffnung haben, daß dieser aussichtslose Weg verlassen wird?

b) Die Rechtfertigung des militärischen Apparats als Schutz der höchsten Güter der Menschheit wird immer unglaubwürdiger. Daß die Atomwaffen, sollten sie wirklich eingesetzt werden, ihren angeblichen Zweck, die Rettung der Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, nicht erfüllen, sondern nur vernichten können, das wissen wir im Grunde genommen jetzt alle. Das Gutachten, das der Generalsekretär der Vereinten Nationen am 10. Oktober 1967 der UN-Vollversammlung vorlegte, ist absolut überzeugend. Aus in diesem Bericht enthaltenen Daten, z. B. angewandt auf die niederländische Provinz Zuid-Holland, kann man schätzungsweise ableiten, daß bei einem beschränkten Einsatz von Kernwaffen auf einige der wichtigeren Zentren ein Drittel der Bevölkerung getötet, ein Sechstel schwer verwundet, die Mehrzahl der Häuser zerstört, aller Verkehr und alle öffentlichen Dienste total desorganisiert und das ganze Polderland in einen radioaktiven Schlammpfuhl verwandelt würde. In diesem Pfuhl würden auch Hunderttausende von verwundeten, toten und verwesenden Tieren liegen, ein erschwerender Umstand, an den bei allen Plänen für Zivilschutz kaum gedacht wird. Die Phantasie, die erforderlich ist, um sich dies alles vorzustellen, wird nur übertroffen vom Mangel an Phantasie derjenigen, die uns glauben lassen wollen, daß mit solchen Waffen irgendeinem Ziel gedient werden könne und daß aus einem solchen Chaos so etwas wie Rettung menschlicher Werte und Würde möglich sei.

Und doch gibt es Politiker und Militärs, namentlich auch in den NATO-Ländern, für die der Besitz oder wenigstens die Mitverfügung über solche Waffen ein unentbehrliches Status-Symbol ist.

Nun versichert man uns zwar, daß man nicht die Absicht habe, solche Waffen wirklich zu gebrauchen, — man will nur mit ihnen drohen, weil man sich von ihnen bedroht fühlt. Man vergißt dabei zu bedenken, 1) daß diese Drohung nur dann glaubwürdig und effektiv ist, wenn es auch Soldaten in genügender Zahl gibt, die in ihrem Gebrauch geübt werden, wenn ihr Einsatz in der strategischen Planung und bei den Manövern einkalkuliert wird, was denn auch tatsächlich geschieht; 2) daß den Soldaten dann auch eine ideologische Indoktrinierung erteilt wird, die den Einsatz dieser Waffen „im äußersten Notfall" auch für ihr Gewissen rechtfertigt; 3) daß es Menschen, vielleicht nur einige wenige, geben muß, die darüber zu entscheiden haben, wann dieser Einsatz nötig ist, — welch eine

übermenschliche Macht (nicht mehr des Regierens, sondern des Zerstörens) wird ihnen dabei zuerkannt; im Vergleich dazu versinkt die Macht aller Diktatoren der Geschichte ins Nichts. Welch ein Gedankengang mit doppeltem Boden: eine solche totale Diktatur über Leben und Tod halten wir in Reserve, als äußerste Konsequenz der Mittel, die angeblich dazu dienen, daß wir ohne Diktatur, in Freiheit, leben können!

Perfektioniert werden auch Erfindung und Produktion von bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln — nach der bewährten Regel: der Feind kann sie sicher auch machen, darum dürfen wir nicht zurückbleiben. Sehr beliebt sind z. B. Versuche, mit Hilfe der Molekular-Biologie „verbesserte" Pestbazillen zu züchten, auf die der menschliche Körper durch eine listige immunologische Täuschung nicht mit Abwehrstoffen reagiert, mit der Folge, daß viel mehr Patienten sterben. Fundamentale Untersuchungen, die in den Verteidigungslaboratorien auf diesem Gebiet gemacht werden, sind nach einem Artikel in der „Nieuwe Rotterdamse Courant" vom 28. Oktober 1969 oft imponierend; das Verteidigungslaboratorium TNO in Rijswijk sei durchaus eins der besten Zentren in den Niederlanden. (Für andere Länder, auch die Bundesrepublik, haben die „Blätter" schon mehrfach einschlägige Informationen gegeben.) So wird bei uns im Westen für die Menschlichkeit und die Zukunft der Menschheit gearbeitet . . .

Neuerdings (am 25. November 1969) hat Präsident Nixon den Gebrauch bakteriologischer und chemischer Waffen verurteilt. Am selben Tage hat die Sowjetunion im politischen Ausschuß der Vereinten Nationen ein internationales Verbot dieser Waffen verlangt. Es ist zu hoffen, daß damit wirklich, wenigstens auf diesem Gebiet des Gleichgewichts des Schreckens, nicht wie so oft nur ein Lippendienst an der Abrüstung erwiesen, sondern ein echter Schritt getan werden wird.

Die „defensiven" Untersuchungen sollen aber Nixons Erklärung zufolge fortgesetzt werden — nur würden die USA nie der erste sein, der diese Waffen einsetzt; damit sind wir auf diesem Gebiet wieder bei jener Formel, mit der bisher jede Aufrüstung gerechtfertigt, jeder Weg zur Abrüstung blockiert wurde.

Wann wird eine Regierung den Mut haben, diese Formel als eine trügerische und tödliche Verführung zu entlarven und zu verwerfen?

c) Niemand hat die Absicht, die Kriege, die vorbereitet werden, wirklich zu führen. Die Völker verlangen nach Frieden, die Regierungen wollen Frieden, die Militärs versichern uns, daß sie besser als sonstjemand wissen, wie schrecklich ein Krieg sei, und daß sie nur dazu da seien, um Krieg zu verhindern. „Wenn dennoch Krieg ausbricht, ist unsere Mission mißlungen", sagen sie, und wir mögen von ihrer subjektiven Ehrlichkeit überzeugt sein. Aber objektiv wird die Sache je länger desto unehrlicher, wird die alte römische Wahrheit „Si vis pacem, para bellum" je länger desto unglaubwürdiger.

Wir fragen uns, ob es nicht notwendig und das einzig Vernünftige sein würde, den geraden Weg zum Frieden zu suchen, statt dieses höchst gefährlichen Umweges. Das, was wir vorbereiten, werden wir mit größter Wahrscheinlichkeit auch bekommen.

Mittlerweile geschieht, auch wenn kein Krieg kommt, etwas Verhängnisvolles mit uns. Unser Geist und unser Gemeinschaftsleben werden in zunehmendem Maße zu manipulierten Objekten dieser Kriegsapparate und der Propaganda, die für den angeblichen Nutzen solcher Apparate gemacht wird, auf die wir mit oder gegen unseren Willen unser Vertrauen setzen und durch die unsere innere Freiheit und unser Menschsein im Kern angetastet werden. Wer das eigentliche Sub-

jekt dieser Manipulation ist, ist nicht deutlich — obgleich wir uns die Worte des Präsidenten Eisenhower zur Zeit seines Rücktritts zu Herzen nehmen sollten, als er vor der verselbständigten Wucherung des militärischen und rüstungsindustriellen Komplexes warnte.

Das durchschlagende Motiv war in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg das kommunistische Rußland — gegen das dann die NATO gegründet und die Bundesrepublik wieder aufgerüstet wurde; jetzt hält sich fast jedermann für überzeugt, daß die Sowjetunion keine aggressiven Absichten hat, wenn auch nach dem 21. August 1968 das Gespenst sich wieder heraufbeschwören ließ und unseren Sachverständigen guten Anlaß gab, die Stärke der NATO schnellstens zu vermehren. Weit weg liegt aber China, fremder, befremdend, gruselig; es ist lohnend, jetzt unsere Angst auf das Gespenst China zu projizieren, und wir haben schon ein neues Motiv, unser Waffenzeug zu perfektionieren und neue Strategien zu entwerfen.

Könnte es aber nicht sein, daß unser größter Feind, die gefährlichste Drohung die Angst und der Unwille unseres eigenen Herzens sind? Eine Angst und ein Unwille, für die wir individuell nicht verantwortlich sind, die sich aber wie eine nicht mehr menschliche, überpersönliche, dämonische Macht zum Meister unseres Denkens und Fühlens gemacht haben? Erst wenn wir davon befreit wären, würden wir endlich den Mut finden können, gradeaus auf unser Ziel hinzustreben: Frieden vorbereiten, weil wir Frieden wollen, nicht nur für uns selbst, sondern zusammen mit den anderen. Denn Frieden gegen die anderen, Frieden, bei dem uns nichts Besseres einfällt, als uns von den anderen freizuhalten, ist kein Frieden.

Europa und der Frieden

Die europäischen Völker und ihre Regierungen haben eine eigene, ganz besondere Verantwortlichkeit für den Frieden. Denn der Bruch, der die Welt zwischen „Ost" und „West" teilt, ist in Europa entstanden.

a) Die Wurzeln dieses Bruchs liegen in ferner Vergangenheit, im frühen Mittelalter; es ist durchaus kurzsichtig, zu meinen, daß es sich allein um Kommunismus und Antikommunismus handelt. Unser Argwohn vor möglicher Aggressivität von Moskau aus muß verstummen, wenn wir das Trauma in Rechnung ziehen, das in den Seelen der Russen lebt: vor den Aggressionen, die sie durch die Jahrhunderte vom Westen her erfahren haben — angefangen von den schwedischen und deutschen Kolonisten im Mittelalter bis zur deutschen Invasion unter Hitler, nicht zu vergessen alles, was dazwischen liegt!

Darum ist es eine wesentliche Sache, daß der Westen, vor allem West-Europa, auf das russische Drängen zu einer Sicherheitskonferenz ernsthaft eingeht. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß, während der Osten seit Jahren, wie u. a. im Rapacki-Plan, in verschiedener Form Vorschläge zur Verminderung der Spannung in Mitteleuropa gemacht hat, der Westen noch nie seriös darauf eingegangen ist.

b) Was das Heute betrifft, liegt auf dem deutschen Volk in Mitteleuropa eine große Verantwortung. Wir haben volles Verständnis für die menschliche Tragik der Tatsache, daß die Grenze zwischen zwei Machtblöcken und zwei entgegengesetzten Ideologien und Gesellschaftssystemen das deutsche Volk zweiteilt; aber die Deutschen und wir alle sollten auch bedenken, daß, wenn Deutschland den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätte, es heute kein zweigeteiltes Polen, sondern überhaupt kein Polen und nicht ein zweigeteiltes Rußland, sondern ein zerstükkeltes Rußland geben würde. Allein schon darum ist es an der Zeit, daß die Deutschen ihre Lage annehmen als eine historische Gerechtigkeit. Es ist darum gut

und verheißungsvoll, daß Kiesinger, der noch in seinem letzten Wahlkampf ausrief: „Wir kapitulieren nie vor den Russen", einen Ton tiefer singen muß. Es würde die Deutschen ehren, die Deutschen in der Bundesrepublik und ihre neue Regierung, wenn sie die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens endgültig und eindeutig anerkennen würden; wenn sie, statt endlos zu jammern über die Zwei- oder Dreigeteiltheit ihres Landes, endlich verstünden, daß die Existenz der DDR deren östlichen Nachbarn ein gewisses Sicherheitsgefühl gibt („Die DDR ist der erste deutsche Staat, der keinen Drang nach Osten hat"). Es würde die Deutschen in der Bundesrepublik und ihre neue Regierung ehren, wenn sie durch eine Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat der Entspannung einen großen Dienst tun würden; wenn sie, statt sich ein Alleinvertretungsrecht auch für die Deutschen in der DDR anzumaßen, anerkennen würden, daß die DDR schon längst eine Alleinvertretung ausgeübt hat: als sie nämlich praktisch allein die Reparationsleistungen an die Sowjetunion aufbrachte, die alle Deutschen schuldig waren; wenn sie ihren NATO-Partnern klar sagen würden: Wegen der deutschen Teilung braucht ihr der Sicherheitskonferenz für Europa kein Hindernis in den Weg zu legen, wie ihr am 5. Dezember 1969 noch getan habt.

Kurz, wenn alle Deutschen gemeinsam bereit sein würden, politisch „mit der Teilung zu leben" und gerade so auf allen anderen Gebieten zueinander zurückzufinden, würden sie für die Sicherheit der Welt und auch für ihre eigene glückliche Zukunft einen großen Beitrag leisten, ganz anders als durch die von einigen ihrer Wortführer immer noch gehegte Begierde, „mit der Bombe zu leben".

c) Die niederländische Staatskommission für Abrüstung, internationale Sicherheit und Frieden hat in einem Interims-Bericht unter Vorsitz von Prof. H. F. van Panhuys am 7. Oktober 1968 dem Außenminister H. Luns zurückhaltend formulierte, aber doch in die Richtung des Obenstehenden tendierende Vorschläge gemacht. Es wäre eine gute Sache, wenn in Äußerungen des Außenministers ein Widerhall dieser Vorschläge zu vermerken gewesen wäre, wie z. B. in der NATO-Außenministertagung am 5. Dezember 1969, was aber kaum der Fall gewesen zu sein scheint. Wahrscheinlich haben die Entwicklungen in der CSSR seit 21. August 1968 einen ungünstigen Einfluß gehabt, wie auch in der Haltung anderer westlicher Parlamente und Regierungen.

Man bevorzugt im Westen immer noch eine selektive Entspannungspolitik, will sagen: eine Entspannungspolitik, die sich nicht direkt an Polen und Rußland wendet, sondern vielmehr darauf aus ist, den Warschauer Pakt aufzuweichen. Eine solche Politik kann aber im Osten den Argwohn nur vermehren; sie ist auch eine falsche Antwort auf die tschechoslowakische Tragödie und muß vielmehr als eine ihrer tiefsten Ursachen gesehen werden.

d) Bereitschaft zur Koexistenz und zum Dialog sind sowohl die unentbehrliche Bedingung wie auch der zu erwartende Erfolg einer Entspannungspolitik. Die einzige Alternative zum Krieg ist eine solche Bereitschaft. Wollen wir Menschen das Risiko vermeiden, uns gegenseitig zu vernichten, so müssen wir das Risiko wagen, miteinander zu leben. Es ist bemerkenswert, daß sowohl die Enzykliken „Pacem in Terris" (1963) und „Populorum Progressio" (1967) wie das Atomwaffengutachten der niederländischen Generalsynode (1962) und die EKD-Denkschrift zur Lage der Vertriebenen (1965) dafür plädieren. Koexistenz ist die einzige Gestalt echten Friedens.

Unter Koexistenz ist dann zu verstehen das Zusammenexistieren zweier verschiedener, konkurrierender Systeme. Koexistenz ist der Mut, den andern, den anderen Menschen, die andere Ideologie, gelten zu lassen in ihrem Anderssein. Das impliziert auch — und das ist wohl das Schwierigste —, daß man bereit ist,

sich von diesem andern kritisieren zu lassen, sich selbst zu revidieren und Abstand zu nehmen vom ewigen Recht-haben-wollen. Koexistenz beinhaltet auch eine Spannung zwischen der Behauptung der eigenen Identität und der Bereitschaft, dem andern kooperativ entgegenzukommen: Solidarität im Menschlichen über die Grenzen und Gegensätze der Ideologien hinweg. Diese Koexistenz im Vollsinn wird von Christen in der DDR gerne Proexistenz genannt, und sie ist die einzige Alternative für Angst, Abkehr und Aggressivität, die früher oder später zum Krieg führen müssen.

Zur Überwindung der Angst gehört auch: daß wir es wagen, gute Informationen zu geben und zu empfangen. Zu lange haben wir unwahre, irrationale Vorstellungen voneinander gehabt, ohne wirklich zu verstehen, was den anderen eigentlich bewegen mag. Es ist auch sehr schwer, solche fast mythologischen Vorstellungen von der Gegenpartei, die uns mit allen denkbaren Mitteln beigebracht werden, zu überwinden. Mut und innere Freiheit sind dazu nötig.

Ich glaube, daß dieses eine sittliche Aufgabe und eine christliche Berufung ist. Das Evangelium befreit von der Angst und gibt Mut zur Wahrheit, auch wenn wir dazu uns selbst revidieren müssen. Gerade die Christen, deren Glaube oft ideologisches Motiv für einen krampfhaften Antikommunismus gewesen ist, sollten sich berufen wissen, diesen Krampf bei sich selbst und bei anderen zu überwinden. Denn die Wahrheit wird uns frei machen.

Europa zwischen den Völkern

Ein sich christlich nennendes, mächtiges und imperialistisches Europa hat jahrhundertelang Bestürzung und Schrecken unter die Völker gebracht. Das Entsetzen über das, was das sogenannte corpus cristianum — als es seine christliche Kultur, Machtsstreben und ökonomischen Eigennutz über die Welt verbreitete — unter den Völkern angerichtet hat, ist nicht vergessen. Gerade auch solche Völker, die wir für „primitiv" halten, haben ein erstaunliches historisches Gedächtnis durch viele Generationen bewahrt.

Darum genügt es nicht, daß Ost und West in Europa und Nord-Amerika sich finden. Denn Europa und Nordamerika im weitesten Sinn sind für das Bewußtsein der anderen Völker die Weißen, die Reichen, die ehemaligen kolonialen Imperialisten und generell genommen die Christen. Und die anderen Völker sind generell genommen die Farbigen, die Armen, die Kolonisierten und Ausgebeuteten und überwiegend Nicht-Christen. Wir vom Westen und Norden sind für sie ein böser Traum gewesen, jahrhundertelang. Jetzt aber haben wir die Möglichkeit, ihr Mißtrauen zu überwinden durch ein neues Vertrauen. Dann aber wird die Hilfeleistung an die Länder, die wir jetzt Entwicklungsländer nennen, von denen aber viele vor unserem Eingreifen hochentwickelte Kulturländer waren, ganz anders, großzügiger, vor allem viel uneigennütziger sein müssen, als es bislang der Fall ist.

Und wenn wir diesen Weg nicht gehen wollen, wenn unsere Sorge nur ist, daß sie dem Kommunismus verfallen könnten und daß wir sie mit Waffengewalt davon abhalten müssen — dann können wir zwar noch viele Zerstörungen unter ihnen anrichten, wie die Vereinigten Staaten in Vietnam, aber dann haben wir eigentlich schon gänzlich verloren. Dann haben wir unsere letzte Chance, Politik zu betreiben als echte Sorge für Mensch und Menschlichkeit, für heute und die Zukunft verspielt. Und mit der Zukunft der Völker haben wir dann auch unsere eigene Zukunft verspielt.

*

Wir handelten von ethischen und aktuellen Aspekten der Friedensfrage. Es ist uns klar geworden: aktuelle Aspekte sind ethisch, und ethische Aspekte sind aktuell.

Wie kommen wir aus diesen Überlegungen zu praktischen Entscheidungen? Es wird oft appelliert an „alle Menschen guten Willens". Dieser Ausdruck wurde von Chruschtschow sowohl wie von Papst Johannes XXIII. gern verwendet. Es scheint darin eine Basis der Verständigung und Zusammenarbeit zu liegen. Und doch können wir uns darauf nicht zu sicher verlassen. Es könnte vielmehr der christliche Beitrag zum Dialog die Erkenntnis sein, daß wir Menschen, nicht an letzter Stelle die Christen, gerade mit unserm guten Willen oft Verkehrtes getan haben, uns gerade mit hohen Idealen oft gegeneinander haben jagen lassen, im Namen unserer Ideologien maßlose Zerstörungen angerichtet haben.

Diese Erkenntnis kann den Charakter eines politischen Schuldbekenntnisses und einer Bereitschaft zu politischem Umdenken (metanoia) bekommen. Das sind biblische Begriffe: es handelt sich darum, ob wir genug Mut und Erfindungskraft haben, die böse Vergangenheit und das böse Heute gemeinsam zu überwinden, zusammen einen neuen Anfang zu machen und so den Völkern ein neues Vertrauen zu geben.

Es scheint unpraktisch, so zu denken, und dennoch erhält die Politik allein auf diesem Wege einen neuen Inhalt, bekommen die Politiker neuen Mut und empfängt die Menschheit eine neue Hoffnung.

Bücher

Faschismus und Imperialismus

Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage. Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 1. Wilhelm-Fink-Verlag, München 1969, 955 S., Leinen 96,— DM.

Kolonialpolitik im herkömmlichen Sinne spielte für den deutschen Imperialismus schon im Ersten Weltkrieg nur eine sekundäre Rolle. Zwar gab es einige Machtgruppen, die für ein mittelafrikanisches Kolonialreich plädierten, doch die Kriegszieldiskussion wurde stärker bestimmt von jenen Konzernen, die es auf Eroberungen in Europa abgesehen hatten.

In der NSDAP waren — wie Hildebrand detailliert zeigen kann — beide Varianten des deutschen Imperialismus vertreten. Im offiziellen Parteiprogramm von 1920 war ausdrücklich von Kolonien die Rede. Hitler dagegen hatte sich in „Mein Kampf" für die Konzeption eines kontinentalen Imperialismus entschieden, der gegen die osteuropäischen Länder, vor allem gegen die UdSSR, zielte. Als die NSDAP in den Jahren nach 1929 zu einer mächtigen Massenbewegung anschwoll, nahmen die verschiedenen Gruppen des deutschen Kapitals Kontakte zu dieser Partei auf, um ihre politische Richtung entsprechend zu beeinflussen.

Die Kolonialbewegung, die sich „fast ausschließlich auf die administrativen, militärischen und wirtschaftlichen Führungsschichten sowie auf das akademisch gebildete Bürgertum" stützte (S. 105), hatte in der Weimarer Republik ihre Interessen durch Einfluß auf die DVP und die zuständigen Reichsministerien wahrgenommen, deren Bürokratien nach 1918 ja „intakt" geblieben waren. Am Kolonialgeschäft zeigten sich vornehmlich „die Zweige der verarbeitenden Industrie, der Chemie- und Textilbranche, die kommerziellen Kolonialgesellschaften und Schiffahrtslinien sowie

die Banken" interessiert (S. 107). Die deutsche Schwerindustrie förderte zwar die Kolonialbewegung aus nationaler Tradition und aus grundsätzlichen machtpolitischen Erwägungen, vertrat jedoch primär — wie schon im Ersten Weltkrieg — einen kontinentalen Imperialismus.

Angesichts dieser Konstellation hielt es Hitler für nützlich, der Kolonialkonzeption keine eindeutige Absage zu erteilen und ihre Anhänger, zu denen beispielsweise Schacht und Göring zählten, auch in seiner Regierung zunächst frei agieren zu lassen. Diese Politik bot überdies den Vorteil, die Forderung nach Kolonien gegenüber England als Druckmittel verfügbar zu machen. Hildebrand ist der Meinung, daß der Kolonialpolitik neben dieser taktischen Funktion aber durchaus auch ein Stellenwert als langfristige Zielvorstellung in Hitlers Politik zukam: dann nämlich, wenn mit der Niederwerfung der europäischen Länder und der Zerschlagung der UdSSR das deutsche Kontinentalreich verwirklicht war, sollte der afrikanische Raum einbezogen werden, um den Kampf mit Amerika aufnehmen zu können.

Während des Krieges gegen die UdSSR wurden die kolonialpolitischen Planungen zügig fortgesetzt, und zu Beginn des Jahres 1943 war das deutsche Kolonialreich in Afrika am Reißbrett fertig — samt der Vorbereitung des Verwaltungspersonals. Die Katastrophe von Stalingrad im Januar 1943, die die militärische Niederlage des Faschismus besiegelte, decouvrierte solche Pläne freilich als Hirngespinste des Größenwahns. Kurz darauf ordnete Hitler die Einstellung dieser Planungsarbeiten an.

Diese Arbeit des Mannheimer Historikers Hildebrand, die das durchschnittliche Niveau einer Dissertation nicht nur quantitativ weit überragt, hat hier einen Komplex nationalsozialistischer Politik aufgehellt, über den bisher wenig bekannt war. Obwohl er sich auf Adolf Hitler und dessen politische Ansichten und Ziele konzentriert und insofern der herkömmlichen deutschen Geschichtswissenschaft noch partiell verhaftet bleibt, hat er doch auch Probleme einbezogen, die von sozialwissenschaftlichem Interesse sind: die Sozialstruktur der Kolonialbewegung und die Zusammenhänge zwischen bestimmten ökonomischen Machtgruppen und bestimmten imperialistischen Konzeptionen. Für die Faschismusdiskussion ist vor allem dieser Beitrag zur Frage der sozialen Funktion des Faschismus von Bedeutung. Reinhard Kühnl

Großunternehmen Nation

Klaus v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit. R. Piper & Co. Verlag, München 1969, 186 S., 12,80 DM.

„Die Abhängigkeit der politischen Stabilität von der wirtschaftlichen Entwicklung und die Erkenntnis, daß in der Wirtschaft heute über die Zukunft der Nation entschieden wird, drücken den Regierungen das ökonomische Steuer in die Hand" (S. 13).

Diese zentrale These Dohnanyis wird am besten von seinem eigenen beruflichen und politischen Werdegang illustriert. Nach dem Abitur 1946 und dem Studium in München und den USA führte ihn sein Weg vom Max-Planck-Institut für internationales Privatrecht zur Firma Ford, deren Kölner Planungsabteilung er bis 1960 leitete. Nach einer Tätigkeit im Institut für Marktforschung und Unternehmensberatung Infratest wurde er Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft.

Das „Großunternehmen Japan" (S. 34) dient ihm als Aufhänger, um für die Bundesrepublik in groben Umrissen das Modell des „Großunternehmens Nation" zu entwerfen. Die hierzulande weit verbreitete Bewunderung der japanischen Wachstumserfolge wird geschickt benutzt, um die Konzeption eines straff organisierten Staatswesens schmackhaft zu machen.

Die Organisationsform der Gesellschaft wird aus dem Bereich der privaten Unternehmen übernommen. Das „Großunternehmen Nation" hat keine Regierung, sondern ein „politisches Management" (S. 30). „Zentrale Zielsetzung, dezentralisierte Verantwortung" (S. 31) machen das Wesentliche dieses Modells aus. Wer die Zielsetzung bestimmt, in wessen Interessen das „Großunternehmen Nation" geleitet werden soll, darauf deutet nicht nur die zitierte Anzeige des größten japanischen Handels-

Neuerscheinungen Politik

Sir Ivor Jennings, Gerhard A. Ritter
Das britische Regierungssystem

459 Seiten. 2., neubearb. und erw. Auflage.
Die Wissenschaft von der Politik, Bd. 4. Leinen- und Studienausgabe.
In Vorbereitung

Werner Kaltefleiter
Die Funktion des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie

Ca. 330 Seiten. Demokratie und Frieden, Band 9.
Kart. ca. DM 35,–

Karl Mannheim
Freiheit und geplante Demokratie

Freedom, Power and Democratic Planning
Aus dem Engl. von Peter Müller. Ca. 250 Seiten.
Kart. DM 32,–; Ln. DM 45,–

Carl J. Friedrich
Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung

Eine empirische Theorie der Politik
534 Seiten. Ln. DM 60,–

Heino Kaack
Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems

Ca. 660 Seiten. Kart. ca. DM 24,–; Ln. ca. DM 38,–

Hans-Hermann Hartwich
Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo

Ca. 500 Seiten. Studienausgabe kart. DM 24,–; Ln. DM 40,–

Wilhelm Hennis
Demokratisierung

Zur Problematik eines Begriffs
Ca. 40 Seiten. Kart.
In Vorbereitung

Die autoritäre Gesellschaft

Hrsg. Günter Hartfiel
Reihe KRITIK, Band 1.
216 Seiten. Kart. DM 12,–

Konzentration ohne Kontrolle

Hrsg. Dieter Grosser
Reihe KRITIK, Band 2.
316 Seiten. Kart. DM 16,–

Westdeutscher Verlag

unternehmens hin. „Ich bin Japan", verkündete Mitsui & Co Ltd. in der deutschen Presse (S. 11).

Das japanische Beispiel der Beratergremien aus führenden Vertretern der privaten Konzerne, die in Japan den politischen Instanzen beigegeben sind und die faktisch alle wichtigen Entscheidungen fällen, im Grunde also mehr sind als bloß Ratgeber (S. 121), werden ausdrücklich auch als in der Bundesrepublik anwendbar empfohlen (S. 146). Dohnanyi tritt vehement für Planung ein und greift die Neoliberalen vom Schlage Erhards an. Planung ist aber für ihn weit mehr als die gegenwärtig in der Bundesrepublik betriebene Rahmenplanung. Er fordert, immer mit dem Beispiel Japans, eine detaillierte und konkrete Planung der „Gesellschaft als Ganzes" (S. 38). Die „marktwirtschaftliche unternehmerische Initiative" (S. 90) bleibt Orientierungspunkt aller Pläne. Daher weist er den Gedanken, damit könne Planwirtschaft gemeint sein, weit von sich. „Der Primat heißt weltweite Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Unternehmen" (S. 115).

Gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse und die Bedürfnisse der privaten Wirtschaft werden gleichgesetzt. Wachstum und Produktivität sind die vorrangigen Ziele, an denen jede politische und wirtschaftliche Maßnahme orientiert sein muß. Nur die Nation, deren politische Führung ganz gezielt zugunsten der nationalen Konzerne in den internationalen Wettbewerb eingreift, wird ihre Stellung unter den Völkern behaupten können. Nur wenn die Bundesrepublik die „unzeitgemäße Trennung von Staat und Wirtschaft" (S. 106) aufhebt, wird sie sich gegen den „erdrückenden Reichtum Amerikas, die geballte Kraft der Sowjetunion, das unerschöpfliche Menschenreservoir Chinas" (S. 7) durchsetzen können.

Das gilt nicht nur auf den internationalen Absatzmärkten, sondern ebenso für die Rohstoffbeschaffung. Mit Hilfe des Staates, so wird das Beispiel Japans angeführt, sollen die Rohstoffgebiete der „Dritten Welt" eng an die industrialisierten Länder gefesselt werden. So werden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: „die Lieferung von Maschinen und Anlagen für die Erschließung der Rohstofflager und die langfristige Übernahme der Rohstofflieferungen für den japanischen Markt" (S. 107). Offen wird zugegeben: „Die ganze Aktivität läßt sich in der dritten Welt mit den Aufgaben der Entwicklungshilfe produktiv verbinden" (S. 107). Den „unterentwickelten Ländern" wird im weltweiten Konkurrenzkampf der Industrienationen die Rolle des rohstoffliefernden Anhängsels zugedacht. Entwicklungshilfe ist das Mittel, diese Abhängigkeit aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Das gilt nicht nur für Japan, sondern auch für die Bundesrepublik. „Und im Bundeswirtschaftsministerium sind wir jetzt dabei, auch für die Bundesrepublik eine Strategie zu formulieren" (S. 107).

Der imperialistische Charakter der Konzeption „Großunternehmen Nation" wird nur an wenigen Stellen kaschiert. Wenn man Dohnanyi glauben will, dann ist ökonomischer Wettbewerb zwischen den Nationen der Garant für dauernden Frieden. Die Tatsache, daß gerade der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten, der Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffgebiete die Ursache der Kriege, insbesondere der Kriege des 20. Jahrhunderts, gewesen ist, wird ignoriert.

Die Organisation des „Großunternehmens Nation" muß sich durch maximale Rationalität auszeichnen. Die ordnungspolitischen Vorstellungen der CDU übergießt Dohnanyi mit Hohn und Spott. Der Bürger „... fragt nach dem Weg und möchte als Antwort keine schwäbischen Reisebeschreibungen, sondern eine sauber vermessene Landkarte haben" (S. 14). Die überragende Bedeutung eines für fachlich qualifizierten Ausstoß sorgenden Bildungssystems ist ihm klar. „Als ‚Superversailles' könnte sich leicht statt des Sperrvertrages die Kapitulation vor den Verfechtern der Konfessionsschule herausstellen" (S. 16).

Für jede demokratische Bestrebung — im Sinne der Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen — ist die Konzeption Dohnanyis und damit, so darf angenommen werden, führender Kreise der SPD und der neuen Regierung mindestens ebenso gefährlich wie die der CDU. Denn Demokratie wird nur funktional, d. h. als Mittel zur Steigerung der Produktivität begriffen. „Politische Stabilität ist in einer Welt langfristiger Entscheidungen ein ausschlaggebender Faktor wirtschaftlichen Wachstums" (S. 17). „Freiheit ist auch ein zentraler Produktivitätsfaktor" (S. 17). Freiheit wird als Konsumfreiheit

verstanden, Demokratie als ein Mittel zur Unterdrückung von Bestrebungen, von „unten" auf die zentralen Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Man erinnere sich: Dohnanyis Modell ist das private Unternehmen, in dem die Ziele zentral festgelegt werden. Demokratie beschränkt sich dementsprechend auf die Methoden zur Herbeiführung dieser Ziele.

Die Fixierung der Zielsetzungen unterliegt keinem demokratischen Einfluß. „Die wirtschaftliche Vernunft", so wird Gustav Stolper zitiert, „ist ein und dasselbe unter jedem Regime" (S. 19). Sie ist es, die die Ziele vorschreibt. Diese „wirtschaftliche Vernunft", die das Handeln des „politischen Managements" bestimmt, ist aber in einer kapitalistischen Gesellschaft die Vernunft der privaten Wirtschaft. Maximales Wachstum und maximale Produktivität sind in ihr untrennbar mit Profitmaximierung verbunden. Ohne maximale Profite kein maximales Wachstum. Dem unterliegen nicht nur alle wirtschaftspolitischen, sondern auch die gesellschaftspolitischen Entscheidungen. „Die Ökonomie ... ist ... wichtigster Maßstab der politischen Strategien" (S. 19).

Der Hauptmangel der Bundesrepublik liegt im Fehlen eines „funktionsfähigen politischen Führungssystems" (S. 147). Soll die Bundesrepublik den „Wettlauf der Nationen" (S. 175) nicht verlieren, muß das „deutsche Führungsdefizit" beseitigt werden. Nicht die vielzitierte „technologische Lücke", sondern die „Führungslücke" (S. 148) gefährdet die Stellung der Bundesrepublik.

In der Organisation, so meint er, liegt die Ursache der japanischen Erfolge. Sie wird charakterisiert durch „die gemeinsame Zielsetzung von Wirtschaft und Staat in den Beratungsgremien; die unternehmerische Tätigkeit des Staates bei der Verwirklichung wirtschaftspolitischer Ziele; die personelle Verzahnung von Politik, Bürokratie und Unternehmensführung" (S. 120). Insbesondere in dem „politischen Management" der Bundesrepublik entdeckt er entscheidende Mängel. Die Leitung des „Großunternehmens Nation" soll in der Hand einer fachlich hochqualifizierten, einheitlichen „Führungselite" (S. 171) liegen, die die Trennung von Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft überwunden hat und die sich ständig zwischen diesen Bereichen austauscht. Der oben kurz skizzierte Werdegang Dohnanyis qualifiziert ihn als hervorragendes Mitglied der bundesrepublikanischen „Führungselite" der Zukunft. Voraussetzung für die Bildung einer solchen Führergruppe ist nicht nur eine fachlich qualifizierte Ausbildung, sondern auch ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl der Spitzen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Die Existenz dieser „Leistungselite" (S. 128) in Japan ist unter anderem der Existenz einer „Eliteuniversität" (S. 171), der Kaiserlichen Universität Tokio, zu verdanken. Das ganze Schulsystem muß geeignet sein, die qualifiziertesten Führungskräfte frühzeitig „herauszuprüfen" (S. 129) und gemeinsam auszubilden. Nur so kann sich das notwendige persönliche Zusammengehörigkeitsgefühl und die ständige Kommunikation herausbilden, die er an der „Führungselite" Japans so bewundert. „Die Barrieren zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik sind zu einem großen Hindernis für die Führung der Nation in die Zukunft geworden" (S. 172). Einzige löbliche Ausnahme: die Konzertierte Aktion.

Die Ausführungen über die „Führungselite" und ihre Heranbildung entlarven den demokratiefeindlichen Charakter von Dohnanyis Konzeption vollends. Denn von einer demokratischen Legitimation dieser Elite ist nicht die Rede. Politik wird zu einer Art Ingenieurwissenschaft (S. 153), die erlernt werden kann. Und die Tätigkeit von Ingenieuren unterliegt nur den Sachnotwendigkeiten und kann nicht Objekt demokratischer Auseinandersetzungen sein. Die „Sachnotwendigkeiten" einer kapitalistischen Gesellschaft werden aber durch die Interessen der privaten Konzerne bestimmt. Profitmaximierung wird zur Sachnotwendigkeit, wenn die Existenz des Profitsystems nicht mehr in Frage gestellt wird. Der Führungstechniker an der Spitze des „Großunternehmens Nation" oder besser das Führungsteam muß den optimalen Weg zur Erreichung der „objektiv" vorgegebenen Ziele finden. Demokratie ist hier nicht nur störend, sondern überflüssig. Reale Demokratie in bezug auf die Unternehmensziele endet vor den Werkstoren. Dohnanyi aber macht die ganze Gesellschaft zu einem einzigen Großkonzern.

Jörg Goldberg

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Wolfgang Kaupen, Die Hüter von Recht und Ordnung. Die soziale Herkunft, Erziehung und Ausbildung der deutschen Juristen. Luchterhand Verlag, 268 S. mit 98 Tabellen und 7 Schaubildern, Ln. 26,— DM, Studienausgabe 14,80 DM (Soziologische Texte, Bd. 65). — Als Bd. 66 der „Texte" erscheint: Niklas Luhmann, Legimitation durch Verfahren (264 S., Ln. 28,— DM, Studienausgabe 18,— DM).

Daniel Cornu, Karl Barth und die Politik. Widerspruch und Freiheit. Aussaat Verlag, Wuppertal, 168 S., Paperback 9,80 DM.

Philosophisches Lesebuch 3. Herausgegeben, eingeleitet und mit Kommentaren versehen von Hans-Georg Gadamer. Fischer Bücherei, Frankfurt, 345 S., br. 4,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 6019). — Der vorliegende Band, der das dreiteilige Werk abschließt, enthält Texte u. a. von Johann Gottlieb Fichte, Ludwig Feuerbach, Karl Marx, Arthur Schopenhauer, Friedrich Nietzsche und Bertrand Russell. Beigegeben ist wieder ein umfangreicher biographisch-bibliographischer Anhang.

Willard van Orman Quine, Grundzüge der Logik. Aus dem Amerikanischen von Dirk Siefkes. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 348 S., Ln. 40,— DM.

Jaromir Danek, Weiterentwicklung der Leibnizschen Logik bei Bolzano. Verlag Anton Hain, Meisenheim, VIII, 160 S., br. 22,80 DM (Monographien zur philosophischen Forschung, Bd. 65).

Internationale Bibliographie zur Geschichte der deutschen Literatur. Bearbeitet unter der redaktionellen Gesamtleitung von Günter Albrecht und Günther Dahlke. Teil 1: Von den Anfängen bis 1789. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 1045 S., Lexikonformat, Linson 68,— DM. — Das umfangreiche Werk wird mit zwei weiteren Bänden fortgesetzt.

Franz Lennartz, Deutsche Dichter und Schriftsteller in unserer Zeit. Einzeldarstellungen zur Schönen Literatur in deutscher Sprache. Zehnte, erweiterte Auflage. Kröner Verlag, Stuttgart, VII, 783 S., Ln. 22,— DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 151).

Arno K. Reinfrank, Deutschlandlieder zum Leierkasten. Satirische Balladen. Illustrationen Uwe Witt. Total-Hirsch Verlag, Berlin, 77 S., 3,80 DM. — Der Verlag brachte vier der Texte auch auf Schallplatte, gesungen von Reiner Rowald, heraus (Preis: 8,— DM).

Karl D. Bredthauer/Heinrich Pacht/Erasmus Schöfer, Werkkreis 70: Ein Baukran stürzt um. Berichte aus der Arbeitswelt. Verlag R. Piper, München, 165 S., br. 8,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Hans Herzfeld (Hrg.), Biographisches Lexikon zur Weltgeschichte. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 1040 S. mit 650 Abb., Halbleder 56,— DM.

Georges Haupt, Die II. Internationale. Aus dem Französischen von Harry Maor. Luchterhand Verlag, Neuwied, 248 S., kart. 16,80 DM.

Günter Opitz, Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik. Droste Verlag, Düsseldorf, 371 S., Ln. 48,— DM (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/Beiträge/Bd. 37).

Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1945—1967. Bearbeitet von Wilhelm Magura. Verlag Paul Parey, Hamburg, 154 S. mit 7 Tab., br. 30,70 DM, im Abonnement 26,70 DM (185. Sonderheft der „Berichte über Landwirtschaft").

Aktuelle Themen

Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD. W. Runge-Verlag, Hamburg, 104 S., Paperback 4,— DM.

Bernd Rebe, Die Träger der Pressefreiheit nach dem Grundgesetz. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 89 S., br. 16,80 DM (Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Bd. 7).

Pressekonzentration. Eine kritische Materialsichtung und -systematisierung. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 389 S., br. 12,80 DM, Linson 16,80 DM.

Hans Peter Ipsen/Eberhard Grabitz, Das Hamburger Universitätsgesetz. Seminarreferate und Diskussionen/Gesetzestext. Verlag Ludwig Appel, Hamburg, 157 S., br. 9,80 DM (Hamburger Abhandlungen des Seminars für Öffentliches Recht, Bd. 59).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Unfälle mit Atomwaffen von 1950 bis 1969*)

Eine der bemerkenswertesten Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Friedensforschung ist das Jahrbuch 1968/69 des Stockholm International Peace Research Institute, des angesehensten Instituts auf diesem Gebiet in der ganzen Welt, über den Stand der Rüstungen und der Abrüstungsbemühungen in der Welt [1]). Knappe, übersichtliche Berichte, ausführliche Hinweise auf Literatur, eine schier unübersehbare Anzahl von Tabellen und Listen geben dem Leser auf über 400 Seiten präzise und nüchtern Auskunft über den Stand des internationalen Waffenhandels, den Stand des Rüstungswettlaufs auf technologischem Gebiet (B- und C-Waffen, Hubschrauber, Lichtverstärkungsgeräte, von U-Booten abzuschießende Raketensysteme) und über die Entwicklung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen. Die Zusammenstellung der Daten erfolgte durch ein internationales Team, in dem Wissenschaftler aus westlichen und östlichen Ländern vertreten waren.

Einzelne Angaben und Tabellen in diesem Jahrbuch sind so aufschlußreich, daß es nahe liegt, statt einer Rezension einige Partien des Buches selbst wiederzugeben. Wir beginnen in dieser Nummer mit dem Abdruck einer „Tabelle der wichtigsten Unfälle von Trägersystemen nuklearer Waffen, bei denen nukleare Waffen zerstört wurden, verloren gingen oder in anderer Weise betroffen waren" [2]).

Wilfried v. Bredow

Datum	Waffensystem	Ort	Quelle	Erläuterungen
1) 5. 8. 1950	Keine näheren Angaben	Fairfield-Suison Field, Californien	J. Larus, Nuclear Weapons Safety and the Common Defense, Columbus (Ohio) 1957	Keine näheren Angaben.
2) 1956	Bomber B-36	New Mexico, USA	New York Times, 23. 1. 1968 und andere Quellen	Ein Bomber B-36 verlor eine Atombombe über einer Wüste in der Nähe der Kirtland Air Force Base, New Mexico.
3) 12. 12. 1957	Bomber B-52	Fairchild AFB Spokane, Washington	J. Larus, a.a.O.	Eine B-52 verunglückte beim Start. Damalige Zeitungsmeldungen berichteten nur von einem „Übungsflug" und erwähnten keine Atomwaffen.
4) 5. 2. 1958	Bomber B-47	Hunter Air Force Base Georgia, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-47 warf nach einem Luft-Zusammenstoß aus Versehen Teile einer atomaren Waffe über Bord. Die Waffe befand sich in einem Zustand, aus dem heraus eine Explosion jedoch nicht möglich war.

*) Vorbemerkung und Übersetzung von Wilfried v. Bredow.
1) SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament 1968/1969, Almqvist & Wiksell, Stockholm, Humanities Press, New York, G. Duckworth & Co., London 1969.
2) SIPRI Yearbook, S. 266—268.

Datum	Waffensystem	Ort	Quelle	Erläuterungen
5) 12. 2. 1958	Bomber	Vor Savannah an der Küste von Georgia, USA	J. Larus, a.a.O.	Keine näheren Angaben.
6) 5. 3. 1958	Bomber B-47	An der Küste von Georgia, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Vor der Küste Georgias warf eine B-47 nach einem Zusammenstoß mit einer anderen Maschine eine Atombombe über Bord. Dies wurde als „Zwischenfall", jedoch nicht als ein „Unfall" registriert.
7) 1. 3. 1958	Bomber B-47	Florence, Süd-Karolina, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-47 verlor im Flug eine nicht scharf gemachte Atomwaffe, weil ihre Bombenabwurf-Vorrichtung nicht richtig schloß.
8) 4. 11. 1958	Bomber B-47	Texas, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-47 stürzte nach dem Start in Dyess Air Force Base in Texas ab, nachdem an Bord Feuer ausgebrochen war.
9) 26. 11. 1958	Bomber B-47	Louisiana, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-47 fing auf dem Flugplatz in Chennault, Louisiana, Feuer und brannte aus.
10) 6. 7. 1959	Atombombe auf dem Transport	Louisiana, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine Transportmaschine vom Typ C-124 mit einer nicht scharfen Atombombe an Bord stürzte kurz nach dem Start in Barksdale Air Force Base in Louisiana ab und brannte aus.
11) 15. 10. 1959	Bomber B-52	Kentucky, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-52 mit zwei nichtscharfen Atombomben an Bord stieß in der Nähe von Glen Bean, Kentucky, mit einem Tankflugzeug vom Typ K-135 zusammen. Beide Bomben wurden unbeschädigt gefunden.
12) 8. 6. 1960	Bomarc Luft-Abwehrrakete	New Jersey, USA	New York Times, 23. 1. 1968	In der McGuire Air Force Base in New Jersey brach in dem Gelände, wo die Bomarc Flugabwahrraketen montiert waren, ein Brand aus. Das Feuer und zwei Explosionen beschädigten eine der Raketen, die nukleare Sprengköpfe trugen, stark.
13) 19. 1. 1961	Bomber B-52	Monticello, Utah	J. Larus, a.a.O.	Eine B-52 explodierte in der Luft.
14) 24. 1. 1961	Bomber B-52	Nord-Karolina, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-52 aus der Seymour-Johnson Air Force Base in Goldsboro, Nord Karolina, mit zwei Atombomben an Bord stürzte 15 Meilen nördlich des Flughafens ab.
15) 4. 3. 1961	Bomber B-52	Kalifornien, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-52 stürzte mit zwei nichtscharfen Atombomben an Bord ab.
16) 4. 6. 1962	Thor ICBM	Johnston Island, US Pacific Test Range	New York Times, 5. 6. 1962	Erste Explosion einer Testserie von Detonationen in großer Höhe (30 Meilen). Fehler in der Abschußvorrichtung, „Selbstzerstörung der Rakete im Flug". Die Stärke des Sprengsatzes betrug 1 Megatonne.

Datum	Waffen-system	Ort	Quelle	Erläuterungen
17) 20. 6. 1962	Thor ICBM	Johnston Island, US Pacific Test Range	New York Times, 21. 6. 1962	Der zweite Testversuch dieser Serie mißlingt. Die Thor-Rakete und der Sprengkopf werden wieder zerstört. Seine Stärke lag wiederum „um eine Megatonne herum". Dieses Mal sollte die Explosion in einer Höhe von ca. 200 Meilen erfolgen. „Ein radioaktiver Fleck auf dem Meeresboden wird — vielleicht für Jahrhunderte — eine Erinnerung an den zweiten mißlungenen Versuch der USA sein, eine H-Bombe in einer Höhe von 200 Meilen über dem Meeresspiegel zur Explosion zu bringen." (New York Times)
18) April 1963	Thresher, U-Boot mit Atomantrieb	Atlantik-Küste der USA	Times, 29. 1. 1968	Die „Thresher" hatte Unterwasserraketen mit nuklearen Sprengköpfen an Bord. (Die Ursachen für den Unfall dieses atomgetriebenen U-Bootes sind nicht aufgeklärt worden.)
19) 13. 1. 1964	Bomber B-52	Cumberland, Maryland, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-52 stürzte mit zwei nichtscharfen Atombomben an Bord in der Nähe von Cumberland ab.
20) 8. 12. 1964	Bomber B-58	Indiana, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine B-58 brannte auf dem Flughafen von Bunkel Hill Air Force Base aus. Sie hatte eine nichtscharfe Atombombe an Bord.
21) 12. 10. 1965	Teile von Atomwaffen	Ohio, USA	New York Times, 23. 1. 1968	Eine Transportmaschine vom Typ C-124 fing während des Auftankens in Wright-Patterson Air Force Base, Indiana, Feuer und brannte nieder. Sie hatte keine Atomwaffen an Bord, sondern nicht-explosive Teile von Atomwaffen-Systemen.
22) 17. 1. 1966	Bomber B-52	Palomares, Spanien	US News and World Report, 4. 4. 1966	Eine B-52 und ein Tankflugzeug vom Typ KC-135 stießen in der Nähe von Palomares in Spanien in der Luft zusammen. Die B-52 stürzte ab, vier nicht-scharfe H-Bomben lösten sich dabei vom Flugkörper. Eine landete unbeschädigt in einem trockenen Flußbett. Die zweite und dritte verstreuten radioaktives Material inmitten einer stark bewohnten Gegend. Die vierte wurde nach einer intensiven Suche am 7. April aus dem Meer gefischt. Einige Pressemeldungen sprachen davon, daß der Sprengkopf dieser vierten Bombe die Stärke von 20 Megatonnen besitze. Nach anderen Schätzungen hatten alle vier Bomben die Stärke von 1,5 Megatonnen.

Datum	Waffensystem	Ort	Quelle	Erläuterungen
23) Keine näheren Angaben	Keine näheren Angaben	Ein Militärstützpunkt in Marokko	J. Shulman, The 17th accident, in: Scientist and Citizen, 8. Jg., H. 6, 1966	Keine näheren Angaben.
24) Keine näheren Angaben	Keine näheren Angaben	England	J. Shulman, a.a.O.	Keine näheren Angaben.
25) Keine näheren Angaben	Keine näheren Angaben	Atlantikküste der USA	J. Shulman, a.a.O.	Keine näheren Angaben.
26) Keine näheren Angaben	Keine näheren Angaben	Arktis	J. Shulman, a.a.O.	Keine näheren Angaben.
27) 21. 1. 1968	Bomber B-52	Thule, Grönland	New York Times, 23. 1. 1968	Absturz einer B-52, Verlust von vier thermonuklearen Bomben.
28) 12. 2. 1968	Bomber B-52	30 km nördlich von Toronto, Kanada	La Tribune des Nations, 23. 2. 1968	Angeblicher Absturz einer B-52 mit thermonuklearen Waffen an Bord.
29) 27. 5. 1968	Skorpion, U-Boot mit Atomantrieb	Irgendwo im Ozean	Navy Magazine, Juli 1968	Nicht aufgeklärt; vielleicht technische Mängel.
30) Keine näheren Angaben	„Operational ICBM"	Keine näheren Angaben	J. B. Phelps u. a., Accidental War. Some Dangers in the 1960's, Columbus (Ohio)	Keine näheren Angaben.
31) Keine näheren Angaben	„Flugabwehr-Raketen"	Keine näheren Angaben	Phelps, a.a.O.	„Luft-Abwehrraketen hatten recht oft Fehlzündungen" (Phelps).
32,33) Keine näh. Ang.	Flugabwehr-Raketen mit atomaren Sprengköpfen	Keine näheren Angaben	Newsweek, 5. 5. 1969	„Mindestens" zwei Fälle sind bekannt, in denen Flugabwehr-Raketen mit atomaren Sprengköpfen aus Versehen abgeschossen wurden.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 20,50 halbjährlich, sfr 41,— jährlich; öSch 125,— / 250,—; hfl 17,24 / 34,50; belg. fr. 240,— / 480,—; NF 27,— / 54,—; £ 2.—.— / 4.—.—; Lire 3000,— / 6000,—; dkr 36,— / 72,—; skr 25,— / 50,—; nkr 34,— / 68,—; $ 4,80 / 9,60. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *SCHUHLER, Conrad*, geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, lebt als Schriftsteller in München, Mitherausgeber des „kürbiskern"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STREISAND, Prof. Dr. Joachim*, geb. 1920 in Berlin, Ordentlicher Professor für Deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Präsident der Deutschen Historiker-Gesellschaft. *** *SYRING, Ralf*, geb. 1946 in Iserlohn, studierte Theologie und Philosophie zunächst in Münster und Marburg, jetzt in Amsterdam. *** *BECKER, Dr. Egon*, geb. 1936 in Zweibrücken/Pfalz. Lehre als Elektriker, Studium der Nachrichtentechnik an der Ingenieurschule Darmstadt, nach einer Sonderreifeprüfung Studium der Mathematik und Physik an der TH Darmstadt. 1967 Promotion in Theoretischer Physik, Lehr- und Forschungstätigkeit an der Yale-University USA. Von Herbst 1968 bis Dezember 1969 Assistent am Institut für Theoretische Physik an der Universität Frankfurt und Sprecher der Frankfurter Assistenten. Seit März 1970 mit dem Aufbau eines Zentrums für Hochschuldidaktik an der Universität Frankfurt beschäftigt; Zeitschriftenveröffentlichungen über Theoretische Festkörperphysik, Wissenschaftspolitik und Abrüstungsprobleme. *** *HENNIG, Eike*, geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DAMM, Diethelm*, geb. 1944 in Quentel/Witzenhausen, studiert Politologie und Germanistik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RASKER, Prof. Dr. Albert Jan*, geb. 1906 in Zwolle/Niederlande, studierte in Groningen und Zürich Theologie. Seit 1931 Pfarrer in der niederländischen reformierten Kirche, 1939 wurde er Rektor der theologischen Hochschule in Djakarta/Indonesien. Seit 1954 hat er eine theologische Professur an der Universität Leyden. Er liest vor allem über christliche Ethik. Professor Rasker ist Vorsitzender des niederländischen „Konvent für ein neues politisches Ethos". *** *KÜHNL, Dr. Reinhard*, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaften; seit 1966 ist er als Assistent für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *GOLDBERG, Jörg*, Dipl.-Volkswirt, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, promoviert zur Zeit über „Kapitalistische Globalsteuerung und gewerkschaftliche Lohnpolitik".

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *SCHUHLER, Conrad*, geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, lebt als Schriftsteller in München, Mitherausgeber des „kürbiskern"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STREISAND, Prof. Dr. Joachim*, geb. 1920 in Berlin, Ordentlicher Professor für Deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Präsident der Deutschen Historiker-Gesellschaft. *** *SYRING, Ralf*, geb. 1946 in Iserlohn, studierte Theologie und Philosophie zunächst in Münster und Marburg, jetzt in Amsterdam. *** *BECKER, Dr. Egon*, geb. 1936 in Zweibrücken/Pfalz. Lehre als Elektriker, Studium der Nachrichtentechnik an der Ingenieurschule Darmstadt, nach einer Sonderreifeprüfung Studium der Mathematik und Physik an der TH Darmstadt. 1967 Promotion in Theoretischer Physik, Lehr- und Forschungstätigkeit an der Yale-University USA. Von Herbst 1968 bis Dezember 1969 Assistent am Institut für Theoretische Physik an der Universität Frankfurt und Sprecher der Frankfurter Assistenten. Seit März 1970 mit dem Aufbau eines Zentrums für Hochschuldidaktik an der Universität Frankfurt beschäftigt; Zeitschriftenveröffentlichungen über Theoretische Festkörperphysik, Wissenschaftspolitik und Abrüstungsprobleme. *** *HENNIG, Eike*, geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DAMM, Diethelm*, geb. 1944 in Quentel/Witzenhausen, studiert Politologie und Germanistik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RASKER, Prof. Dr. Albert Jan*, geb. 1906 in Zwolle/Niederlande, studierte in Groningen und Zürich Theologie. Seit 1931 Pfarrer in der niederländischen reformierten Kirche, 1939 wurde er Rektor der theologischen Hochschule in Djakarta/Indonesien. Seit 1954 hat er eine theologische Professur an der Universität Leyden. Er liest vor allem über christliche Ethik. Professor Rasker ist Vorsitzender des niederländischen „Konvent für ein neues politisches Ethos". *** *KÜHNL, Dr. Reinhard*, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaften; seit 1966 ist er als Assistent für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *GOLDBERG, Jörg*, Dipl.-Volkswirt, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, promoviert zur Zeit über „Kapitalistische Globalsteuerung und gewerkschaftliche Lohnpolitik".